

Sitzungsbericht

40. Sitzung der Tagung 1995/96 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Montag, den 24. Juni 1996

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 976).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 976).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 977).
4. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 981).
Redner: Finanzreferent LR Mag. Freibauer (Seite 983).
5. **Generaldebatte:**
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 989), Abg. Gratzner (Seite 991), Abg. Dr. Bauer (Seite 995), Abg. Böhm (Seite 1003), LR Schimanek (Seite 1007), Abg. Gratzner (Seite 1008).
Abstimmung (Seite 1008).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1008).
Redner: Abg. Ing. Gansch (Seite 1009), Abg. Präs. Koczur (Seite 1013), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 1016), Abg. Kautz mit Resolutionsantrag (Seite 1019), Abg. Gratzner mit Resolutionsantrag (Seite 1022), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 1025), Abg. Gratzner (Seite 1028), Abg. Uhl mit Resolutionsantrag (Seite 1028), Abg. Litschauer (Seite 1031).
Abstimmung (Seite 1035).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1035).
Redner: Abg. Preiszler (Seite 1035), Abg. Sivec (Seite 1040), Abg. Klupper mit Resolutionsantrag (Seite 1042), Abg. Preiszler (Seite 1045).
Abstimmung (Seite 1045).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1045).
Redner: Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 1046), Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 1048), Abg. Lembacher (Seite 1048), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 1051), Abg. Cerwenka (Seite 1054), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 1057), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 1059), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag (Seite 1061), Abg. Haberler (Seite 1066), Abg. Hiller (Seite 1066).
Abstimmung (Seite 1071).
9. **Spezialdebatte:** Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1071).
Redner: Abg. Preiszler (Seite 1072), Abg. Breininger (Seite 1073), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 1075), Abg. Wöginger (Seite 1077), Abg. Dr. Strasser mit Resolutionsantrag (Seite 1079).
Abstimmung (Seite 1082).
10. **Spezialdebatte:** Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 1082).
Redner: Abg. Vladyka (Seite 1082), Abg. Egerer (Seite 1084), Abg. Rosenkranz (Seite 1087), Abg. Auer (Seite 1089), Abg. Nowohradsky (Seite 1093), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite

1096), Abg. Knotzer (Seite 1099), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 1100), Abg. Dr. Bauer (Seite 1101).

Abstimmung (Seite 1102).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 10.00 Uhr*):
Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop wegen Krankheit entschuldigt, sie kommt vielleicht am späten Nachmittag. Die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix ist ebenfalls entschuldigt, sie kommt etwas später.

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 496/V-11/10 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis 1995 - Verlängerung bis einschließlich 1996.

Ich habe am 20. Juni 1996 diese Vorlage dem Gesundheits-Ausschuß zur Behandlung zugewiesen. Die Erledigung im Ausschuß ist erfolgt und daher wurde dieses Geschäftsstück auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Ltg. 493/T-1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tierschutzgesetzes 1985.

Ich habe diese Vorlage am 13. Juni 1996 dem Verfassungs-Ausschuß zur weiteren Beratung übermittelt. Auch hier ist eine abschließende Beratung erfolgt und daher wurde dieses Geschäftsstück auch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

Ltg. 490/V-4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997.

Ich habe am 5. Juni 1996 dieses Geschäftsstück dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zugewiesen.

Ltg. 491/S-5/12 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime Berndorf, Neunkirchen und Vösendorf; Neuerrichtungen - und

Ltg. 492/S-5/14 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Wilhelmsburg; Neuerrichtung.

Alle diese Vorlagen habe ich am 12. Juni 1996 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung übermittelt. Alle diese Vorlagen wurden abschließend in den zuständigen Ausschüssen beraten und daher auf die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung gesetzt.

Ltg. 497/A-3/31 - Antrag der Abgeordneten Dkfm. Rambossek u.a. betreffend Erlassung eines "Bauhandwerksicherungsgesetzes".

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 489/A-4/33 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll betreffend Filmförderung.

Hier darf ich bekanntgeben, daß ich am 30. Mai 1996 diese Anfrage dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt habe.

Ltg. 494/A-4/34 - Anfrage des Abgeordneten Gratzner an LH Dr. Pröll betreffend Förderungsausgaben für Verbände und Vereine.

Diese Anfrage habe ich am 12. Juni 1996 dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt.

Ltg. 495/A-5/50 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Gabmann betreffend Ungeheimheiten bei Kündigung und Wiedereinstellung eines Regionsgeschäftsführers.

Hier darf ich bekanntgeben, daß ich am 14. Juni 1996 den Herrn Landesrat gebeten habe die Beantwortung durchzuführen. Die Anfrage selbst, auch das sei hinzugefügt, wurde am 20. Juni 1996 bereits schriftlich beantwortet.

Weiters darf ich bekanntgeben, daß noch folgende Anfragebeantwortungen eingelangt sind: Zu Ltg. 462/A-5/46 des Herrn LR Blochberger zur Anfrage des Abgeordneten Dr. Bauer betreffend behaupteter Verbindungen des für Maßnahmen der Abfallwirtschaft, Klärschlamm Entsorgung und Schutz des landwirtschaftlichen Bodens zuständigen Mitgliedes der NÖ Landesregierung mit Unternehmen, deren Unternehmensbereiche Klärschlamm Entsorgung und Tätigkeiten im Rahmen der Abfallwirtschaft sind. Zu Ltg. 466/A-5/48 des Herrn LR Wagner zur Anfrage der Frau Abgeordneten Rosenkranz betreffend Koordinierung des Einsatzes von Rettungsorganisationen. Und zu Ltg. 477/A-5/49 der Frau LR Votruba zur Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz betreffend Auswirkungen des Bundespflegegeldgesetzes auf das Land Niederösterreich.

Diese Anfragebeantwortungen lauten wie folgt:

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer an LR Blochberger betreffend behaupteter Verbindungen des für Maßnahmen der Abfallwirtschaft, Klärschlamm Entsorgung und Schutz des landwirtschaftlichen Bodens zuständigen Mitgliedes der NÖ Landesregierung mit Unternehmen, deren Unternehmensbereiche Klärschlamm Entsorgung und Tätigkeiten im Rahmen der Abfallwirtschaft sind, Ltg. 462/A-5/46:

"Zu 1.:

Ich wurde Ende Oktober 1993 kurz vor einer Begehung, die am 30.10.1993 stattgefunden hat, von Herrn Generaldirektor Dr. Gruber, EVN, davon in Kenntnis gesetzt, daß auf dem Gebiet des Kaolinwerks Aspang von der Aspanger AG eine Genehmigung für eine Abfalldeponie erwirkt werden sollte. Ich habe sicher Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll über das beabsichtigte Projekt informiert, einen genauen Zeitpunkt kann ich allerdings nicht nennen.

Meine Familie weiß natürlich über meine Termine Bescheid. Eine spezielle Information erfolgte nicht. Ich erinnere mich, daß mich bereits im Jahre 1993 Bürger aus der Umgebung auf das geplante Deponieprojekt angesprochen haben. Ich nehme an, daß ich dies auch meiner Familie gegenüber erwähnt habe.

Zu 2.:

Das kann ich ausschließen. In den Vorgesprächen ist auch nicht von Eluatklassen, sondern lediglich von den Abfallarten gesprochen worden. Ich habe mich lediglich von Anfang an dagegen ausgesprochen, daß nicht behandelte

Abfall im Sinne einer Reaktordeponie dort gelagert würde. Dies wird auch durch einen Brief der Konsenswerberin, der Firma IMDS, bestätigt.

Zu 3.:

Meine Söhne Georg und Franz Blochberger waren grundsätzlich an Kompostierung interessiert, mein Sohn Georg betrieb landwirtschaftliche Kompostierung für den Eigenbedarf auf unserem von ihm gepachteten Hof. Franz Blochberger studierte dies unter anderem auf der Universität für Bodenkultur, darüber hinaus erwarben beide Söhne Know-how bei verschiedenen Firmen, die sich damit beschäftigten.

Da sie die Kompostierung insgesamt einschließlich der Kompostierung von Klärschlamm als sinnvolle und wirtschaftlich interessante Methode zur Gewinnung von Humus für die Landwirtschaft, aber auch für andere Bereiche ansahen, wollten sie diese Tätigkeit auch gewerblich betreiben und wurde dazu die Firma Agrar-Kompost GmbH. gegründet. Zunächst war beabsichtigt, die zu gründende Firma Euro-Kompost zu nennen. Der endgültige Firmenname lautete aber wie bekannt Agrar-Kompost GmbH. Die Eintragung der Firma im Firmenbuch des Landesgerichtes Wiener Neustadt erfolgte am 3.5.1994. Die Tätigkeit der Firma bzw. der 'Vorgründergesellschaft' begann mit Anfang 1994. An dieser Firma sind meine Söhne Georg und Franz Blochberger zu je 50 % beteiligt. Über die Tätigkeit der Firma Agrar-Kompost war ich nicht im Detail informiert, sondern informierten mich meine Söhne lediglich in groben Zügen.

Zu 4.:

Ja, allerdings war mir weder der genaue Zeitpunkt, noch die Menge, noch der (Verrottungs-) Zustand des Materials bekannt. Ich habe allerdings bei meinen Söhnen darauf gedrungen und mich immer wieder vergewissert, daß sie nur kompostierfähiges Klärschlammmaterial, welches auf Grund der vorliegenden Untersuchungszeugnisse keine Grenzwertüberschreitungen, insbesondere bei Schwermetallen aufwies, zur Verarbeitung und/oder Kompostierung übernehmen. Dies galt auch für Klärschlamm oder Klärschlammkompost, den meine Söhne oder die Firma Agrar-Kompost zur Kompostierung auf unserem landwirtschaftlichen Betrieb übernommen haben.

Zu 5.:

Nein (siehe Beantwortung der Frage 4).

Zu 6.:

Dies ist nicht richtig. Mein Sohn Georg Blochberger hat unter anderem auch Pressevertreter zu einem Tag der offenen Tür für den 27.9.1994 eingeladen. Bei diesem Termin war kein Beamter des Amtes der NÖ Landesregierung, insbesondere kein Sachverständiger der Abteilung B/9 anwesend.

Zu 7.:

Es besteht kein Zusammenhang zwischen meiner Tätigkeit als Landesrat und irgendwelchen wirtschaftlichen Betätigungen meiner Familie. Ich achte darauf, hier eine genaue Abgrenzung einzuhalten. Ich bekenne mich aber selbstverständlich dazu, daß ich meiner Familie, insbesondere auch meinen Söhnen väterlich mit Rat und Tat zur Seite stehe.

In meiner Tätigkeit als Landesrat war ich bisher nie zuständig für Verfahren, die meine Söhne oder deren Firma betrafen und würde mich in einem solchen Verfahren selbstverständlich für befangen erklären.

Zu 8.:

Ich wiederhole, daß ich den meiner Frau und mir gehörigen landwirtschaftlichen Betrieb in Krumbach bereits mit 1.1.1992 an meinen Sohn Georg Blochberger verpachtet habe und er dort seither die Wirtschaft autonom geführt hat. Ich weiß auch, daß er bereits ab 1992 (für den Eigenbedarf) landwirtschaftliche Kompostierung betrieben hat. Ob im angefragten Zeitraum, wann und in welchem Umfang Klärschlamm auf unseren landwirtschaftlichen Betrieb angeliefert wurde, kann ich nicht sagen. Ich darf dazu anmerken, daß unser Wohnhaus ca. 2 km von unserem landwirtschaftlichen Betrieb entfernt ist.

Zu 9.:

Wir haben in unserem Wohnhaus in Krumbach, wo auch meine Söhne wohnhaft sind, nur ein Faxgerät. Ob der Absender diesen Vertragsentwurf an mich aus Höflichkeit, zur Information oder aus welchen Gründen sonst adressierte, ist mir nicht bekannt. Übernommen haben dieses Fax jedenfalls direkt meine Söhne. Aus der Unterschrift auf dem Faxdeckblatt ist zu sehen, daß dieses Telefax nicht von Rechtsanwalt Dr. Schicker selbst, sondern offenbar von einer Kanzleikraft expediert wurde.

Zu 10.:

Punkt 2. meiner Anfragebeantwortung vom 25.3.1996 ist richtig. Es besteht auch kein Widerspruch zur Frage Nr. 9. dieser Anfrage. Der darin genannte Vertragsentwurf über eine Gesellschaft nach bürgerlichem Recht ist nie abgeschlossen

worden, die geplante Arbeitsgemeinschaft ist nicht zustande gekommen.

Zu 11.:

Soweit mir bekannt ist, hat die St. Josefs Holding AG, an welcher meine Söhne Georg und Franz Blochberger zu je einem Viertel beteiligt sind, nie eine Geschäftstätigkeit aufgenommen. Gegründet wurde diese Gesellschaft zur damals geplanten Pachtung eines landwirtschaftlichen Betriebes in Kroatien, welche nicht zustande gekommen ist.

Zu 12.:

Dazu verweise ich auf meine Beantwortung der Frage Nr. 11. Darüberhinaus gab es auch andere Überlegungen der St. Josefs Holding AG, die jedoch alle nicht verwirklicht worden sind.

Zu 13.:

Ja, einige Male - und zwar insbesondere wegen geplanter und in der Folge auch getätigter Zuchtviehexporte. Bei den Gesprächen wurden auch allgemeine landwirtschaftliche Hilfeleistungen erörtert (insbesondere auf dem Gebiet der Bioenergie und Bildungsfragen). Ein Zusammenhang zwischen meinen politischen Aktivitäten als Mitglied der NÖ Landesregierung und der geplanten Pachtung seitens der St. Josefs Holding AG besteht nicht. Anzumerken ist jedoch, daß ich Herrn Gazy schon vorher privat in Niederösterreich kennengelernt habe. Damals hat er anlässlich eines Besuches auf unserem landwirtschaftlichen Betrieb auch meine Frau und meine Söhne kennengelernt. Dabei hat er auch bedauert, daß in Kroatien viele landwirtschaftliche Betriebe brach liegen und zur Verpachtung kommen sollen. Im Zeitpunkt der Anbotslegung der St. Josefs Holding AG (also im Jänner 1994) war Herr Gazy Landeshauptmann einer Teilregion Kroatiens. Er war nicht Landwirtschaftsminister und auch nicht für die Vergabe von landwirtschaftlichen Betrieben zuständig.

Ich möchte festhalten, daß meine politischen Kontakte durch die private Bekanntschaft gefördert wurden und für Niederösterreich äußerst positive Auswirkungen gezeigt haben. Kroatien ist ab 1994 das zweitgrößte Exportland für niederösterreichische Zuchtrinder.

Zu 14.:

Meine Auslandskontakte in den letzten Jahren (seit 1992) bezogen sich auf folgende Länder: Belgien (vorzugsweise EU-Kontakte), Deutschland, Italien, Kroatien, Lettland, Rußland, Schweiz, Slowakei, Ukraine, Ungarn. Darüberhinaus hatte ich auch mit zahlreichen ausländischen Besuchern in Österreich Kontakt.

Im Zuge dieser Kontakte wurden die Beziehungen zu den angeführten Staaten vertieft und zahlreiche agrar- und umweltpolitische Fragen erörtert. Natürlich fallen darunter auch Fragen der Abwasserbeseitigung und der Klärschlammverwertung. Es kamen auch Besucher aus mehreren Staaten nach Österreich, um solche Anlagen zu besichtigen.

Den zweiten Teil der Frage kann ich mit 'nein' beantworten. Ich hatte nie die Absicht, im Ausland Grund und Boden zu erwerben.

Zu 15.:
siehe Antwort zu 14.

Zu 16.:
Dieser Beleg ist richtig. Ich habe meinen Söhnen den Betrag von S 500.000,- für ihren Anteil am Grundkapital der St. Josefs Holding AG geliehen. Die Einzahlung habe ich persönlich geleistet, weil ich nichts zu verbergen hatte. Das war für mich auch die einfachste Art der Zahlung.

Zu 17.:
Nachdem ich informiert wurde, daß die geplante Pachtung der St. Josefs Holding AG gescheitert ist, habe ich meine Söhne gefragt, ob sie das von mir geborgte Geld noch benötigen würden. Darauf habe ich vom damaligen Vorstand, Dipl.Ing. Flasch, den Betrag von S 450.000,- überwiesen erhalten. In welcher rechtlichen und buchhalterischen Form dies gemacht wurde, entzog sich damals meiner Kenntnis. Inzwischen habe ich von meinen Söhnen auch den Restbetrag von S 50.000,- zurück erhalten. Ich weiß auch, daß sie den Betrag von S 450.000,- inzwischen an die St. Josefs Holding AG eingezahlt haben."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Barbara Rosenkranz an LR Wagner betreffend Koordinierung des Einsatzes von Rettungsorganisationen, Ltg. 466/A-5/48:

"ad 1)

Die Gemeinden haben im Rahmen des Gemeinde-Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes zu gewährleisten, daß für die Leistung der Ersten Hilfe und die Beförderung von Personen entsprechende Einrichtungen zur Verfügung stehen. Das Rettungswesen fällt in die Kompetenzbestimmung des Art. 15 B-VG und zählt gemäß § 7 NÖ Gemeinde-Rettungsdienstgesetz, LGBl. 9430-1, zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden. Die Gemeinden können sich, sofern sie nicht selbst den Gemeinde-Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst betreiben, einer ge-

eigneten Organisation bedienen. Die Mehrzahl der NÖ Gemeinden hat das Rote Kreuz und/oder den Arbeiter-Samariterbund mit dieser Aufgabe vertraglich betraut.

Die Rettungsnotrufnummer 144 wird grundsätzlich jener Organisation überlassen, die mit der Durchführung des Kranken- und Rettungstransportes von der betreffenden Gemeinde beauftragt ist. Sind mehrere anerkannte Rettungsorganisationen in einer Gemeinde vertraglich beauftragt, so erscheint es sinnvoll, jener Organisation den Notruf zuzuteilen, bei der die Möglichkeit einer notärztlichen Versorgung am ehesten besteht bzw. in deren Einzugsbereich ein Notarztwagenstützpunkt unterhalten wird. Die Zuteilung der Notrufnummer 144 durch die Post an die Bezirksstelle Groß-Enzersdorf erfolgte nach Antragstellung durch sämtliche Gemeinden des Gerichtsbezirkes, die das Rote Kreuz zur Durchführung des Rettungs- und Krankentransportdienstes vertraglich verpflichtet hatten. Damals existierte keine andere Rettungsorganisation. Das Rote Kreuz hat damals alle erforderlichen Voraussetzungen, wie ununterbrochener Tag- und Nachtdienst, Vorhandensein des ausgebildeten Personals und die notwendige Anzahl von Einsatzfahrzeugen mit der entsprechenden Ausrüstung erfüllt. Alle Gemeinden dieser Region haben aus genannten Gründen ihre Zustimmung dazu erteilt, daß die Post die Notrufnummer 144 an die Rotkreuz-Einsatzstelle Groß-Enzersdorf vergeben hat.

ad 2)

Am 15.3.1996 haben die Vertreter beider Rettungsorganisationen in Orth/Donau eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Aussicht gestellt.

ad 3)

Neben den Dienstvorschriften für den Rettungs- und Krankentransportdienst bestehen sowohl beim Roten Kreuz als auch beim ASBÖ Einsatzpläne. Außerdem gibt es interne Dienstanweisungen für die Durchführung dieser Einsatzpläne und interne Schulungskurse für das Personal. Die Mindestanforderungen sind im § 3 der Verordnung über die Mindestausrüstung und die Mindestanforderungen im Rettungsdienst, LGBl. 9430/2-0, festgeschrieben.

ad 4)

Eine Prüfung des Sachverhaltes hat ergeben, daß die Einsatzstelle des Roten Kreuzes in diesem Fall richtig gehandelt hat. Es wurde alles Menschenmögliche getan, leider ist der Verunglückte aber verstorben. Der Tod des Patienten steht in keinem wie immer gearteten Zusammen-

hang mit den vorausgegangenen Zeiten zwischen Unfallszeitpunkt, Eintreffen der Rettungsdienste und Eintreffen im Krankenhaus.

Der Rettungs- und Krankentransport sowie der Einsatz der Notarztwägen wird von den beiden betrauten Rettungsorganisationen vorbildlich durchgeführt. Für diese humanitäre Leistung im Dienste der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher möchte ich dem Roten Kreuz und dem ASBÖ meinen Dank aussprechen."

Beantwortung der Anfrage der Frau Abgeordneten Barbara Rosenkranz an Frau LR Votruba vom 9. Mai 1996 betreffend Auswirkungen des Bundespflegegeldgesetzes auf das Land NÖ, Ltg. 477/A-5/49:

"Die Länder haben sich in der Art. 15a-Ver einbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen verpflichtet, für einen Mindeststandard an ambulanten und stationären Diensten zu sorgen. In NÖ wurde der ambulante Bereich in den letzten Jahren stark ausgebaut. Allein bei den vier großen Trägerorganisationen der sozialmedizinischen und sozialen Dienste, die landesweit tätig sind, haben sich die Einsatzstunden seit 1992 wie folgt entwickelt:

1992:	1,018.679 Einsatzstunden
1993:	1,286.384 Einsatzstunden
1994:	1,587.914 Einsatzstunden
1995:	1,732.914 Einsatzstunden

Von 1992 auf 1995 sind somit die Anzahl der Einsatzstunden um 53 % gestiegen. 1995 wurden bereits im monatlichen Durchschnitt 8.440 (1992: 5.100) pflegebedürftige Menschen daheim ambulant betreut. Die durchschnittliche Betreuungszeit pro Person betrug 1995 17,75 Stunden. 1992 lag sie noch bei 16,28 Stunden.

Das Land hat für die Durchführung der sozialmedizinischen und sozialen Dienste aus dem Sozialhilfebudget und den KRAZAF-Mitteln nachstehende Beträge zur Verfügung gestellt:

1992:	S 205,303.000,-
1993:	S 246,180.000,-
1994:	S 280,000.000,-
1995:	S 310,000.000,-

Die pflegebedürftigen Menschen, die ambulant von einer der vier landesweit tätigen Wohlfahrtsorganisationen zu Hause versorgt werden, müssen für diese Betreuungsleistung einem nach dem Einkommen sozial gestaffelten Kostenbeitrag

und einen fixen Betrag vom Pflegegeld als Eigenleistung erbringen. Der aliquot zur geleisteten Einsatzstunde einzuhebende Kostenbeitrag beträgt derzeit S 50,- pro Stunde. Dieser Betrag entspricht exakt dem Anteil des Pflegegeldes der 7 Stufen, der jeweils auf eine Stunde Hilfs- oder Betreuungsbedarf entfällt.

Das Pflegegeld bezweckt jedoch keine Erhöhung des Einkommens des jeweils Anspruchsberechtigten, sondern soll jeweils ausschließlich dazu beitragen, Pflegeleistungen 'einzukaufen'. Das Pflegegeld ist jedoch nur als Beitrag zur pauschalierten Abgeltung der pflegebedingten Mehraufwendungen konzipiert und kann daher die tatsächlichen Kosten der Pflege, die auch bei den Betreuungsleistungen professioneller Anbieter wesentlich höher sind, nur teilweise abdecken."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek an LR Gabmann, Ltg. 495/A-5/50, vom 12. Juni 1996 betreffend Ungereimtheiten bei Kündigung und Wiedereinstellung eines Regionsgeschäftsführers:

"Vorbemerkungen:

In der Generalversammlung der Tourismusregion Wachau-Nibelungengau wurde von den beiden Mitgliedern, dem Tourismusverband Wachau-Nibelungengau und dem Tourismusverband Ysper-Weiental, der Beschluß zur Auflösung per 30.6.1996 gefaßt. Daraus ergab sich die Konsequenz, daß statutengemäß eine Liquidation durchzuführen war, was einerseits das Regionsvermögen und andererseits die Auflösung der Dienstverhältnisse der beiden Regionsbediensteten betraf. Die beiden Dienstverhältnisse der Tourismusregion mußten daher von dem von der Generalversammlung gewählten Liquidator ordnungsgemäß aufgelöst werden. Zur Abklärung der detaillierten Vorgangsweise, insbesondere der notwendigen Vertragsauflösungen, wurde eine gutachtliche Stellungnahme eines Anwaltes eingeholt.

In der Vollversammlung des Tourismusverbandes Wachau-Nibelungengau wurde der mehrstimmige Beschluß gefaßt, daß bei einer Neubesetzung der Funktion des Geschäftsführers eine Ausschreibung vorzunehmen sei. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die Organe der Tourismusregion bzw. des Verbandes autonom gemäß ihren Beschlüssen handeln.

Anfrage 1: Welche Kosten sind dem Land für die Stellenanzeigen erwachsen?

Aufgrund des Vollversammlungsbeschlusses des Tourismusverbandes wurde eine Personalberatung mit der Ausschreibung der Verbandsgeschäftsführung beauftragt. Die Kosten dafür sind derzeit nicht bekannt, da der Tourismusabteilung bisher ein Förderansuchen über die Endabrechnung der Personalsuche nicht vorliegt.

Anfrage 2: Welche Gründe gab es für die Kündigung und die darauf erfolgte Wiedereinstellung des Geschäftsführers?

Wie schon erwähnt, mußte das Dienstverhältnis des Regionsgeschäftsführers aufgrund der Liquidation der Region aus formalen Gründen gelöst werden.

Anfrage 3: Wer ist für diese unwirtschaftliche und aufklärungsbedürftige Vorgangsweise verantwortlich?

Es handelte sich um Organbeschlüsse, sodaß aus meiner Sicht keine personenbezogene Verantwortung gegeben ist."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Nunmehr, Hohes Haus, kommen wir zu den Beratungen des Voranschlages 1997. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Moser, Bericht und Antrag zu stellen und die Verhandlungen damit einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Landesregierung hat gemäß Artikel 29 Absatz 2 der NÖ Landesverfassung 1979 den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Jahr 1997 rechtzeitig erstellt. Die Vorlage wurde vom Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß eingehend durchgearbeitet. Der Aufbau des Landesvoranschlages 1997 entspricht den Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden. Die vertikale Gliederung des ordentlichen und des außerordentlichen Teils sowie des Konjunkturausgleichsteils erfolgt in Gruppen, Abschnitte, Unter- und Teilabschnitte sowie Voranschlagsstellen nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Die Horizontalgliederung stellt die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes 1997 den entsprechenden Voranschlagsbeträgen des Finanzjahres 1996 sowie den Beträgen der Jahresrechnung 1995 gegenüber.

Umfang des Voranschlages:

In Gegenüberstellung zum Voranschlag 1996 sinken 1997 die Ausgaben um 0,4 auf 48,2 Milliarden; die Einnahmen steigen um 1,1 auf 42,0 Milliarden Schilling; der Abgang sinkt um 1,5 auf 6,2 Milliarden Schilling.

Die Verteilung auf die verschiedenen Haushalte ist der vorliegenden Übersicht zu entnehmen:

Voranschlag 1997

AUSGABEN	S	48.194,647.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	46.352,951.000
Außerordentlicher Teil	S	1.721,696.000
Konjunkturausgleichsteil	S	120,000.000
EINNAHMEN	S	41.998,623.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	41.108,427.000
Außerordentlicher Teil	S	890,196.000
ABGANG	S	6.196,024.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	5.244,524.000
Außerordentlicher Teil	S	831,500.000
Konjunkturausgleichsteil	S	120,000.000

Voranschlag 1996

AUSGABEN	S	48.596,104.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	46.508,289.000
Außerordentlicher Teil	S	1.947,815.000
Konjunkturausgleichsteil	S	140,000.000
EINNAHMEN	S	40.909,773.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	39.809,988.000
Außerordentlicher Teil	S	1.099,785.000
ABGANG	S	7.686,331.000
Davon: Ordentlicher Teil	S	6.698,301.000
Außerordentlicher Teil	S	848,030.000
Konjunkturausgleichsteil	S	140,000.000

Unterschied 1997/1996

AUSGABEN	- S	401,457.000	
		- 0,83 %	
Davon: Ordentlicher Teil	- S	155,338.000	
		- 0,33 %	
Außerordentlicher Teil	- S	226,119.000	
		- 11,61 %	
Konjunkturausgleichsteil	- S	20,000.000	
		- 14,29 %	
EINNAHMEN	+ S	1.088,850.000	
		+ 2,66 %	
Davon: Ordentlicher Teil	+ S	1.298,439.000	
		+ 3,26 %	
Außerordentlicher Teil	- S	209,589.000	
		- 19,06 %	
ABGANG	- S	1.490,307.000	
		- 19,39 %	
Davon: Ordentlicher Teil	- S	1.453,777.000	
		- 21,70 %	
Außerordentlicher Teil	- S	16,530.000	
		- 1,95 %	
Konjunkturausgleichsteil	- S	20,000.000	
		- 14,29 %	

Von der Verringerung der Ausgaben um 401 Millionen Schilling entfallen 34 auf Personal- und 367 auf Sachausgaben. Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr aus der Horizontalgliederung ersichtlich.

Die Finanzschulden des Landes von 23,9 Milliarden Schilling mit Ende 1995 werden nach der Erhöhung um 6,2 Milliarden im Voranschlag 1996 nun aufgrund des Voranschlages 1997 nur mehr um höchstens 5,1 Milliarden Schilling steigen. Dieser Anstieg ergibt sich aus der in der Folge angeführten Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden:

Voranschlag 1997

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	S	6.196,024.000
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	S	1.107,957.000
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	S	5.088,067.000

Voranschlag 1996

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	S	7.686,331.000
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	S	1.536,000.000
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	S	6.150,331.000

Unterschied 1997/1996

Aufnahme neuer Finanzschulden (Brutto-Abgang)	- S	1.490,307.000	- 19,39 %
abzüglich Tilgung alter Finanzschulden	- S	428,043.000	- 27,87 %
Erhöhung der Finanzschulden (Netto-Abgang)	- S	1.062,264.000	- 17,27 %

Ordentlicher Teil:

Gegenüber dem Voranschlag 1996 ist 1997 eine Verringerung der Ausgaben um 0,1 auf 46,4 und eine Erhöhung der Einnahmen um 1,3 auf 41,1 Milliarden Schilling vorgesehen. Der Abgang verringert sich 1997 um 1,4 auf 5,2 Milliarden Schilling.

Infolge der ausgewogenen Ausgabensenkung beträgt der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung an den ordentlichen Ausgaben (ohne Personalausgaben für Landeslehrer) so wie im Voranschlag 1996 wieder 21,81 Prozent.

Der prozentuelle Anteil der einzelnen Gruppen am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles erhöht sich 1997 gegenüber 1996 nur bei Gruppe 4 "Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung"

sowie 5 "Gesundheit", hingegen verringert sich vor allem der Anteil der Gruppe 0 "Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung".

Die Anteile der einzelnen Gruppen sind in der folgenden Tabelle erfaßt:

Gruppe	Voranschlag 1997	Voranschlag 1996
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	13,91 %	14,31 %
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,53 %	0,53 %
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	24,62 %	24,74 %
3 Kunst, Kultur und Kultus	1,50 %	1,51 %
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	28,52 %	27,39 %
5 Gesundheit	9,16 %	9,08 %
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	6,34 %	6,53 %
7 Wirtschaftsförderung	4,51 %	4,68 %
8 Dienstleistungen	0,03 %	0,03 %
9 Finanzwirtschaft	10,88 %	11,20 %

Außerordentlicher Teil:

Die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Teiles sinken 1997 um je 0,2 Milliarden Schilling; der Abgang beträgt 0,8 Milliarden Schilling.

Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlages näher beschrieben.

Konjunkturausgleichsteil:

Die im Konjunkturausgleichsteil vorgesehenen Kreditmittel 1997 von 120 gegenüber 140 Millionen Schilling im Jahr 1996 betreffen investitions-wirksame Ausgaben und sollen nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1997 eingesetzt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Budgetvollzug mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen.

Sonderfinanzierungen:

Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind, sowie von Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden. Im Jahresvoranschlag 1997 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre. Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in

den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Antrag, Abschnitt III, Ziffer 7, enthalten.

Budgetvollzug:

Zur Durchführung des Landesvoranschlages 1997 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen über den Voranschlag 1997 einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erster zu Wort gemeldet ist der Finanzreferent, Herr Landesrat Mag. Edmund Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu einem ungewohnten Zeitpunkt, zum Sommeranfang beginnt heute die Debatte über den Landeshaushalt 1997 und ich muß gleich am Beginn einen Irrtum einbekennen: Am Ende meiner letzten Einbegleitungsrede im Dezember 1995 habe ich gemeint, es werde die letzte in der Wiener Herrengasse sein. Nun ist es anders gekommen, aber ich gebe diese Fehleinschätzung leichten Herzens zu. Denn entscheidend ist, daß

die Budgetzahlen selbst "halten". Und das können wir in Niederösterreich guten Gewissens bejahen.

Ein Beweis ist der Rechnungsabschluß 1995, den Sie, der Hohe Landtag, vor kurzem genehmigt haben und der gegenüber dem Voranschlag einen um eine Milliarde geringeren Abgang ausweist. Davon 500 Millionen als echte Einsparung. Das heißt, 500 Millionen der vom Hohen Haus genehmigten Ausgaben sind durch den Sparwillen aller Ressorts nicht ausgegeben worden. Ich möchte das besonders betonen, weil es viele nicht für möglich gehalten haben, ja, weil manche immer wieder von einem "Schwindelbudget" gesprochen haben. Nun liegt schwarz auf weiß auf dem Tisch, daß wir unsere Versprechen gehalten haben. Auch das Budget 1996, das wage ich schon jetzt vorauszusagen, wird "halten". Ich sage allen, die das ermöglichen - Exekutive, Legislative und Verwaltung - ein herzliches Dankeschön, und appelliere heute an Sie, meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete: Bleiben wir auch beim Landeshaushalt 1997 konsequent dieser Linie treu! Behandeln wir in den nächsten Tagen den Entwurf des Voranschlages eingehend und durchaus auch kritisch und kontrovers. Aber sehen wir, sobald das Budget beschlossene Sache ist, unsere gemeinsame Verpflichtung und unsere gemeinsame Aufgabe darin, es konsequent in die Wirklichkeit umzusetzen. Und zwar dem Geist und den Zahlen nach.

Dazu zunächst die Eckdaten des Haushaltsentwurfes, die im großen und ganzen schon bekannt sind. Der Haushaltsentwurf sieht Ausgaben von 48,2 Milliarden Schilling vor, das bedeutet gegenüber dem Voranschlag 1996 eine Senkung um rund eine halbe Milliarde oder 0,83 Prozent. Dem stehen Einnahmen von 42 Milliarden Schilling gegenüber. Das ist eine - durchaus realistisch veranschlagte - Zunahme um rund 1 Milliarde Schilling oder 2,66 Prozent. Daraus resultiert ein Abgang von 6,2 Milliarden brutto bzw. wird aufgrund der Tilgungen, die wir im kommenden Jahr leisten werden, der veranschlagte Abgang netto 5,1 Milliarden Schilling ausmachen. Das ist gegenüber dem Voranschlag 1996 ein Rückgang um 19,4 Prozent beim Brutto-Abgang bzw. um 17,3 Prozent beim Netto-Abgang. Das Ziel, die Nettoverschuldung um eine Milliarde und einhundert Millionen zu senken, wird durch diesen Voranschlag erreicht! Ebenso wird die Vorgabe erfüllt, die Ausgaben 1997 auf den Stand von 1995 zu drücken. Zur Erinnerung: Im Rechnungsabschluß 1995 sind die Ausgaben mit 48,5 Milliarden Schilling ausgewiesen. Und wenn

wir den Abgang nach EU-Kriterien beurteilen, dann beträgt er 1,8 Milliarden Schilling.

Diese Eckdaten lassen sich auch so zusammenfassen: Nachdem drei Jahre lang aus hinlänglich bekannten Gründen die Ausgaben weit stärker gestiegen sind als die Einnahmen und die Neuverschuldung bedrohliche Ausmaße annahm, ist es mit dem Budget 1996 gelungen, das Verhältnis der Steigerungsraten wieder "ins Lot" zu bringen. Und wir haben im Jahre 1996 schon einen ersten Konsolidierungsschritt gesetzt. Mit dem Haushaltsentwurf 1997 wird dieser Weg nicht nur konsequent fortgesetzt, sondern entscheidend forciert. Und ganz bewußt haben wir daran das Motto geknüpft, unter dem dieser Voranschlag steht und auf das ich im Verlauf meiner Ausführungen noch öfter zurückkommen werde: "Konsolidierung sichert Zukunftschancen"!

Hohes Haus! Lassen Sie mich zunächst auf die Gründe eingehen, warum wir bereits im Juni zu dieser Sitzung zusammentreten. Ich glaube, sie sind schlüssig und überzeugend.

Erstens: Unsicherheiten und Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Sparkurs sollen frühzeitig aus dem Weg geräumt werden. Die Menschen im Land haben ein Recht darauf, schon jetzt zu erfahren, welcher Kurs im kommenden Jahr eingeschlagen wird, um sich darauf einstellen zu können.

Zweitens: Wenn man davon ausgeht, daß mit dem Beschluß des Budgets für Politik und Verwaltung die Grundlagen für die gesamte Arbeit im folgenden Jahr gelegt werden, dann war der Dezember-Termin ohnehin ein sehr später Termin. Das war bisher nicht gravierend, weil eine entsprechende Kontinuität gegeben war. Nunmehr aber sind tiefe Einschnitte, verbunden auch mit Gesetzesnovellen, erforderlich. Ich habe bereits in der letzten Budgetrede betont, daß es nicht mehr genügen kann, bei den Ermessensausgaben anzusetzen. Es werden auch gesetzliche Änderungen notwendig sein, um die Einsparungsziele zu erreichen. Und dafür gewinnen wir mit dem frühen Haushaltsbeschluß die erforderliche Zeit. Im übrigen bestätigt das insgesamt, wie richtig es war, ein Budgetprogramm für die Jahre 1996 bis 1998 zu erarbeiten und zu beschließen. Ich bin dem Landtag dafür wirklich dankbar.

Und drittens geben wir damit auch ein deutliches Signal in Richtung Brüssel, Bund und Gemeinden. Ein beschlossenes Budget hat eine andere Qualität, ein anderes Gewicht, als eine Absichtserklärung. Wir signalisieren somit sehr deutlich unseren Willen, den Beitrag des Landes Nie-

derösterreich zur Erreichung der Konvergenzkriterien österreichweit zu leisten. Wobei ich an dieser Stelle einmal mehr betonen möchte: Es ist nicht so, daß wir aufgrund eines Brüsseler Diktates den Gürtel enger schnallen müssen. Es liegt vielmehr in unserem ureigenen Interesse, die Konvergenzkriterien zu erreichen. Weil nur so die Stabilität unserer Währung, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich und die Arbeitsplätze in Zukunft gesichert werden können. Weil also nur so unsere Zukunftschancen gewahrt werden können! Der erklärte - und begründete - Wille Österreichs, bei der Europäischen Währungsunion von Anfang an mit dabei zu sein, bedeutet lediglich den durchaus heilsamen Zwang zur Beschleunigung von ohnehin notwendigen Maßnahmen.

Es ist ja auch kein Alleingang. In allen Staaten Europas werden derzeit mehr oder weniger schmerzhaft Sparpakete geschnürt. Darin und in der Tatsache, daß die notwendige Konsolidierung in eine Zeit des gebremsten Wirtschaftswachstums fällt, liegt zweifellos eine besondere Schwierigkeit und eine Gefahr. Auch in der Budgetpolitik ist ein Kurs zwischen Scylla und Charybdis gefragt. Es geht also darum, einen Konsolidierungskurs zu segeln, ohne damit den Wirtschaftsdampfer auf Grund zu setzen. Also ohne Zukunftschancen zu verbauen.

Wie sehen nun die Wirtschaftsforscher die weiteren Aussichten? Zweifellos hat sich die wirtschaftliche Situation in Österreich verschlechtert. Für heuer rechnen die Experten nur mit einem geringen Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und auch für das kommende Jahr sehen sie die Lage kaum rosiger. Sie sagen für 1997 gegenwärtig ein Wachstum von einem Prozent voraus. Positiv entwickeln sich dagegen die Preise. Für heuer wird mit einem Preisanstieg von 2,1 Prozent gerechnet, für 1997 ist eine weitere Abschwächung der Preissteigerungen auf 1,9 Prozent zu erwarten. Das wäre die geringste Steigerung seit 1987, also seit zehn Jahren. Auch das soll gebührend ins Treffen geführt werden, wann und wo immer Vor- und Nachteile des EU-Beitrittes diskutiert werden.

Erhebliche Sorgen bereitet allerdings die Arbeitsmarktsituation. Die Beschäftigung ist rückläufig. Sowohl heuer wie im nächsten Jahr wird österreichweit die Beschäftigungszahl sinken und die Zahl der Arbeitslosen steigen. Die Arbeitslosigkeit wird in Österreich heuer auf 7,3 Prozent, im Jahr 1997 weiter auf 8 Prozent steigen.

Wir können aber auch feststellen, daß sich die niederösterreichische Wirtschaft unter diesen schwierigen Bedingungen bisher gut gehalten hat. Der in den vergangenen Jahren erarbeitete Vorsprung konnte im wesentlichen gehalten werden. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung ist weniger rückläufig als im österreichischen Durchschnitt. In konkreten Zahlen: Ende Mai dieses Jahres wurde in Niederösterreich mit 504.036 die Rekord-Beschäftigungszahl des Vorjahres fast wieder erreicht. Der Rückgang gegenüber Mai 1995 betrug nur 0,14 Prozent, österreichweit aber 0,84 Prozent. Gegenüber April lag die Beschäftigungszahl in Niederösterreich um 1,21 Prozent, im Bundesschnitt dagegen nur um 1,04 Prozent höher. Die Ausgangslage ist also in unserem Land gar nicht so schlecht. Sie ist jedenfalls weit besser als die Stimmung, die bis zu einem gewissen Grad auch von manchen Medien und von einer Opposition, die gar nicht bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen, geschürt wird. Man kann gar nicht oft und deutlich genug vor einem "Krankjammern" warnen. Wir haben durchaus Grund zu einem vorsichtigen, zu einem realistischen Optimismus. *(Beifall bei der ÖVP, LHStv. Höger und Abg. Gebert.)*

Aus diesem Blickwinkel, meine sehr verehrten Damen und Herren Mandatäre, sehe ich auch den Voranschlag 1997 unter dem Motto "Konsolidierung sichert Zukunftschancen". Auch wenn er unter den gegebenen Voraussetzungen selbstverständlich nicht alle Wünsche erfüllen kann.

Nachdem ein Land praktisch keine Möglichkeiten hat, seine Einnahmen zu beeinflussen, ist neben der konjunkturellen Entwicklung bei der Budgeterstellung eine weitere Grundlage entscheidend, nämlich das jeweils geltende Finanzausgleichsgesetz und die Vereinbarungen über die Krankenanstaltenfinanzierung. Während der Haushaltsentwurf 1996 unter gewissen Unwägbarkeiten erstellt werden mußte, können wir uns diesmal auf die Verhandlungsergebnisse vom 22. Februar 1996 und vom 29. März 1996 stützen. Bis Ende des Jahres 2000, also für vier Jahre, besteht jetzt Rechtssicherheit in allen Finanzausgleichsfragen. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß bei den sehr schwierigen Verhandlungen ein gutes, ein für alle Beteiligten akzeptables Ergebnis erzielt wurde. Natürlich macht es die Arbeit in den Ländern und Gemeinden nicht einfach, daß der Bund vom Neuverschuldungsrahmen in einer Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes 2,7 Prozent - also 90 Prozent vom Gesamten - für sich in Anspruch nimmt, sodaß

allen anderen Gebietskörperschaften nur 0,3 Prozent verbleiben. Aber es ist die Grundlage für die Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte eben so vereinbart worden.

Hohes Haus! Konsolidierung ist ein Begriff, der vor allem defensiv interpretiert wird. Sehen wir ihn doch einmal offensiv! Wir schaffen mit dem Konsolidierungsbudget den notwendigen Spielraum für die Landeshaushalte 1998 und 1999. Wir legen die Basis, damit in den nächsten Jahren keine weiteren schmerzhaften Sparpakete geschnürt werden müssen, obwohl selbstverständlich auch dann noch sparsam gewirtschaftet werden muß. Und wir schaffen uns den notwendigen Freiraum, um einen Wirtschaftsaufschwung, den die Experten für 1998 voraussagen, dann auch über den Landeshaushalt stützen zu können. Es ist somit ein Budgetentwurf, der nicht nur vom Sparstift, sondern auch von einem realistischen Optimismus geprägt wird. Und eben vom Ziel, durch die Konsolidierung unsere Zukunftschancen zu sichern.

Das kommt vor allem in einem Aspekt zum Ausdruck. Es wird, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, im investiven Bereich - also etwa beim Schul- und Kindergartenfonds, beim Wasserwirtschaftsfonds und in der Wohnbauförderung - keine Kürzungen geben. Das mag auf den ersten, oberflächlichen Blick nicht klar ersichtlich sein. Man kann es nur dann richtig beurteilen, wenn man auch das weiß, was nicht im Budget steht. Dort, wo eine Kürzung der Landesbeiträge vorgesehen ist, also beim Schul- und Kindergarten- sowie beim Wasserwirtschaftsfonds, ist durch Vereinbarungen zwischen dem Gemeindefeferenten und dem Finanzreferenten sichergestellt, daß dieses Minus durch eine Erhöhung der Bedarfszuweisungen in gleicher Höhe ausgeglichen wird und somit das Förderungsvolumen ungeschmälert bleibt. Also keine Kürzung daher im Fördervolumen für so wichtige Investitionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die stärksten Investitionsimpulse gehen allerdings von Maßnahmen des Landes aus, die im Haushalt keinen - oder noch keinen - Niederschlag finden. Im Grunde kann ich ja fast wörtlich wiederholen, was ich schon bei der Einbegleitungsrede zum Budget 1996 festgestellt habe: Durch die Anwendung von Sonderfinanzierungsmodellen sind die Bauinvestitionen des Landes vom jeweiligen Jahresbudget unabhängig. Das bedeutet, daß sie - anders als bei einer konventionellen Finanzierung - von budgetären Sparmaßnahmen nicht behindert oder verzögert werden. Das heißt im Klartext, daß alle unsere Bau-

projekte, etwa im Bereich der Krankenanstalten, der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, der Landesberufsschulen und der Bezirkshauptmannschaften planmäßig und wirtschaftlich fortgesetzt werden. Und wenn die FPÖ noch so sehr über Leasingfinanzierungen schimpft und wettet, die FPÖ wird noch in dieser Woche hier im Landtag weiteren vier Leasingprojekten ihre Zustimmung geben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leasingprojekte werden auch 1997 wesentliche Impulse zur Belebung der Bauwirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze auslösen. Gerade in der gegenwärtigen Situation, in der die Budgetgestaltung durch vorgegebene Ausgabenbegrenzungen eingeengt wird, bieten die außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodelle die Möglichkeit, wirksam gegenzusteuern und negative Auswirkungen des Konsolidierungskurses auf die Wirtschaft und auf den Arbeitsmarkt zu verhindern bzw. auszugleichen.

In diesem Zusammenhang sei besonders auch auf die Errichtung des Regierungsviertels in unserer Landeshauptstadt St. Pölten verwiesen. Das Projekt Landeshauptstadt hat in den letzten Jahren sehr wesentlich zur überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in unserem Land beigetragen. Wobei ich vor allem einmal mehr darauf hinweisen möchte, daß die Zusage voll und ganz eingehalten wurde, dieses historische Großprojekt ohne Belastung des Landeshaushaltes und damit ohne Einschränkungen für die anderen Landesteile zu realisieren. In diesem Fall werden sogar alle Leasingraten nicht aus dem Landesbudget sondern aus dem Hauptstadtfonds geleistet.

Hohes Haus! Die Investitionen der öffentlichen Hand erfüllen eine doppelte Funktion. Sie sichern die Beschäftigung, sie schaffen aber auch die Voraussetzungen, um Niederösterreich als Wirtschaftsstandort attraktiv zu erhalten. Dazu gehört die Verbesserung der Infrastruktur ebenso wie die vielen Maßnahmen, die man unter Erhöhung der Lebensqualität zusammenfassen könnte. Das Investitionsvolumen, das vom Niederösterreichischen Landesbudget hervorgerufen wird, wird auch 1997 nicht gekürzt sondern sogar ausgeweitet. *(Beifall bei der ÖVP.)* Allein diese Tatsache sollte auch für das Liberale Forum Grund genug sein, sich bei der Budgetkritik etwas anders zu verhalten wie die FPÖ. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Bei den Investitionen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, kommt unseren Gemeinden als den größten öffentlichen Investoren besonderes Gewicht zu. Auch sie, unsere

Gemeinden, haben das Konvergenzprogramm mitzutragen. Was nun den Budgetentwurf 1997 betrifft, können wir mit Fug und Recht feststellen: Die Gemeinden werden nicht schlechter gestellt, ganz im Gegenteil! Trotz aller Schwierigkeiten wird auch die letzte Stufe der Abschaffung der Landesumlage im kommenden Jahr wie vorgesehen wirksam. Sie dürfen mir glauben, es ist für den Finanzreferenten nicht einfach, auf rund eine Milliarde Schilling an Einnahmen, die nunmehr in den Gemeindekassen verbleiben, zu verzichten. Umso mehr, als alle anderen Bundesländer einen solchen Einschnitt nicht zu verkraften haben. Ich bitte daher die Gemeinden ... *(Abg. Dr. Bauer: Das sind diese Zehntelprozent, um die wir besser sind, durch diese Impulse die damit ausgelöst werden!)*

Ja! Und Niederösterreich ist auf vielen Ebenen besser als die anderen. Ich bitte daher die Gemeinden um Einsicht und Verständnis für die Notwendigkeit einiger Maßnahmen gegenüber den Kommunen. Für uns war und ist klar: Die natürliche Partnerschaft zwischen dem Land und den Gemeinden war eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die gute Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte. Und sie ist die Basis für die Bewältigung neuer Herausforderungen von heute und morgen. Es ist eine Partnerschaft, die sich in guten ebenso wie in schwierigen Zeiten bewährt, und es ist mir ein echtes Herzensanliegen, auch von dieser Stelle aus allen niederösterreichischen Kommunalpolitikern ein aufrichtiges Dankeschön für die gute Zusammenarbeit zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Hohes Haus! Einsparungen ziehen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Haushaltsentwurf, es gibt aber auch einen sehr wesentlichen Bereich, in dem die Ausgaben deutlich steigen. Hören Sie bitte gut zu! Nämlich das Sozialwesen, für das Ausgaben von 6,66 Milliarden Schilling vorgesehen sind, um 3,8 Prozent mehr als im Voranschlag 1996. Es gibt hier gesetzliche Verpflichtungen, es gibt aber vor allem auch den gemeinsamen Willen zur Solidarität mit jenen, die unsere Hilfe brauchen. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf einen anderen Bereich, der ungekürzt bleibt: Die Aufwendungen für die Familienhilfe des Landes werden gegenüber dem Voranschlag 1996 um 5 Millionen Schilling erhöht, Tagesmutteraktion und Kinderbetreuung werden weiter ausgebaut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, der vom Niederösterreichischen Landtag am 30. Juni 1994 gefaßte Grund-

satzbeschluß zur Familienpolitik wird trotz des Zwanges zur Sparsamkeit weiter etappenweise realisiert. Weil wir uns auch zu dem Prinzip bekennen, eine gute Familienpolitik ist die beste Sozialpolitik, denn sie verhindert vorbeugend, daß viele soziale Probleme überhaupt auftreten. Ich bin persönlich auch sehr glücklich, daß das gute Klima zwischen den beiden großen Regierungsparteien, das die Erstellung dieses Budgetentwurfes in Rekordzeit ermöglicht hat, auch in der lange umstrittenen Frage der Kleinkinderbetreuung zu einem guten Kompromiß geführt hat. Sehr wohl, Hohes Haus, sind aber auch im Sozialbereich neue Überlegungen notwendig, um die Kosten nicht explodieren zu lassen. Wir haben daher eine Richtlinien-Kommission eingesetzt. Ganz bewußt wurde für dieses Instrument der Zusammenarbeit zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei der Name "Richtlinien-Kommission" und nicht "Einsparungs-Kommission" gewählt. Es geht nicht darum, jenen etwas wegzunehmen, die über keine lautstarke Lobby verfügen. Ziel ist es vielmehr, immer wieder den tatsächlichen Bedarf zu erheben, die Auswirkungen von eventuellen Maßnahmen zu überprüfen und auch gegenseitige Beeinflussungen - etwa zwischen den mobilen Diensten, dem Heimsektor und dem Gesundheitswesen - festzustellen und aufzuzeigen. Die vorhandenen Mittel sollen so günstig wie möglich eingesetzt werden.

Damit bin ich schon bei jenem Bereich, der seit jeher zu den größten "Sorgenkindern" jedes Finanzreferenten gehört, nämlich beim Gesundheitswesen. Hier beginnt mit dem kommenden Jahr eine neue Ära. Der seit 1978 bestehende KRAZAF wird durch das System der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung abgelöst. Dazu wird in jedem Bundesland ein eigener Finanzierungstopf eingerichtet, in den alle Mittel für die Spitalsfinanzierung fließen. Ein positiver Nebeneffekt ist sicher, daß das Fremdpatienten-Problem wieder gelöst werden konnte. Das Verhalten des Wiener Gesundheitsstadtrates widerspricht allen Vereinbarungen zwischen den Finanzausgleichspartnern. Da sind nicht neue Verhandlungen zu führen sondern die Vereinbarungen sind einzuhalten. Auch von Wien! *(Beifall bei der ÖVP, LHStv. Höger und Abg. Schütz.)* Vereinbarungen dürfen auch von Wien nicht einseitig gebrochen werden, denn das würde österreichweit zu einem Chaos im gesamten Finanzausgleichsgefüge führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Beteiligten sind sich im klaren, daß die Umstellung nicht ganz einfach sein wird, auch die noch ausstehenden Verhandlungen über den

gesamtosterreichischen Krankenanstaltenplan - dieser soll ja vereinbarungsgemäß am 1. Jänner 1997 fertig sein - und über den Großgeräteplan, ebenfalls bis zum 1. Jänner 1997. Diese Verhandlungen werden eine "harte Nuß" sein und zeigen, daß noch mancher Teufel im Detail steckt. Gerade deshalb erscheint mir ein Aspekt besonders wichtig: Der künftige "Landestopf" muß wesentlich mehr sein als ein "Topf", nämlich ein "Gesundheitsfonds". Also ein Gremium, das nicht nur Geld verwaltet - immerhin nicht weniger als 11 Milliarden Schilling, so hoch ist der Jahresaufwand der niederösterreichischen Krankenanstalten. Vereinbarungsgemäß und selbstverständlich muß der Gesundheitsfonds über echte Gestaltungsmöglichkeiten verfügen. Im NÖ Gesundheitsfonds sollen alle mitreden, die Mittel aufbringen. Wesentliche Entscheidungsgrundlagen wird sicher die NÖ Gesundheitsstudie bringen. Sie soll noch heuer fertig sein, und ich bin überzeugt: Gerade die bevorstehende Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung wird zeigen, wie richtig und wichtig es war, rechtzeitig eine solche umfassende Untersuchung in Auftrag zu geben, um - nicht nur, aber vor allem - Einsparungspotentiale aufzuzeigen.

Hohes Haus! Der Voranschlag ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für das kommende Jahr und umfaßt auch diesmal wieder rund 12.000 Einzelpositionen. Über viele würde ich noch gerne sprechen. Aber nachdem wir uns vorgenommen haben, die Budgetdebatte 1997 womöglich in zwei Tagen durchzuziehen, habe ich den Vorsatz gefaßt, auch hinsichtlich meiner Redezeit einen Einsparungsbeitrag zu leisten. Gestatten Sie mir aber noch einige Worte des aufrichtigen Dankes. Es bedarf der Zusammenarbeit vieler Kräfte in Politik und Verwaltung, bevor Ihnen der Haushaltsentwurf vorgelegt werden und der Finanzreferent zur Budgetrede an dieses Rednerpult treten kann.

Mein Dank gilt ganz besonders den Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, der in Sachen Spargesinnung mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Es gibt kein Ressort, dem nicht Opfer abverlangt wurden. Aber das Gesprächsklima blieb immer konstruktiv und sachlich. Anders wäre es auch nicht möglich gewesen, die Verhandlungen auf Regierungsebene in Rekordzeit, nämlich in nur einem Monat, erfolgreich abzuschließen.

Die Landesregierung hat den Budgetentwurf einstimmig genehmigt, und ich bin ehrlich gesagt ein wenig gespannt, ob sich die Zustimmung des freiheitlichen Regierungsmitgliedes auch in den

folgenden Debattenbeiträgen auswirken wird. Wahrscheinlich wird uns die FPÖ erklären, daß der FPÖ-Landesrat eigentlich nicht dem ganzen Budget zustimmen wollte, obwohl er es getan hat. Traurig ist es, wie ein FPÖ-Landesrat von seinem Klub gegängelt wird, wenn ich hier nur die Pressaussendungen zum Budget höre.

Mein Dank gilt auch in besonderer Weise den Landtagsklubs von ÖVP und SPÖ. Auch hier hat das ausgezeichnete Gesprächsklima, hat die Bereitschaft, in den entscheidenden Fragen das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, die Voraussetzungen geschaffen, daß auch die notwendigen Begleitgesetze noch in diesen Tagen beschlossen werden können. Und das ist wiederum die Basis dafür, daß die positiven Effekte, die wir uns von der Vorverlegung der Budgetverhandlungen erwarteten und die ich eingangs dargelegt habe, auch tatsächlich zum Tragen kommen.

Sehr herzlich danke ich auch dem Leiter der Finanzabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung, Hofrat Dr. Rudolf Höbart, und seiner gesamten Mannschaft: Hofrat Dr. Walter Pecker, Budgetdirektor Eduard Pichler sowie allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die letzten Wochen waren für sie sicher kein "Honiglecken", die Vorverlegung bedeutete eine erhebliche zusätzliche Belastung.

Ich danke weiters Landesamtsdirektor-Stellvertreter Hofrat Dr. Werner Seif, der für die rechtzeitige EDV-mäßige Fertigstellung des umfangreichen Zahlenmaterials alle erforderlichen Kräfte zur Verfügung gestellt hat. Und ich danke schließlich Hofrat Dr. Anton Pöschmann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Druckerei, in der Buchbinderei und in der Kopierstelle. Sie alle haben wesentlich dazu beigetragen, daß wir heuer bereits im Juni den Haushaltsentwurf 1997 beraten und beschließen können.

Hohes Haus! Lassen Sie mich in einigen wenigen Worten zusammenfassen: Der Entwurf, der Ihnen zur Beratung vorliegt, ist ein Sparbudget, aber nicht nur ein Sparbudget. Es ist meine feste Überzeugung, daß es gelungen ist, der Gefahr auszuweichen, den Rotstift am falschen Platz anzusetzen und damit letztlich eine künftige Aufwärtsentwicklung zu verbauen. Es wird die Basis gelegt, um auch weiterhin gestaltend und fördernd wirken zu können. Es wird den Konvergenzkriterien Rechnung getragen, es werden aber gleichzeitig alle Möglichkeiten genützt, über den Haus-

halt zu einer weiteren positiven Entwicklung in unserem Heimatland beizutragen.

Zum Schluß noch eine Bitte: Sehen Sie den Voranschlag im Licht dieser Notwendigkeiten und Zielsetzungen. Behandeln Sie ihn durchaus kritisch, vor allem aber sachlich - konstruktiv. Und leisten Sie hier im Hohen Haus auch bei der Umsetzung des Voranschlages 1997 dann im kommenden Jahr Ihren Beitrag. Damit wir in einem Jahr bei der tatsächlich ersten Budgetdebatte in unserer jungen Landeshauptstadt St. Pölten feststellen können: Das Budget 1997 ist seinem Motto "Konsolidierung sichert Zukunftschancen" gerecht geworden! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Generaldebatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, daß der Herr Landesrat Freibauer hier wirklich immer wieder versucht, das Budget so darzustellen, daß auch die Opposition - und das sind einmal nur die Liberalen hier in diesem Hohen Haus, und auch die Freiheitlichen - damit einverstanden ist. Ich glaube aber, daß er allein immer hier heraußen steht, verantwortlich für seine Kollegen, die eigentlich dieses Budget prägen. Und nach unserer Auffassung ist dieses Budget zwar der Ansatz, der leichte Ansatz zu einem politischen Umdenken in diesem Land, das nicht freiwillig erfolgt, sondern erzwungen ist. Es ist erzwungen durch die Situation. Ich glaube, daran kann niemand mehr vorbeigehen. Und wenn man sich diese Einsparungen ansieht, dann muß ich sagen, ich will Sie jetzt nicht wiederum mit allen Zahlen quälen, aber dann finden wir ja beim ordentlichen Haushalt eine Einsparung von 0,33 Prozent. Das ist wirklich keine Einsparung, derer man sich rühmen kann, so wie es jetzt gerade mein Vorredner getan hat.

Was uns belastet ist, daß bei den Investitionen beim außerordentlichen Budget 11,61 Prozent eingespart werden. Nun höre ich, daß anscheinend die Kritik, die wir in der Zeitung schon angebracht haben, den Herrn Landesrat zu einem Umdenken gebracht hat. Denn anscheinend gibt es schon neue Sachen, die noch nicht im Budget stehen, das haben Sie ja gerade hier erklärt. Es freut mich, daß wir so viel Einfluß in diesem Haus haben, daß Sie hier Handlungen setzen und auf unsere Kritik hören. Grundsätzlich ist es aber so, glaube ich, daß es wirklich notwendig wäre, wenn solche Einsparungen sich aus dem Budget, Herr

Landesrat, wirklich nicht richtig erlesen lassen, daß dazu eine Erklärung an die Parteien und auch an eine kleine Oppositionspartei gegeben wird. Damit wir uns in der Form vorbereiten können, daß Sie sich so eine Kritik ersparen. So etwas kann ja nicht schaden.

Ich möchte im Budget nur zu einigen Haushaltsgruppen Stellung nehmen. Zum Beispiel zur Haushaltsgruppe 7. Die Haushaltsgruppe 7, Wirtschaftsförderung, hat zum Beispiel bei Handel, Gewerbe und Industrie Einsparungen bis zu 11 Prozent zu verzeichnen. Im Tourismus wird eingespart, obwohl wir wissen, daß Österreich und Niederösterreich als eines der größten Bundesländer darin nur mit 6 Prozent beteiligt ist an dem riesigen Kuchen. Ich glaube, hier sieht man, daß das Budget, das sicher in der Wirtschaft Initiativen setzen kann, nicht richtig gestaltet ist. Ich werde auch nachher noch erklären, welche Punkte uns dazu bringen, daß wir diesem Budget nicht zustimmen können. Nicht zustimmen können, weil wirklich kein struktureller Ansatz einer Verbesserung zu sehen ist. Und wenn wir hier eins mit der SPÖ sind, dann könnte es vielleicht - so habe ich es Ihren Aussagen entnommen, ich bin selbst überrascht darüber, aber es könnte ja so sein - dann kann es vielleicht doch in Zukunft besser werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gar nicht aggressiv, sondern ganz sachlich noch einmal darauf eingehen, daß ich es wirklich nicht für zielführend erachte, daß wir hier mit der Ausschreibung für St. Pölten die ganze EU-Klimatik in Niederösterreich total ruinieren. Denn was ist eigentlich passiert? Herr Landeshauptmann, Sie lachen. Ein Oberösterreicher hat uns in Brüssel angezeigt. Und dadurch ist es jetzt so, daß Sie eben dann wieder -zig Millionen brauchen, um das Klima aufzubessern. Ein Oberösterreicher ist hergegangen und hat uns angezeigt und die EU macht nichts anderes als zu prüfen was geschehen ist. Und das ist wohl deren legitimes Recht und wir wünschen auch, daß es so ist.

Wir haben ein Büro in Brüssel. Dieses Büro hätte eigentlich die Aufgabe, uns vor solchen Problemen zu bewahren. Wir waren eines der ersten Bundesländer, die in Brüssel ein Büro errichtet haben. Ich höre nichts davon. Dieses Büro sollte eigentlich - und das möchte ich noch einmal zu der Haushaltsgruppe 7 sagen - diese Handlung und Leistung erbringen, die ich mir vorstelle, daß sie ein Büro erbringt. Es gibt derzeit 21.900 aufgelistete Lieferaufträge, die in der EU öffentlich ausgeschrieben werden. Wo ist dieses Büro, wo, Herr Landeshauptmann? Führen Sie die niederöster-

reichische Wirtschaft an diese Aufträge heran! Wo helfen Sie den Kleinbetrieben, den Mittelbetrieben, diese administrativen Klippen, die neu sind, und diese Entfernungsangst zu überbrücken? (*Abg. Dr. Strasser: Das können Sie sich in der Herrengasse anschauen!*) Sehr schön. Die Herrengasse kenne ich, aber das habe ich noch nicht gesehen.

Das zweite ist, es gibt 8.600 Bauaufträge. Insgesamt wird, ich möchte es noch einmal hier sagen, ein Auftragsvolumen von 5.600 Milliarden ausgeschrieben. Da streiten wir uns wegen 200 Millionen herum, von denen wir, wenn wir öffentlich richtig ausgeschrieben hätten, vielleicht 20 verloren hätten.

Und das verstehe ich nicht. Ihre Partei, Herr Landeshauptmann, war für die EU. Wahrscheinlich sind Sie es noch, den Zeitungen entnehme ich es nicht mehr. Aber wenn wir dafür sind, dann müssen wir positiv nach vorne schauen. Die EU bringt Arbeitsplätze und vernichtet sie nicht, das wollen wir einmal klar festhalten. (*LH Dr. Pröll: Ist das wahr? Das werde ich nachprüfen lassen!*) Wenn Sie es nicht wissen sind Sie schlecht beraten, Herr Landeshauptmann. Das ist kein guter Zwischenruf.

Ich möchte grundsätzlich noch einmal auf die Tourismusförderung eingehen. Die Tourismusförderung - und hier darf ich ein kleines Beispiel bringen - ist eine der wesentlichsten Sachen, die in der öffentlichen Hand verbleiben sollten. Weil die Zusammenfassung dieser vielen kleinen Interessen sehr schwer über Vereine möglich ist. Hier sollte wirklich das Land tätig sein. Ich darf dazu kurz die Schiland GmbH ansprechen. Die Schiland GmbH ist für mich ein Musterbeispiel. Das Land ist mit positivem Engagement 'rangingen, aber mit falschen Mitteln, mit falschen Werkzeugen. Man hat sich keine Berater genommen, die wirklich etwas davon verstehen, sonst hätte es das Schilandmodell nie in dieser Form geben dürfen. Jetzt hat man es erkannt, jetzt schleift man es und entläßt die Gemeinden wieder in ihre Freiheit. Und die sollen jetzt selber "weiterwurschteln". Ich glaube, daß dieser Weg richtig ist, Herr Landesrat. Nur hätte man sich das ersparen können - Sie waren damals noch nicht in der Landesregierung - mit ordentlichen Fachleuten. Und das ist mein Anknüpfungspunkt: Wir müssen schauen, daß wir internationale Berater bekommen. Daß wir Berater bekommen, die nicht aus Parteizentralen stammen. Und dann wird es sich auch erübrigen, daß wir hier ständig Rückzieher machen müssen, die die Bevölkerung

verunsichern. Und hier gibt es wirklich schon genügend Probleme.

Ich möchte auch noch einmal eine kurze Analyse der Zeitdimension der Verschuldung erstellen. Man kann das einteilen in Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit, Verpflichtungen der Gegenwart und Vorgriffe auf die Zukunft. Und hier muß ich sagen, wenn man sich das anschaut, dann bewahrheitet sich sicher unsere Auffassung, daß nur mit strukturellen Eingriffen eine Konsolidierung des Budgets und der Verschuldung in der Zukunft möglich sein wird. Wenn wir bedenken, daß wir 1993 eine Landesverschuldung um 40,3 Milliarden gehabt haben, dann ist es wirklich erschreckend, wenn wir jetzt auf 1997 schauen und feststellen müssen, daß der Schuldenstand um 164 Prozent gestiegen ist. Der Herr Landesrat rechnet nur 148 Prozent, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. Weil man ganz einfach für das Jahr 1997 bereits 30 Milliarden annimmt, wo wir 35 sehen. Aber bitte, ob 148 oder 164, bei einer Einnahmenerhöhung im gleichen Zeitraum von nur 12,1 Prozent, da ist doch Handlungsbedarf gegeben! Und dieser Handlungsbedarf zeigt sich in diesem Budget nach meinem Dafürhalten und nach der Auffassung der Liberalen nicht. Er zeigt sich als ein Anflug. Denn daß hier gespart wurde, das kann ja wohl niemand bestreiten. Das will ich auch nicht. Aber die grundsätzliche Umstellung ist nicht zu finden.

Es geht auch darum, daß wir einmal erkennen müssen, daß die Verwaltungsschulden eigentlich nach unserer Lesart bis jetzt bereits 37,3 Milliarden betragen - und das kann man belegen. Davon sind allerdings 27,8 Milliarden Verpflichtungen aus der Wohnbauförderung, die man irgendwie ausklammern kann. Aber 9,5 Milliarden sind bereits außerbudgetär infolge Leasingfinanzierungen vorhanden. Was einen Gesamtschuldenstand von sogenannten - es ist so ein schönes Wort - nicht fälligen Verwaltungsschulden bedeutet. Daher brauchen sie nicht dazu gerechnet werden. Für mich sind das eingegangene Verpflichtungen, wie für einen jeden in der Industrie. Jeder Manager in der Industrie hat diese Verpflichtungen in seinen Budgetplan mit aufzunehmen und nicht nur die ausgabenwirksamen Zahlungen, das sind die Leasingraten. Und wenn man das jetzt dazurechnet, dann kommen Sie bereits auf eine Gesamtverschuldung von 47,3 Milliarden, das ist weitaus mehr als die Einnahme eines Jahres. Wir wollen nicht den Zahlen folgen, die die F hier verbreitet. Wir sind auch kleiner. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Aber grundsätzlich glaube ich, daß man eben auch bei solchen Zahlen bei der Wahrheit bleiben

soll. Es ist sicher nicht richtig, wenn wir St. Pölten dazu rechnen, da gehe ich mit Ihnen konform, Herr Landesrat. Wir haben uns dieses Modell angesehen. St. Pölten hat in dieser Verschuldung nichts zu suchen. Wie wohl ich auch hier festhalten möchte, daß es nicht so schön ist, wie es immer dargestellt wird. Denn eigentlich ist es eine Umschichtung von liquidierbarem, nicht betriebsnotwendigem Vermögen in eine fixe Veranlagung, die stabil ist und nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das heißt, wenn Sie einmal in Not kommen, dann können Sie auf diese Mittel nicht mehr zurückgreifen, was Sie jetzt sehr wohl konnten. Sie beweisen es ja, sonst hätten Sie den Fonds nicht aufstocken können. Und das ist für mich der Schönheitsfehler bei der Sache. Aber es war ein Landtagsbeschluß, der einheitlich getroffen wurde, damals auch mit der F - FPÖ hat sie damals noch geheißt - und das will ich nicht kritisieren.

Ich möchte aber noch einmal jetzt die Ansätze sagen, die wir uns vorstellen würden. Dazu darf ich wieder auf die sieben Seiten Beteiligungen kommen, die Sie hier auflisten. Wenn man sich das durchliest, dann sehe ich hier einen wesentlichen Ansatz der Verkaufsmöglichkeit und der Einsparung. Erstens einmal in der Einsparung von Zinsen, indem sie diese nicht betriebsnotwendigen Beteiligungen verkaufen, und der Verwaltung. Weil alles, was Sie hier auf sieben Seiten an Beteiligungen stehen haben, muß ja verwaltet werden. Und da darf ich nahtlos zum Dienstpostenplan überleiten. Das kann kein Sparbudget sein, wenn ich nur 14 Leute einspare von 18.163, bitte. Wenn ich das als Betriebsverantwortlicher mache, bin ich entlassen, wenn ich so eine Bilanz lege. Das wollen wir ganz klar festhalten. Das möchte ich klar festhalten, das sind 0,14 Prozent. Und damit sehe ich eine Ansatzmöglichkeit. Wo bleibt im Land jetzt bei der Übersiedelung der Computer-Sprung? (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Es ist grundsätzlich so, daß ich glaube, daß die moderne Technik, die jetzt in St. Pölten eingesetzt wird, daß die schon einen Sprung auch in der Beschäftigtenzahl nach sich ziehen müßte, so wie es in jedem anderen Unternehmen ist.

Der nächste Punkt - das darf ich auch noch einmal erwähnen - ich habe es schon oft gesagt und sage es immer wieder - ist nach unserem Dafürhalten auch die Möglichkeit, daß man Gesellschaften ausgliedert, die jetzt Arbeiten machen, die private Betriebe wesentlich günstiger und vor allem nicht im Fixkostenblock für das Land durchführen. Alle diese Ansätze fehlen in diesem Budget. Alle diese Ansätze werden von

uns seit drei Jahren eingefordert. Ich habe das bei meiner ersten Rede hier schon erwähnt, Rücknahme der Administration, der Verwaltung, Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Beteiligungen, Ausgliederung von Kommunalbetrieben, die privatwirtschaftlich besser geführt werden können und auch die Möglichkeit der Personalreduktion. All dies finden wir nicht. Und ohne zu kritisieren, daß Sie einsparen, wollen wir daher dieses Budget nicht gutheißen und können ihm nicht die Zustimmung erteilen. Danke. (*Beifall bei Abg. der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Landesrat Freibauer hat ja hingewiesen auf die Einmaligkeit der vorgezogenen Budgetdebatte und Beschlußfassung. Ich möchte daher in Erinnerung rufen, wie ich zum ersten Mal von dieser vorgezogenen Budgetdebatte erfuhr. Und zwar war das durch die "NÖN" vom 3. März 1996. Unter der Überschrift "Landesbudget 1997 im Juni" hieß es: "Einen Beitrag zur Stabilität des Landes nennt Landesrat Edmund Freibauer sein überraschendes Vorhaben, das Landesbudget 1997 schon im Juni vom Landtag beschließen zu lassen." Das läßt schon einmal darauf hindeuten, der Herr Landesrat läßt uns hier beschließen. Man gewinne ein halbes Jahr Vorsprung für die Umsetzung der Vorhaben, meinte Freibauer, kündigt aber auch gleich den Haken am 97er-Budget an. Unter Anführungszeichen: "Die Nettoverschuldung des Landes muß um 1,1 Milliarden Schilling sinken, was Einsparungen in allen Bereichen bedeuten wird. Die Verhandlungen mit den Regierungskollegen sollen demnächst beginnen, mit der SPÖ wurde der Konsens gesucht, mit F-Landesrat Schimanek nicht. Der hat auch beim Budget 1996 nicht mitgemacht, erklärt Landesrat Freibauer."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wundert mich daher, daß jetzt, einige Zeit nachher jeder bei uns darauf pocht auf Zusammenarbeit und ob wir nicht zustimmen, auf die Sachlichkeit, wenn bereits in der ersten Mitteilung seitens des Landesrates uns mitgeteilt wurde, mit uns wünscht man in dieser Form die Zusammenarbeit nicht. Daher bitte ich, das schon auch in den künftigen Reden zu berücksichtigen und nicht so baß erstaunt zu sein, daß die Freiheitlichen da vielleicht andere Positionen einnehmen, wo doch

von vornherein gar nicht geplant war, uns in diese Verhandlungen mit einzubeziehen.

Als nächstes, Herr Landesrat: Sie haben erklärt, Sie sehen Ihr Ziel als erreicht, nämlich die Rückführung des Budgets auf das Budget von 1995. Und da unterscheiden wir uns nämlich, daß wir unterschiedliche Ziele haben. Während wir als Ziel sehen, keine Neuverschuldung bzw. Schuldenabbau, war eben Ihr Ziel die Rückführung auf 1995. Wobei man das, glaube ich, auch relativieren muß, denn den Schuldenstand haben wir nicht auf 1995 zurückgeführt. Wiewohl ich dann auch noch zugestehen werde, daß wir Positives hier durchaus erkennen. Aber wir sehen auch in diesem Budget, so wie es der Kollege Ing. Dautzenberg bereits beschrieben hat, im wesentlichen eine Fortschreibung des Zahlenwerkes wie bisher. Es ist darin keine einzige Idee zu finden, aus der man annehmen kann, hier hat sich jemand einmal hingesetzt und seine Phantasie spielen lassen. Das ist einfach in diesem Zahlenwerk nicht drinnen. Es gibt zahlenmäßige Abweichungen, einmal ein bißchen mehr, einmal etwas weniger, was in der Summe eine leichte Einsparung ergibt.

Wir haben ja im Vorjahr zu diesem Budget Abänderungsanträge eingebracht. Wir werden diese Abänderungsanträge heuer unterlassen. Aus dem einfachen Grund, weil wir sehen, daß das so fix paktiert ist, dieses Zahlenwerk, daß überhaupt niemand gewillt ist, hier zahlenmäßig an dieser Broschüre noch in irgendeiner Weise zu rütteln. Daher haben wir uns vorgenommen, mit Resolutionsanträgen hier unsere Sacharbeit einzubringen, weil ja die Budgetdebatte natürlich ermöglicht, hier richtungsweisende Dinge zu beschließen.

Ganz interessant ist auch das Wortspiel des Herrn Landesrates, ich habe nachgelesen: Voriges Jahr war es ein Sparbudget mit Konsolidierungseffekt, heuer ist es ein Konsolidierungsbudget mit Spareffekt. Also der Unterschied ist möglicherweise nicht ganz so groß. (*Abg. Dr. Strasser: Sie haben nicht richtig hingehört. Ein Konsolidierungsprogramm, das Zukunftschancen hat!*) Ich habe sogar mitgeschrieben, Herr Dr. Strasser! Sie sollten das auch einmal probieren.

Apropos Zukunftschancen. Das ist auch noch köstlich: Voriges Jahr war das Motto "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen", heuer sichert die Konsolidierung die Zukunftschancen. Je nachdem, irgendwer sichert immer. Das Motto "Partnerschaft ist unser Weg" das haben Sie ja im

Jahr 1995 bereits abgelegt, dieses Motto, wie Sie selbst in Ihrer Budgetrede damals erwähnt haben.

Nun aber, wenn ich sage, es gibt drinnen keine Ideen, keine Ansätze, so möchte ich nur ein Beispiel bringen, wo wir nach wie vor unsere Vorstöße gemacht haben. Zum Beispiel im Bereich der Privatisierungsversuche der Straßenmeistereien. Es gibt einfach keine Versuche, in dieser Richtung Veränderungen herbeizuführen. Ganz im Gegenteil! Der Herr Landeshauptmann nimmt die Anlässe der Eröffnung eines Bauhofes oder einer Straßenmeisterei immer zum Anlaß, uns eines "drüberzuziehen", indem er dort erklärt, so lange er ist, wird sich nichts verändern. Nun, das sehen wir ganz einfach in diesem Budget, daß überhaupt keine Ansätze vorhanden sind, hier strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Und das ist auch die Einstellung, die uns eher dazu bewegt, hier dagegen zu sein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eines ist vielleicht auch noch ganz interessant, weil es immer um die Voraussetzungen geht, mit denen der Herr Landesrat in die Budgetdebatten 'reinmarschiert. Er hat ja heute sehr richtig

gesagt, daß die Wachstumsprognosen für 1996 bei 0,7 % und ich glaube, nächstes Jahr wieder etwas darüber, bei einem Prozent liegen. Voriges Jahr bei der Budgetdebatte ist er mit einer Wachstumsprognose von zwei Prozent in die Diskussion gegangen. Und ich frage mich daher, wie kann das zusammenstimmen mit der Aussage, es wird das Budget 1996 auch entsprechend durchkommen, wenn das Wachstum eigentlich um zwei Drittel gemäß den vorliegenden Zahlen jetzt im Jahr 1996 sinken wird. Also ich kann mir nicht vorstellen bei einem derartig sinkenden Wachstum, unter anderen Voraussetzungen angenommen, daß dann das Budget 1996 hält. (*LR Mag. Freibauer: Der Budgetvollzug wird es zeigen! Ich muß natürlich irgendwo einsparen! Wir schauen uns dann den Rechnungsabschluß an! Der Rechnungsabschluß ist der Tag der Wahrheit!*) Ja, der Rechnungsabschluß ist ja immer eine sehr interessante Debatte.

Ich habe auch erwähnt, wir sind durchaus bereit, diesmal anzuerkennen, daß ein richtiger Schritt in Richtung Einsparung gesetzt wird. Wir sehen das als einen ersten Schritt. Der Weg ist für uns noch nicht erkennbar, den Weg erkennt man immer erst, wenn zwei Schritte gegangen werden. Es ist so wie bei einer Radarmessung. Man braucht zwei Punkte, dann kann man auch den Weg erkennen. Derzeit ist es ein erster Schritt. Wir sehen aber auch, daß bei diesen Einsparungen, wo es jetzt so plakativ um die berühmten 10 Prozent gegangen ist, man sich eher dorthin begibt, wo es leicht möglich ist und wo es vielleicht medial gut drüberkommt. Aber dort, wo es vielleicht im eigenen Bereich etwas weh tut, war man schon nicht mehr bereit dazu. Ich nehme nur her die Parteienförderung mit minus 10 Prozent. Das ist schon in Ordnung. Dann gibt es bei gewissen Stiftungen und Institutionen auch diese Kürzung. Aber schon nicht mehr gibt es diese Kürzung bei der Landes-Landwirtschaftskammer. Wenn man überall einspart, frage ich mich, weshalb nicht dort? Wir werden es am Donnerstag hören: Weil man ganz überraschend eine Aufstockung der Funktionäre bei der Landes-Landwirtschaftskammer vornehmen wird. (*Abg. Dr. Bauer: Woher leiten Sie das ab?*)

Das war bei der Ausschußsitzung - Du warst an und für sich anwesend - wo zum Beispiel gesagt worden ist, in Amstetten wird die Anzahl sogar verdoppelt von 15 auf 30 Kammerfunktionäre. (*Heftige Unruhe bei Abg. Dr. Bauer.*)

Das ist richtig, das hat auch niemand abgestritten. Aber Dir ist das offensichtlich bei der Sitzung entgangen. Also 15 plus 15 ist 30, wenn Dich das so empört, daß 15 plus 15 30 ist, so ist das interes-

sant. (*Beifall bei der FPÖ. - Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich habe auch gerade erläutert, daß man in dem Bereich nicht bereit ist, einzusparen, was man ja an den Zahlen ganz einfach ableiten kann. Für uns ist auch, was die Parteienförderung betrifft, ganz interessant: In einem "Profil"-Artikel wurde dargestellt, daß die ÖVP an der Parteienförderung der BGÖ höheres Interesse hat. Ich wundere mich wirklich, weshalb man auf der einen Seite überall die Einsparungen vornimmt, und auf der anderen Seite einer Partei, die sich selbst als Nachfolgerin nennt, wobei das sogar Verfahren nach sich gezogen hat, wo man gar nicht sicher ist, ob das auch tatsächlich so gewollt wurde von den Unterschreibenden. (*Abg. Dr. Strasser: Welche Partei? Was ist die BGÖ?*) Die BGÖ! Die BGÖ bekommt nach wie vor Parteienförderung; 1,9 Millionen. Und da frage ich mich, ob das schon wieder im Hinblick auf die Wahl 1998, so wie es im "Profil" steht, alte Vereinbarungen sind. Also wenn der Parteisekretär nicht weiß, was BGÖ heißt, dann bitte, soll er sich vielleicht woanders informieren. (*Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Landesrat! Ich bin übrigens wirklich sehr angetan von der von Ihnen angekündigten Sachlichkeit Ihrer Fraktion. Also das ist wirklich ein Höhepunkt der Sachlichkeit, die da geboten wird!

Die Budgetprognose, die wir beschlossen haben am 29. Juni 1995 - das war noch in dem Jahr, wo sich der EU-Beitritt ausgewirkt hat - wenn Sie sich daran erinnern, Sie haben seinerzeit - SPÖ, ÖVP - eine Budgetprognose beschlossen, die vorgesehen hätte für 1995 einen Abgang von 8,4 Milliarden, für 1997 bereits 10 Milliarden und für das Jahr 2000 15,4 Milliarden. Damals waren die Freiheitlichen die einzigen, die sich dagegen ausgesprochen haben, diesen Budgetkurs fortzusetzen. Und ich möchte darauf hinweisen, weil heute so großartig erkannt wird von Landesrat Freibauer, daß er erkannt hätte, man muß den Kurs umkehren, auch ohne EU-Beitritt. Das hätte man aber damals an und für sich auch schon erkennen können. Für uns war es seinerzeit unverständlich, daß hier herinnen mit Mehrheit beschlossen wird, daß man ein Defizit für das Jahr 2000 bereits mit 15,4 Milliarden in Kauf genommen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sieht man dieses Budget jetzt im Zusammenhang auch mit dem Belastungspaket der Bundesregierung, so stellt man sich natürlich die Frage, wie lange, wie oft und wie weit kann man diese österreichische Bevölkerung noch belasten. Und es ist

ganz einfach unrichtig, wenn man nur spricht von "etwas den Gürtel enger schnallen". Und es ist auch unrichtig, wenn heute behauptet wurde, es wird für die Familien so viel Geld mehr ausgegeben und für die Kinderbetreuung. Wo wir gerade am Donnerstag ja darüber reden werden, wie weit zusätzliche Beiträge für die Kindererziehung in den Kindergärten eingehoben werden. Wenn man die vielen Belastungen hernimmt, die heuer auf die Familien zukommen, von der entfallenen Freifahrt über Bücher und Familienbeihilfen, dann kommen dazu diese 1.000,- Schilling, die da im Raum stehen für die Kindergärten. Das sind, wenn man 10 Monate rechnet, auch wieder einmal so 10.000,- Schilling Mehrausgaben. Denn die soziale Staffelung, wie das dann beglichen werden muß, liegt ja noch nicht vor. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Kautz: Herr Kollege! Zu Tode gespart ist auch tot!)*

Ja, das war jetzt wahnsinnig gut, der Zwischenruf, gratuliere. Aber jetzt, wenn man heute, wo es um die Familien geht, sich so einen Zwischenruf leistet, dann frage ich wirklich, woran denkt ein Abgeordneter dabei. Das Problem ist ernsthaft, Herr Abgeordneter Kautz. Das Problem ist ernsthaft! Sie sparen bei der Familie. Ich weiß, Ihre Repräsentanten, wenn irgendwelche Diskussionen stattfinden, sagen überall, ja, Gastarbeiter 'rein, die zahlen unsere Pensionen. Ich habe solche Diskussionen selbst erlebt. Wir haben Fremden-Einwanderungsquoten, weil wir brauchen uns ja nicht selbst zu reproduzieren. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, daß gerade, wenn es um die Familie geht, derartig Unernstes vorgebracht wird. Weil ich schon ein großes Problem sehe: Das heurige Paket mit all seinen Auswirkungen ist natürlich nicht dazu angetan, junge Familien zu motivieren, Kinder zu bekommen. Dieses Paket geht genau in die entgegengesetzte Richtung! Es ist dazu angetan, weniger Kinder zu bekommen. Und ich frage mich, ab und zu darf man ja so einen Ausflug machen, vielleicht auch in die Zukunft, wenn in hundert Jahren einmal die Geschichte betrachtet wird, wie sich das darstellt. Da hat es einmal eine Generation gegeben, die hat die Familienbeihilfe so weit gekürzt, hat die Reproduktion mit Zuwanderern durchgeführt. Und es hat sich ganz einfach eine Veränderung in der Bevölkerung ergeben, die wir, und davon bin ich überzeugt, auch wenn heute darüber gelacht wird, aber ich glaube, die auch Ihr nicht wünscht. Und daher ist das ganz einfach ein falscher Ansatz, wenn heute und dann wieder am Donnerstag bei den Familien eingespart wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Worum geht es bei dem Ganzen? Im großen und ganzen geht es doch darum, daß wir unseren EU-Beitritt oder -Beitrag finanzieren. Auch wenn der Herr Landesrat sagt, wir hätten auch so sparen müssen. Ich gebe zu, ganz einfach auf Grund der Schuldenentwicklung. Aber die derzeitigen Einsparungen dienen ja im wesentlichen dazu, den Beitrag zu zahlen. Denn wenn Sie sagen, es ist großartig gelungen, 1,1 Milliarden einzusparen, so müssen wir auf der anderen Seite auch die Zahlen nennen, die wir heuer wieder von Niederösterreich nach Brüssel überweisen, bildlich gesprochen. Es werden wieder annähernd diese 1,37 Milliarden sein, die wir auch voriges Jahr zahlen haben müssen. Und wir müssen uns schon auch einmal ehrlich fragen, was steht dem gegenüber? 1,37 Milliarden zahlen wir nach Brüssel. Wir haben in der letzten Debatte gehört, da war der Bericht von ECO-PLUS dabei, daß aus dem Regionaltopf heiße 44 Millionen Schilling zurückgeflossen sind. Mittlerweile gibt es den Bericht vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, wieviel Geld zurückgeflossen ist aus der Zielgebietsförderung. Da bekam Niederösterreich für Ziel 2-Gebiete insgesamt 2,3 Millionen Schilling und für Ziel 5b-Gebiete insgesamt 3,6 Millionen. Das sind, wenn man das zusammenzählt zirka 5,8 Millionen Schilling. Rechnet man es zu den 44 dazu - ich bin großzügig, runde auf - komme ich auf 50 Millionen Schilling im Verhältnis zu einem Beitrag von 1,37 Milliarden. *(LR Mag. Freibauer: Und das ist eine Unwahrheit, denn Sie zählen nicht dazu alle die Förderungen für die Landwirtschaft aus der EU! Sie nehmen wie mit Scheuklappen ein Kapitel heraus!)* Herr Landesrat, da klatschen nicht einmal die Eigenen! Weil die wissen nämlich, daß ich auch unsere Zahlungen für die Landwirtschaft, jene 1,4 Milliarden im Vorjahr, nicht dazugezählt habe. Und wenn ich die Ausgaben nicht dazuzähle, dann zähle ich auch die Einnahmen nicht dazu. Weil das unseriös ist, wenn ich aufrechne ohne die entsprechenden Zahlen zugrunde zu legen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Kollege Ing. Dautzenberg hat heute ganz richtig gesagt, was bei uns fehlt ist ganz einfach die Information der Unternehmen. Auch wenn der Herr Dr. Strasser sagt, das liegt irgendwo in der Herrengasse. *(Abg. Dr. Strasser: Das liegt nicht irgendwo in der Herrengasse, das ist abrufbar per Computer, Herr Klubobmann!)*

Wissen Sie was, Herr Strasser? Ihre Fraktion verteilt noch immer die Broschüre, diese berühmte Ditz-Broschüre. Der Ditz ist zwar gegangen, aber seine Broschüre hat er uns gelassen, wo drinnen steht, was ich in Italien billig kaufen kann, wie ich aus Italien billig importieren kann.

(Heftige Unruhe bei der ÖVP.) Sie verteilen es ja noch immer, das ist ja das Schreckliche! Voriges Jahr sind alle entsetzt dagesessen, haben gesagt, was, so eine Broschüre gibt es wirklich von uns, vom Ditz? Wo drinnen steht, ich soll mich im Ausland versichern, weil es billiger ist? Da waren Sie alle überrascht. Ein Jahr danach hat sich nichts geändert. Machen Sie so eine Broschüre für unsere Unternehmer! Wie man sich am 360-Millionen-Markt beteiligen kann, und nicht sagen, das ist über Computer abrufbar. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg.)*

Aber das ist ganz einfach der Umgang mit der EU, wie er sich von Anfang an abgezeichnet hat. Das habe ich auch schon gesagt, aber der Satz steht nach wie vor im Raum. Am 23. März 1994 - für Sie, damit Sie im Protokoll nachschauen können - Jugendparlament, hat der Herr Landeshauptmann hier von dem Rednerpult aus gesagt: Und wenn wir der EU beitreten, werden viele Steuern nicht mehr so hoch sein, meine lieben jungen Freunde. Und die Jugendlichen haben halt, wenn der Landeshauptmann das sagt, das vielleicht auch geglaubt. Bitte, es wurden keine Steuern gesenkt. Und genauso ist ja auch der Umgang mit diesen EU-Strafverfahren. Auf der einen Seite die glühenden Befürworter, 'rein in die EU, aber um die Spielregeln brauchen wir uns nicht zu kümmern. Auch wenn das dem Land möglicherweise viel kostet. Und bei dieser Art von Politik machen wir nicht mit. Und ich darf noch etwas sagen, weil es in der Presse gestanden ist, ich glaube, am Samstag. Der Herr Landeshauptmann macht wieder den Schritt, EU-Osterweiterung so rasch wie möglich, weil so wichtig. *(Abg. Dr. Strasser: Er sagt, unter gewissen Voraussetzungen. Aber Sie sind nicht bereit, zu differenzieren!)*

So steht es drinnen. Und es gibt ja auch die Aussage vor einigen Monaten von ihm, rasche Teilnahme und rasche EU-Osterweiterung. Die Voraussetzungen stehen schon wieder nicht drinnen, weil die Voraussetzungen, die er anführt, weil wir damit Sicherheitsprobleme lösen, davon bin ich überzeugt, daß das nicht der Fall ist. Wir haben zur Zeit wirtschaftliche Probleme. Und ich sehe, daß die vorgehen. Es gibt eine großartige Ausarbeitung aus dem Bundeskanzleramt zum Thema EU-Osterweiterung und da ist eindeutig drinnen nachzulesen, für die Landwirtschaft würde das den momentanen Tod bedeuten und für die Wirtschaft brächte es riesige Probleme mit sich. Daher möchte ich auch heute noch einmal feststellen, weil es eine Grundlinie ist bei einer Generaldebatte, die auch gesagt werden muß: EU-Osterweiterung ja - aber dann, wenn wir

sehen, daß man sie auch tatsächlich durchführen kann. Und da gehört ganz einfach dazu, daß in den Ostländern eine annähernd wirtschaftliche Lage und ein annäherndes Lohnniveau wie bei uns herrschen muß. Dann können wir diese EU-Osterweiterung vortragen. Aber sicher nicht vorher. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf daher auch jene Punkte anführen, die uns dazu motivieren, jetzt diesem Budget nicht in der Gesamtheit zuzustimmen. Es geht nicht nur rein ums Zahlenwerk. Da könnten wir jetzt sagen, dem Herrn Landesrat ist gelungen, beim Zahlenwerk Abstriche herbeizuführen, Einsparungen - einen Schritt in die richtige Richtung. Aber es ist natürlich für uns auch ein Problem zuzustimmen, wenn drinnen Finanzierungen sind wie zum Beispiel die Schnellbusse. Oder die Finanzierung für das Festspielhaus. Zumindest für die Gesellschaft, die dort dann tätig sein wird. Brüssel-Büro. Oder, was für uns eher überraschend ist, daß jetzt drinnen ist die Finanzierung Nationalpark. Ich möchte nur erinnern, es gibt in sämtlichen Gemeinden rund um den Nationalpark noch immer nicht revidierte Abstimmungs- oder Befragungsergebnisse, die sich gegen den Nationalpark aussprechen. Aber im Budget sind bereits die Millionen für die Eröffnung im heurigen Jahr drinnen. Und da sehen wir ganz einfach einen krassen Widerspruch, wo man beinhaltet über die Bevölkerung hinwegfährt. So nach dem Motto, was schert ihr uns dort, wir machen, was wir wollen. Und das ist eine Politik, die wir in der Form nicht mittragen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich darf die Schüler der Hauptschule St. Pölten, welche auf der Galerie Platz genommen haben um die Debatte mitzuverfolgen, namens des Landtages begrüßen. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte an die Spitze auch ein Dankeschön stellen für die Zusammenarbeit in der Vorbereitung. Sie wurde notwendig, weil ich glaube, daß tatsächlich dieses Budget als ein Signal im Rahmen des Konsolidierungspaketes wirken soll und auch ein Signal an die Gemeinden darstellt, das die Planungssicherheit der Gemeinden wesentlich erhöht.

Wenn Kollege Ing. Dautzenberg auch einen Ansatz zum Umdenken erkennt, so ist das zumin-

dest auch ein Ansatz zu einem persönlichen Umdenken in der Beurteilung des Budgets. Und ich glaube, wenn man diesem Budget zu wenig Phantasie unterstellt, so ist das vielleicht in einem gewissen Ausmaß sogar richtig. Weil ich glaube, daß diese Phantasie natürlich ihre Begrenzung dort erfährt, wo die globalen Gegebenheiten eben diese begrenzen. Und daher ist es kein Budget, mit dem man tatsächlich so voller Innovationskraft sozusagen voranschreitet, sondern ein behutsames Budget, durch das man versucht, die Aufgaben des Landes in dieser Phase eben bestmöglich zu erfüllen.

Ich möchte auf den Vorredner Abg. Gratzler auch ganz kurz eingehen, weil manchesmal vielleicht nur die Worte nicht ganz richtig gewählt wurden, was vielleicht auch nur ein semantisches Problem darstellt und nicht ein inhaltliches. Wenn er da zum Beispiel spricht von einer Aufstockung der Landes-Landwirtschaftskammern und eigentlich genau weiß, daß eine Zusammenzählung im Falle von Zusammenlegungen von Kammern eben stattfindet bis zum nächsten Wahltermin und dann von dieser Wahl an zwischen 12 und 30 Mandate, je nach Größe der Kammer, vergeben werden. Also ich sehe wirklich manchesmal nur ein semantisches Problem und weniger ein inhaltliches. Weil inhaltlich kann man das ja nicht wegdiskutieren. Selbst für die Freiheitlichen muß das Addieren letztlich den allgemeinen mathematischen Kriterien unterliegen. *(Beifall bei Mag. Freibauer und Abg. von SPÖ und ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich möchte aber diese Budgetdebatte sehr wohl in einen größeren Rahmen stellen, weil ich tatsächlich glaube, daß dieses Budget zwar einen wichtigen Beitrag leistet, aber daß wir uns politisch über dieses Budget hinaus sehr wohl sehr klare Perspektiven zu erarbeiten haben. Und ich glaube, wenn ich die weltweite Entwicklung nur kurz in Erinnerung rufe, so wie ich das sehe, so ist sie einmal gekennzeichnet seit einigen Jahren durch den Zusammenbruch des Kommunismus. Und das bedeutet, zwei Milliarden Menschen taumeln in einen Kapitalismus, den sie in dieser Form auch nicht umsetzen können, vor allem mit all den sozialen Auswirkungen und auch den Problemen der Wirtschaft.

Zum zweiten ist die Globalisierung etwas, was man so selbstverständlich immer hinnimmt. Die Globalisierung der Probleme setzt aber meiner Meinung nach auch Instrumente des globalen Managements voraus. Und genau das haben wir nicht in ausreichendem Maße, weder auf europäischer noch auf weltweiter Ebene

entwickelt. Man kann zwar dieses Schlagwort "global village" sehr leicht aussprechen, aber was bedeutet es? Das heißt, daß man sich zwar auf der einen Seite mit den globalen Ereignissen auseinandersetzen hat, aber die Frage des Einflusses der Bewältigung dieser Problemstellung ist ja eine, die, wenn überhaupt, nur rudimentär in manchen internationalen Organisationen und auch im Bewußtsein sozusagen verankert ist.

Das dritte ist die Bevölkerungsentwicklung an sich, weil nämlich sowohl die globale Bevölkerungsentwicklung als auch innerhalb der hochentwickelten Volkswirtschaft zwischen den Jungen und der älteren Bevölkerung eine sehr große Herausforderung auftritt. Nämlich global im Sinne der Arbeitsteilung, einer weltweiten Arbeitsteilung, die natürlich Rückwirkungen auf die höher entwickelten Staaten und natürlich auf unsere Volkswirtschaft hat.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Phänomen - ich komme dann darauf noch zurück - ist in der Tatsache zu sehen, daß wir eigentlich mit stagnierenden bis schrumpfenden Reallöhnen uns konfrontiert sehen, während, wenn man also vergleicht, gewisse Pro-Kopf-Einkommen weiter zunehmen. Das heißt in Wirklichkeit, daß die Umverteilungsdiskussion in einer neuen Schärfe zu führen sein wird. Weil es einfach nicht sein kann, daß die Pro-Kopf-Einkommen steigen und die Realeinkommen sinken. Was letztlich auch eine Frage der Kaufkraft und der Nachfrageentwicklung sein wird. Ich möchte auf einen Artikel des Ulrich Beck verweisen, nämlich "Kapitalismus ohne Arbeit". Unter diesem Titel wurde einmal die Frage gestellt, wie unsicher eigentlich die Arbeitsmärkte geworden sind. Und nicht nur für jene, die sozusagen nicht diese entsprechende Ausbildung haben, sondern ich glaube, die Unsicherheit am Arbeitsmarkt trifft längst schon alle. Und das bedeutet, daß es auch eine allgemeine Herausforderung wird. Es ist sozusagen ein Signum unserer Zeit geworden, daß es keinen Beruf fürs Leben gibt, sondern eben einen, den man auf Zeit ausübt und immer wieder dem entgegen das lebenslange Lernen setzen muß. Aber ich meine, wenn die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff zu bekommen sein wird, dann ist letztlich die Lebensform Demokratie an sich gefährdet. Und daher muß man diese Diskussion in einem ganz anderen, größeren Zusammenhang und nicht in diesen mechanistischen Budgetzahlen diskutieren.

Ich möchte daher noch einen Aspekt aufgreifen. Nämlich, daß der globale Kapitalismus seine

Verantwortung in Wirklichkeit für Beschäftigung und damit Demokratie weitgehend abgeschüttelt hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich Großbritannien zitiere, dann deshalb, weil dort rund ein Drittel der Menschen nur mehr in sogenannten "früheren, normalen Verhältnissen" beschäftigt ist und ein anderes Drittel in Teilzeitbeschäftigungen hineingeht, in Deutschland immerhin das noch 60 Prozent ausmacht. Aber vor 20 Jahren waren das 80 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, von denen wir eigentlich unsere sozialen Ansprüche abgeleitet haben. Und es entsteht sozusagen eine Grauzone zwischen Arbeit und nicht-Arbeit. Und das ist etwas, woraus dann immer wieder Mythen geschaffen werden. Der erste Mythos ist sozusagen jener, der Aufschwung kommt und wir haben nur eine Durststrecke durchzumachen. Das ist ein Mythos! Der zweite lautet, die Komplexität der Zusammenhänge ist so, daß sie besser nicht erklärt werden, was also nicht der Fall ist. Und der dritte Mythos ist, man muß nur die Kosten weit genug hinunter schrauben, dann ist alles in Ordnung, diese ganze Lohnkosten- und Lohnnebenkostendiskussion. Ich habe aus der letzten Diskussion einen Beitrag dann in den Finanznachrichten geliefert, in dem ganz klar aufgezeigt wird, daß nicht die, die diesen Weg gehen, in Wirklichkeit in den vorderen Reihen der Zugangsländer stehen, sondern das in Wahrheit jene sind, die eine sehr bewußte Lohnpolitik, aber auch eine bewußte Strukturpolitik im Sinne von Innovation und innovatorischer Leistungsfähigkeit gegangen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon so, daß der Kapitalismus vielleicht seine inneren und äußeren Feinde verloren hat. Aber er schickt sich an, der eigene Feind zu werden. Ich nenne das so, und es wurde schon in anderen Publikationen auch ähnlich verwendet. Der einzige Gegner des Kapitalismus scheint nämlich der "Nur-noch-Gewinn-Kapitalismus" zu sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn eine Hiobsbotschaft am Arbeitsmarkt also über viele tausende Betroffene zu einer Siegesmeldung in der Wallstreet wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kann dieser Marktfundamentalismus nicht mehr länger hingenommen werden! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Rosenkranz.)*

Ich bezeichne diesen Marktfundamentalismus noch als mehr. Es ist nämlich demokratischer Alphabetismus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil er sich nämlich selbst die Grundlage dabei zerstört. Und ich möchte dem Ing. Dautzenberg nichts unterstellen, aber eines muß ich ihm

schon sagen: Ich glaube, er ist fast ein Opfer dieses Marktfundamentalismus. Weil er irgendwo nie ganz zufrieden ist, wenn sich jemand dreinmischte um etwas besser zu regeln, als er sich in der freien Wildbahn das eben jeweils vorstellt. Und er ist ja nicht untüchtig in diesem Bereich. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine und stelle dem ich als Sozialdemokrat eines gegenüber: Der Markt hat keine Rechtfertigung in sich, sondern der Markt hat seine Rechtfertigung nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, mit sozialen Rechten und der Demokratie. Nur daraus kann er seine Rechtfertigung ableiten. Und wenn daher hier etwas fehlt von diesen Kriterien, dann schafft er sich sozusagen auch selbst ab. Und dem muß man entsprechend entgegenwirken.

Ich möchte auch noch verweisen auf die Tatsache, und jeder weiß das, wie global sozusagen hier weltweit agiert wird und wie leicht sozusagen Kapital weltweit eingesetzt werden kann, während Regierungen und Länder territorial begrenzt letztlich die Probleme aus diesem globalen Verhalten heraus zu bewältigen haben. Und ich sage das auch deutlich, daß es nicht Sinn sein kann, wie viele Unternehmer das tun, nämlich dort die Steuern zahlen, wo es am billigsten ist und dort zu leben, wo es am schönsten ist, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Konnex muß man sehr wohl die Debatte, vielleicht hier nur als Anstoß zu einer größeren Rahmendiskussion, einmal beginnen. Und wenn ich den Wirtschaftsstandort Österreich beurteile, so meine ich, daß durchaus der Umbruch, der strukturelle Umbruch, der in den achtziger Jahren begonnen hat, nun auch Österreich seit den neunziger Jahren erfaßt hat. Und das heißt für uns, daß Arbeitslosigkeit ein primäres Problem ist, Lohneinkommen sich ungleich verteilen, die Exportpreise es nicht zulassen, daß man sehr viel weiter gibt, und daß daher der Druck auf die Kosten weiter zunimmt. Und der Handlungsspielraum der Politik nimmt sozusagen gleichzeitig ab, weil viele Einflußmöglichkeiten in der heutigen Situation der Wirtschaft, aber auch der, sagen wir, der "Vermögensverteilung" tatsächlich anders geworden sind. Und ich möchte damit also etwas anmerken, nämlich die Frage der Werterhaltung an sich. Ich glaube tatsächlich, daß wir die Schwierigkeiten nur dann bewältigen können, wenn wir zu einer ganz bewußten Werterhaltung in Politik und Gesellschaft finden. Diese rein mechanistischen Zahlenspiele und Vorgänge können letztlich nicht das Problem bewältigen, vor dem wir stehen. Und die Unternehmer reagieren in etwa so, daß sie rationalisieren. Das heißt, Investitionen in Maschinen dienen primär der Rationalisierung.

Und das heißt, es werden dadurch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Das Zweite: Die Absenkung der Lohnkosten ist bemerkbar. Nämlich zum Beispiel in Deutschland das Verlassen der Kollektivverträge, eigene Vereinbarungen der Unternehmen. Das alles sind Signale, die man spüren und erkennen muß. Dazu kommt die Verlagerung von Produktionen durch Direktinvestitionen ins Ausland. Zulieferverträge, Synergieeffekte, zum Beispiel von Firmen, die gar nicht in Schwierigkeiten sind. Wie zum Beispiel etwa Hoffmann-La Roche und Ciba-Geigy. Es geht nur darum, gewisse Gewinnmaximierungen voranzutreiben in einer Weise, wo wieder 15.000 Leute auf der Strecke bleiben, aber eigentlich aus der Gewinnsituation des Unternehmens heraus gar kein innerer Zwang besteht. Außer der nach immer mehr an Akkumulation von Gewinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich weiß, daß Österreich diese internationale Entwicklung nur sehr am Rande mit beeinflussen kann. Aber ich glaube, daß wir letztlich eine sehr große Rolle in moralischer Hinsicht in dieser Europäischen Union zu spielen haben. Und letztlich auch innovatorisch auf diesem Gebiet tätig zu sein haben. Und ich meine damit nicht weniger als daß wir auch zum Beispiel die Frage der Maastricht-Kriterien durchaus auch unter einem neuen Ansatz diskutieren. Nämlich unter dem Ansatz, daß nicht nur diese drei Prozent das einzige Kriterium sein können, sondern sehr wohl auch Kriterium sein muß, daß man die Frage der Beschäftigung, die Frage der Sozial- und Umweltstandards durchaus auch als ein Kriterium einzubeziehen hat. Und daß man daher - und ich bekenne mich hier dazu - derartige ungleiche Wettbewerbsbedingungen sehr wohl auch Handelsbeschränkungen zu unterwerfen hat. Denn meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, daß wir "unter Standard" sozusagen leben müssen, wenn eine Ausweichmöglichkeit besteht, diese Standards nicht einzuhalten, wir aber dann die Konkurrenz von dort hereinbekommen. Und ich sage das noch schärfer: Viele Produkte dieser Art, die wir hereinbekommen, sind in Wirklichkeit unter Heranziehung von Kinderarbeit geleistet worden. Und wir nehmen das alles so hin, weil wir halt billigere Produkte haben. In Wirklichkeit sind da viele tausende Kinder, die da ihre Arbeitskraft in der frühesten Jugend einzubringen haben. Und das erinnert hier in dieser Phase sogar an die Ziegelerbeiter von Wien, wo da auch einmal geklagt wurde. Die Kapitalisten haben sich da beklagt, wie schwer es ist, den Kindern die Arbeit

beizubringen und wie schwer es ist, daß die zehn Stunden durchhalten. Ich sage das deshalb, weil wir überhaupt mit der größten Selbstverständlichkeit diese Importe zulassen, obwohl wir wissen, daß dort die Kinderarbeit eigentlich die Wettbewerbsbedingung für diese Länder herstellt. Und da muß man aus einer moralischen Dimension heraus einmal handeln. Um ihnen zu helfen und ihnen ihre Wirtschaft eben auch entsprechend entwickeln zu helfen. Daß wir sagen, diese Art des Wettbewerbes ist nicht die, die in der großen Europäischen Union zugelassen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir wollen vielmehr einen Wettbewerb, meine sehr geehrten Damen und Herren, unter den Bedingungen, sagen wir das so, um den Überbegriff des Politischen sicherzustellen, im Sinne unseres humanistischen Zuganges zu diesen Fragen.

Nun, auf Niederösterreich bezogen sehen wir uns auch natürlich gegenüber der Frage der Beschäftigung, der Frage der Lehrlingsausbildung zum Beispiel, die auch jetzt wieder sehr aktuell wird und es wird in Detailkapiteln das ja noch diskutiert werden. Auch bei den Unterbringungsmöglichkeiten sehe ich ein völliges Fehlverhalten, wenn also große Betriebe, die es sich leisten können, plötzlich die Lehrlingsausbildung in Frage stellen. Oder wenn kleinere Betriebe, die einen hohen Anteil an der Ausbildung leisten, jetzt wieder nur unter Zuschußforderungen bereit sind, diese fortzuführen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo haben wir dann die Fachleute für den Wettbewerb für die nächste Generation? Und ich habe das sehr deutlich auch bei der Eröffnung eines Zubaus in Neunkirchen gesagt: In Wirklichkeit ist das eine derartig kurzfristige Politik, denn wenn diese Jungen den Wettbewerb von morgen nicht bestehen, dann werden die, die ihnen heute diese Ausbildung nicht garantieren, auch sehr viel schlechter leben. Weil ja die es sind, die unseren Lebensstandard absichern können. Aber die können den nur absichern, wenn wir heute ihre Ausbildung sicherstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so meine ich, daß wir durchaus hier klarere Positionierungen zu treffen haben. Und daß wir auch erkennen müssen, auch wenn das ungern immer gesagt wird, daß Niederösterreich hier nicht im Spitzenfeld liegt. Niederösterreich scheint überhaupt das einzige Bundesland, wo es immer automatisch keine Fehler gibt. Wenn man dem Landesrat Glauben schenkt, dem ich ja nichts unterstellen möchte, aber es wird so gesagt, Niederösterreich wächst, Niederösterreich ist gut, Niederösterreich steht überall vorne. Nur, Nieder-

österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich die Statistik anschaut, hat zum Beispiel im ersten Quartal des Arbeitsmarktes 1996 mehr an Minus aufzuweisen als die Republik Österreich. Oder weniger an Investitionen als die anderen. Oder in der Industriebeschäftigung mehr an Verlusten aus der Produktion. Immerhin 6,3 Prozent gegenüber 4,3 Prozent der Republik Österreich. Das heißt, ich möchte nicht in das verfallen, daß ich hier etwas schlecht mache. Ganz im Gegenteil! Ich bin sehr stolz auf unser Bundesland und das, was wir gemeinsam erreicht haben. Aber man soll auch die Probleme erkennen, die Signale rechtzeitig erkennen, daß in der Sachgüterproduktion meiner Auffassung nach durchaus keine so positive Entwicklung eintritt, weil wir halt hier mit strukturellen Problemen besonders in den Niedriglohnindustrien konfrontiert sind, die wir nicht ausgleichen konnten. Und daher dürfen wir das nicht als eine Kritik jetzt im üblichen Sinne verstehen, sondern als eine Aufforderung, genau dort strukturpolitisch aktiv zu werden im Sinne von neuen Modellen in den Regionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schere, die vielleicht in anderen Ländern stärker aufgeht zwischen den Mindest- und den Höchsteinkommen der oberen 25 Prozent der Bezieher und der unteren, ist in Niederösterreich und Österreich nicht so stark ausgeprägt. Aber wer sich sehr sorgfältig damit beschäftigt, wird feststellen, sie ist auch bei uns feststellbar. Und ich habe das in meinem Beitrag zu den Finanznachrichten gesagt, viele sprechen heute von Dienstleistungsgesellschaft im weitesten Sinne. In Wirklichkeit ist es der Ansatz oder zumindest beobachtbar, daß das nicht Dienstleistung ist, wie wir sie verstehen, sondern in Wirklichkeit sehr häufig eine "Dienstbotengesellschaft", die wir nicht wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das einmal ganz klar auf den Punkt zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so meine ich, daß wir daher durchaus starke Impulse regionalpolitischer Art setzen müssen und daß zwischen den Bezirken auch diese regionalen Unterschiede noch weit nicht ausgeglichen sind. Wenn ich mir überlege, daß die Einkommensunterschiede zwischen Wien-Umgebung und dem Schlußlicht Hollabrunn 4.577,- Schilling betragen, so ist das eine gewaltige Differenz. Es gibt auch Aufsteiger in dieser Statistik, nämlich Amstetten, das vom 9. Platz zum Beispiel sich auf den 4. Platz hinaufgearbeitet hat. Also durchaus unterschiedliche Entwicklungen in den Regionen. Ich erkenne jedoch nicht, das muß ich ganz offen sagen, ausreichende Instrumente, dem entgegen-

zuwirken. Wenngleich sich die Spitzen in der Differenzierung etwas abgebaut haben, bemerke ich nicht, daß die Entwicklung aufeinander zu führt. Und daher müssen wir als Regionalpolitiker sehr viel mehr tun als im Augenblick erkennbar ist.

Der Herr Landesrat hat bereits das Budget in seinen Grundzügen dargestellt. Und ich möchte meinen, daß es mit dem angestrebten Budgetziel von 1,1 Milliarden Schilling weniger Netto-Neuverschuldung ein Budget ist, das durchaus hineinpaßt in die Gesamtkonsolidierung von Bund, Land und Gemeinden. Und daher ist dieses Budget ein Budget, mit dem wir eine Ausgangsbasis uns erarbeiten können, die durchaus erfolgversprechend sein kann. Was die Frage der Gemeindeverschuldung und der Maastricht-Kriterien betrifft: Ich möchte deshalb darauf eingehen, weil auf der Bundesebene mit den Gemeinden und Ländern darüber diskutiert wird, welche Art der Verschuldung hineingenommen werden soll in die Kriterien. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß es uns gelingt, die EU zu überzeugen, daß Schulden, Gemeindeverschuldungen, wo öffentliche Leistungen durch Gebühreneinnahmen gedeckt sind, herausgerechnet werden. Das würde heißen, daß wir eine gewaltige Entschuldung der Gemeinden dadurch einleiten, was aber nicht die Gemeindeverantwortlichen dazu führen sollte, neue aufzubauen. Sondern das wäre im Sinne der Kriterien eben dann herausgerechnet, würde bedeuten, daß wir diese 0,3 % auch leichter erfüllen könnten. Und würde auch bedeuten, daß es eher dem Ansatz nach gerechter ist, nämlich dort, wo eine Drittschuldnerverpflichtung vorliegt, nicht als Schuldner letztlich herangezogen zu werden. Und für die Gemeinden, bei denen die Differenz zwischen den Gebühren und den sogenannten Kosten zu groß ist bleibt das dann sozusagen in der Verschuldung. Vielleicht würde das auch zu einer Art Gebührenwahrheit in manchen Gemeinden führen, was vielleicht auch in der Entwicklung recht positiv anzusehen wäre. Jedenfalls wäre diese Frage sehr, sehr wichtig und es sollte auch bis März 1997 und 1998 vorgelegt werden. Ich glaube, daß gerade diese Arbeitsgruppe im Finanzministerium gemeinsam mit der Kommalkredit und den Ländern hier einen Vorstoß gemacht hat, der in die richtige Richtung führen wird.

Die Budgetkonsolidierung, und das hat Herr Landesrat Freibauer auch schon gesagt, erfolgt nicht zu Lasten der Wirtschaft oder der sozialen Wohlfahrt. Ich glaube, das ist eine sehr, sehr wichtige Aussage, nämlich, daß wir zwar in bestimmten Budgetpositionen gespart haben, daß

aber für Bereiche wie öffentliche Sicherheit, soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung, Baumaßnahmen sogar Ausgabenzuwächse eingeplant sind und daher eine Impulswirkung aus diesem Budget durchaus erkennbar ist und auch abgeleitet werden kann.

Die Fördermaßnahmen allein im Wohnbau, und Landeshauptmannstellvertreter Höger hat ja hier sehr vehement dafür geworben, für diese zusätzlichen 1000 Wohneinheiten auf geförderter Basis, das konnte umgesetzt werden. Das bedeutet eine zusätzliche Milliarde. Und auf zwei Jahre sind das zwei Milliarden. Und das ist eine Impulswirkung. Verbunden mit dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds und dem sonstigen Regionalisierungspaket der Gemeinden wird das sicher eine sehr, sehr wichtige Funktion im Rahmen der Konjunkturstabilisierung haben.

Ich möchte, weil der Strukturfonds der EU bereits aufgegriffen wurde in der Diskussion, feststellen: Ich glaube, Herr Landesrat und Herr Landeshauptmann, ich glaube tatsächlich, daß hier in diesem Strukturfonds, der 21,1 Milliarden Schilling für ganz Österreich reserviert - in diesen Zielgebieten plus Gemeinschaftsinitiativen sind das alles zusammen 21,099 Milliarden Schilling - daß die Niederösterreicher ausgehen können von etwa 4,2 bis 4,5 Milliarden an Mitteln, die reserviert für uns in Brüssel liegen. Und in der Tat: Reserviert für uns in Brüssel liegen heißt aber, daß diese nur beansprucht werden können, wenn auch entsprechende Projekte, wenn auch entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten bestehen. Und hier bin ich nicht ganz so überzeugt, wie das vielleicht manche sind, daß das ohnehin alles in Ordnung ist. Ich glaube tatsächlich, es geht zu langsam, zu zähe. Ich möchte gar keine Schuldzuweisungen treffen, aber es kann nicht sein, daß zum Beispiel in der Landwirtschaft nach dem Motto gehandelt wird, kein Groschen darf in Brüssel liegen bleiben - was ich durchaus unterschreibe, muß ich sagen - aber in den anderen Bereichen laufen Projekte, wenn überhaupt, nur sehr zögernd an. Daher müssen wir die Diskussion verstärken. Ich muß sagen, die Landwirtschaft hat sich da sehr, sehr gut vorbereitet, bringt uns zwar budgetär ein bißchen Probleme, aber sie haben sich gut vorbereitet, während die anderen ein Jahr lang herumdiskutieren. Und manche in einem Jahr nicht einmal noch entsprechende Strukturen aufgebaut haben. Ich sage das mit aller Deutlichkeit, weil ich glaube, daß es schlecht wäre, wenn wir diese für uns (unter Anführungszeichen) "reservierten" 4,5 Milliarden Schilling uns jetzt alle miteinander dort nicht abholen und im Sinne der Kofinanzierung für Nie-

derösterreich einsetzen würden. *(Beifall bei der SPÖ sowie LH Dr. Pröll, Abg. Hiller, Abg. Mag. Schneeberger.)*

Und daher würde ich wirklich bitten, daß wir auf der regionalen Ebene diese Diskussion verstärken und aus der Frage einmal eine verbindliche Antwort geben. Denn ich habe manchesmal den Eindruck, in den Diskussionen gibt es wahnsinnig viel Ideen, aber die Umsetzungskapazität ist eine schon viel begrenztere. Und ich möchte daher als Unterstützung für diese vielen Ideen, die wir brauchen, eben genau diese Umsetzungsschiene verstärken, damit Ideen, wenn man sie richtig bewertet, auch dann wirklich zum Tragen kommen. Und in dem Sinne müßte die Arbeit wesentlich verstärkt werden.

Wenn ich also die Konjunkturprognose für 1996 und 1997 betrachte, so wurde sie ja schon ausgeführt mit 0,75 und 1 Prozent. Das heißt, eigentlich eine Situation, die durchaus auch in Zukunft auf eine schwierigere Bewältigung der öffentlichen Haushalte hindeutet. Und jetzt komme ich auf eine Frage der Wirtschafts- und Währungsunion und der damit in Verbindung stehenden Konsolidierungsmaßnahmen. Ich meine, wenn also alle Länder die fiskalischen Kriterien der Haushaltskonsolidierung gleichzeitig durchführen, was über Absenkung der Haushaltsdefizite, öffentliche Verschuldung usw. bemerkbar ist, so könnte das einen ungemein bremsenden Effekt insgesamt auf das Konjunkturklima haben. Und da glaube ich, daß - und ich habe das bereits ausgeführt - der monetaristische Ansatz ein zu strenger ist. Die Monetaristen haben ja immer schon versucht, da mit irgendwelchen sehr strengen Kausalkriterien die Wirtschaftspolitik zu erklären. Sie sind noch überall gescheitert, nur nehmen sie das nirgends zur Kenntnis, daß das so gescheitert ist. Und daher glaube ich, daß wir diese Abschwächung der Nachfrage einfach nicht zulassen dürfen und daher sehr wohl in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigungspolitik eine sehr offensive Politik zu betreiben haben. Denn die Antwort kann nicht überall Personaleinsparungen heißen.

Weil da gesagt worden ist, das Land hat nichts eingespart: Ich glaube schon, daß das Land ja auch Aufgaben zu übernehmen hat und im Rahmen dieser Aufgabenstellung ist die Einsparungsdiskussion zu sehen. Herr Kollege Dautzenberg! Du bist ja sehr erfolgreich, aber in einem anderen Bereich. Nur möchte ich folgendes sagen: Die Diskussion über das Personal soll nicht so beginnen, daß man sagt, grundsätzlich sind 10 Prozent zuviel. Sondern die Diskussion

über das Personal muß so beginnen, daß man einmal definiert, welche Aufgaben erfüllt werden sollen. Und aus dieser Definition heraus rekrutiere ich dann das Personal. Und es ist durchaus mutig, wenn man es dort nicht braucht von der Definition her, daß man Umschichtungen und vielleicht auch Anpassungen vornimmt. Wenn ich aber Aufgaben zu erfüllen habe, daß ich auch den Mut habe zu sagen, auch wenn es nicht populär ist, ich bekenne mich zu meinen Angestellten und Beamten usw. Daher glaube ich, daß die Diskussion hier in der richtigen Weise läuft. Wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß die Aufgaben der öffentlichen Hand in Zukunft nicht kleiner werden. Ganz im Gegenteil! Ich habe bereits gesagt, daß der Markt vieles nicht bewältigen wird und sozusagen im Sinne eines sehr effizienten Staates gerade hier Umstrukturierungen vorzunehmen sind, weil dieser effiziente Staat die beste Hilfestellung für die Rahmenbedingungen darstellt. Und dies erkenne ich als Aufgabenstellung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und ich möchte zur Herausforderung der Wirtschaft in Niederösterreich auch anmerken, es wird ja in vielen Erklärungen gesagt, landauf, landab, von allen Parteien, die große Chance Niederösterreichs ist, Drehscheibe zwischen Ost und West zu sein. Nun ist ja das vom Ansatz her zwar richtig und rein geographisch auch nicht wegzudiskutieren. Nur muß man halt einmal fragen, was man neben der Geographie auch noch machen muß. Weil nur, daß man geopolitisch da liegt, das ist zwar von den Startbedingungen her nicht schlecht, aber das bedeutet noch nicht, daß man erfolgreicher ist als andere, die vielleicht ein paar Kilometer weiter weg liegen, aber ihre Politik zügiger verfolgen, von der ich auch glaube, daß wir diese stärker angehen müssen.

Zum Beispiel: Wir brauchen, glaube ich, uns gar nicht darüber hinwegzutäuschen, daß wir zu wenig "know-how-intensive" Unternehmen haben. Das ist eines der Probleme, mit denen wir immer konfrontiert sind. In Wirklichkeit ist in Österreich zu wenig Forschung, zu wenig Technologie, denn mit einem Forschungskoeffizient von 1,5 Prozent sind wir eigentlich nicht ein Land, das einen Vorschaukoeffizienten aufweist, wie ihn üblicherweise Länder in dieser Größenordnung, in dieser Entwicklung aufzuweisen haben. Und diese Abhängigkeit führt natürlich dann dazu, daß man immer mehr zur verlängerten, wenn auch intelligenteren, Werkbank wird. Aber man bleibt diese Werkbank. Und wir haben ja viele Diskussionen, wo man das spürt. Zweites Beispiel: Wir haben, glaube ich, viel zu wenig in der Überlegung sogenannte Abhängigkeiten in

unsere politische Handlung einbezogen. Denn man muß einmal wissen, daß der Lebensbereich Arbeit und Werk in manchen Regionen in einer Weise dominiert, daß man geradezu eine direkte Abhängigkeit spürt. Und das ist im Sinne einer sehr beweglichen Marktwirtschaft natürlich ein ungemeines Risiko. Das heißt, die Streuung muß hier eine Zielsetzung sein. Und wenn man also weiter den Wirtschaftsstandort Niederösterreich überlegt, so glaube ich, genügt es nicht nur - jede Partei kann natürlich plakativ - wenn man da schreibt, "ein Land denkt vor" - und dann die entsprechenden Leitbilder dazu nicht verfügbar sind. Ich glaube tatsächlich, daß eine Gesamtstrategie für ein Bundesland notwendig ist und hier wir einige Schwerpunkte von unserer Sicht, jetzt nicht in diese Programmdiskussion, sondern als "Leitbilder für Niederösterreich" einzubringen haben. Nämlich die Frage der Stabilität und Sicherheit unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Oder die Frage von Aus- und Weiterbildungssystemen, der Unterstützung der beruflichen Mobilität. Und wenn ich da denke an die Neustrukturierung der Landes- und der Umweltakademie, dann ist die formal abgeschlossen. Inhaltlich, Herr Landeshauptmann, stehen wir erst am Beginn. Weil ich wirklich glaube, daß hier ein höherer Beitrag zu den wichtigen Fragen des Landes zu leisten ist.

Wir müßten uns auch sehr wohl mit der Verkehrsinfrastruktur - und der Kollege Muzik wird darauf noch eingehen - auseinandersetzen. Weil ich glaube, daß es zwar gut und wichtig ist, daß der bevorstehende Nahverkehrsabschluß mit dem Bund auch gelingt, daß man sich über die Infrastrukturausgaben oder die wichtigsten Projekte einigt. Aber wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß der Zeitraum entsprechend richtig gewählt werden muß. Da wurde etwa jetzt erst von einer Firma aus dem Waldviertel das Problem an mich herangetragen, sie brauchen eine Digitalisierung in der Telekommunikation. Die Antwort: Im Jahr 2001 oder frühestens 1999 seid ihr sozusagen an der Reihe. Die Post hat erfreulicherweise reagiert und hat das Ganze sozusagen als Zwischenlösung anbieten können. Aber, wenn wir Betriebe mit ein paar hundert Leuten, die davon abhängig sind, welches Telekommunikationsnetz zur Verfügung steht, damit konfrontieren und wir uns nicht bewußt sind, daß und wie diese Telekommunikationsschienen ausgebaut werden sollen, dann können wir den Wettbewerb im Land nicht sicherstellen. Und daher ist es wichtig, daß wir hier auf den Zeitfaktor eingehen. Denn im Jahr 2002, 2005 solche Angebote Firmen zu machen, führt doch dazu, daß diese sich für eine andere Region entscheiden. Und wenn ich im Sinne der

Chancengleichheit auch peripherer Zonen verhandle oder agiere, dann muß ich mir dessen bewußt sein, daß die Telekommunikation und das Netz dieser Highways, wie sie jetzt genannt werden, tatsächlich rascher zur Verfügung stehen muß. Und da muß man auch unkonventionelle Finanzierungsmethoden entwickeln. Weil ich glaube, in traditionellen Finanzierungsinstrumentarien wäre der Standortnachteil so katastrophal, daß die Konzentration fortschreitet und die Peripherisierung dann das Ergebnis wäre. Also genau da müßte man sehr viel stärker hineingehen. Und auch bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur, wie Gründerzentren und so weiter. Ich habe erst vor kurzem eine Überlegung angestellt, ich nenne das Produktionsfreizonen. Ich glaube, daß ausgehend von der Zollfreizone, die heute nicht mehr so aktuell ist, wir uns vielleicht zu überlegen haben, ob nicht in Niederösterreich ein paar Produktionsfreizonen im Sinne eines gemischten Systems durchaus eine Berechtigung haben. Weil das Gründerzentrum Gmünd ist ja nicht gerade ein Beispiel dafür, wie man diesen Gedanken verwirklicht. Denn in Wahrheit tritt jedesmal ein Grenzübertritt ein, wenn man sich innerhalb dieses Geländes bewegt. Und daher muß man organisatorisch, glaube ich, solche Produktionszonen, ich nenne das Produktionsfreizonen, organisieren, damit da ein echter Vorteil in dieser Produktionsfreizone auch besteht. Denn wenn ich jedesmal einen formalen Grenzübertritt unternehme mit all den unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen, so ist das, glaube ich, kein besonderer Anreiz.

Ich habe darüber mit einigen Fachleuten gesprochen und ich hoffe, daß hier vielleicht eine Chance erkannt wird. Ich möchte auch meinen, daß wir viel stärker in der Zukunft auch auf diese Lebensqualität und das Kulturgeschehen in den Bereichen der Regionen zu achten haben. Denn dort wird sich in Wahrheit die Beschäftigung viel stärker manifestieren. Denn die Großkonzerne, die werden weiter rationalisieren, die werden weiter sehr beweglich sein. Aber die wirkliche Arbeitsplatzabsicherung wird regional sehr, sehr stark davon abhängen, wieviel Initiativen dort entstehen. Wieviel auch kleine Initiativen hier einen Beitrag zu einer Beschäftigungspolitik leisten können. Und das ist vielleicht unter dem Oberbegriff Lebensqualität durchaus ein wichtiger Beitrag.

Die Frage der Wien-Niederösterreich-Burgenland Kooperation ist auch eine, in der ich für das Standortmarketing einen ungemein wichtigen Ansatz sehe. Und daher glaube ich, daß wir vieles von dem, was wir heute vielleicht noch aus zu enger regionaler Sicht oder auch aus Landessicht

betrachten, zu überwinden haben im Sinne einer europäischen Dimension. Und ich glaube, der gute Ansatz war, daß wir in Niederösterreich die ersten waren, die diesen Beschluß gefaßt haben. Es hat lange gedauert, diese Überzeugungsarbeit zu leisten, aber jetzt ist der Beschluß da und jetzt wollen wir diese Arbeit auch leisten.

Und weil auch der Herr Landeshauptmann immer wieder spricht von diesem Bürokratieabbau. Ich bin auch dafür und das ist eine Forderung, die sich aufdrängt, Herr Landeshauptmann. Nur kann die Frage nicht so gelöst werden, daß ich diese Bürokratie nur verschiebe. Daß ich sie zwar aus einem Gesetz herausnehme, aber woanders vielleicht durch Unsicherheiten mehr Bürokratie, oder vielleicht auch mehr Beschäftigung für Rechtsanwälte daraus dann entsteht. Daher muß dort, wo die Sicherheit des Einzelnen und auch die Rechte, Anrainerrechte zum Beispiel, des jeweiligen Anrainers eben gewährleistet sein müssen, das auch in Zukunft abgesichert sein.

Und ich möchte damit eines für die SPÖ auch grundsätzlich sagen: Ich glaube, wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir mit Solidaritätsmaßnahmen gegen die Tendenzen zur Polarisierung in unserer Gesellschaft antreten müssen. Das heißt, eine Solidaritätsmaßnahme gegen die Polarisierung in der Gesellschaft. Weil es kann nicht sein, daß wir heute wieder die Diskussion haben, öffentliche Wirtschaft versus freie Wirtschaft, Inländer versus Ausländer, Pensionisten versus Aktive, Alte versus Junge, Beschäftigte versus Arbeitslose. Das ist nicht der Ansatz! Sondern wir möchten als Sozialdemokraten viel stärker die Solidarität an die Stelle der Polarisierung betonen. Und ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das Konzept der Regionalisierung als Motor für die innere Erneuerung ein sehr wichtiges ist. Landeshauptmannstellvertreter Höger hat ja gezeigt, daß er durch sein Regionalisierungsprogramm mit über 3,5 Milliarden Schilling letztlich über 11 Milliarden dann bewegt hat. Und zwar direkt in den Regionen, dort, wo sie besonders fruchtbar sind und wo arbeitsstiftende Maßnahmen besonders abgeleitet werden können.

Ich möchte daher eines sagen: Was wir brauchen ist, tatsächlich für neue Ideen und Modelle zu werben. Was wir brauchen ist aber auch eine neue Aktivitäts- und Identitätsfindung. Und wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Niederösterreich - und das scheint bei manchen Abgeordneten nicht gleich ausgeprägt - auch ein Selbstbewußtsein, auf dem wir aufbauen, indem wir wissen, daß wir

Niederösterreicher durchaus die schwere Phase von 1945 bis 1955 bewältigt haben. Und in diesem Selbstbewußtsein in die wirkliche Freiheit dann hineingegangen sind. Und daß wir durch dieses Selbstbewußtsein auch in das neue Europa hineingehen können. Und in diesem Sinne wird die Sozialdemokratische Partei diesem Budget 1997 unter Beachtung und Berücksichtigung der globalen Zusammenhänge auch ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ, LH Dr. Pröll, LR Mag. Freibauer und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Weiters zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Nach einer doch sehr umfangreichen volkswirtschaftlichen Vorlesung meines Vorredners, die ich in manchen Punkten unterstreiche, ich möchte das jetzt allerdings im Detail nicht weiter ausführen. Aber er hat einen Satz gesagt, den ich wiederholen möchte und der durchaus seine Berechtigung hat: Daß wir heute in einer Zeit leben mit volkswirtschaftlichen Verflechtungen, in der die Frage der Arbeitsplatzsituation und die Frage der Arbeitslosigkeit zu einer der wichtigsten Fragen unserer Republik geworden ist. Auch deshalb, weil damit innenpolitisch Situationen eintreten könnten, die die Demokratie gefährden. Das unterstreiche ich in einem sehr, sehr großen Ausmaß, weil ich glaube, daß hier wirklich alle Kräfte in dieser Republik sich bemühen müssen, diese Situation gar nicht erst entstehen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum und weshalb wir jetzt im Sommer dieses Budget bereits beraten und diskutieren, ist ja heute hinlänglich schon ausgeführt worden. Es geht bei diesem Budget des Jahres 1997 angesichts der Situation, in der wir uns als Bundesland Niederösterreich befinden - ich möchte es einmal so formulieren - in erster Linie darum, daß wir alles daransetzen, den Gestaltungsspielraum, den dieses Budget geben soll, bestmöglich zu erhalten. Es geht darum, daß wir auch weiterhin eine offensive Wirtschaftspolitik in Niederösterreich als Ziel vor uns haben. Und es geht darum, die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten und auch neue Arbeitsplätze möglichst zu schaffen. Und es geht nicht darum, wie vorhin Klubobmann Gratzner gemeint hat, die Phantasie in einem größeren Ausmaß spielen zu lassen. Weil ich glaube, daß in einer Zeit, in der eine Konsolidierung angesagt ist, zwar wohl Phantasie notwendig ist, um diese

Konsolidierung auch tatsächlich umsetzen zu können, aber auch diese Phantasie Grenzen haben muß und ihr Grenzen vorgegeben sind. Und daher ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Voraussetzungen letztlich auch möglich machen. Und so sehe ich diesen Budgetentwurf, den die Regierung beschlossen und nunmehr dem Landtag vorgelegt hat.

Es war sicher nicht leicht für jedes einzelne Regierungsmitglied, ich sage das hier ganz offen, es war sicher nicht leicht, sich gewissen Kriterien zu unterwerfen, da und dort Ausgaben zu verringern, um dieses vorgegebene Ziel auch zu erreichen. Und ich möchte an dieser Stelle auch ein Danke sagen. Weil auch aus der Sicht des Landtages und speziell aus der Sicht der ÖVP-Fraktion dieses Bemühen in einem so großen Ausmaß auch so deutlich erkennbar ist. Und weil wir heute feststellen müssen, daß dieser Budgetentwurf für das Jahr 1997 sicherlich nicht leichtfertig so erstellt wurde, wie das vorhin auch behauptet wurde. Daß man generell den Sparstift, den Rotstift angesetzt hätte. Sondern da liegt sehr viel Überlegung dahinter und da liegt sehr viel Gedankengut dahinter, um dort zu sparen, wo es vertretbar ist. Und dort nicht zu sparen, wo es notwendig ist, die Ausgaben zu vergrößern. Das ist, glaube ich, eine Linie, die wir unterstreichen können. Und ich bedanke mich bei den Damen und Herren der Landesregierung, an der Spitze beim Herrn Landeshauptmann, dafür, daß diese Arbeit geleistet wurde. Aber ganz besonders auch bei unserem Landesfinanzreferenten Mag. Freibauer, für den es nicht leicht war, diese Vorgaben in dieser Form auch tatsächlich umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es mit dem Budget des Jahres 1997 auch gelingen wird, diese Kriterien umzusetzen. Ich möchte aber noch auf etwas in der Vergangenheit hinweisen, was vielleicht damals, es ist erst eine relativ kurze Zeit her, auf ein gewisses Unverständnis hier im Hohen Haus gestoßen ist. Weil die ÖVP-Fraktion zum Budget des Jahres 1994, damals also im Dezember 1993 bereits, einen Resolutionsantrag eingebracht hat, in dem die Grundsätze einer verantwortungsvollen Budgetpolitik für die Jahre danach als Inhalt dieses Resolutionsantrages aufgezeigt wurden. Ich möchte das noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Nicht, weil ich mir jetzt gerne hier ein "Federl" auf den Hut stecken möchte, sondern weil ich damit beweisen wollte, daß im Landtag von Niederösterreich über Initiative der ÖVP damals bereits, zu einer Zeit, wo noch nicht sehr viele daran gedacht haben, daß

Budgetpolitik in den nächsten Jahren etwas sehr Wichtiges und Wesentliches sein wird, damals das schon behandelt wurde. Wir forderten damals, daß die Antragsteller von Initiativ- bzw. Resolutionsanträgen immer dann, wenn deren Anträge finanzielle Änderungen zum Inhalt haben, auch die finanzielle Bedeckung, die mit diesen Anträgen verbunden ist, als Aufwendungen einzubringen haben. Und wir haben damals auch den Landesfinanzreferenten aufgefordert, dem Landtag zusammen mit der damals von ihm vorgelegten Budget- und Finanzvorschau einen Vorschlag zur langfristigen Begrenzung der Abgangs- und der Schuldenentwicklung zwecks Konsolidierung - und ich zitiere wörtlich: "zwecks Konsolidierung des Landeshaushaltes und Sicherung der Gestaltungsspielräume in der Zukunft vorzulegen." Heute sind wir dort. Heute sind wir an der Stelle angelangt, wo dieser damalige Beschluß, glaube ich, besondere Bedeutung erhalten hat.

Und es hat uns schon damals nicht genügt, meine Damen und Herren, von Sparmaßnahmen zu sprechen, sondern ich glaube, daß es auch wichtig gewesen ist, in der Zwischenzeit Taten folgen zu lassen. Taten zu einer Zeit, in der noch niemand von einem Sparbudget gesprochen hat und das Wort "Konsolidierung" eigentlich auch nur sehr selten gebraucht wurde.

Das Budget 1995, ein Jahr danach, ist ja bereits nach diesen Grundsätzen vorbereitet und beschlossen worden. Da hat es zwar gewisse Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Antrag gegeben, weil man geglaubt hat, es würden hier die Regierungsmitglieder und die Regierung als Kollegialorgan zu stark eingeschränkt werden. Aber ich glaube, auch Sie sehen heute sehr deutlich, wie wichtig es war, damals diese Dinge in die Richtung vorzubereiten. Dieser Antrag ist dann auch im Rahmen der vergangenen Budgetdebatte noch einmal bekräftigt und noch einmal bestärkt worden. Und der Effekt, den wir daraus erzielen konnten, der ist heute im Budget für das Jahr 1997 klar erkennbar.

Wir forderten damals auch, meine Damen und Herren, daß es zu keinen weiteren Belastungen des Budgets mehr kommen darf und daß andererseits in allen Ressorts auch Einsparungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen und diese auch zu realisieren sind. Daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür auch notwendig geworden sind, das sehen wir heute, wenn wir am Ende dieser Budgetdebatte für das Jahr 1997 auch die sogenannten Budgetbegleitgesetze beschließen, die es erst

möglich machen, diesen vorgegebenen Rahmen auch einhalten zu können. Das heißt also, gewisse Ausgaben im Rahmen zu halten. Gewisse Ausgaben, die vielleicht auf Grund von derzeit noch vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen sich in eine Richtung bewegen würden, wo sie dann im Budget nicht mehr verkräftbar wären, zu kanalisieren und in eine gewisse Ebene zu bringen. Es sind dies genau diese geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen, die eben auch dafür notwendig sind.

Lassen Sie mich daher auf ein paar Einzelheiten eingehen: Wir haben diese Konsolidierung des Budgets aus verschiedenen Gesichtspunkten auch zu sehen und ich glaube, daß das Budget des Jahres 1997 auch einen besonderen Aspekt beinhaltet. Nämlich, daß die Qualität des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich weitestgehend erhalten bleibt. Das ist wichtig und notwendig im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation und im Hinblick auf die Arbeitsplatzsituation in Niederösterreich.

Und trotzdem, das wurde heute schon gesagt, ich möchte es aber noch einmal unterstreichen, gibt es einige Ausgabenbereiche, in denen vergrößert wurde. Der Sozialbereich beispielsweise mit nicht ganz 4 Prozent, die Wohnbauförderungsmaßnahmen, die auch dazu beitragen werden, daß in den nächsten Jahren zusätzlich etwa 1.000 Wohnungen errichtet und gebaut werden können. Und wenn auch heute von Kollegen Gratzler darauf hingewiesen wurde, daß wir so quasi familienfeindlich in Niederösterreich uns verhalten würden, weil die Familien nicht mehr jene Unterstützung bekommen, die da oder dort gewünscht wird, so möchte ich doch auch klarstellen: Wir haben in Niederösterreich wie kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren, auf dem Sektor der Familienförderung auch in der Vergangenheit schon Maßnahmen gesetzt, die sich sehen lassen können. Und die nicht eingeschränkt werden. Ich denke nur an die Wohnbauförderung, an die Familienhilfe, an eine ganze Reihe von ganz typischen landespolitischen Maßnahmen, die, glaube ich, auch immer wieder die Anerkennung der Bevölkerung gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Niederösterreich ist, meine Damen und Herren, Familienland Nummer 1, auch wenn es manche nicht glauben oder nicht wahrhaben wollen. Auch wenn wir am kommenden Donnerstag ein neues Kindergartengesetz beschließen, in dem eine gewisse Kostenpflicht eingeführt wird. Aber vergessen wir eines nicht: Zusätzliche Leistungen werden kostenpflichtig und nicht die Gesamtlei-

stung in den niederösterreichischen Kindergärten. Und es kann nicht so sein, daß man auf der einen Seite verlangt, daß das Budget noch weiter in den Ausgaben zurückgenommen wird und auf der anderen Seite werden immer wieder neue Forderungen an dieses Budget herangetragen. Ich glaube, daß die NÖ Bevölkerung das sehr wohl versteht, diese Vorgangsweise, und wie ich bisher gehört habe, das auch immer wieder zu akzeptieren weiß. Meine Damen und Herren! Wir werden mit diesem neuen Kindergartengesetz und diesem neuen Kinderbetreuungsgesetz in Niederösterreich Maßstäbe setzen, die sicherlich auch beispielgebend für alle anderen Bundesländer in Österreich sein werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zur wirtschaftlichen Situation sagen. Was die Stärkung unserer Wirtschaft und was die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, sind wir in Niederösterreich vielleicht mit der kleinen Ausnahme, die vorhin von meinem Vorredner gebracht wurde, seit Jahren - seit Jahren, meine Damen und Herren - Vorreiter. Das ist sicherlich auch auf gewisse besondere Initiativen in Niederösterreich zurückzuführen. Aber die NÖ Wirtschaft hat bewiesen, daß sie bei den Rahmenbedingungen, die sie vorfindet, auch imstande ist, diese Dinge umzusetzen. Das beweisen einige Zahlen. Ich möchte Sie damit nicht länger aufhalten, aber soweit sei einmal festgestellt, daß wir von 1987 bis 1995, bis Ende des vergangenen Jahres, ein durchschnittliches Wachstum in Niederösterreich gehabt haben, das in jedem Jahr über dem des Bundes gelegen ist. Daß wir bei der Zahl der Beschäftigten über den Zuwachsraten des Bundes gelegen sind. Und daß wir in diesem Zeitraum, meine Damen und Herren, in Niederösterreich rund 60.000 neue Arbeitsplätze schaffen konnten, von insgesamt 240.000 neuen Arbeitsplätzen in ganz Österreich. Das ist ein Viertel, das sind 25 Prozent der gesamtösterreichischen Zuwachsraten, die allein in Niederösterreich zusätzlich geschaffen werden konnten. Und ich glaube, das ist bemerkenswert und das sollte man doch auch laut und deutlich sagen, damit dieses Krankjammern, das immer wieder auch von manchen versucht wird, einmal ein Ende hat. Auch die jüngste Entwicklung zeigt sehr deutlich, wenn auch gewisse Einbrüche im heurigen ersten Quartal zu verzeichnen gewesen sind, die Fortsetzung dieser besonderen Impulse, die gekommen sind. Das ist sicherlich auch auf die wirtschaftlichen Impulse durch die Errichtung einer eigenen Landeshauptstadt, die Errichtung eines eigenen Landhausviertels in St. Pölten zurückzuführen, das wissen wir. Allein etwa 1000 Arbeitsplätze in der Baubranche! Und gerade das

war im vergangenen Winter, in der die Baubranche nicht gerade ein leichtes Leben vorgefunden hat, von besonderer Bedeutung und war von besonderer Wichtigkeit.

Niederösterreich ist sich aber auch seiner Vorbildfunktion als direkter Arbeitgeber voll bewußt. Und da bin ich bei den Ausführungen, die vorhin Dr. Bauer im Hinblick auf den Dienstpostenplan auch gemacht hat. Ich gehe mit ihm konform, weil ich glaube, daß es nur dann weitere Einsparungen im Dienstpostenplan in verschiedenen Bereichen geben wird, wenn es uns auch gelingt, die Aufgaben klar zu definieren und zu umreißen. Und wenn es uns auch gelingt, die eine oder andere Aufgabe durch die öffentliche Hand nicht mehr ausführen zu müssen. Einverstanden - selbstverständlich. Aber so generell mit dem Rasenmäher oder mit dem Kamm darüber zu fahren ist sicherlich eine falsche Methode.

Wir haben als ÖVP Niederösterreich vor nicht allzu langer Zeit eine Fragebogenaktion bei der NÖ Bevölkerung zum Thema Frauen zwischen Familie und Beruf durchgeführt. Und es war interessant festzustellen, und das möchte ich in dem Zusammenhang hier auch sagen, daß rund 82 Prozent der befragten Frauen in Niederösterreich für eine Verbesserung der Teilzeitarbeitsangebote eingetreten sind. Und ich glaube, das ist die Zukunft, diese Verbindung Frau in Familie und Beruf mit all jenen Möglichkeiten, die bei etwas mehr Phantasie - und da gebrauche ich bewußt dieses Wort - auch künftighin nicht nur von der öffentlichen Hand, sondern auch von den privaten Unternehmern sicherlich mehr entgegengenommen werden sollte. *(Abg. Dr. Bauer: Bei entsprechender sozialer Absicherung!)* Natürlich!

Wir haben im Landesdienst, und diese Zahl möchte ich nennen, immerhin bereits 11 Prozent der vom Land Niederösterreich oder im Land Niederösterreich Beschäftigten in Teilzeitarbeit. Und hier ist die Voraussetzung der sozialen Absicherung gegeben. Hier ist sogar noch mehr gegeben: Daß unter bestimmten Voraussetzungen sogar ein Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit besteht: Immer dort, wo die Eltern, entweder Vater oder Mutter, für Minderjährige, noch nicht schulpflichtige Kinder zu sorgen haben. Das ist in manchen Fällen natürlich für die Arbeitgeber- und Dienstgeberseite nicht sehr einfach, das zu organisieren. Aber es funktioniert. Und diese Quote soll ja in den nächsten Jahren noch erhöht werden. Ziel ist, diese 11 Prozent auf insgesamt 15 Prozent der im Landesdienst Beschäftigten auszuweiten. Hier ist ein Ziel vorgegeben, das in der Privatwirtschaft parallel dazu auch zu

entwickeln sein wird. Unter - und das wird notwendig sein - Unterstützung der öffentlichen Hand in Form von Rahmenbedingungen, geänderten Rahmenbedingungen, die auch zu geben sind. Ich glaube, das ist ein Gebot der Stunde, das in der heutigen Zeit von ganz besonderer Bedeutung ist. Diese Maßnahmen, die es in den Unternehmen in Österreich auch leichter machen sollen, Teilzeitarbeit zu schaffen, können aber nur gemeinsam mit dem Bund, das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, und gemeinsam mit den Vertretern der Wirtschaft getroffen werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein Beispiel hinführen oder hinweisen, das ich unlängst von Frau Bundesministerin Gehrler gehört habe, die erzählt hat, daß es in Vorarlberg einen Betrieb gibt, in dem 41 verschiedene Arbeitszeitmodelle jetzt bereits Wirklichkeit geworden sind. 41 verschiedene Arbeitszeitmodelle in ein und demselben Betrieb mit einer entsprechenden Flexibilisierung! Natürlich kann es nicht so sein, daß diese Modelle ausschließlich im Interesse der Unternehmer sind. Na selbstverständlich nicht! Aber in einer Gemeinsamkeit, mit einer Übereinstimmung von beiden Seiten werden wir, wenn wir diese Sache angehen, auch in Zukunft sicherlich Erfolg haben und hier sicherlich für beide Seiten, das sei einmal gesagt, für beide Seiten entsprechende Verbesserungen einführen können.

Lassen Sie mich auch noch zum Thema Beschäftigungszuwachs und wirtschaftliche Maßnahmen etwas sagen. Es gibt hier einen Katalog von vorrangigen Überlegungen, die gerade in Niederösterreich zum Teil bereits wirken und zum Teil bereits realisiert und umgesetzt sind. Dazu bestimmt, die wirtschaftliche Situation in unseren Betrieben zu beleben und zu verbessern. Eine verbesserte Investitionstätigkeit für die Unternehmen in Form von Strukturverbesserungen, Modernisierungen, mehr Innovation, eine Sicherung, meine Damen und Herren, auch der Wettbewerbsfähigkeit. Das Thema Lohnnebenkosten ist ein sehr wichtiger Faktor dazu. Die Beseitigung von wirtschaftshemmenden Faktoren, etwa das Thema Deregulierung: Wenn wir nicht darangehen, auch hier Erleichterungen zu schaffen, wird das andere nicht gelingen. Und ich glaube, ein wichtiger Faktor ist auch der Ausbau der Standortqualität mit all den Problemen und all den Fragen, die wir gerade in letzter Zeit sehr deutlich immer wieder auch gehört haben.

Lassen Sie mich ganz kurz noch auf ein Thema eingehen, das immer noch durch die Medien geistert und von dem ich weiß, daß es immer

noch da und dort Diskussionen darüber gibt und das ist das Thema der eigenen Landeshauptstadt in Niederösterreich. Wir haben in der letzten Landtagssitzung darüber diskutiert und Landesrat Mag. Freibauer hat dabei sehr deutlich auch die Vorteile dieses Finanzierungsmodells auf den Tisch gelegt. Wenn wir uns heute das Budget anschauen, und das sage ich jetzt in Richtung der freiheitlichen Fraktion, dann können wir feststellen, daß in diesem Budget hinsichtlich der Finanzierung der Landeshauptstadt keine Ausgaben enthalten sind. Und damit die seinerzeitige Aussage nach wie vor den vollinhaltlichen Wahrheitsgehalt hat, daß kein Steuerschilling für die Errichtung der Landeshauptstadt und des Regierungsviertels in St. Pölten verwendet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Würde nämlich diese Theorie, daß es eine steuerverschlingende Landeshauptstadt in St. Pölten gibt, stimmen, dann müßte ja umgekehrt in diesem Budget irgendwo ein Ansatz enthalten sein, daß irgendwelche Mittel aus dem Budget dafür verwendet werden. Aber, meine Herrschaften von den Freiheitlichen, Sie können dieses Budget von vorne nach hinten, oder wenn Sie wollen auch umgekehrt lesen, Sie werden das sicherlich nicht finden, weil es ein Finanzierungssystem gibt und weil es eine Vorgangsweise gibt, durch welche das von vornherein nicht zutreffen kann. Ich weiß, daß Sie sich schwer tun, das zuzugeben. Ich weiß, daß Sie sich natürlich mit Ihren in der Öffentlichkeit oftmals dazu wiedergegebenen Äußerungen ganz anders verhalten. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Freiheitlichen, ich möchte Ihnen gar nicht erst unterstellen, daß Sie das alles nicht verstehen. Ich glaube, das wäre sogar eine Beleidigung für Sie und die möchte ich unter keinen Umständen aussprechen. Aber ich möchte die Behauptung aufstellen, daß Sie als Oppositionspartei kritisieren - und das sei Ihnen zugestanden, daß Sie kritisieren, selbstverständlich, aber bitte kritisieren auch mit den entsprechenden Argumenten - daß Sie als Oppositionspartei sehr oft alles daransetzen, das, was in Niederösterreich geleistet wird, einfach schlecht zu machen und anders hinzustellen. Und das ist gerade in der Frage der Landeshauptstadt, glaube ich, nicht fair, weil es nicht den Tatsachen entspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe ja einmal schon erlebt, und das war gerade in St. Pölten mit Ihrem seinerzeitigen Stadtrat der Fall, und der hat das ja nachher zugegeben, daß es da immer scheinbar eine Order von oben gibt, wie man sich zu Budgets und ähnlichen Dingen verhält und wie man Oppositionspoli-

tik macht. Und vielleicht ist das auch da der Fall - ich möchte jetzt nur eine Vermutung aufstellen - daß das Budget, zu dem ich bisher weder im Finanzausschuß, noch aus der Wortmeldung des freiheitlichen Klubobmannes heraushören konnte, daß es Argumente gibt, von vornherein einmal abgelehnt wird. Und damit es besser aussieht, stimmt man halt dem einen oder anderen Punkt noch separat zu. Mich verwundert es daher, daß diese für Sie sicherlich etwas unangenehme Situation eingetreten ist, daß der Herr Landesrat Schimanek in der Regierung zugestimmt hat und daß es im Landtag diese Zustimmung nicht gibt. Herr Landesrat, auch wenn Du dann gemeint hast, Du hättest nur jenen Punkten zugestimmt, die Dich selber betreffen, aber es hat ja eine Gesamtabstimmung - wie ich mir sagen ließ - in der Regierung gegeben. *(LR Schimanek: Das ist Mißbrauch - glatter Mißbrauch!)*

Aber das ist nicht meine Angelegenheit, das klarzustellen. Und das ist auch nicht unsere Angelegenheit. Bemerkenswert ist nur, daß es da ein unterschiedliches Verhalten gibt. Und da könnte man vielleicht ein altes Sprichwort anwenden und umlegen und sagen, vielleicht ist es bei Ihnen so oder scheinbar ist es bei Ihnen so, daß die Rechte nicht weiß was die ganz Rechte tut. Gestatten Sie mir, einmal so zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Uhl.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, eines sagen zu können: Wir können gemeinsam stolz sein, daß es auch für das Jahr 1997 gelingt und gelungen ist, ein Budget zu erstellen, daß trotz der schwierigen Voraussetzungen durchaus Optimismus zuläßt. Ich möchte den heutigen Tag zum Anlaß nehmen, um Ihnen noch einmal in Erinnerung zu rufen, was in den letzten Monaten gelungen ist: Daß wir gemeinsam in diesem Hohen Landtag entscheidende Weichenstellungen für Niederösterreich vorgenommen haben und diese Woche auch noch vornehmen werden. Ich habe heute schon gesprochen vom Kindergarten- und Kinderbetreuungsgesetz. Wir haben ein Nationalparkgesetz beschlossen, obwohl es lange Zeit nicht danach ausgesehen hat. Und wir werden auch am kommenden Donnerstag eine Novelle zur Bauordnung und eine Novelle zum Kanalgesetz beschließen, wodurch wiederum entscheidende Schritte in Richtung einer Verbesserung für die niederösterreichischen Landesbürger eintreten wird. Wir haben also wichtige Schritte gesetzt im Interesse unseres Bundeslandes, im Interesse der Bürger unseres Landes. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Budget für das Jahr 1997 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich mache es ganz kurz: Ich möchte ganz eindeutig klarstellen - und Kollege Böhm, speziell in Deine Richtung - ich habe diesem Budget nur deswegen zugestimmt, weil ich nicht der einzige sein möchte, der gegen eine Vorlage dieses Budgets an den Landtag gestimmt hätte. Genau das war der Grund dafür. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich habe eine Budgethoheit von S 2,150.000,-. Ich habe Dir zugehört, bitte höre auch mir zu! Ich habe gar nicht die Möglichkeit, und das gebe ich hier offen zu, ich bekomme diese Budgetunterlagen am Donnerstag, nachdem wochenlang ÖVP und SPÖ das miteinander durchgearbeitet haben. Ich bekomme sie am Donnerstag und am Dienstag soll ich Ja oder Nein sagen. Dazu bin ich nicht in der Lage, das gebe ich hier offen zu.

Ich habe den Kollegen Freibauer eindeutig, Herr Kollege, hören Sie bitte zu, den Kollegen Freibauer habe ich ersucht, er soll mein Ja nicht mißbrauchen. Ich goutiere dieses Budget nicht, aber ich stimme zu, daß es dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Und das ist meine Begründung. Und das war es. Und, Kollege Freibauer, Du wirst mir bestätigen, daß ich Dir noch beim Hinausgehen gesagt habe, bitte mißbrauche meine Zusage hier nicht. Genau das war der Grund. Ich bin nicht derjenige, der zu allem Nein sagt. Und daß es hier eine Streiterei oder eine Differenz möglicherweise gäbe innerhalb der Freiheitlichen, also das ist lachhaft. Weil ich habe dem Kollegen Freibauer auch gesagt, hier im Landtag wird sicher der eine oder der andere Punkt von den Freiheitlichen ganz deutlich auf den Tisch gelegt werden und da wird entweder Nein oder Ja gesagt. Das war es. Danke vielmals! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz kurz: Der Herr Klubobmann Böhm hat gemeint, es gäbe im Budget keinen Ansatz "Landeshauptstadt". Ich empfehle das Lesen der Seite 311. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich bitte das Hohe Haus, in die Spezialdebatte einzugehen. *(Nach Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte):* Einstimmig angenommen!

Ich beabsichtige bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 2, 4, 5, 6, 8 und 9, des ordentlichen Konjunkturausgleichsteiles zu den Gruppen 5 und 6, des außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles zur Gruppe 6 sowie über den Dienstpostenplan 1997 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles sowie des Dienstpostenplanes 1997 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII abstimmen zu lassen.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich, zunächst über allfällige Abänderungsanträge zu den drei Teilen des Voranschlages 1997, dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über allfällige zu den jeweiligen Gruppen eingebrachte Resolutionsanträge abstimmen zu lassen. Ich bitte, diese Vorgangsweise zur Kenntnis zu nehmen.

Nunmehr ersuche ich den Berichterstatter, zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf die Spezialdebatte einleiten, beginnend mit der Gruppe 0. Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, enthält Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 6.450,084.000 Schilling ausgewiesen, denen

Einnahmen von 875,596.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 13,91 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 181,381.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir gelangen zur Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich möchte zunächst einmal eine Feststellung hier treffen: Nachdem sehr viele auch weggegangen sind und das Fernsehteam sich entfernt hat möchte ich feststellen, daß ich nicht so häßlich bin, daß das Fernsehen nicht auch noch bei meiner Rede dableiben hätte können.

Das Zweite: Ich habe eigentlich mit Verwunderung festgestellt, daß der Herr Abgeordnete Gratzner Niederösterreich als kinderfeindliches Land bezeichnet. Ich glaube, daß er sein Polemikpotential damit voll ausgeschöpft hat. Denn das spottet ja wirklich jeder Beschreibung, gerade in Niederösterreich, dem kinderfreundlichen Land, sich zu erlauben, das hier zu sagen.

Das Dritte: Es wurde vom Herrn Landesrat Schimanek erwähnt, daß er keine Zeit hat, das Budget zu lesen. Ich möchte feststellen, daß es uns auch des öfteren so geht, wenn Anträge der Freiheitlichen kommen während der Sitzung, daß man halt auch sehr kurzfristig entscheiden muß, wie man sich dazu verhält. Ich glaube, das ist keine Entschuldigung, daß ein Landesrat dieses Budget nicht durchstudieren kann, es gibt ja auch Helfer dazu. Das glaube ich, ist wohl das Mindeste, daß man das Budget von Donnerstag bis Dienstag studiert.

Ich darf, wie schon erwähnt, heute in der Spezialdebatte zur Gruppe 0 den vorliegenden Voranschlag aus der Sicht der Gemeinden ein bißchen beleuchten. Der Gesamthaushaltsentwurf sieht diese Ausgaben von 48,2 Milliarden vor und das ist gegenüber dem Voranschlag 1996 eine Senkung um rund 83 Prozent. Man kann ja nur Voranschlag mit Voranschlag vergleichen. Eines ist auch festzustellen: Daß diesem Voranschlag Zwischenergebnisse zugrunde liegen, die zur Annahme berechtigen, daß es ein realistischer Voranschlag ist. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen von rund 42 Milliarden gegenüber. Das

bedeutet eine angenommene Zunahme von 2,66 Prozent, also knapp einer Milliarde. Die Gruppe 0 ist in diesem Voranschlag mit einem Budgetansatz von 6,45 Milliarden dotiert, das sind 13,91 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Vorjahr, also für das laufende Haushaltsjahr, waren es 14,31 Prozent.

Durch diesen Voranschlag wird in diesem Lande und in den Gemeinden in Niederösterreich das Geschehen wesentlich bestimmt. Und ich glaube auch, daß er einen weiteren Schritt der Budgetkonsolidierung in diesem Lande darstellt. Trotzdem ist ein Gestaltungsspielraum erhalten geblieben. Wir müssen aber dieses Budget auch aus der Sicht des Bundes sehen, denn die Ausgangslage wird ja mehr oder weniger auch vom Bund bestimmt und vor allem von den Finanzausgleichsverhandlungen, die stattgefunden haben. Es ist eine Einigung zustande gekommen im heurigen Jahr am 22. Februar. Mit 1. Jänner 1997 soll dieser Finanzausgleich neu, für vier Jahre abgeschlossen, gelten. Und da sieht die Sache dann doch etwas anders aus und man kann die Grenzen oder die Mauern, die uns hier umgeben in finanzieller Sicht, auch besser erkennen. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1998 wird ein einheitlicher Aufteilungsschlüssel für veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, die Lohnsteuer und die Kapitalertragssteuer festgelegt. Grundlage dafür ist der Abgabenerfolg des kommenden Jahres, des Jahres 1997. Das Sparpaket hat durch seine steuerlichen Maßnahmen bereits Auswirkungen auf das laufende Jahr zur Folge. Von den gesamt erwarteten Mehreinnahmen des Jahres 1996 in der Gesamtsumme von 27 Milliarden Schilling kommen den einzelnen Kreditkörperschaften in Österreich folgende Beiträge zu: Bund 21,1 Milliarden, Länder rund 3 Milliarden und Gemeinden 2,1 Milliarden, dazu die Fondszuteilung mit 684 Millionen. Von dem Gemeindeanteil in Höhe von 4,5 Milliarden wird ein Sanierungsbeitrag von 1,46 Milliarden abgezogen. Eine Finanzzuweisung aus der Energiesteuer in Höhe von 350 Millionen sowie die erwartete Kommunalsteuer aus der Privatisierung der Post von rund 500 Millionen sind hinzuzurechnen. Ab 1997 betragen die Mehreinnahmen für Gemeinden österreichweit 3,9 Milliarden Schilling. Wie hoch ist jetzt der Anteil des Landes Niederösterreich für diesen Sanierungsbeitrag? Dieser beläuft sich auf 500 Millionen Schilling und es werden 13,5 Prozent der Ertragsanteile, also 67 Millionen Schilling von den Mehrerträgen ab 1997 an die Länder als sogenannte Bedarfszuweisungsmittel überwiesen. Diese müssen für Zwecke der Gemeindeförderung eingesetzt werden.

Ich sage das deshalb so ausführlich, weil eben der Rahmen durch das Bundesbudget und durch das Sparbudget und durch dieses Paket, das nun einmal verhandelt wurde, abgesteckt ist. Die Konsolidierung des Landesbudgets in den Jahren 1997 und 1998 schaut dann so aus: Es müssen jeweils 1,1 Milliarden eingespart werden, um den Konvergenzkriterien der Europäischen Währungsunion zu entsprechen. Unser Herr Finanzreferent hat das ja auch festgestellt; es soll in folgender Form erfolgen: 360 Millionen Schilling Einsparung im Bereich der sogenannten Ermessensausgaben, die in ihrer Gesamtheit rund 5 Milliarden Schilling betragen. 655 Millionen Schilling Einsparung aus dem Titel Wohnbauförderung - allerdings nicht durch Kürzung der Förderungsmittel, sondern durch eine Umschichtung auf die Jahre 2002 und 2003. 114 Millionen Schilling durch Verlagerung der Dotierung des Schul- und Kindergartenfonds, des Wasserwirtschafts fonds zugunsten der Landesmittel und zulasten der Bedarfszuweisungsmittel. Das heißt, daß es die gewohnten Bedarfszuweisungsmittel in der Form dann nicht geben wird.

Es hat ein paar Dinge gegeben, die erfreulich sind und die auch festgestellt werden müssen hier: Das war etwa die Auswirkung der Abschaffung der Landesumlage, ein gemeinsames Werk, worüber in den letzten Jahren lange gesprochen und verhandelt wurde. Ich glaube, daß man auf dieses gemeinsame Werk durchaus zufrieden zurückblicken kann. Niederösterreich ist das einzige Bundesland in ganz Österreich, in dem die Landesumlage etappenweise abgeschafft werden konnte. Die Auswirkung auf die Finanzen der Gemeinden sind nicht zu übersehen. Hat das Land Niederösterreich im Jahr 1964 noch 855 Millionen Schilling an Landesumlage einbehalten, so waren es 1995 nur mehr 510 und so sind es 1996 nur mehr 268 Millionen Schilling. Und ab dem Jahr 1997, also für dieses Budget, wird keine Landesumlage mehr einbehalten. Die gesamten Beiträge fließen ab diesem Zeitpunkt jährlich den Gemeinden zu. Es fällt allerdings ab dem Jahre 1997 auch der ausgehandelte Betrag von jährlich 150 Millionen Schillingen an Regionalisierungsmitteln weg. Das muß auch bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, weil immerhin 150 Millionen Schilling ein schöner Betrag gewesen wäre, wenn es die Bedarfszuweisungsmittel in dieser Höhe unter Umständen noch gegeben hätte. Es verbleiben aber immerhin für die Gemeinden 705 Millionen Schilling aus diesem Titel. Grundsätzlich ist es notwendig, mit einem Budget wie diesem die Autonomie der Kommunen auch in Zukunft zu sichern.

Dem letzten Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden in Niederösterreich ist zu entnehmen, daß ein rapides Ansteigen jener Gemeinden zu verzeichnen ist, welche ihren ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Diese unerfreuliche Entwicklung zeigt, daß bei unseren Gemeinden die Belastbarkeitsgrenze bei der Erfüllung ihrer zugewiesenen Aufgaben bereits erreicht ist. Vor allem die sogenannten NÖKAS-Beiträge und die Sozialhilfeumlage sind jene Beiträge, die unsere Gemeindehaushalte am meisten belasten. Unser Ziel muß es sein, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Gemeinden zu entlasten und sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben wirklich vermehrt zu unterstützen.

Die Gebührenhaushalte der Gemeinden sind in vielen Fällen aus dem Lot geraten, vor allem im Bereich der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung. Dies dadurch, daß das Bundeswasserrecht Vorgaben gegeben hat, die oft sehr, sehr schwer erfüllbar sind, die in diesem Bereich oft gar nicht erfüllt werden können. Die Kostendeckung bei den Gebührenhaushalten ist in vielen Bereichen abhanden gekommen und es nützt uns nicht sehr viel, wenn gesetzlich die Möglichkeit gegeben wird - und auch in dem Hause ist darüber beraten worden - daß man Reserven anlegen kann, wenn sie ganz einfach über die Gebühren nicht hereinbringbar sind, weil die Belastung der Bevölkerung zu groß und einfach nicht mehr vertretbar ist. Ich denke an die Kanalgebühren und auch an Wassergebühren.

Das Kanalgesetz steht jetzt zur Diskussion, am Donnerstag wird darüber auch befunden, und da wird sicher ausführlichst darüber geredet werden. Ich habe auch einmal zu jenen gehört, die gesagt haben, man müßte das Verursacherprinzip einführen bzw. diese Frage lösen nach dem Wasserverbrauch. Mittlerweile ist erwiesen durch Studien, daß der Verwaltungsaufwand hierfür doch sehr hoch ist. Und ich glaube, daß es sinnvoll erscheint, diese Frage nicht gänzlich vom Tisch zu wischen, nicht gänzlich, und einen gewissen Teil doch, wenn möglich noch einzubeziehen in diese Berechnung. Das zumutbare Maß der Belastung für den Bürger in unseren Gemeinden muß ausgelotet werden, doch wie gesagt, die Grenze ist bei vielen dieser Dinge schon erreicht.

Bei der Novellierung des Kanalgesetzes ist die große Schwierigkeit, daß man von dem ausgehen muß, daß es keine Stunde Null gibt in dieser Frage und daß letztlich bei jeder Berechnung immer wieder 100 Prozent herauskommen müssen. Man kann es so oft wenden und drehen, wie

man will, aber die 100 Prozent müssen herauskommen, denn es laufen Darlehen, es laufen Kredite, die ja letztlich betreut werden müssen aus diesem Titel, und daher ist der Spielraum gar nicht so groß bei der Novellierung des Kanalgesetzes, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Ein Beispiel aber, das ich bringen möchte dafür, was die notwendige Kanalgesetz-Novellierung beinhalten soll ist, daß beispielsweise in Tourismusgemeinden, beispielsweise am Hochkar in Göstling - Hochkar und Göstling haben eine gemeinsame Kläranlage - die Kanalbenützungsgebühr für den am Hochkar gleich hoch angesetzt ist mit jenen herunter. Am Hochkar besitzt jemand eine Teehütte mit 50 Quadratmeter Berechnungsfläche und diese wird zugrunde gelegt. Und herunter ist ein Einfamilienhaus, ein Pensionist, der zahlt vergleichsweise zu den zweieinhalb tausend Schilling des Wirtes oben, siebeneinhalb- bis achttausend Schilling für sein Haus herunter. Daher müssen in diesem Kanalgesetz Dinge eingebaut sein, wodurch man solche Ungerechtigkeiten ausschalten kann. Wie gesagt, es gibt nirgends die Stunde Null, es gibt immer wieder Vorgaben aus der Zeit vorher, die mit eingebaut werden müssen.

In den Gemeinden draußen, vor allem in ländlichen Bereichen stellt sich immer mehr jetzt die Frage der Sanierung unserer Güterwege. Ich weiß, daß die Errichtung der Güterwege ein Thema ist, das in diesem Landtag schon 50 Jahre oder noch länger diskutiert wird und immer wieder wird die Notwendigkeit erkannt. Aber heute ist es so, daß viele dieser Straßen- und Weganlagen bereits derartig reparaturbedürftig sind, daß eine Neuerrichtung ins Auge gefaßt wird. Die Mittel für diese Dinge sind in diesem Landesbudget, das muß man ganz ehrlich sagen, nicht erhöht worden. Und daher glaube ich, ist es keine unbillige Forderung vor allem der Bürgermeister der ländlichen Bereiche, wo es Gemeinden gibt, die 100 oder 120 Kilometer solcher Wege im öffentlichen Gut haben und diese auch erhalten und weiter zur Benützung zur Verfügung stellen müssen, daß wir denen ein besonderes Augenmerk schenken. Und vielleicht kann unter Umständen mit Umschichtungen doch auch etwas in die Wege geleitet werden.

Die Investitionen in unseren Gemeinden sind für die gesamte Wirtschaft ein wesentlicher Faktor. Die Gemeinden sind damit ein nicht wegzudenkender Bestandteil der heimischen Wirtschaft und haben wesentlichen Anteil an der Sicherung von Arbeitsplätzen. Und gerade diese Frage der

Arbeitsplätze ist wie ein roter Faden heute auch bei den Klubobleuten gekommen und von jedem unserer Klubobmänner erwähnt worden. Es ist die Kernfrage in diesem Lande, die Sicherung der Arbeitsplätze auch in die Richtung, daß wir neue Modelle vielleicht auch der Arbeitszeit, vielleicht der Verteilung, wenn ich so sagen kann, der Arbeit überlegen müssen. Das, glaube ich, ist die Zukunftsfrage.

Eine weitere Frage, die die Gemeinden in sehr hohem Maße, ich habe es vorhin schon erwähnt, betrifft, ist die Spitalsfinanzierung. Und es haben die Finanzausgleichspartner im März dieses Jahres eine Neuorientierung der Spitalsfinanzierung vereinbart, von der die Vertreter des österreichischen Gemeindebundes und des Städtebundes folgende Feststellung verlangt haben: Durch die Umstellung darf es zu keiner Verschiebung der Aufbringung der Mittel und der Betriebsabgangsdeckungen zu Ungunsten der Gemeinden zwischen Land, Städten und Gemeinden kommen. Ich glaube, daß wir hier aufpassen müssen, denn der Zug fährt schon mit 100 Stundenkilometern in Richtung, so schön gesagt, leistungsorientierter Abgeltung. Der Teufel liegt allerdings im Detail. Und ich glaube, daß es hier einige Überraschungen geben wird. Man kann nicht das Modell der Vorarlberger 1:1 umlegen auf ganz Österreich, auch nicht auf Niederösterreich. Wir in Niederösterreich sind sehr stark angewiesen auf den Partner Wien im Krankenhauswesen. Dort gibt es die Hochtechnik in der Medizin und alle Voraussetzungen an der Universitätsklinik sind da, die Niederösterreich nicht hat. Und daher muß es partnerschaftlich gehen. Das Wort "Fremdpatient" ist ein "grausliches" Wort, das sollte es überhaupt nicht geben. In Österreich darf es das Wort "Fremdpatienten" für einen Österreicher nicht geben. Daher müssen wir sehr vorsichtig mit diesen Dingen umgehen.

Daß das Finanzierungssystem für diese Spitalsfinanzierung jetzt in Bewegung ist, auf Leistung hingezielt, finde ich lobenswert. Das ist schon richtig. Aber wir sollen dabei halt auch die Dinge nicht übersehen, die sich unter Umständen negativ auswirken. Der Patient hat ein Recht darauf und es ist ihm nicht damit gedient, wenn das Punktesystem es so weit bringt, daß der Patient, bevor er noch gesund ist, aus dem Krankenhaus hinausgeschmissen wird, weil er "nichts mehr bringt". Heute "bringt" er ja etwas, wenn man ihn so lange wie möglich behalten kann, da wird er aber von der Krankenkasse hinausgeschmissen. Aber beim Punktesystem kann es sein, daß er vom Betriebswirt dann aus

dem Krankenhaus gedrängt wird. Und das soll nicht sein. Die Gesundheit ist unser oberstes Gut und daher müssen wir hier sehr aufpassen.

Zu den Sozialhilfekosten: Da wurde mit der Frau Landesrat Votruba vereinbart, daß die Mehrkosten bei der Sozialhilfe eine maximale jährliche Steigerung von 3 Prozent betragen. Da gibt es aber jetzt eine Zwischenrechnung, einen Zwischenbericht im April 1996 und der läßt erkennen, daß die Mehrkosten im heurigen Jahr zu diesem Punkt rund 13 Prozent bereits ausmachen. Das heißt, es galoppieren uns in dieser Frage die Kosten davon. Und ich glaube, es tut einem Budget gut, wenn die Beobachtung der Zwischenberichte auch hier Einfluß findet und wir sollten auf diese Dinge sehr, sehr achten.

Das Kindergartengesetz wird in der nächsten Landtagssitzung am Donnerstag zur Debatte stehen. Es zeigt sich, daß um dieses neue Kindergartengesetz in den Verhandlungen schon sehr hart gerungen wurde. Die Grundposition der ÖVP, meiner Partei, liegt darin, die Vormittagsstunden im Kindergarten als sogenannte Bildungszeiten weiterhin kostenlos zu halten und eine bedarfsgerechte Zeit am Nachmittag einzuführen, von einer autonomen Kindergartenorganisation festgelegt. Für die Eltern soll das am Nachmittag kostenpflichtig sein. Jedenfalls soll in Hinkunft für jede Kindergartengruppe eine Kindergartenhelferin angestellt werden müssen. Auch hier werden Kosten auf uns zukommen. Gleichzeitig soll der Landesbeitrag für die Helferinnen fixiert und eingefroren werden. Die Mehrkosten sowohl für die erhöhte Anzahl der Helferinnen als auch für die Nachmittagsbetreuung sollen durch die Elternbeiträge hereingebracht werden. Konkrete Zahlen und Berechnungen liegen zwar noch nicht exakt vor, es ist ja auch erst eine Entwicklung im Gange. Aber ich kann eines sagen, aus Erhebungen in meiner Gemeinde: Bei 125 Kindern wurde eine Erhebung durchgeführt, bei deren Eltern, wegen der Nachmittagszeit. Es haben sich sieben gemeldet. Und ich habe gesagt, ich bin stolz darauf, daß in unserer kleinen Stadt es noch eine Oma, einen Opa, eine Tante oder sonst jemand gibt, der am Nachmittag sich um die Kinder umschaute. (*Abg. Marchat: Das ist in einer Bauerngemeinde, da sind die Leute daheim! Aber wie ist das in einer Arbeiterstadt?*) Wir sind immerhin eine Stadt mit viereinhalbtausend Einwohnern. Und dort ist das so. Sicherlich wird man auch dort entsprechende Möglichkeiten finden müssen.

Eine Frage, die ich hier noch anschneiden möchte: Ich habe vorhin gesprochen von dem Ausbau des ländlichen Wegenetzes, es gibt aber noch etwas, was uns in den Gemeinden immer mehr zu schaffen macht. Das ist der Sanierungsbedarf bei Gemeindeeinrichtungen wie Hallenbäder und Sportanlagen. Diese Dinge haben eine Lebenszeit von 25, 30 Jahren, dann sind sie gänzlich zu erneuern. Wir haben in unserer Gemeinde so etwas und ich weiß nicht, wo wir 35 Millionen Schilling hernehmen sollen. Ich habe dem Gemeinderat gesagt, es gibt zwei Möglichkeiten, entweder wir sperren die ganze Geschichte zu und liquidieren das, oder wir beißen in den sauren Apfel, weil es ja für die Region notwendig ist, diese Einrichtungen anbieten zu können. Die Entscheidung läuft noch, ich kann mir aber denken, es wird kein einziger der Gemeinderäte sagen, ich möchte die Verantwortung tragen, daß wir das Hallenbad und das Sportzentrum einfach liquidieren und zusperrern. Finanzbedarf auch in diese Richtung wird notwendig sein. Da müßte man vielleicht einmal schwerpunktmäßig - es geht vielen Gemeinden so - in diese Richtung auch in einem Budget Vorsorge treffen, um den Standard zu halten und zu sichern, der hier ohne Zweifel vorhanden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das waren ein paar Dinge aus dem Problemkreis um die Gemeinden. Ich erhebe nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern habe nur herausgegriffen, was uns halt täglich so an Arbeit trifft. Es wäre die Arbeit hier im Landtag zum größten Teil umsonst, wenn wir die Gemeinden nicht als starke Partner erkennen und ernst nehmen würden. Denn wie ich glaube, wird viel von dem, was hier diskutiert und an Vorschlägen eingebracht wird, in den Gemeinden umgesetzt.

Das Budget im Gesamten wurde sorgfältig aufbereitet, auch sorgfältig verhandelt mit den zuständigen Regierungsmitgliedern. Die Devise ist: "Konsolidierung sichert die Zukunft". Es ist kein Schummelbudget, und ich bin überzeugt, daß unser Finanzreferent, so genau wie er ist, hier die entsprechenden Zahlen auch aus dem laufenden Jahr schon mit eingebaut hat. Es kann nicht alles erfüllt werden, aber ich denke, daß wir mit diesem Budget sicherlich im Jahr 1997 einen Großteil unserer Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen können. Und daß damit auch wir in den Gemeinden leben werden können. Die wesentlichen Säulen in diesem Voranschlag wurden gehalten, die Kürzungen bewegen sich in Bereichen, wo sie vertretbar sind. Und ich glaube, daß es halt auch

einmal dazu gehört, daß man sagt, so ist es und damit hat man sich halt abzufinden.

Im wesentlichen geht es ja darum, daß niemandem Geschenke gemacht werden können, sondern wesentlich ist in all diesen wirtschaftlichen Bereichen, daß die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden oder gestellt werden können, optimal eingesetzt werden können. Und das, glaube ich, ist auch hier in diesem Budget geschehen. Ich darf Sie daher ersuchen, was die Gruppe 0 betrifft, auch die Zustimmung zu geben. Ich tue es jedenfalls. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Worte gelangt Herr Präsident Koczur.

Abg. Präs. KOCZUR *(SPÖ)*: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Wenn nunmehr der Budgetentwurf für 1997 zur Beratung im Landtag vorliegt, so geschieht dies zu einem Zeitpunkt, wo durch den Abschluß der Verhandlungen zur Budgetkonsolidierung des Bundes und den Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen die Erfordernisse der nächsten Jahre auch für die übrigen Gebietskörperschaften auf dem Tisch liegen. Diese Feststellung ist mir deshalb wichtig, weil es durch die fruchtlosen Budgetgespräche im Sommer des Vorjahres und die nachfolgenden Neuwahlen auf Bundesebene, was ja, wie ich hoffe, den dafür Verantwortlichen bewußt geworden ist, in verschiedenen Bereichen des Staates über Monate hinweg zu einem politischen Stillstand gekommen ist, der auch zahlreiche kommunalpolitisch relevante Probleme betroffen hat, wie zum Beispiel die Ordnung im Wasserrecht. Natürlich auch die Finanzausgleichsverhandlungen, die Spitalsfinanzierung oder die Wohnbauförderung. Und nicht zu übersehen war, daß in bestimmten Bereichen unserer Wirtschaft starke Verunsicherungen spürbar geworden sind. Im letzten Moment ist es dann noch vor Jahresende im Rahmen einer Notreparatur in einer Sondertagung des Parlamentes gelungen, die ärgsten Dinge hier ins Lot zu bringen.

Die Budgetdebatte, sehr geehrte Damen und Herren, ist auch eine Gelegenheit, auf die zahlreichen Verhandlungen des ersten Halbjahres 1996 zurückzublicken, weil diese Ergebnisse erst die Budgeterstellung ermöglichten. Ziehen wir als Gemeinden Bilanz über diese Gespräche, so besteht für uns kein Grund zum Jubeln, wir dürfen aber auch nicht unzufrieden sein.

Ich glaube, es war sehr bedeutsam, daß es gelungen ist, den Gebietskörperschaften die Stel-

lung der Gemeinden in ihrer gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung ebenso zu vermitteln wie die Tatsache, daß die Gemeinden, die in all den Jahren antizyklisch investierten und damit auch einen Gutteil der erfolgreichen Wirtschaftsdaten, auf die wir hier herinnen auch immer wieder stolz sind, mitgestaltet haben, letztlich finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen.

Diese Realität wurde bei den Finanzausgleichsverhandlungen zum Teil in Rechnung gezogen und den Gemeinden zusätzliche Einnahmemöglichkeiten eröffnet. Einen entsprechenden Konjunkturverlauf vorausgesetzt wird dies den österreichischen Gemeinden rund 3,9 Milliarden Schilling bringen. Die aber, und das sei besonders herausgearbeitet, nicht für Neuinvestitionen bereitgestellt wurden, sondern mithelfen sollen, den kommunalen Budgetspielraum zu vergrößern und es letztlich auch den Gemeinden ermöglichen, die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Dabei soll auch festgehalten werden, und das muß ich auch mit aller Deutlichkeit an dieser Stelle tun, daß auch den Ländern aus dem gleichen Titel zusätzliche Einnahmen von rund 5 Milliarden Schilling aus diesen Überlegungen zugestanden wurden.

Trotzdem bedurfte es großer politischer Anstrengungen, um zumindest einen Teil dieser zusätzlichen Mittel den Gemeinden zugute zu halten und sie nicht im Wege von Förderungskürzungen vom Landesfinanzreferenten abschöpfen zu lassen, dessen Probleme wir bei der Budgeterstellung durchaus anerkennen wollen. Um es klar zu definieren: Wenn die Gemeinden zum Beispiel das Einfrieren diverser Landesförderungen für zwei Jahre zur Kenntnis und die zu erwartenden Mehrkosten der Regelung für die Kinderbetreuungseinrichtungen auf sich nehmen, dann ist das ein bedeutender Beitrag der Gemeinden zur Konsolidierung des Landeshaushaltes.

Selbstverständlich, sehr geehrte Damen und Herren, begrüßen wir, daß neben den notwendigen Einschränkungen doch wesentliche wachstumsstimulierende Schwerpunkte gesetzt werden, wie das der Landesfinanzreferent für den Spitals-, für den Schul- und den Heimbereich dargestellt hat oder wie das auch zum Beispiel in der Wohnbauförderung durch den Bau zusätzlicher 2.000 Wohnungseinheiten geschieht, die von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger angeregt wurden. Das alles wird 1996 und 1997 zur Wirtschaftsbelebung beitragen. Insgesamt bin ich überzeugt, daß uns das Kunststück gelingen wird, so zu sparen, daß wir die gesteckten Ziele errei-

chen und dies mit der Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Österreich in Einklang bringen. Die Gemeinden sind jedenfalls aus ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung heraus daran interessiert, daß ein gesundes Wirtschaftswachstum erreicht, die Stabilität des Schillings gesichert wird und ein hoher Beschäftigtenstand bei sozialer Absicherung der Bürger Vorrang vor Arbeitslosigkeit und ungerechtfertigtem Sozialabbau hat.

Im Zuge der Neuordnung des Finanzausgleiches wurde auch ein bedeutendes Gesamtpaket geschnürt, auf das heute schon hingewiesen wurde, das die Krankenanstaltenfinanzierung ebenso neu regelt wie die Verteilung der Wohnbauförderungszweckzuschüsse des Bundes, wonach nunmehr 24½ Milliarden nach dem bisherigen Fixschlüssel und der diesen Betrag übersteigende Teil nach der Volkszahl bei gleichzeitiger Aufhebung der Zweckbindung verteilt wird, um den Ländern mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben und ihnen auch die Einhaltung der Konvergenzkriterien zu erleichtern. Gleichzeitig wurde auch der Zweckzuschuß des Bundes für die Errichtung und die Förderung der Kinderbetreuungseinrichtungen abgeseget.

Mit der Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung erfolgt ab 1. Jänner 1997 die Umstellung auf das schon zitierte leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierungssystem, welches damit die KRAZAF-Finanzierung ersetzt. Ein Provisorium, das, wie man sich erst bewußt machen muß, seit 1978 immer wieder ein letztesmal und zum allerletzten Mal verlängert worden ist. Damit verbunden ist die Einführung sogenannter Ländertöpfe, in welche die bisherigen KRAZAF-Mittel auf Basis der Verteilung des Jahres 1994 und zusätzliche Budgetmittel des Bundes von jährlich drei Milliarden einfließen. Weiters werden Pauschalfinanzierungsbeiträge der Sozialversicherungsträger entsprechend der länderweisen Leistung im Jahr 1994 an die Krankenanstalten in die Ländertöpfe kommen. Damit erfolgt die Aufteilung an die einzelnen Krankenanstalten nicht mehr nach der Verweildauer der Patienten, sondern nach einem leistungsbezogenen Punktesystem. Und diese Regelung gilt für die Dauer des Finanzausgleiches, nämlich vom 1. Jänner 1997 bis 31. Dezember 2000.

Zur begleitenden Kontrolle und gleich auch als Steuerungsgremium wird eine bundesweite Strukturkommission und in jedem Bundesland eine Länderkommission geschaffen. Bis Jahresende muß dazu noch ein gesamtösterreichischer Krankenanstalten- und Großgeräteplan ausverhandelt werden. Ein Sanktionsmechanismus wird

bei Verstößen gegen getroffene Vereinbarungen empfindliche finanzielle Reaktionen setzen können. Für die Gemeinden ist die Einbindung der Gemeindebünde in die Landeskommission und die Paktformulierung, daß es durch die Umstellung zu keiner Verschiebung der Mittelaufbringung und der Betriebsabgangsdeckung zu Ungunsten der Gemeinden zwischen Land und Gemeinden kommen darf, von grundlegender Bedeutung. Und ich bedaure, daß hier schon wieder die Diskussionen losgehen. Im Rahmen des Österreichischen Gemeindebundes haben wir mit Schreiben vom 22. April 1996 zur Klarstellung an die Verbindungsstelle der Bundesländer geschrieben und hier auch die Pakttreue eingefordert. Es ist für die Gemeinden auch erfreulich, daß es Zug um Zug mit der Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung zur Errichtung eines allgemeinen Konsultationsmechanismus kommen wird, auf den ich später in meinen Ausführungen noch eingehen möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung steht daher gleichsam als Grundgerüst auf dem Papier fest. Die Umsetzung wird ja bald zeigen - es ist heute schon manches angeklungen - ob das unbändige Verlangen der Landesvertreter nach Errichtung der Ländertöpfe anstelle eines bundesweiten Ausgleichstopfes klug war. Und es wird sich zeigen, daß im Detail noch viele Überraschungen auftreten werden. Als Beispiel führe ich hier nur an, daß es bereits in der gelöst geglaubten Frage der Gastpatienten größere Meinungsverschiedenheiten gibt. Als Kommunalvertreter werden wir jedenfalls genau darauf achten, daß es zu diesen Verschiebungen der finanziellen Lasten zu den Gemeinden nicht kommt. Und ich möchte hier sehr deutlich deponieren, daß wir auch als Gemeinden für eine Deckelung in den Gemeindeleistungen eintreten werden, um weitere unfinanzierbare Belastungen der Gemeindehaushalte abzuwenden. Und ich sage hier auch, wir befinden uns in guter Gesellschaft, denn der Bund und auch die Sozialversicherungsträger werden sich dabei etwas gedacht haben, als sie in diese Neuregelung diese gedeckelten Beträge eingebracht haben.

Mit dem Budget 1997 ist auch das Ziel, das ist heute schon gesagt worden, der etappenweisen Abschaffung der Landesumlage erreicht. Diese Paketlösung, für die wir seit Jahrzehnten eingetreten sind, bringt vor allem für die finanzschwachen Gemeinden spürbare Vorteile. Die damalige Strukturhilfe, die im Jahr

1994 noch 79,8 Millionen Schilling betrug, wird nun nicht mehr aus Mitteln des Landesbudgets, sondern aus dem Gemeindeförderungstopf der Bedarfszuweisungen mit 350 Millionen Schilling finanziert. Und das ist immerhin ein Viertel der vorhandenen Mittel. Damit ist es möglich, 350 Gemeinden weiter an die Landesdurchschnittsfinanzkraft heranzubringen. Die Regional-Direktförderungen der Gemeinden in der Höhe von 150 Millionen Schilling werden künftig entfallen, das ist schon gesagt worden. Insgesamt bedeutet, wenn man es unter dem Strich betrachtet, diese Lösung, daß aus Landesumlagenentfall und der Strukturhilfe, welche natürlich eine nicht unbedeutende Solidarität der finanzstarken Gemeinden erforderte, 1997 - und da bin ich mit meinem Vorredner nicht ganz einig - über eine Milliarde Schilling in den Gemeindebudgets zur eigenen Verteilung verbleiben wird. Die getroffene Vereinbarung, daß aus dem Entfall der Landesumlage keine Kürzungen der Gemeindeförderungen abzuleiten sind, hat zwar beim Landesfinanzreferenten, wie den verschiedenen Pressemeldungen zu entnehmen war, wenig Freude hervorgerufen, wurde aber dann, als sich die Gemeindevertreter energisch zur Wehr gesetzt haben, zur Kenntnis genommen. Das Wissen um die Zusammenhänge hat, davon bin ich überzeugt, auch die Verhandlungsbasis bei der Beratung dieser Themen im Rahmen der Budgeterstellung 1997 erleichtert.

Wenn, meine sehr geehrten Damen und Herren, von den Gemeindefinanzen gesprochen wird, so ist es unverständlich, daß gerade jene, deren wirtschaftliche Grundlagen von den Investitionen der Gemeinden beeinflusst werden, die häufigsten Angriffe gegen die Gemeindeautonomie starten. Kaum ist das unverständliche Auftreten der Wirtschaftskammer gegen die Getränkesteuer, man kann ruhig sagen, abgeschmettert worden, kommen neue Forderungen zur Verringerung der Kommunalsteuer für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Man wettet zwar über das Gießkannenprinzip bei allen Gelegenheiten, aber wenn es um Angriffe auf die Gemeindefinanzen geht, ist das von geringer Bedeutung. Daher auch eine klare Aussage dazu: In der derzeitigen Situation wird jede Schmälerung der Gemeindefinanzen von den verantwortlichen Kommunalvertretern strikte abgelehnt und erforderlichenfalls auch mit allen demokratisch zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft.

Zurückkommend, sehr geehrte Damen und Herren, auf die Erfahrungen der Vergangenheit, wonach Gebietskörperschaften sehr oft Beschlüs-

se gefaßt haben, die zu Lasten anderer wirksam geworden sind, wurde in den Finanzausgleichsverhandlungen die Einrichtung eines Konsultationsmechanismus vereinbart. Die Länder haben solche Vereinbarungen im Rahmen der Finanzausgleichsgespräche auch gegenüber den Gemeinden zugesagt. Zuletzt wurde auch im niedergeschriebenen Paktum der Verbindungsstelle der Bundesländer am Beispiel der Krankenanstaltenfinanzierung das wiederholt. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Finanzreferent das Budget 1997 auch als ein Signal an die Gemeinden sieht. Wir greifen diesen Hinweis auf und werden uns gerne in die Gespräche der nächsten Zeit einbringen. Wir erwarten aber auch von den anderen Gebietskörperschaften die Pakttreue.

Selbstverständlich freut uns in diesem Zusammenhang auch das Bekenntnis des Landesfinanzreferenten - in dieser Klarheit ist das noch nie so über seine Lippen gekommen - als Finanzreferent zu den Gemeinden, das wir aber auch zum gegebenen Zeitpunkt - und ich hoffe, nicht bereits bei der Krankenanstaltenfinanzierung - einmahnen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Weitere Themen, die uns als Kommunalvertreter in den kommenden Monaten beschäftigen werden sind das künftige Bezügegesetz, die Bundesstaatsreform, die Definition der Konvergenzkriterien, auf die unser Herr Klubobmann heute schon hingewiesen hat, weil es ganz einfach, wenn wir die Entschuldung in jenem Bereich verlangen, der durch den Gebührenhaushalt gedeckt ist, zur Waffengleichheit kommen muß in der EU. Wir haben vor einiger Zeit einmal Gelegenheit gehabt, verschiedene Einrichtungen in Deutschland zu besichtigen. Es ist dort nicht selbstverständlich, daß die Abwässer aus kommunalem und Wirtschaftsbereich in ordnungsgemäße Kommunalanlagen entsorgt werden. Sondern dort rangiert die Überlegung, ob man es nicht 50 oder 100 Meter ins Meer hinaus entsorgt. Und ich glaube, daher ist es umso wichtiger, daß wir diesen Bereich herausbringen, um diese Waffengleichheit auch in der EU herzustellen. Wenn wir diese Kriterien anstreben und als Land als erstes mit dabei sein wollen, wenn es zur Währungsunion kommt, dann muß, glaube ich, doch auch aus der Sicht der Gemeinden hier die Gleichheit gegeben sein, aber auch aus der Gesamtsicht unserer Republik.

Wir werden weiters auch im Interesse der betroffenen Gemeinden über die zunehmenden Probleme bei der Lebensqualität in den Ballungszentren und der Entvölkerung des Grenzraumes reden müssen. Hier ist, glaube ich, erforderlich,

klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die regionalen Ungleichheiten, die es heute gibt, auch im Interesse der Ballungszentren gelöst werden müssen. Wir erleben heute, daß unsere Bürger in manchen Gemeinden des Grenzlandes bei einer Bevölkerungsdichte, die nur mehr die Hälfte des Landesdurchschnittes beträgt, die Gebühren zahlen müssen - ganz gleich, ob an diese Anlagen pro Kilometer hundert Haushalte angeschlossen sind, wie das vielleicht in einem Ballungszentrum der Fall ist oder vielleicht nur zehn Leute angeschlossen sind, wie etwa in einer ländlichen Gemeinde. Und das alles auch noch bei einem Einkommen, das deutlich geringer ist als wir das in den Ballungszentren sehen. In den Ballungszentren wiederum wird zunehmend die fehlende Lebensqualität beklagt, und - ich sage das auch ganz bewußt - sehr oft nicht erkannt, daß es auch da an der Zeit wäre, einmal einen Riegel vorzuschieben. Und vielleicht auch Regionen, die ein wenig von den Ballungszentren entfernt sind, neue Chancen zu eröffnen. Wir werden als Kommunalvertreter in den nächsten Monaten und auch Jahren, glaube ich, weil das ein sehr schwieriger Prozeß ist, auch über die Verankerung der Gemeinden und Regionen im EU-Rechtsgefüge reden müssen, das ja diese Belange in dieser Deutlichkeit, wie wir das haben, nicht kennt.

Wir werden weiters über die Novelle zum Wasserrechtsgesetz reden müssen. Und es ist heute schon angeklungen, die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Gelder ist etwas, was geregelt gehört. Ich bin sehr zuversichtlich, daß es nach der Regelung in der Nitratverordnung, die bevorsteht, nunmehr auch im Abwasserbereich zu einer vernünftigen Regelung, weg von den Grenzwerten, hin zu Richtwerten, kommen wird. Und letztenendes werden wir auch die Abfallbewirtschaftung aus der Sicht der Gemeinden beraten müssen, um hier nur einige Probleme anzusprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist beruhigend, daß es in den zähen Verhandlungen über die Parteigrenzen hinweg immer wieder gelungen ist, die Einbindung der Interessensvertretungen der Gemeinden und Städte in die Verhandlungen zu erreichen. Das soll so bleiben. Denn es ist sicher kein Schlagwort - um das zu verstärken, was Du vorhin ausgeführt hast - daß ohne die Gemeinden im Lande nichts geht. Und je eher uns das bewußt wird, umso mehr wird unser Handeln davon geprägt sein. In diesem Sinne möchte ich allen, die den niederösterreichischen Gemeinden in ihrer schwierigen Aufgabe zur Seite gestanden sind und auch in Zukunft zur Seite

stehen, recht herzlich danken. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP. - Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner zu Wort gelangt Herr Präsident Ing. Eichinger.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Das Budget für 1997 steht unter dem Motto "Konsolidierung sichert unsere Zukunftschancen". Und ich glaube, es ist ein ausgewogenes Budget, das für die Wirtschaft Impulse setzt für eine spürbar beginnende Aufwärtsentwicklung. Wenn wir das letzte Monat hernehmen, haben wir ja die Zahlen, die die Aufwärtsentwicklung andeuten, unterstützt. Sie werden sagen, das ist das Budget 1997, was hat das heute mit der Aufwärtsentwicklung 1996 zu tun? Ich glaube, sehr viel. Es stimmt, daß Investieren in schwierigen Zeiten nur dann erfolgt, wenn langfristig die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft abgesteckt sind. Und ich bin da bei Klubobmann Dr. Bauer, der sagt, daß wir eine sehr schwierige Zeit haben und einer schwierigen Zeit auch weiter entgegengehen. Die "Ware Arbeit" ist zu wenig am Markt und es bedarf daher der Anstrengung wirklich aller, diese Ware Arbeit zu vermehren, zu sichern. Das Land ist hier besonders gefordert.

Ausgewogen ist dieses Budget aber auch, weil es für jene Bereiche, Familie und Sozialbereich, um diese herauszunehmen, Steigerungsraten vorsieht. Und weil hier das Land diesen Bereichen einen besonderen Schwerpunkt beimißt. Ich begrüße die Vorlage des Budgets auch bereits im Juni 1996, weil ich glaube, daß wir damit der Intention der Bundespolitik nachkommen, langfristig Budgetvorhersagen zu treffen und den Menschen die Sicherheit zu geben, daß auch für das nächste Jahr das Budget in dieser Form gesichert ist. Damit ersparen wir uns eine Diskussion, wie sie derzeit die Länder Deutschland, Frankreich oder Spanien haben, die sich derzeit abmühen um eine Budgetkonsolidierung. Und wo es nicht so ruhig abgeht, wie es in Österreich abgegangen ist. Weil in Österreich durch die Sozialpartnerschaft das Gefüge der Zusammenarbeit, das Verstehen noch besser funktioniert.

In Österreich können wir uns freuen, daß nach einer Rezessionsphase die Wirtschaftsforschungsinstitute uns wieder bestätigen, es wird etwas besser. Österreich gilt als stabiles Land, als Land, auf das man sich verlassen kann und als

Land, in dem man gerne investiert. Auch diese Investitionen sind schwieriger geworden. Das heißt Betriebe, die in Österreich investieren wollen, prüfen heute mehrere Standorte, überlegen länger, bis sie ihre Entscheidung fällen. Und es kann uns als Niederösterreicher nur freuen, wenn wir feststellen, daß Betriebe wie die Firma Dahin aus Taiwan sagen, wir haben alle Standorte in Europa geprüft und dieser Standort in Niederösterreich ist für uns der ideale Standort. Weil Österreich an der Drehscheibe zwischen der EU und den neuen Demokratien liegt, weil in Österreich hervorragende Fachkräfte zur Verfügung stehen und weil Österreich ein sehr stabiles Land ist, in dem die Streikdauer in Sekunden gemessen wird.

Landesrat Mag. Freibauer hat die Weichen für die Finanzpolitik richtig gestellt. Er ist ein Fachmann, nicht nur in der Finanzwirtschaft, sondern auch in der Raumordnungspolitik. Und ich wage zu sagen, daß eine gute Raumordnungspolitik die erforderliche Voraussetzung, ja die Schlüsselstelle für eine gute Wirtschaftspolitik und für die Entwicklung in einer Region darstellt. Erst am 30. Mai 1996 konnten wir hier in der Landtagsdebatte den Bericht der Regierung über die Landesentwicklung diskutieren. Ich freue mich, daß damals übereinstimmend festgestellt wurde, daß diese nachhaltige langfristige Raumordnungspolitik, die ein Siegfried Ludwig begonnen hat, ein Erwin Pröll fortgesetzt hat, und der heutige Raumordnungsreferent Landesrat Freibauer umsetzt, daß diese auch Früchte trägt. Unter langfristig-konzeptiv meine ich die Entscheidung für die Landeshauptstadt, die Dezentralisierung, die wir eingeleitet haben und die Regionalisierung, die, glaube ich, der Schlüssel für den Erfolg in Niederösterreich ist.

Diese Entscheidung für die Landeshauptstadt, und ich habe das auch in der Debatte damals gesagt, hat für den Zentralraum Niederösterreichs, St. Pölten - Krems, enorme Impulse gebracht. Über 2.000 Arbeitsplätze, ein Plus von 38 Prozent bei den Steuereinnahmen aus der Stadt St. Pölten, des Finanzamtes St. Pölten, ich glaube, das ist bezeichnend. Ich bin dem Land sehr dankbar, daß diese Entscheidungen schon vor zehn Jahren gefallen sind, denn seit diesem Zeitpunkt sind wir in Niederösterreich nämlich immer um ein, zwei Prozentpunkte im Wirtschaftswachstum besser gewesen als das übrige Österreich.

Mit der Dezentralisierung darf ich auch sagen, ist uns ein Wurf gelungen, den die Bürger dieses Landes sehr begrüßen. Ob es die

Gebietsbauämter sind, ob es die Außenstellen der Agrarbehörden sind, die Wohnbauförderung, die jetzt auf den Bezirkshauptmannschaften auch ihre Stellen aufgemacht hat, oder die Raumordnungsabteilung, die ebenfalls schon dezentralisiert wurde. Ich glaube, all das sind Schritte in die richtige Richtung, näher zum Bürger, einfacher und klarer. Weil man mit den Menschen dort sprechen kann und weil man sich auch den Weg in eine Landeshauptstadt oder größere Entfernungen natürlich erspart.

Mit der Regionalisierung konnten wir österreichweit sicher die erfolgreichste Industrie- und Betriebsansiedlungspolitik einleiten. Die Arbeitsweise von ECO-PLUS ist österreichweit, aber auch international anerkannt. Ein Herzeigebeispiel einer erfolgreichen Beratungs-, Finanzierungs- und Aufschließungsarbeit wurde hier geleistet. Auch Klubobmann Dr. Bauer hat angesprochen, daß wir das brauchen, weil wir EU-Mittel lukrieren wollen, weil wir EU-Mittel nach Niederösterreich bringen wollen. Und dazu gehört nun einmal eine umfassende, eine gute und eine schnelle Beratung. Und das geschieht bei uns bei ECO-PLUS. Und die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, glaube ich, bestätigen auch die Richtigkeit des Weges.

Das Budget von Landesrat Mag. Freibauer gibt aber auch die Möglichkeit, die erforderliche Strukturpolitik fortzusetzen. Eine Strukturpolitik, die im Tourismusfonds oder im Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds ihren Ausdruck findet. Dafür haben wir erst am 18. Juni 1996, vorige Woche, neue Richtlinien beschlossen, wo wir rasch einsteigen können, rasch darauf reagieren können, wenn es Handlungsbedarf gibt so wie bei der Nahversorgung, wie das eben vorige Woche der Fall war. Und ich freue mich, daß in diesen Fonds von allen Parteien, die in den Fonds vertreten sind, immer einstimmige Beschlüsse gefaßt werden, weil hier sehr sachbezogen agiert wird und sehr praxisnahe agiert wird und die Vertreter der Parteien in diesem Fonds diese Arbeit des Landes auch entsprechend unterstützen.

Landesrat Gabmann bemüht sich immer, am letzten Stand zu sein und die letzten Bedürfnisse der Bürger hier entsprechend einzubauen. Das ist ihm auch in diesem Fall wieder gelungen. Für Niederösterreich, ja man kann sagen, für ganz Ostösterreich ist sicher bedeutend dieses Planungsgebiet der PGO. Das Umland von Wien mit Wien und seinen Bundesländern Niederösterreich und Burgenland ist, glaube ich, der Raum österreichweit, in dem am meisten investiert wird, wo

am meisten umgesetzt wird, wo das größte Wirtschaftswachstum vorhanden ist. Unser Raumordnungsreferent Landesrat Mag. Freibauer hat auch diesem Raum eine besondere Bedeutung zugemessen. So wurde in der PGO unter besonderer Mitarbeit von Niederösterreich das Siedlungspolitische Konzept für die Ostregion erstellt. Dieses Konzept haben wir am 12. Oktober 1995 im Landtag diskutiert und beschlossen und es soll jetzt zügig umgesetzt werden. Ja ich glaube, es muß zügig umgesetzt werden. Gleichzeitig wurde bei dieser Landtagssitzung auch ein Resolutionsantrag beschlossen, der die Einrichtung einer Regionalkonferenz für die Bundesländer Burgenland, Wien und Niederösterreich vorsieht. In dieser Regionalkonferenz soll auch erstmals die Legislative eingebunden werden. Diese setzt sich zusammen im Groben aus den Präsidialkonferenzen der einzelnen Bundesländer. Am 18. März hat bereits die erste Tagung stattgefunden. Dort wurde vereinbart, daß nach den Wahlen in Burgenland und Wien zwei Ausschüsse gegründet werden. Hier kann die Legislative mithelfen, dieses Konzept schnell in die Tat umzusetzen.

Geschätzte Damen und Herren! Von besonderer Dringlichkeit ist sicher auch das Umsetzen des Verkehrskonzeptes Südraum Wien, das die PGO ebenfalls entworfen und erarbeitet hat. Es ist dieser Südraum von Wien der sicher österreichweit verkehrsmäßig am stärksten belastete Raum. In diesem Raum sind noch 1.530 Hektar gewidmetes Bauland-Betriebsgebiet, -Wohngebiet und -Industriegebiet unbebaut. Das würde bedeuten, wenn diese 1.530 Hektar bebaut werden, daß etwa 130.000 Menschen dort noch Wohnraum finden könnten, daß etwa 85.000 Arbeitsplätze in den dort möglicherweise zu errichtenden Betrieben geschaffen werden. Die PGO hat nun in ihrer Studie festgestellt, daß bis zum Jahr 2011 ein wesentlicher Teil dieser Baulandreserven in Anspruch genommen werden wird. Es werden etwa bis 2011 50.000 Bürger sich in diesem Raum noch zusätzlich ansiedeln und es werden etwa 56.000 Arbeitsplätze, so wird es in der Studie vorberechnet, bis 2011 geschaffen. Um diese Zunahme zu verkraften bedarf es aber gewaltiger Anstrengungen in diesem Raum. Das NÖ Verkehrskonzept sieht hier Lösungsansätze vor. Dazu gehört natürlich der zügige Ausbau des öffentlichen Verkehrs wie auch der Bau von vielen Straßenzügen, die zur Entlastung der Orte dienen.

Geschätzte Damen und Herren! Seit 1991 ist es gelungen, in Niederösterreich acht Milliarden für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs umzusetzen. Ob es die Westbahn ist, die Südbahn, die

Ostbahn, die Nordwestbahn, die Franz Josefs-Bahn, die Flughafen-Schnellbahn oder die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen. Diese acht Milliarden sind sicher in unserem Bundesland gut angelegt. Aber darüber hinaus wurden auch in diesem Zeitraum zwei Milliarden für Straßen- und Brückenbauten aufgewendet: Ausbau der A 1, die Spange A 2-A 3, die Schnellstraße Stockerau - Tulln oder die Tullner Donaubrücke, um nur einige zu nennen. Durch den besonderen Einsatz des zuständigen Regierungsmitgliedes, Landeshauptmann Dr. Pröll, konnte auch der Südbahnvertrag abgeschlossen werden. Und wenn jetzt nach mehrjährigem Ausbau im Jahr 1997, also im nächsten Jahr, dort die Züge im Viertelstundentakt verkehren, so glauben wir, daß wir den Raum südlich von Wien entlasten können. Denn derzeit fahren vom Raum südlich von Wien nur 20 Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln und 80 Prozent fahren mit dem Auto. Täglich erleben wir ja die Staus auf der Tangente oder der A 2.

Ein wesentlicher Faktor für die Wirtschaft ist auch die Bewältigung des Güterverkehrs. Wir erleben es immer wieder, und da möchte ich den Präsident Koczur ansprechen, daß Betriebe kommen und sagen, ja, ich siedle mich an im Nahbereich von Wien, denn dort habe ich ein hochrangiges Straßennetz, dort habe ich den Güterverkehr über die Bahn, kann ich einen Bahnanschluß bekommen. Entlegenere Gebiete können das nicht anbieten. Und wenn wir ihm dort den Grund schenken, und wenn er zu uns kommt, sagt er, ich will in Biedermannsdorf mich ansiedeln, das habe ich ja wiederholt erlebt. Ich habe ihm gesagt, 2.500,- bis 3.000,- Schilling pro Quadratmeter. Das ist viel zu teuer. Sage ich, ich kann empfehlen von Retz bis Gmünd, dort bekommen sie die Gründe um 300,- oder 400,- Schilling, aufgeschlossen. Sagt er, ja, aber ich brauche die Stadtnähe, ich brauche die Nähe zu den Universitäten, die Nähe zu den Forschungszentren, die Nähe zum Flughafen. Und wenn ich das durchrechne, habe ich in wenigen Jahren diesen Grundpreis leicht verdient durch die geringeren Kosten. Daher bedarf es eben der besonderen Anstrengung. Ich freue mich, daß ECO-PLUS wirklich hier hervorragende Arbeit geleistet hat in Poysdorf, in Gmünd, in verschiedenen Orten, in Wolkersdorf, wo auch Baugründe aufgeschlossen zur Verfügung stehen. Die bisherige Betriebsansiedlung gibt diesem Bemühen sehr wohl recht.

Geschätzte Damen und Herren! Die Bahn wird aber diese Leistung, den Güterverkehr auf der Bahn zu behalten, nur dann bewältigen, wenn

sie gewaltig investiert, modernisiert. Viele Frächter erwarten das auch, weil sie mit den Problemen, die in Zukunft im Straßenverkehr auf sie warten, nicht zurecht kommen.

Neben Straße und Schiene haben wir in Niederösterreich aber auch einen weiteren Verkehrsweg, der eine besondere Rolle spielt. Es ist dies der Schiffsverkehr. Und die Wasserstraße Donau könnte jetzt nach dem Ende der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien zu dieser Konzeption, die sie früher bereits gehabt hat, zurückkehren. Das heißt, wenn wir heute dort nur 5 oder 10 Prozent Zuwachsraten haben, dann müßte es gelingen, jetzt mit der gesamten Donau, die wir anbieten können, diese Verkehrswege noch besser anzubieten und die Zuwachsraten zu erhöhen. Wir haben auch hier im Land Niederösterreich mit dem Ausbau des Ennshafens einen markanten, deutlichen Schritt gesetzt. Die Erfolge dort zeigen es, wir haben dort 20 bis 30 Prozent jährliche Umschlagszuwächse.

Geschätzte Damen und Herren! Raumplanung ist erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik. In Niederösterreich haben wir mit der Raumplanung - und ich habe es schon einmal gesagt - von Ludwig, Pröll bis Freibauer diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik vorantreiben können. Niederösterreich ist ein erfolgreiches, ein zukunftsorientiertes Land. Das Budget 1997 wird auch dazu beitragen, daß für das Land und seine Bürger, für die Bürger in diesem Land diese Politik fortgesetzt werden kann. Die ÖVP wird dem Budget gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf an meinen Vorredner anschließen: Raumplanung ist ein wichtiges Instrument bei der Bewältigung unserer heutigen Probleme. Herr Klubobmann Dr. Bauer hat über die Regionen schon sehr viel heute hier dargeboten. Ich glaube allerdings, daß wir in Niederösterreich wohl am richtigen Weg sind, aber noch etwas zu kleinräumig denken. Ein Europa der Regionen wird immer gefordert, wird immer gesagt. Und wir Niederösterreicher glauben, daß wir in unseren vier Vierteln mit dem regionalen Denken das Auslangen finden.

Die Gemeinden und das Land haben gemeinsam in Kooperation Regionalmanagements aufgebaut, die den Bürgern dort zur Seite stehen sollen. Das ist vollkommen richtig, es ist notwendig. Die Kommunikation zwischen diesen vier Regionalmanagements muß nach meiner Meinung allerdings besser erfolgen. Und wie Präsident Ing. Eichinger schon gesagt hat, darf das an den Landesgrenzen von Niederösterreich nicht enden. Im Gegenteil! Die Einbindung von Wien und Burgenland ist erforderlich. Und ich gehe noch weiter, sogar der Raum um Preßburg muß mit eingebunden werden in unsere gemeinsame zukünftige Planung. Denn ich glaube - und ich meine das jetzt wirklich nicht abwertend - wenn wir bis jetzt in der EU versucht haben, unsere Struktur zu verbessern, so haben wir dort einen Radweg gebaut und da irgendwo ein Mostwirthshaus eröffnet. Aber das ist zu wenig, wenn wir im großen Europa mitreden wollen. Wir müssen die gesamten regionalen Unterschiede abbauen, wir müssen versuchen, auch die Unterschiede in der Ostregion abzubauen. Und wenn Präsident Ing. Eichinger gesprochen hat vom Norden von Niederösterreich, wo die Abwanderung groß ist, ich komme aus dem Süden, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben ein anderes Problem: Im Raum Neunkirchen - Wr. Neustadt sind wir ein Ziel 2-Gebiet. 100 Meter, 200 Meter, 500 Meter südlich davon haben wir ein Ziel 1-Gebiet. Ein Investor hat die gleichen Voraussetzungen, gerade im Raum Wr. Neustadt hat er die komplett gleichen Voraussetzungen, ob er in Niederösterreich sich ansiedelt oder im Burgenland. Nur die finanziellen Voraussetzungen sind andere: Im Burgenland genießt er eine Ziel 1-Förderung und Niederösterreich Ziel 2. Das heißt, wenn wir über unsere Regionalpolitik nachdenken, so glaube ich, müssen wir wirklich auch darüber nachdenken, ob wir in solchen Grenzbereichen nicht auch einen Förderausgleich schaffen. Es sind beide, Niederösterreich genauso wie das Burgenland kofinanziert. Und wenn in der Kofinanzierung die Niederösterreicher den Unterschied zum Burgenland in diesem Grenzgebiet etwas besser ausgleichen könnten, glaube ich, wäre es für uns besser, und könnten wir in der Regionalpolitik mehr erreichen.

Und noch eines dazu, ich habe es schon angeschnitten: Unsere Projekte, die wir bis jetzt kreiert haben, waren zu örtlich bezogen, zu regional bezogen, auf zwei, drei Gemeinden vielleicht. Ich glaube, wir müssen größere Projekte erarbeiten, gemeinsam erarbeiten, um eben das Geld aus Brüssel zu holen. Wie schon gesagt, ein Radweg wird zu wenig sein. Ich nehme auch mich nicht

aus. Es soll keine Kritik sein, das soll nur beispielhaft genannt werden. Nun, wie könnten wir das besser schaffen? Wir haben in den vier Vierteln vier Vereine gegründet, in denen Manager angestellt wurden, die Gemeinden zahlen zur Finanzierung dieser Manager dazu, das Land zahlt und der Bund zahlt. Natürlich denkt da jeder regional und schaut über seine Grenze nicht hinweg. Ich bin der Meinung, ich spüre es auch, daß ab der Ebene "Viertelsmanagement" dann die große Kluft besteht zwischen dem Viertelsmanagement und dem Land. Und dann noch einmal zwischen Land und Bundeskanzleramt. Das heißt, ich bin der Meinung, daß hier sicherlich große administrative Hindernisse da sind, die abgebaut gehören. Wo vielleicht der Bürokratismus zu viel Einzug gehalten hat, wo man vielleicht nachdenken müßte, ob es nicht einfacher, unbürokratischer ginge um die Wege zu beschleunigen und die Projekte zu beschleunigen. Denn wenn ich weiß, daß 1999 all die jetzigen Förderungsprojekte auslaufen, und wir in Niederösterreich gerade in Ziel 2-Gebieten mit konstruktiven großen Projekten erst am Anfang stehen, so glaube ich, werden wir 1997 noch immer nicht das ganze Geld aus Brüssel bekommen und vielleicht erst 1998 anfangen. Und 1999 ist es zu spät. Das heißt, wir sind hier sicher nicht die schnellsten. Das wollte ich dazu gesagt haben, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Und ich bin der Meinung, wenn wir hier versuchen, über unser Viertel hinaus zu denken, niederösterreichisch zu denken, dann glaube ich, können wir hier mehr erreichen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Präsident Ing. Eichinger hat auch von der Raumordnung gesprochen. Begonnen mit Siegfried Ludwig sind hier sicher Schritte gesetzt worden. Schritte, die ich bejahe, in die richtige Richtung. Nur komme ich immer wieder drauf, daß bei all dem Bemühen, bei allen Versuchen, immer wieder Sperren eingebaut sind, zufällig, bewußt, unbewußt, die für den Bürger und für die Gemeinden nicht immer einen Vorteil bedeuten. Ich habe zwei Beispiele und an diesen Beispielen will ich aufzeigen, wie Raumordnung nicht sein soll. Wir haben erst vor kurzem das Raumordnungsgesetz novelliert, wo wir einen Schritt vorwärts gekommen sind, indem die Gemeinden rascher zu den Bewilligungen kommen, die Abwicklung rascher vor sich geht. Nur, wenn der Herrgott nicht will, nutzt das gar nichts, heißt es in einem Lied. Und ich sage, wenn der Sachverständige nicht will, dann nutzt das auch gar nichts. Da können wir die besten Gesetze machen. So ist es.

Ich bringe dazu ein Beispiel: Es gibt eine Stadt an der Donau, ein Siedlungsgebiet, aufgeschlossen mit Straße, mit Kanal, mit Wasser, und im Zuge von Umwidmungen wollte diese Stadt eine Bauparzelle in diesem Siedlungsgebiet dazu aufgeschlossen haben. Der Sachverständige stellte fest, der Kanal liegt noch nicht dort, die Straßenauffahrt ist zu schmal, das geht nicht. Natürlich, jeder, der das kennt, weiß, daß da Wochen und Monate vergehen. In dem Fall sind Jahre vergangen, weil ja der nächste Anlaßfall nicht übermorgen da liegt. Und es geht erst dann, wenn es einen Anlaßfall gibt.

Die Gemeinde hat schön brav den Kanal gebaut, hat die Straße ausgebaut, ein junges Ehepaar hat das Grundstück in der Hoffnung, ein Baugrundstück zu bekommen, gekauft um Baulandpreis - und dann kam der Anlaßfall, die Umwidmung. Der Sachverständige ist in die Stadt gefahren, der erste Besichtigungspunkt war diese Bauparzelle. Nun, kann ich mir vorstellen, es ist alles da, Kanal da, Wasser da, Straßen da. Danach gab es noch acht andere Besichtigungspunkte und am Ende der Besichtigungstour ist der Beamte nach Hause gefahren. Die Beamten der Stadt und der Bürgermeister waren der Meinung, es sei alles in Ordnung. Doch siehe da, dann kam das berühmte Vorgutachten, in welchem der erste Tagesordnungspunkt, diese Parzelle, als nicht umwidmungswürdig dargestellt wurde. Alle sind aus den Wolken gefallen, einschließlich des Bürgermeisters. Und auf die Frage, warum der Sachverständige dort in der Früh Ja gesagt hat, kam die lapidare Antwort, er wollte sich das Gesprächsklima über den ganzen Tag nicht zerstören. In der Zwischenzeit sind vier Jahre vergangen und das Grundstück ist noch immer nicht umgewidmet, denn beim letzten Antrag hat dann die Gemeinde gesagt, bevor ich alle anderen acht Punkte nicht bewilligt bekomme, verzichte ich auf diesen einen Punkt. Sie hat die sieben anderen bewilligt bekommen und der eine ruht noch immer. Das Ehepaar wartet noch immer auf eine Baubewilligung, weil sie der Bürgermeister nicht hergeben kann. Und dann kam noch der Jurist dazu, der sagt, dieser eine Umwidmungsfall sei kein Anlaßfall, da muß ein grundlegender Anlaßfall gegeben sein, dann kann man hier eine Umwidmung durchführen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es mag vom rechtlichen Standpunkt alles seine Ordnung haben. Nur glaube ich, das ist sicherlich nicht im Sinne aller Beteiligten. Hier muß es eine Möglichkeit geben, rascher dazu zu kommen. Und Sie haben mich sicher auf Ihrer Seite, auch der Sachverständige, wenn er sagt, hier wird Land-

schaftszerstörung betrieben. Das ufert aus. Nur, die Gemeinde hat gesagt, nur diese einzige Parzelle, denn der nächste Grundeigentümer ist gar nicht gewillt, zu verkaufen. Das heißt, das wäre dort zu Ende. Die Gemeinde hat den Kanalan-schluß schon hingelegt zu dieser Parzelle, hat auch investiert. Nicht nur das Ehepaar. Doch wenn der Herrgott nicht will, nutzt das gar nichts.

Ein zweites Beispiel: Es gibt eine Stadt, die hat einen großflächigen neuen Flächenwidmungsplan angelegt und auf Grund des Stadtplaners in einer Wohnsiedlung mit 1.000 m² Grundstücksgröße - lauter Einfamilienhäuser - einen Park hineingeplant. Zwei Gassen weiter, 500 Meter Luftlinie zirka entfernt, hat diese Stadt nun einen bestehenden Park vergrößert. Dort gibt es einen Kinderspielplatz, dort gibt es ein Espresso - fallweise betrieben - alles ist vorhanden. Nur, der Sachverständige glaubt, dieser einmal gewidmete Park muß gebaut werden. Das Grundstück ist nicht im Besitz der Gemeinde, aber er glaubt, es muß so sein. Zusätzlich ist dort der Kanal durchgegangen, man kann also diesen Park gar nicht so ausführen, wie er ursprünglich geplant war. Das war auch der Anlaßfall. Zusätzlich hat der Stadtplaner ein Gutachten abgegeben, so geht das nicht. Doch der Stadtplaner und 37 Gemeinderäte kommen gegen die Meinung eines einzelnen Sachverständigen nicht an. Es hat dann doch eine Möglichkeit gegeben, auch dieses Problem zu lösen. Das zweite Problem wurde gelöst, das erste nicht.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Daß das in der Bevölkerung Unmut auslöst, brauche ich nicht zu sagen. Daß wir damit nicht bürgernah arbeiten, glaube ich, ist auch jedem bewußt. Ich erlaube mir daher aus diesem Anlaß, einen Resolutionsantrag einzubringen und vielleicht das Problem an der Wurzel zu verändern (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Kautz, Ing. Eichinger, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

Ein wesentlicher Kernbereich der umfangreichen Novelle 1995 des NÖ Raumordnungsgesetzes war auch eine Beschleunigung des aufsichtsbehördlichen Verfahrens im Rahmen der Genehmigung von Verordnungen zur Erstellung oder Änderung von örtlichen Raumordnungsprogrammen der Gemeinden. So werden im Zuge dieser Genehmigungen der Arbeitsausschuß des Raum-

ordnungsbeirates bzw. der Raumordnungsbeirat selbst nur noch in fachlich bedenklichen bzw. in strittigen Angelegenheiten befaßt.

Dennoch gibt das derzeitige Verfahren der aufsichtsbehördlichen Genehmigung keine Möglichkeit einer teilweisen Genehmigung und teilweisen Ablehnung von Verordnungen. Dies hat zur Folge, daß, will eine Gemeinde nicht gänzlich auf die eingereichten Änderungen verzichten, eine Teilung der Verordnung in eine genehmigungsfähige Verordnung mit außer Streit stehenden Inhalten und eine nicht genehmigungsfähige Verordnung erfolgen muß. Dazu ist jedenfalls ein neuerlicher Gemeinderatsbeschluß notwendig, was naturgemäß eine erhebliche Zeitverzögerung mit sich bringt.

Zur Verkürzung der derzeitigen Vorgangsweise wäre es daher notwendig, in den Bestimmungen über das Genehmigungsverfahren, das nach der NÖ Gemeindeordnung abgeführt wird, die Möglichkeit einer Teilgenehmigung von Verordnungen - eingeschränkt auf das Verfahren in Raumordnungsfragen - durch die Aufsichtsbehörde vorzusehen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung zu überprüfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit auch Teilgenehmigungen von Verordnungen über örtliche Raumordnungsprogramme im Rahmen des aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahrens möglich werden."

Das heißt, wenn wir versuchen, wie ich eben angeführt habe, acht Punkte zu genehmigen, und wenn dann das Problem auftaucht, daß sieben in Ordnung gehen und das eine eben nicht, dann kann man für sieben die Genehmigung erteilen. Und um den einen Tagesordnungspunkt oder den anderen Punkt kann man weiterhin diskutieren und weiterhin versuchen, eine Lösung zu erzielen. Die Gemeinde wird damit nicht gehindert, denn bei neuerlichen Gemeinderatsbeschlüssen, bei neuerlichen Auflageverfahren ist wieder ein halbes Jahr den Bach hinuntergeronnen. Und bis die Genehmigung erfolgt vom ersten bis zum letzten Punkt wäre dann wieder zirka ein Jahr vergangen. Um jene Beschleunigung zu erfahren, ersuche ich um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Kautz! Ich glaube, der Punkt mit der Raumordnung ist sehr spannend, vielleicht sollten wir uns bei Gelegenheit wieder einmal über die Form der Verfahren und die Parteienstellung Gedanken machen. Ich glaube, voriges Jahr hat es dazu auch einige Ansätze von uns gegeben, wo man auch mit der Änderung der Parteienstellung hier sicher zu rascheren Ergebnissen kommen könnte.

Von Herrn Kollegen Ing. Gansch und von Herrn Präsident Ing. Eichinger wurde mehrmals angesprochen das Europa der Regionen, die Planungsgemeinschaft Ost, unsere Vorstellungen und wie wir sozusagen im Rahmen des Europas der Regionen mitwirken. Ich erinnere, wir hatten voriges Jahr eine Delegation hier von Nordrhein-Westfalen und da haben auch die Niederösterreicher sehr idealistisch vorgetragen, wie sie sich vorstellen oder wie wir uns vorstellen, in diesem Europa der Regionen an der Gesetzgebung in Europa mitwirken zu können. Wie da der Landtag Einfluß nehmen kann. Und da ist damals einer aufgestanden, ich glaube, es war der Landtagsvizepräsident, und hat erklärt, wir sind jetzt schon lange dabei, aber ich kann Ihnen versichern, wir sind kein einziges Mal bisher in eine derartige Entscheidung als Landtag eingebunden worden. Das war frustrierend. Und daher sollten wir uns auch, weil wir oft gerne hier sehr utopische Vorstellungen unterbreiten oder eigentlich Wünsche äußern, von denen absehbar ist, daß das in der Realität kaum eintreten wird, so sind wir auch jetzt schon einige Zeit in der EU und mir ist bis heute noch keine einzige Gesetzgebung in irgend einer Weise bewußt, die wir vom Land her mit beeinflußt hätten, oder daß wir nur annähernd dazu eingeladen worden wären.

Zur Planungsgemeinschaft Ost, die der Präsident Ing. Eichinger hier unterbreitet hat, möchte ich auch noch ein Wort sagen, weil hier natürlich - und da gebe ich ihm recht - sehr gewissenhaft großartige Planungen vorliegen. Nur müssen wir als Niederösterreicher wissen, daß diese PGO total auf den Großraum Wien konzentriert arbeitet und zum Beispiel auf Bereiche wie Retz, Gmünd oder Horn oder auch Amstetten schon überhaupt nicht mehr Rücksicht nimmt. Und die PGO nimmt auch keine Rücksicht auf St. Pölten. Das heißt, wenn da jetzt großartig der Raum Wien für die totale Ansiedelung für Wirtschaft und auch für das Wohnen, so wie es jetzt der Präsident Ing. Eichinger hier dargelegt hat, vorgesehen ist, da

muß man dazu sagen, das kann nicht im Interesse des Gesamtlandes sein, sondern höchstens im Interesse der näheren Umgebung Wiens. Weil dadurch natürlich eine wirtschaftliche Aufwertung dieses Raumes zu erwarten ist.

Ich habe mir ein Kapitel herausgenommen aus der Gruppe 0, das uns selbst beschäftigt, weil es hier zu Vorgängen kommt im Bereich der Verwaltung, von denen ich glaube, daß wir die vom Landtag her sehr genau zu beobachten haben. Nämlich dieses sogenannte Gruppenleitermodell, mit dem eben der Herr Landeshauptmann vor hat, die Abteilungen zusammenzufassen in sogenannte Gruppen. Und da gibt es dann Gruppenleiter, die mit dem Landeshauptmann gemeinsam das Gremium des "Runden Tisches" bilden. Ich habe mir erlaubt einmal festzustellen, ich sehe das - unter Anführungszeichen - als den "Putsch von oben her". Das heißt, der Landeshauptmann findet damit eine Form, direkt in sämtliche Abteilungen hinein zu regieren in Form des direkten Durchgriffes über die Gruppenleiter. Jetzt hat es da verschiedene Stadien gegeben. Da war einmal eine Phase, da wurde das aufbereitet, dann haben offensichtlich alle befragten Abteilungsleiter nicht so große Freude mit diesem System gehabt. Dann ist es wieder ein bißchen verschwunden. Dann hat das der Rechnungshof einmal durchleuchtet - zu dem kommen wir noch, weil ganz interessanterweise der Rechnungshof als Rechtfertigung in der erläuternden Bemerkung dient, aber gerade der Rechnungshof sich eher negativ äußert. Dann ist das wieder einmal verschwunden. Mittlerweile taucht es auf in drei Wellen: Am 20. Mai, glaube ich, sind die Abteilungsleiter noch einmal befragt worden, dann ist ein Entwurf vorgelegt worden, der jetzt, wieder überarbeitet, vermutlich morgen in die Regierung zur Entscheidung kommt.

Ich glaube, daß der Landtag sich deshalb damit beschäftigen soll, weil wir ja Abläufe haben in der Landesregierung, von der wir ausgehen, daß Landesregierungsmitglieder auch entsprechende Kompetenzen haben, und daher auch für ihre Bereiche verantwortlich sind. Und wenn da zum Beispiel in dem letzten Entwurf, der mir zugegangen ist, drinnen steht, daß am Runden Tisch der Herr Landeshauptmann mit den Gruppenleitern alleine seine Entscheidungen trifft und seine Besprechungen führt, und dann dabei steht in der Erläuterung, das Informationsrecht oder die Information der Landesregierungsmitglieder durch die Abteilungsleiter wird dadurch nicht berührt, so ist das ein bißchen wenig, wenn dann die Regierungsmitglieder eventuell noch informiert werden

von anstehenden oder eben schon getroffenen Entscheidungen.

Aber es ist ganz interessant, daß zum Beispiel sich in dieser Erläuterung zum Entwurf eine Passage findet, ich darf da zitieren den Punkt 6 auf Seite 3: "In einem Bericht befaßte sich bereits 1994 der Rechnungshof mit dem Gruppenkonzept. Er erblickte darin zukunftsweisende Zielvorstellungen im Bereich der Aufbauorganisation." Wenn man jetzt den Rechnungshofbericht hernimmt und sucht, wo gibt es denn diese Wortkombination "zukunftsweise Zielvorstellungen", so findet man das. Und ich darf das zitieren aus dem Rechnungshofbericht, das ist der Punkt 3.38.2: "Nach Auffassung des Rechnungshofes sind diese zukunftsweisenden Zielvorstellungen ohne geeignetes Führungsinstrument in der Praxis kaum umzusetzen." Das heißt, der Rechnungshof wertet in dem Zusammenhang genau diesen Textteil negativ, der aber dann hier offensichtlich umgemünzt im anderen Teil als positiv dargestellt wird. Und so könnte man da weiter gehen. Der Rechnungshof hat sich sogar die Mühe gemacht, die Verfahrensabläufe zu zeichnen, das schaut ein bißchen aus wie ein Spinnengeflecht. (*Abg. Gratzer zeigt Skizze.*) Also jeder regiert bei jedem hinein und der Rechnungshof kommt auch zum Schluß: "Nach Auffassung des Rechnungshofes steht dieser Organisationsaufbau mit Mehrfachunterstellung einer zielgerichteten Aufgabenerfüllung entgegen." Also der Rechnungshofbericht, der zwar da angeführt wird, als würde er das Gruppenleitermodell des Landeshauptmannes untermauern, dieser Rechnungshofbericht sagt eigentlich genau das Gegenteil.

Nun, auch das darf ich berichten: Mir sind die Unterlagen zugegangen, weil es im Haus ja nicht nur mit diesem Modell zufriedene Betroffene gibt. Und ich habe mir erlaubt, in der Präsidiäle darauf hinzuweisen. Daraufhin habe ich feststellen müssen, in der Präsidiäle selbst hatte von diesem Gruppenleitermodell bis auf einen beamteten Mitarbeiter, der angeblich mitgewirkt hat nach seinen eigenen Aussagen, niemand eine Ahnung. Und das ist noch nicht so lange her, das war, glaube ich, vor drei Wochen. Damals hatte noch niemand eine Ahnung von diesem Gruppenleitermodell. Und daher hat uns auch Präsident Romeder zugesagt, er wird dafür sorgen, daß die Klubs entsprechend informiert werden. Ich habe mir auch erlaubt, diesbezüglich eine Anfrage an den Landeshauptmann zu stellen, die bis heute noch nicht beantwortet ist. Daher glaube ich auch, daß es ganz wichtig ist, daß sich der Landtag, bevor möglicherweise morgen die Regierung in diese

Richtung Entscheidungen fällt, sich zumindest sehr ernst damit auseinandersetzt. Denn ich könnte mir nicht vorstellen, daß heute zum Beispiel, wenn ich die ÖVP hernehme, große Zufriedenheit ausbricht, wenn der Bundeskanzler Vranitzky sagt, er holt sich jetzt von jedem Bundesministerium einen oder mehrere Sektionschefs zu einem "Runden Tisch" und wird in Zukunft die Belange zum Beispiel der Landesverteidigung mit irgendeinem Sektionschef besprechen. Und Minister Fasslabend kann eventuell dazu geladen werden, wenn es seinen Bereich betrifft, aber es muß nicht unbedingt sein. Weil er hat ja ohnedies den direkten Durchgriff.

Wenn man das jetzt auf diese Ebene bringt, ist es, glaube ich, schon sehr verständlich, wie dieses System funktionieren soll. Und es gibt ja auch schon Namen, die gehandelt werden. Wer wird denn sozusagen dieser Chef von diesem Runden Tisch? Ich werde mir das heute hier ersparen, die handelnden Namen zu präsentieren, weil ich möchte da nicht jetzt jemanden in irgendeiner Weise persönlich zu nahe kommen. Aber es ist schon interessant, wenn man dann ein bißchen weiß, wie hier die Personalentscheidungen laufen sollen. Man hört immer wieder, Ludwig-Leute werden durch Pröll-Männer getauscht. Das ist auch ganz interessant. Ich bringe dazu einen Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzler zur Gruppe 0 der Vorlage des Landes NÖ für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4 betreffend Gruppenleitermodell.

Die Zahl der Abteilungen und die Aufteilung der Geschäfte auf diese sowie die Zusammenfassung der Abteilungen zu Gruppen wird in der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung festgesetzt. Diese wird vom Landeshauptmann als Vorstand des Amtes der Landesregierung mit Zustimmung der Landesregierung erlassen. Soweit hierbei die Geschäfte der mittelbaren Bundesverwaltung in Betracht kommen, bedarf diese Einteilung auch der Zustimmung der Bundesregierung. Nach der derzeit gültigen Geschäftseinteilung umfaßt das Amt der NÖ Landesregierung 77 Abteilungen, wovon 27 Abteilungen derzeit zu insgesamt 6 Gruppen zusammengefaßt sind. Die Masse der Abteilungen untersteht dem jeweiligen Mitglied der Landesregierung direkt. Nun ist es geplant, alle Abteilungen Gruppen zuzuordnen. Angeblich sind zur Zeit 12 Gruppen geplant. Ebenso besteht die Absicht, daß bestehende Organisationseinheiten innerhalb der Landesamtsdirektion als gesonderte Stabstellen unmittelbar

dem Landesamtsdirektor zu unterstellen sind. Darüber hinaus soll ein neues Organ eingerichtet werden, dem der Landeshauptmann, der Landesamtsdirektor, der Landesamtsdirektor-Stv. sowie alle eventuell zu schaffenden Gruppenleiter angehören, welches die Bezeichnung "Runder Tisch" tragen soll. Wie schon in der Anfragebegründung betreffend Gruppenleitermodell an Herrn LH Dr. Pröll festgestellt wurde, soll dieses Gremium (Runder Tisch) die Funktion haben, einen raschen Informationsfluß, eine rasche Entscheidungsumsetzung und eine Steuerung der Personal- und Sachmittel durch die Gruppenleiter zu bewirken. Das heißt, daß sämtliche Entscheidungen, die die Verwaltung des Landes NÖ am "Runden Tisch" betreffen, dort getroffen werden und damit de facto einer teilweisen Entmachtung der Mitglieder der NÖ Landesregierung gleichkommt. Der "Runde Tisch" könnte somit als Gegenregierung bezeichnet werden. Auch der Rechnungshof kritisierte diese Vorstellungen, wobei eine Stellungnahme seitens der NÖ Landesregierung bis dato unterblieb. Da es sich bei einer etwaigen Einführung dieses Modells um eine wesentliche Änderung der Verwaltungsabläufe im Land NÖ und um eine Beschneidung der Kompetenz einzelner Regierungsmitglieder handelt, wäre der Landtag vor einer Einführung unbedingt zu informieren und die Möglichkeit haben von sich aus Stellung zu nehmen.

Der Gefertigte stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landeshauptmann Dr. Pröll wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und im Sinne der Anfrage vom 24.5.1996, dem Landtag eine entsprechende Information mit allen sich daraus ergebenden Details dem Landtag vorzulegen."

Ich möchte noch ein Wort dazu sagen, weil nicht der Eindruck entstehen soll, wir verwehren uns gegen jede Neuerung und Verbesserung. Es ist so, daß ich es auch für sinnvoll empfinde, die derzeitigen Kompetenzen zu entflechten. Wir haben zur Zeit so übergreifende Kompetenzen. Wenn man etwa hernimmt Wasser, Wasserrecht, dann geht es ums Geld. Das eine ist dort, das andere ist da. Es mischen immer mehr Landesregierungsmitglieder zusammen, sodaß man nie von einer wirklich selbständigen Kompetenz und von einem tatsächlich aufgeteilten Verantwortungsbereich sprechen kann. Das heißt, zu einer Veränderung der derzeitigen Geschäftseinteilung zugunsten klarer Entscheidungsbefugnisse würden wir sicher auch

stehen, was natürlich heißen würde, daß man den jetzigen Regierungsmitgliedern klarere Felder und nicht von überall irgendeinen Brocken, so wie es manchmal so aussieht, zuordnet. Es kann allerdings nicht so sein, daß ich, weil derzeit die Felder so verschieden aufgeteilt sind, das Management eines Ressorts nicht mehr dem Regierungsmitglied überlasse, sondern dafür einen Beamten, einen Gruppenleiter einsetze, der dann mit dem Landeshauptmann über den Runden Tisch die Administration, die Verwaltung führt. Dagegen sprechen wir uns aus, dafür ist dieses Instrument leider geeignet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich möchte aus der Gruppe 0 jene Positionen herausgreifen, die sich mit der Europäischen Union und den Mittel-Rückflüssen befassen. Diese Rückflüsse sind sozusagen Erinnerungsposten, sollen aber Anlaß sein für einige Überlegungen zum Thema Niederösterreich, Österreich und Europa.

Zunächst, und das ist Mittelpunkt der aktuellen politischen Diskussion, ist die wirtschaftliche Lage zu sehen. Da gibt es sehr große Diskussionen, die natürlich von einer Seite vehement entfacht werden. Es herrscht eine Stimmung, die wir ja allgemein nicht als blendend bezeichnen können. Manche bemühen sich, Öl ins Feuer zu gießen. Ich glaube, daß der Landesrat Freibauer in seiner Rede anhand der objektiven Arbeitsmarktdaten gezeigt hat, daß mit diesem sehr, sehr geringen Rückgang im Vormonat für Niederösterreich von 0,14 Prozent gegenüber dem besten Niveau, das wir je hatten, daß wir uns als Niederösterreicher gerade im Hinblick auf den Arbeitsmarkt wirklich nicht verstecken müssen. Das hat interne Effekte durch unsere Investitionen. Das hat natürlich auch Effekte, in denen Niederösterreich die Chancen, die der Beitritt zur Europäischen Union bietet, nützen kann. Wenn ich jetzt nur ein paar Zahlen hernehme, um das zu untermauern: Investitionen der Industrie, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent: Da hatten wir ja eine krisenhafte Situation zu Beginn der neunziger Jahre - 1992 minus 3,5 Prozent, 1993 minus 18,5 Prozent. Und das war ja das, warum wir mit der Konjunkturmilliarde einen Sprung in der Gestaltung unseres Landesbudgets gemacht haben, der für das Land zwar gut war, an dem wir,

wie der Landesrat gezeigt hat, aber heute natürlich auch noch zu arbeiten haben.

Oder das Jahr 1994: Veränderung gegenüber dem Vorjahr minus 6,9 Prozent. Und dann das Jahr 1995 - plus 11,6 Prozent Investitionen in der Industrie. Ich glaube, das ist eine klare Sprache. Das müssen wir der Bevölkerung sagen. Das kann man aber natürlich nicht nur so allgemein, das gebe ich schon zu, weil diese Zahlen natürlich nicht das Herz treffen und den Bürger ansprechen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, großen Unternehmen natürlich, Opel Austria - 7,5 Milliarden, Leykam - 6,5 Milliarden, BMW - 3,9 Milliarden, Siemens - 3,5 Milliarden. In Villach, das ist schon überholt, ist jetzt auf 5 Milliarden aufgestockt worden. Das sind alles Investitionen, die in Österreich nicht getätigt würden, wäre Österreich nicht Mitglied der Europäischen Union. Ich kann fortsetzen mit Lenzing, Hoffmann-La Roche, Biochemie, Sandoz in Kundl, Zellstoff Pöls und Kaindl in Salzburg, insgesamt 27 Milliarden Schilling. Sie können nun sagen, lauter große Dinge, leider keines davon in Niederösterreich.

Jetzt wissen Sie und wir alle, daß die Arbeitsplätze ja nicht, oder formulieren wir es anders: Natürlich sind diese Großunternehmer Träger der Konjunktur, auch der Technologie, aber die Klein- und Mittelbetriebe sind jene Unternehmen, die die Arbeitsplätze in Wahrheit nachhaltig sichern. Und auch da kann ich aus der Region mit vielen konkreten Beispielen dienen. Ein Direktor der Firma Voith sagt mir der etwa, mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben wir unsere Strategie gewandelt. Wir sind nicht mehr zuständig für den Ostmarkt, wie wir es vorher waren, sondern wir haben jetzt Produktkompetenz. Das heißt, wir haben Produkte, die wir nicht mehr nur im Osten, sondern in der ganzen Welt betreuen. Das heißt, von einer Regionalschiene sind wir zu einem Unternehmen geworden, das sich im Wettbewerb weltweit sowohl innerhalb der EU, als auch im Osten, das ist ja nach wie vor ein Hauptgebiet, bewährt. Das setzt sich fort über mittelständische Betriebe und geht bis zum Kleinunternehmer, der ohne Formalitäten grenzüberschreitend tätig werden darf.

Damit hinunter zur Regionalpolitik: Sie haben gesagt, es ist sehr wenig geflossen im ersten Jahr. Ich habe die Zahlen nicht geprüft, aber das dürfte wohl stimmen. Nur muß man natürlich eines sagen: Die Mittel, die Österreich aus den Fonds für die regionale Entwicklung bekommen wird, die sind verhandelt, die sind fix. Das sind 21 Milliarden Schilling insgesamt für die Zeit von 1995 bis 1999. Diese Mittel stehen uns zu und da

gibt es auch keine Verjährung, sondern wir können diese Mittel ansprechen. In unserem ganzen Budget verstreut sind diese Mittel vorhanden und können aus dem Güterwegebau, aus der Wirtschaftsförderung, aus den Regionalisierungsmitteln, aus den Landwirtschaftsmitteln angesprochen werden. Und sie werden zurückfließen. Das sind die Dinge, die man dann erst im Rechnungsabschluß sehen wird. *(Abg. Gratzler: Wenn man sich aber anschaut, daß der Landeshauptmann von Burgenland Geld in der Schweiz aufnimmt, um zu EU-Mitteln zu kommen... !)*

Das ist klug! Es soll auch andere geben, die die kurzfristig billigen Mittel in der Schweiz zu Zinssätzen von unter 3 Prozent ansprechen, um damit hier zu investieren. Der Geldmarkt ist liberalisiert, Herr Landesrat Mag. Freibauer könnte Ihnen darüber lange Vorträge halten. Ich habe mich auch ein bißchen beschäftigt damit im Zuge der Hauptstadtfinanzierung. Der Geldmarkt ist international. Das wird ausgeschrieben und das kann ja nur ein Vorteil sein für die öffentliche Hand, wenn man das tut. *(Abg. Gratzler: Da geht es doch nicht um die Art der Finanzierung, sondern es geht darum, daß die Mittel für die Cofinanzierung gar nicht da sind!)*

Wenn insgesamt viel Geld da ist, ist es natürlich eine Herausforderung, diese Mittel auch aufzubringen. Wir haben in unserem Budget jedenfalls dafür vorgesorgt. Wenn das Burgenland sich jetzt als wohlhabender herausstellt als es tatsächlich ist und diese Mittel gar nicht in Anspruch nehmen kann, sollen sich die burgenländischen Kollegen damit beschäftigen. Wir freuen uns, für Niederösterreich arbeiten zu können.

Ich möchte bei der ganzen Regionalförderung noch auf den immateriellen Wert der Förderung zu sprechen kommen. Ich glaube, das ist ein Impuls, den Brüssel wirklich massiv in die benachteiligten Regionen gebracht hat. Wenn ich nur die Region Pielachtal hernehme, vor der Haustür der Landeshauptstadt: Da gibt es seither ein kleinregionales Entwicklungskonzept, da gibt es Aktivitäten der Tourismusverbände, da gibt es landwirtschaftliche Vermarktung, Edelbrände, Holzbörse, das Telehaus wird verwendet, eine Zusammenarbeit mit dem Gewerbe. Also eine ganze Reihe von Dingen, bei denen es gar nicht so sehr auf die Finanzmittel ankommt, sondern auf die Kreativität und die Initiative der Bevölkerung. Und auch das wird mit diesen Mitteln reichlich angesprochen.

Ein bißchen spannender ist es, wenn wir jetzt schauen, wie wir als Niederösterreicher unsere Mitbestimmungsrechte in Brüssel wahrnehmen.

Natürlich sind unsere Landesgesetze in einem viel geringeren Ausmaß seit dem Beitritt von der Europäischen Union betroffen, als sich das manche vielleicht vorgestellt haben. Wir haben eben die Freizügigkeit des Personenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, des Kapitals schon vorher mit dem Avis zu übernehmen gehabt. Wir haben das getan. Unsere Landesgesetze sind im wesentlichen angepaßt und neue Veränderungen aus Brüssel liegen nicht vor. Und das heißt, daß für uns auch keine Notwendigkeit besteht, auf Grund irgendwelcher europäischer Änderungen jetzt unsere aktuelle Rechtslage anzupassen. Nicht, weil wir als Landtag nicht interessiert sind, haben wir so wenig Mitbestimmung in den letzten Monaten gehabt, was unsere Landesgesetze betrifft, sondern weil durch aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union Landesgesetze viel weniger betroffen sind als uns die Freiheitlichen und andere immer wieder Glauben machen wollen. Sagen Sie mir doch eine europäische Entwicklung, durch die seit dem Beitritt ein Landesgesetz hätte abgeändert werden müssen! Das hat immer so geheißen, 90 Prozent der Gesetze werden in Brüssel gemacht, es gibt ein paar klare Grundsätze puncto ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ: "Vergabegesetz!")*

Auch das Vergabegesetz haben wir vorher gewußt. Wir haben das Vergabegesetz mit dem Beitritt gemacht, diese Phase ist abgeschlossen.

Weil immer so gesagt wird, 90 Prozent werden anderswo abgehandelt. Gar nichts! Wir machen als Landtag von Niederösterreich nach wie vor unsere Gesetze hier im Hohen Haus und die aktuelle Entwicklung in Brüssel, so interessant und spannend sie ist, hindert uns in unserer regionalen Entscheidungskompetenz für Niederösterreich ganz wenig. *(Heftige Unruhe bei Abg. Marchat.)*

Wenn ich jetzt die Osterweiterung hernehme, da lesen wir in der letzten Zeit, der Klubobmann Gratzler sagt, die Osterweiterung darf nicht stattfinden und der Landeshauptmann ist der, der die Osterweiterung forciert und schadet deshalb dem Land. Ich glaube, daß dieses Beispiel ganz besonders zeigt, welche Ahnungslosigkeit hier herrscht und wie wenig sich die FPÖ mit Daten und Fakten befaßt hat. Na selbstverständlich sagen wir Ja zur Osterweiterung. Weil die Osterweiterung für Österreich und gerade für Niederösterreich eine riesige Chance ist, vom Rand des Kontinentes in die Mitte zu rücken, vom Grenzland zum Kernland Österreichs zu werden. *(Anhaltende Unruhe bei der FPÖ.)* Wir wollen ja Stabilität und Sicherheit in unserer Nachbarschaft. Und daher wollen wir auch, daß diese Länder sich

positiv entwickeln. Ich habe keinen Menschen in Vorarlberg und Tirol oder Kärnten kennengelernt und getroffen, der sich gewünscht hätte, daß man da an der Grenze einen Eisernen Vorhang wieder aufrichten soll. Wenn Ihr den Eisernen Vorhang wieder wollt, dann sagt das laut, aber das stellt Euch in das Eck, in das die FPÖ gehört.

Die ÖVP hat in ihrem Papier, das ist offiziell nachlesbar und das ist auch die Position des Landeshauptmannes, festgehalten, sie tritt für die Osterweiterung ein, weil die Osterweiterung ... *(Zwischenruf bei Abg. Marchat.)* Na selbstverständlich! Und ich habe mehr Diskussionen als Du zu dem Thema gemacht und auch dort hat sich niemand den Eisernen Vorhang gewünscht. Wir haben Leitlinien für die Osterweiterung der Europäischen Union. Wir wollen, daß die politische Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung da drüben in den Ländern, mit denen wir so gute historische Beziehungen haben, gefördert werden. Wir wollen eine politische und wirtschaftliche Verträglichkeit. Wenn wir im Umweltschutz bei uns heute das letzte Zehntelprozent mit riesigem Kostenaufwand bewerkstelligen, bringt das unserer Umwelt viel weniger als wenn da drüben 10 oder 20 Prozent verbessert werden. Das sind auch für uns spürbare Verbesserungen. Und diese Verbesserungen wollen wir.

Oder beim Thema Kernkraftwerke: Da ist durch die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, an der die Österreicher wesentlich beteiligt waren, für alle Oststaaten eindeutig klar geworden, mit schrottreifen Kernkraftreaktoren ist kein Eintritt nach Europa möglich. Sie müssen die Sicherheit dieser Reaktoren gewährleisten. Und die Europäische Union wird sich bei "Schrott-Reaktoren" nicht engagieren. Wir wollen, daß die Umweltstandards, daß die Sozialstandards herangeführt werden, dann kann man und wird man auch in den Grenzregionen eine blühende, eine positive Entwicklung haben.

Die Position der ÖVP wird übrigens, - auch für die Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei - durch Michael Spindelegger formuliert, in den nächsten Tagen in jedem niederösterreichischen Haushalt zu lesen sein. Dort steht klar und deutlich, daß die Sorgen der Niederösterreicher eingebracht werden. Und wenn ein Österreicher dort im Rat der Außenminister die Hand nicht hebt und Österreich nicht zustimmt, dann wird es keine Osterweiterung geben. Das ist eben der Vorteil der Mitbestimmung. *(Weiterhin Unruhe bei der FPÖ.)*

Wir sind dafür! Wer will denn bitte, wollt Ihr bitte die Wende zum Kommunismus zurück, weil Ihr

sagt, diese Länder dürfen auf absehbare Zeit nicht hinein? Die Beitrittsverhandlungen zwischen Portugal und Spanien und der Europäischen Union haben sieben Jahre gedauert. Wenn man jetzt anfängt mit dem Osten, werden sie ganz gewiß nicht kürzer dauern. Es sind da auch ganz klare Übergangsbestimmungen für den Zuzug von Arbeitnehmern zu verhandeln, Schutzfristen für die Landwirtschaft. Wir können als Verhandlungspartner das mitbestimmen. Das ist uns hundertmal lieber, als wir müßten am Bankerl warten, was die mittel- und osteuropäischen Staaten mit der EU ausmachen. Und wir als Österreicher müßten vielleicht mit diesen Staaten am Bankerl der Beitrittsverwerber sitzen und zur Kenntnis nehmen, was andere hier beraten und beschließen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Uhl. - Unruhe bei der FPÖ.)*

St. Pölten als Landeshauptstadt bzw. der Bau des Regierungsviertels wurde ja schon einmal angesprochen. Ich glaube, daß sich hier die schizophrene Haltung der Freiheitlichen noch einmal mehr ganz deutlich zeigt. 1992 noch zu sagen, es ist notwendig hineinzugehen, damit wir nicht das Armenhaus Europas werden, und dann, wenn der Landtag hier auf Grund von wissenschaftlichen Grundlagen ein Gesetz beschließt, versucht, die Spielregeln der Europäischen Union optimal in unserem Sinn auszuarbeiten, dann Dinge an die Wand zu malen, zu denen jetzt nicht einmal die Freiheitlichen selber stehen. Ich glaube, es ist mittlerweile jedem Niederösterreicher klar geworden, es wird keinen Baustopp für das Regierungsviertel geben. Wir bauen das nach einem optimalen Modell. Und das Rechtsverfahren in der EU ist eines, wie es dutzende andere auch gibt. Insgesamt glaube ich, daß wir dabei sind, unseren Weg in Brüssel nach einigen Anfangsschwierigkeiten zu gehen. Wir haben Möglichkeiten zur Mitbestimmung gerade in den Dingen, die uns maximal betreffen und interessieren. Und das vorliegende Landesbudget bringt jene Konsolidierung mit sich, die die Zukunft Niederösterreichs auch im größeren europäischen Umfeld sichert. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Herr Abgeordnete Michalitsch hat behauptet, ich zitiere: Gratzler hat gesagt, Osterweiterung darf nicht stattfinden. Das ist unrichtig! Ich habe gesagt, Osterweiterung ja - aber erst wenn wirtschaftliche Bedingungen usw. dem entsprechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Uhl.

Abg. UHL (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Gemeinsame vor das Trennende! Wenn es um unser Land geht, stehen die Problemlösungen immer an erster Stelle. Und trotzdem sollen dabei die minimalsten Spielregeln eingehalten werden. Was meine ich damit? Wer vorige Woche am Freitag Abend die ORF-Sendung gesehen hat, weiß: Hier gab es den Sitzungssaal des NÖ Landhauses zu sehen, den Herrn Klubobmann der ÖVP am Rednerpult, darunter eingebildet, was und wie denn die Abstimmung durchgeführt wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe fast das Gefühl, daß die Zeit, da wir zu Hause auf den Knopf drücken oder anrufen, nicht mehr weit ist. Das aber, glaube ich, ist nicht das Gelbe vom Ei, daß hier mehr oder weniger der frei gewählte Mandatar des Bundeslandes Niederösterreich vier Tage vor Sitzungsbeginn der Landtagsdebatte via Fernsehen solche Informationen bekommt. Ich persönlich lehne das ab. Und nach dem Motto, alles was da drinnen ist, gehört heraus, habe ich das jetzt gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppe 0 hat also eine immens hohe Bedeutung in der allgemeinen Verwaltung, muß doch jeder hier gefaßte Beschluß auch realisiert werden und muß tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Diese Voraussetzungen werden zum Großteil hier geschaffen.

Ich darf daher an die Spitze einen Dank an alle Bediensteten stellen, denn diese waren durch die relativ kurze Zeit der Vorbereitungen für das Budget, für den Voranschlag 1997 wirklich vor große Anforderungen gestellt. Ich möchte aber auch eines einmal sagen: Man sieht hier immer wieder, wenn Resolutionsanträge oder andere Anträge, Abänderungsanträge bearbeitet werden, das hektische Treiben der Klubsekretariate. Ich glaube, auch hier soll man einmal an diese Personen, an diesen Personenkreis ein Dankeschön richten. Denn sie müssen oft in allerletzter Sekunde die manchmal unmöglichen Lösungsvorschläge erarbeiten. Ein herzliches Dankeschön!

Danach kommt die Realisierung der Beschlüsse und die Kontrolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein paar Dinge möchte ich hier anführen: Wie schon sehr oft von dieser Stelle aus besprochen, die Objektivierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier glaube ich, ist uns einiges gelungen, einiges haben wir noch vor uns. Eines ist natürlich klar: Jetzt gibt es ein sogenanntes Hearing, die Kosten für diese Hearings betragen etwa zwei Millionen Schilling. Aber sie sind nicht fixiert. Es passiert zum Beispiel folgendes: Derzeit gibt es einen Beschluß im Bezirksschulratskollegium, wenn dann ein Hearing stattfindet, ist erst ein Beschluß im Landesschulratskollegium möglich. Ich frage mich daher, wenn das Hearing Grundlage für einen Beschluß sein sollte, dann müßte eigentlich das Hearing vor all diesen Beschlüssen durchgeführt werden. Dazu haben wir noch "lustigerweise" drinnen, daß eigentlich diese beiden beschlußfassenden Gremien grundsätzlich verschiedene Beschlüsse fassen und nur der Kandidat, der in beiden genannt ist, kommt überhaupt zur Leiterbestellung in Frage. Ich glaube, hier sind noch einige "Feineinstellungen" notwendig.

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, Grundlage soll die Objektivierung sein. Aber es kann und es darf bitte in der Politik nicht so sein, daß wenn es einen Kandidaten, eine Kandidatin gibt, der/die einer politischen Partei angehört, daß das ein Ausschließungsgrund ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschlüsse und alle Entscheidungen, die getroffen werden müssen, müssen getroffen werden. Und wenn sie nicht der politisch Tätige oder der vom Wähler beauftragte Mandatar trifft, dann muß sie ein anderer treffen. Ich glaube, es ist unfair jedem politischen Funktionär gegenüber, daß man sagt, in dem Moment, da du eine politische Funktion übernimmst, bist du nicht mehr in der Lage, so eine Entscheidung zu treffen. Und ich glaube, wir sollen alle uns aber dazu bekennen, daß wir uns hier primär nach den Kriterien des Wissens, des Könnens, der Qualifikation bei diesen Beschlüssen leiten lassen.

Ich glaube wirklich, daß gerade bei dieser Objektivierung auch in Zukunft - und das ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen - die Interessen der Schüler und die Interessen der Eltern mehr als bisher mit einbezogen werden sollen und auch mehr als bisher mit einbezogen werden. Das unschöne Schauspiel, daß, wenn dort eine Beschlußfassung durchgeführt wird, dann im Nachhinein Unterschriftenlisten laufen,

ganz gleich welcher Couleur der immer angehört, das ist bitte wirklich eines Leiters einer Schule nicht würdig. Das ist meine persönliche Meinung. Aber, liebe Freunde, ich glaube noch eines: Wir haben also bezüglich der schlankeren Verwaltung die Hoffnung, daß wir in der Verwaltung noch einiges ändern können. Das Land Niederösterreich hat mit dieser Übersiedlung nach St. Pölten durch die Schaffung der neuen Landeshauptstadt unheimlich viele Möglichkeiten, in St. Pölten in vielen Bereichen mehr oder weniger bei der Stunde Null zu beginnen. Wir alle wissen, daß es unheimlich schwer ist, wenn in so ein eingefahrenes System, in so ein eingefahrenes Team jetzt einer kommt und irgendetwas ändern will. Oder etwas ändert oder zur Änderung vorschlägt. Dann gibt es heute selbst unter relativ jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Motto, das haben wir bis jetzt immer so gemacht, das hat sich bewährt, machen wir so weiter. Ich glaube, hier bietet sich eine unheimlich große Chance. Ich habe nur die große Bitte, daß diese Chance nicht nutzlos vertan wird. Ein großer Vorteil, den wir haben zum Beispiel, die Dezentralisierung der Dienststellen ist relativ einfach gegangen, eben durch Übersiedlungen, durch die Aussiedelungen. Diese Zuordnungen an die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften sind wirklich sinnvoll. Denn wenn jetzt wirklich der eine oder andere Bewohner einer Region ein Problem hat, dann fährt der sicherlich lieber in die Bezirkshauptstadt als nach Wien oder nach St. Pölten.

Wir haben auch durch die Einführung von LAKIS sicherlich große Chancen, einiges zuwege zu bringen und auch über das vorliegende Gruppenleitermodell. Dazu werde ich aber dann noch ein Wort sagen. Wir haben einige Gesetzesbeschlüsse noch vor uns, die gerade diesen Punkt schlankere Verwaltung, sinnhafte Verwaltung betreffen. Diese Woche werden wir noch einige Gesetzesvorlagen und -Novellen beschließen, etwa die Bauordnung, das Kanalgesetz, die Landes-Landwirtschaftskammerwahlordnung, das Kinderbetreuungsgesetz, auch das Gruppenleitermodell in der Regierungssitzung. Wenn ich zurückdenke, was wir bei den Wahlordnungen bereits fixiert und beschlossen haben, dann glaube ich, daß hier gerade in letzter Zeit bereits viel in Richtung einer Verbesserung der Verwaltung, einer Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt wurde. Daß sicherlich aber noch einiges zu tun ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir nach St. Pölten ziehen, dann sollen wir auch die Strukturen und zwar auch die

Bezüge, die Möglichkeiten in den eigenen Reihen entsprechend abändern. Das war kein Versprecher, ich habe wirklich hier auch das Problem der Bezüge genannt. Ich glaube, wenn wir hier bessere Strukturen schaffen wollen, dann kann das nicht immer wieder damit enden, daß man über Bezüge spricht. Mir fällt dazu immer wieder, wenn man über die Bezüge spricht, das Wort des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter ein, der folgenden Vergleich gebracht hat und ich bitte, mir nicht böse zu sein. Carter hat gesagt, wenn ich in Erdnüssen zahle, brauche ich mich nicht zu wundern, Affen vorzufinden. Und das hat sicherlich seine Berechtigung. Denn wenn wir hier über eine Wertigkeit sprechen, und wenn wir glauben, daß der eine oder andere zuviel bezahlt bekommt oder zu hohe Bezüge hat, dann kann man das auch anders machen. Man könnte sagen, hier könnte man auch über eine Erhöhung der Leistung sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, in der Vergangenheit hat das Land Niederösterreich grundsätzlich gut gearbeitet, wenn auch hier immer wieder verschiedene Meinungen von den verschiedenen politischen Seiten präsentiert wurden. Ich glaube, wir haben aber eines immer wieder ein bißchen vergessen: Über das Gute zu sprechen. Wir haben uns eigentlich immer hingesezt und haben gejammert oder mitgejammert, wenn der eine oder andere irgendwelche Worthülsen von sich gegeben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Zeit hat man, außer - ich sage jetzt einmal so - bei "politischen Veranstaltungen" oder Gegebenheiten fast kein Wort gehört über jene tausend zusätzlichen Wohnungen, die Milliardeninvestitionen verursacht und Milliarden von Schillingen in die Auftragsbücher der Bauwirtschaft gebracht haben. Wir haben, wenn wir über das Bauen und über die Milliarden dort gesprochen haben, nur über einen Konzern geredet, der geglaubt hat, in den sogenannten neuen Bundesländern der ehemaligen DDR über Nacht unbedingt reich zu werden. Wir haben nie gesprochen über die Milliarden für die Wirtschaft, aber es wird groß darüber gesprochen - zum Beispiel Semperit oder Conti - wenn einem Konzern 400 Millionen Schilling Gewinn in einem Jahr zu wenig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade in den letzten Tagen die Spitalerhaltung groß diskutiert und daß das unheimlich viel Geld kostet. Wie werden wir das bewerkstelligen? Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich. Die Medizin steigt und dadurch die Wertigkeit der Medizin. Die Hochtechnikmedizin steigt

kontinuierlich. Das heißt aber auch, mit dem Ansteigen der medizinischen Möglichkeiten steigen natürlich auch die Ausgaben. Und ich glaube, man soll also auch immer dann den zweiten Teil sehen. Ich habe immer wieder im privaten, aber auch in öffentlichen Bereichen gesagt, es gibt zwei Diskussionsphasen dabei. Ich selbst mußte leider Gottes einige Zeit im Krankenhaus verbringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn Sie dort mit einem diskutieren über Kosten der Medizin, was das ausmacht, und der liegt selber in einem Spitalsbett, oder wenn Sie mit einem reden, der gerade sein "Lohnsackerl" in die Hand bekommen hat und jammert über die Abzüge, dann ist das zwar immer wieder dasselbe, worüber man diskutiert. Aber es hört sich ganz anders an, was jeder Betroffene sagt. Und ich glaube, auch von dieser Warte muß man das sehen, wobei sicherlich unnötige Ausgaben auf ein Minimum reduziert werden sollen.

Dies alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt sicherlich nicht von alleine. Hier werden in der Politik die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Und wenn hier über die wirtschaftliche Potenz des Landes Niederösterreich gesprochen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir nur zurückdenken, wir haben innerhalb kürzester Zeit das Fallen der Landesumlage verkraftet. Ich kann mich noch erinnern, der zuständige Finanzlandesrat hat geglaubt, wir müssen zusperrern, müssen betteln gehen - gar nichts ist passiert. Wir haben das wirklich weggesteckt. Wir haben 800 Millionen Schilling zusätzlich für die Landwirtschaft gebraucht, haben das beschlossen und weggesteckt, es ist gegangen. Ich glaube, wenn wir alle miteinander an einem Strang ziehen und in ein und dieselbe Richtung, dann wird sicherlich auch das, was jetzt noch vor uns liegt, ebenfalls entsprechend durchgeführt werden können im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung.

Zur Deregulierung möchte ich einige Bemerkungen machen: Mit Deregulierung meine ich nicht, daß die Regelungen weg sind. Aber unter Deregulierung verstehe ich auch nicht, daß zum Beispiel das Schischulgesetz dann im Sportgesetz zu suchen ist. Daß ich etwas nur unter einem anderen Begriff suche. Es kann nicht ums Suchen gehen, sondern es muß primär um den Inhalt gehen. Deregulierung muß daher heißen, nicht die Regelungen werden abgeschafft oder verschoben, sondern jene Regelungen, welche nicht mehr dem Heute oder Morgen entsprechen, müssen entsprechend geändert werden. Es geht primär um den inhaltlichen

Umbau und nicht um das eine oder andere. Weil wenn ich hier bitte also in einem Gesetz lese: "Jugendlagerplätze - § 9." Da heißt es zum Beispiel: "Ein einwandfreies Trinkwasser und Waschwasser in hinreichender Menge muß in einer Entfernung von höchstens fünf Gehminuten vorhanden sein." Und der nächste Punkt heißt: "Am Lagerplatz ist mindestens eine offene Latrine in einer der Teilnehmerzahl entsprechenden Größe zu errichten und sind Desinfektionsmittel in ausreichender Menge beizustellen." Von einem mobilen WC liest man also nichts. Aber die nicht brennbaren Abfälle sind 30 Zentimeter tief zu vergraben und, und, und. Oder wenn man die Bestimmungen über Zelluloid-Filme hernimmt, die seit fast 50 Jahren nicht mehr hergestellt werden. Wenn heute eine Veranstaltung durchgeführt wird, und zwar eine des "Verbandes der Österreichischen Film- und Videoamateure", der die Landesmeisterschaft ausgerichtet hat, dann wird die nach den Grundlagen bewilligt, als es noch diese Zelluloid-Filme gegeben hat. Obwohl heute der Großteil mittels Video aufgeführt wird. In diesem selben Veranstaltungssaal, der so immense Auflagen bekommt über beleuchtete Notstiegen und, und, und, dürfen sämtliche Veranstaltungen, Tanzveranstaltungen etc. durchgeführt werden. Nur diese eine Veranstaltung nicht. Oder, wenn man das Ehrenzeichengesetz heranzieht. Wir haben ja einen Beschluß vom 14. Dezember 1994 dieser Deregulierungsprojektgruppe, wo eine ganze Reihe von Gesetzen aufgezeigt wurden, die entweder ersatzlos zu streichen oder ab- bzw. umzuändern sind.

Auf ein Ding darf ich noch hinweisen und zwar betrifft es das von Herrn Kollegen Grätzer bereits genannte Gruppenleitermodell. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich selbst finde, daß hier schon einige sehr gute Ansätze drinnen sind, daß hier sicherlich einiges positiv bewerkstelligt

werden kann. (*Abg. Ing. Dautzenberg: Warum wird das dann so geheim abgehandelt, wenn das so gut ist?*)

Herr Abgeordneter, wissen Sie, der, der Information haben will, der bekommt sie. (*Abg. Ing. Dautzenberg: Nein, wir kriegen sie nicht! Wir haben ersucht darum und nichts bekommen!*) Herr Kollege, ich weiß nicht, wo Sie gefragt haben. Hätten Sie mich gefragt, hätte ich Ihnen das gegeben. Es ist ja nicht streng geheim, das ist es nicht.

Ich möchte eigentlich schon, weil der Herr Klubobmann Gratzler den Rechnungshof zitiert hat, feststellen: In seinem Bericht 1994 befaßte sich bereits der Rechnungshof mit dem Gruppenkonzept. Er erblickte darin zukunftsweisende Zielvorstellungen im Bereich der Aufbauorganisation. Ist das nun dasselbe, von dem wir gesprochen haben, Herr Kollege? Sie haben nämlich ganz etwas anderes erzählt. (*Abg. Gratzler: Ist das die Seite drei?*)

Nein, ich habe weiter gelesen, ich bin schon auf der Seite vier. Vielleicht darf ich Ihnen die Seite 4 dann in feierlicher Form überreichen, Herr Klubobmann. Ich glaube wirklich, daß hier einige Möglichkeiten vorliegen. Ich glaube ganz einfach, daß hier eine Möglichkeit vorliegt, wie man nach sinnvollen Gesichtspunkten eine Organisation schaffen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich selbst bin politischer Funktionär. Und ich glaube, jeder politische Funktionär ist immer bei solchen Beschlüssen in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite will man die politische Möglichkeit, mit hineinzuschauen, Informationen zu bekommen, nicht aufgeben. Auf der anderen Seite ist es so wie in einer Firma, wenn halt hier neu strukturiert wird, gibt es ganz einfach entsprechende Verschiebungen. Das muß man schlicht und einfach so sehen. Ich glaube aber, daß unter dem Strich dieses Modell eine Verbesserung bringt. (*Abg. Gratzler: Ihr Klubobmann sieht das völlig anders!*)

Ja, Herr Klubobmann, aber das ist halt so: Wenn vier Personen diesen Raum beschreiben und jeder sitzt oder steht in einer anderen Ecke, dann beschreibt jeder den Raum. Es sind vier verschiedene Gesichtspunkte, aber es ist derselbe Raum. Und darüber komme ich nicht hinweg. Manchesmal bin ich eigentlich stolz, daß wir verschiedene Ansichten haben, denn das ist eigentlich etwas Positives. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte den Willen zur Zusammenarbeit abschließend mit einem Resolutionsantrag hier dokumentieren (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Uhl, Litschauer, Gratzler und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 0 des Vorschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

Die NÖ Landesregierung hat am 13. Dezember 1994 den Bericht der Projektgruppe Deregulierung zur Kenntnis genommen und die zuständigen Abteilungen beauftragt, umgehende Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Deregulierungskonzeptes in Angriff zu nehmen.

Tatsächlich wurden seither einige materiell überholte Gesetze aufgehoben. Einzelne Gesetze wurden in bestehende Materien eingearbeitet, was allerdings nur eine scheinbare, weil nur nominelle Minderung von Normen zur Folge hatte.

Die Projektgruppe hat allerdings neben aufzuhebenden Rechtsvorschriften, solchen, die in andere Vorschriften eingebaut werden könnten, sowie solchen, die zusammengefaßt werden könnten, eine Fülle von Rechtsvorschriften bezeichnet, welche auf inhaltliche Deregulierung bzw. Aktualisierung geprüft werden könnten. In diesem Bereich besteht zweifellos noch große Notwendigkeit, diese Anregungen umzusetzen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne des Berichtes der Projektgruppe Deregulierung und der diesbezüglichen Beschlüsse der Landesregierung ehestmöglich auf die weitere Verwirklichung der Bereinigung des Landesrechtes zu drängen und dem Landtag unter Bezugnahme auf die von der Projektgruppe gemachten Anregungen entsprechende Gesetzesentwürfe zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen."

Nachdem dies ein gemeinsamer Antrag aller vier im Hause vertretenen politischen Gruppen oder Parteien ist, dürfte, glaube ich, die Zustimmung gegeben sein. Danke. (*Beifall bei der SPÖ sowie Abg. Hiller u. Abg. Klupper.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Litschauer zu Wort.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auch ich möchte zur Gruppe 0 insbesondere für den Bereich der Verwaltung einige Beiträge bringen. Zunächst einmal eine kurze Einleitung meinerseits, die da lautet, daß die strikte Einhaltung des vom Herrn Finanzreferenten Mag. Frei-

bauer vorgegebenen Budgetzieles im Jahr 1997 natürlich auch von mir so verstanden wird und unsere Fraktion auch voll dahinter steht, daß natürlich auch in Bereichen der Verwaltung entsprechende Einsparungen zutage treten werden.

Die Ausgaben für die Gruppe 0 werden im Jahr 1997 um zirka 207 Millionen Schilling sinken und daher der Budgetaufwand in der Gruppe für Personal 6,450 Milliarden Schilling ausmachen. Diese Entwicklung der Reduktion beträgt 3,1 Prozentpunkte und ist damit zweifellos ein Wert, den zu erreichen viele Anstrengungen notwendig waren, um dieses Budget auch aus der Sicht des Personals in den Griff zu bekommen. Ich glaube, es sind hier insbesondere zwei Dinge anzuführen. Auf der einen Seite gab es im öffentlichen Dienst eine reduzierte Gehaltserhöhung, nämlich diese zweimalige Abschlagszahlung im Jahr 1996 und 1997. Und dazu kommt, daß insbesondere die Gestaltung des Dienstpostenplanes für das Jahr 1997 sehr bewußt und sehr streng auch aus der Sicht der Verwaltung gehandhabt wurde.

Der Dienstpostenplan 1997 sieht hier eine Zahl von 18.163 Dienstposten vor. Das bedeutet, verglichen mit dem Dienstpostenplan des Jahres 1996 zunächst eine Verringerung von 14 Dienstposten - eine relativ kleine Zahl, wenn man bedenkt. Wenn man aber diese Zahl etwas hinterfragt und diese Entwicklung ansieht, weiß man, daß hier ganz große Anstrengungen unternommen wurden. In dieser Zahl von 18.163 stecken unter anderem auch an die 2.000 teilzeitbeschäftigte Landesbedienstete. Diese Zahl sagt aus, daß hier nicht nur auf der einen Seite familienpolitische Akzente gesetzt werden, sondern daß diese Teilzeitbeschäftigten natürlich auch budgetär entsprechend zu Buche schlagen und weniger Kosten im Personalbereich verursachen.

Wenn man allerdings die Zusammenstellung des Dienstpostenplanes noch näher betrachtet, wird man sehen, daß im Bereiche der Hoheitsverwaltung 35 Dienstposten eingespart werden, im Bereiche der Straßenverwaltung 124 Dienstposten. Diese Einsparungen von 167 Dienstposten sind der Grund, daß letztlich die notwendigen dazugekommenen Dienstposten im sozialen Bereich, in Pensionistenheimen und Kindergärten, wo 153 Dienstposten einzusetzen sind, daß es auf Grund dieser Entwicklung nicht zu einer Ausweitung, sondern insgesamt zu einer Verringerung um 14 Dienstposten gekommen ist. Und das ist die ganze Wahrheit! Kollege Ing. Dautzenberg hat sich heute beklagt darüber, daß sich im Personalbereich zu wenig tut. Daß

hier zu wenig oder nichts unternommen wurde. Wenn man natürlich nur diese 14 Dienstposten anschaut, dann mußte ich ihm recht geben. Wenn ich aber das hinterfrage, wie ich es getan habe, dann sieht man, daß hier eigentlich vorher 167 Dienstposten eingespart werden mußten, um den Zuwachs auch entsprechend zu gestalten.

Zu den Ausführungen des Kollegen Grätzer zum Thema Straße: Es ist natürlich schon ein Thema, das immer wiederum angeführt wird, warum etwa die Straßenverwaltung nicht privatisiert wird. Und der Herr Landeshauptmann, so die Diktion des Klubobmannes, benützt jede Gelegenheit, hier sein Bekenntnis zu dieser Straßenverwaltung abzugeben. Wir sind sehr froh darüber, Herr Klubobmann, daß der Landeshauptmann dieses Bekenntnis zur Straßenverwaltung abgibt! Weil er weiß, daß erstens seit Jahren eine sehr genaue Kostenrechnung durchgeführt wird. Und daß damit feststeht, gerade die Straßenmeistereien fungieren ganz genau nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen. Und daß darüber hinaus einige Konzepte seit Jahren existieren, wie langfristig noch weitere Dienstposten reduziert werden können. Mit diesem Instrumentarium ist mit Sicherheit der Beweis zu erbringen, daß es billiger nicht mehr gehen wird. Und daher auch ein klares, ein offenes Bekenntnis des Landeshauptmannes zu dieser Institution. Und das ist auch ein positiver Beitrag zu den Bediensteten, der sie letztlich auch motiviert, ihre Aufgabe im Dienste der Sicherheit der niederösterreichischen Straßenteilnehmer auszuüben. Das vielleicht dazu einmal. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weiters glaube ich, daß wir natürlich nicht nur auf dem Sektor des Dienstpostenplanes und der Reduzierungen das weiter voranschreiben werden können. Weil ich der Meinung bin, daß diese Serviceleistung, die wir seitens der Verwaltung hier im Lande bieten, natürlich allmählich an Grenzen gelangt. Weil die Reduktion der Verwaltungsdienstposten nicht nur eine willkürliche, subjektive Einschätzung ist, sondern diese nur dann zu geschehen hat, wenn auch die entsprechende Aufgabensituation gegenübergestellt wird. Und wenn Aufgabenreduzierungen möglich sind, etwa durch wirksame Deregulierungsschritte oder sonstige organisatorische Maßnahmen, wird es sicherlich auch auf dem Sektor der Verwaltung weitere Reduktionen geben können. Ich verspreche mir daher auch von der angekündigten und bereits in die Wege geleiteten Verwaltungsreform, die der Landeshauptmann eingeleitet hat, sehr viele positive Effekte, weil diese Aktion sehr positiv auch seitens der Bevölkerung aufgenommen wurde. Wir können sagen, daß etwa an die 400 Anträge

eingebraucht wurden, mit denen sich die Expertengruppen zur Zeit beschäftigen, diese Anträge auch in die Tat umzusetzen. Und da sind eine Reihe von Einsparungsmöglichkeiten sicherlich enthalten, sodaß auch weitere Deregulierungsschritte die Folge sein werden.

Lassen Sie mich auch kurz das Thema Dezentralisierung anführen. Die Dezentralisierung zieht sich durch seit 1986 wie ein roter Faden. Wir haben in den letzten zehn Jahren eine große Anzahl von Verlagerungen durchführen können. Ich möchte hier etwa den Bereich der Bezirkshauptmannschaften erwähnen, wo in den letzten paar Jahren zusätzliche 18 Außenstellen geschaffen wurden und wir zur Zeit insgesamt 32 Außenstellen vermerken dürfen zusätzlich zu den bestehenden 21 Bezirkshauptmannschaften. Weiters wurden die Gewässeraufsichtsorgane, die Agrarbezirksbehörde dezentralisiert. Und es gibt weitere Überlegungen die in der nächsten Zeit realisiert werden sollen. Die Verlagerung von an die 160 Dienstposten ist hier beabsichtigt im Bereiche der Wohnbauförderung, der Jugendabteilung, der Vermessungsabteilung, der Gruppe GS bis hin zu technischen Einrichtungen in der Straßenverwaltung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein Teil, der heute noch nicht erwähnt wurde, ist die Frage der Telearbeitsplätze. Die Telearbeitsplätze sind ein wesentlicher Modernisierungsschub im Bereiche der Verwaltung. Ich darf heute von dieser Stelle aus sagen, wir haben konkret bereits in Bruck a.d. Leitha, in Mistelbach, in Horn und zuletzt auch in Gmünd die Grundlagen geschaffen, damit demnächst auch diese Telearbeitsplätze für den Landesdienst und für die Bevölkerung geschaffen werden können.

Lassen Sie mich auch noch etwas zur Landeshauptstadt sagen. Die Übersiedlung in das neue Verwaltungszentrum des Landes steht unmittelbar bevor. Nur noch die Sommerpause trennt uns von diesen ersten Übersiedlungs- und Verlagerungsmaßnahmen. Organisatorische, logistische und auch dienstrechtliche Maßnahmen werden im Zusammenhang mit diesem Jahrhundertereignis in besonderem Maße notwendig sein. Die Vorhaben laufen programmgemäß, kleine Verzögerungen können im wesentlichen wieder wettgemacht werden. Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet die neue Landeshauptstadt in St. Pölten mit dem Jahrhundertprojekt "Neues Landhaus" in erster Linie nicht nur Probleme und Schwierigkeiten für die Bediensteten, sondern eine absolute Chance. Eine Chance, innovative Ideen und Gedanken in

die Tat umzusetzen. Wir haben vor allem die Chance, sämtliche baulichen und technischen Neuerungen auf dem Gebiet einer modernen Serviceverwaltung zu realisieren. Und einer dieser Gedanken ist auch die Realisierung des heute schon angesprochenen Gruppenkonzeptes. Dieses Gruppenkonzept, wenn man es positiv sieht, da stimme ich vollkommen überein den Ausführungen des Kollegen Uhl, ist es wiederum ein Beitrag, unsere Verwaltung effizienter zu gestalten.

Was soll mit diesem Konzept verwirklicht werden? Mit diesem Konzept soll die Organisation zur Besorgung der Verwaltungsaufgaben im Amt der Landesregierung insbesondere nach den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet werden und die Verwaltung noch mehr erleichtert und zugänglicher gemacht werden. Gerade an diesen sogenannten Effizienzkriterien der Verwaltung soll man sich besser orientieren können. Ein wesentlicher Beitrag zur Hebung der Innovation wird auch dieses Gruppenmodell sein. Dieses Gruppenmodell ist eigentlich eine Fortsetzung eines bestehenden Systems. Wir haben zur Zeit bereits in der Landesverwaltung sechs Gruppen. Mit dem neuen Modell sollen nun sechs weitere geschaffen werden, damit wir dann mit diesen 12 Gruppen sämtliche Abteilungen im Bestand und in ihren Aufgabenbereichen erfaßt haben. Mit Sicherheit nicht ist dieses Gruppenmodell eine "Gegenregierung", wie das der Kollege Gratzner heute versucht hat, hier darzulegen. Das Gruppenmodell versucht auch eines, nämlich sparsam zu sein, weil damit keine Dienstpostenvermehrungen entstehen können.

Mit der Einführung des Gruppenkonzeptes, möchte ich hier anführen, im Wege der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung wird keine Änderung in den Zuständigkeitsbereichen der Mitglieder der Landesregierung, wie sie in der Geschäftsordnung festgelegt ist, erreicht. Es ist weiterhin die Gewähr gegeben, daß die Mitglieder der Landesregierung mit diesen Gruppenleitern voll kommunizieren können und sich auch die Informationen einholen können. Hier ist rein sachlich vorgegangen worden und wird sachlich vorgegangen, in der Weise, daß hier die Aufgabenbereiche entscheidend sind und daß insbesondere vor der Übersiedlung nach St. Pölten wir die neue Raumsituation entsprechend berücksichtigen wollen. Und daher ist jetzt der Zeitpunkt sehr günstig, dieses Gruppenkonzept auch in die Tat umzusetzen.

Das dazu, Herr Kollege Gratzner. Daher können wir seitens der ÖVP diesem eingebrachten Resolutionsantrag nicht zustimmen, weil wir in der Definition, in der Beurteilung dieses neuen Modells einfach eine andere Position einnehmen. Weil wir glauben, daß damit eine bessere, noch effizientere Landesverwaltung möglich ist. Weiters möchte ich auch sagen, daß hinsichtlich der gestellten Anfrage an den Landeshauptmann natürlich die Frist noch nicht verstrichen ist und daher auch die Möglichkeit besteht, daß noch innerhalb der Frist diese Antwort einlangen wird. Aus diesem Grund, Kollege Gratzner, werden wir diesem Antrag seitens der ÖVP nicht die Zustimmung geben können.

Lassen Sie mich, meine sehr geschätzten Damen und Herren, am Schluß noch ein Resumé ziehen. Die Entwicklung des Personalbudgets liegt meines Erachtens durchaus im Rahmen der restriktiven Vorgaben und ich glaube, um eine weitere Explosion des Budgets in den nächsten Jahren ausschließen zu können, wird es notwendig sein, daß wir doch einige wesentliche Akzente setzen. Ein solcher Akzent ist, daß wir insbesondere die begonnene Verwaltungsreform vorantreiben und zweitens ganz gezielte echte Deregulierungsschritte bewerkstelligen. Diesbezüglich ist auch heute ein Impuls in Form eines Resolutionsantrages wieder vorgesehen, den Herr Kollege Uhl bereits eingebracht hat. Wichtig für mich ist aber auch, daß diese Deregulierungsschritte nicht nur auf der Landesebene notwendig wären, sondern man sollte auch hier - ich weiß, unsere Möglichkeit ist hier beschränkt - Initiativen setzen, daß auch auf Bundesebene verstärkt eine Deregulierung vorgenommen werden kann. Wir wissen aus der mittelbaren Bundesverwaltung, daß es eine Reihe von Gesetzen gibt, die sicherlich entstaubt und entrümpelt werden könnten und uns damit einen wesentlichen Beitrag für die Effizienz in der Verwaltung liefern könnten.

Bei all diesen Überlegungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, scheint mir wichtig, daß wir doch ein gesundes Augenmaß nicht verlieren. Gewisse Organisationen und Strukturen sind zweifellos durchaus zu hinterfragen, aber aus rein politischen Gründen ist eine Radikaländerung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Verwaltungsstruktur nicht in dieser Form anzustreben, wie es zuletzt vor wenigen Wochen seitens der Freiheitlichen Partei durch ihren Parteiobermann erfolgt ist in der Diskussion um die Abschaffung der Bezirkshauptmannschaften. Es muß daher gelingen und in einer geordneten und ehrlichen Diskussion möglich sein, weitere Verbesserungen

in der Servicequalität der Landesverwaltung zu erreichen. Startsignale sind bereits gesetzt. Mir ist es jedenfalls auch wichtig, meine sehr geschätzten Damen und Herren, daß wir dabei Aktivitäten und Überlegungen im Interesse der Mitarbeiter des Landesdienstes auch im Auge behalten sollen. Denn Motivation und Engagement des Personals sind sicherlich Voraussetzungen, damit wir die hohen Ziele des Landtages auch in die Praxis umsetzen können.

Ich glaube, es wäre auch notwendig, nicht nur ab und zu hier von diesem Rednerpult aus gewisse Erscheinungen in den Verwaltungsabläufen, wenn sie dort mitunter negativ auftreten, an den Pranger zu stellen. Es wäre vielmehr sicherlich wichtig, wenn ab und zu in Anerkennung der Leistungen des Landesdienstes bei offiziellen Auftritten und Reden nicht nur die Mitglieder der Landesregierung sondern auch so manches Mitglied des Hohen Landtages die Leistungen der Landesbediensteten in einem positiven Licht, wie sie sich auch darstellen in der Öffentlichkeit, nennen würden. Damit würden auch wir seitens der Politik des Landes einen wesentlichen Beitrag für die gute Kooperation leisten. Die ÖVP wird dem Budget die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.

Hiezu sind drei Resolutionsanträge gestellt worden. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 6.450.084.000 Schilling und Einnahmen von 875.596.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit

Ausgaben von 181,381.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Zur Abstimmung liegt vor der Resolutionsantrag der Abgeordneten Kautz, Ing. Eichinger, Dkfm. Rambossek und Ing. Dautzenberg. Er bezieht sich auf die Verordnungen zur Erstellung oder Änderung von örtlichen Raumordnungsprogrammen der Gemeinden und urgiert die Möglichkeit einer Teilgenehmigung von Verordnungen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Der Resolutionsantrag 2 stammt von Herrn Abgeordneten Gratzler und beschäftigt sich mit Informationen zum Gruppenleitermodell. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ u. Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Der Resolutionsantrag 3 der Abgeordneten Uhl, Litschauer, Gratzler und Ing. Dautzenberg drängt auf eine weitere Verwirklichung der Bereinigung des Landesrechtes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Moser, zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zur Gruppe 1: In die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwehrewesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 246,413.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 52,099.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,53 Prozent.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Sicherheit ist relativ. Die nicht zu leugnende explodierende Kriminalität in allen Lebensbereichen sowie die ansteigende allgemeine Gewaltbereitschaft läßt es einfach nicht zu, daß man die Augen verschließt und durch beschönigte Zahlen und Statistiken versucht, den Bürger zu beruhigen. Meine Damen und Herren. Ich werde Sie nicht mit Zahlen langweilen, auch nicht mit Hochrechnungen, die ja meistens sowieso nicht stimmen, sondern ich werde versuchen, Sie in die Praxis einzuführen, um Sie mit der tatsächlichen Realität der Kriminalität in Österreich und europaweit zu konfrontieren. Zweifellos hat jeder Staatsbürger und überhaupt jeder Bürger, ob In- oder Ausländer, welcher sich im Hoheitsgebiet eines demokratischen Landes aufhält, einen von der Verfassung garantieren Anspruch auf seine persönliche Unversehrtheit und ein Recht auf Schutz von seiten der Exekutive und deren Instrumentarien. Dieser Schutz und diese Unversehrtheit wird auch dargetan und festgehalten in der Menschenrechtskonvention von 1958, wo insbesondere in den Artikeln 2, 3 und 4 und auch 5 der Menschenrechtskommission der Schutz des Staatsbürgers wie überhaupt der Bürger verankert ist. Zur Durchsetzung dieses Schutzes des Bürgers haben die Politiker entsprechende Gesetze auf Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit zu schaffen und den Vollzugsorganen die Mittel in die Hand zu geben, welche die Durchsetzung dieser Gesetze garantieren und somit das Zusammenleben von unterschiedlichen Bevölkerungsschichten, Religionen, Auffassungsunterschieden zu garantieren.

Eine wesentliche Aufgabe jeder staatlichen Organisation und zu seiner Ausführung ist die Prävention. Prävention ist und bleibt das einzige wirksame Mittel, um Straftaten, um Straftäter bereits vor der Entstehung von strafbaren Handlungen zu bekämpfen. Selbstverständlich kann Prävention nur dann wirksam greifen, wenn durch das soziale Verhalten auf Grund von Vollbeschäftigung, Zufriedenheit die Entstehung von Straftaten unterbunden oder durch präventives kriminalpolitisches Vorgehen bereits im Vorfeld erschwert wird. Daß Prävention das Entstehen von Konflikten und Straftaten nicht

vollständig verhindern kann, liegt schlicht und einfach in der Natur des Menschen. Und schon aus diesem Grunde ist das Phänomen Kriminalität nichts besonderes, sondern ebenfalls eine menschliche Handlung, welche den gleichen Konstellationen unterworfen ist, wie alle anderen menschlichen Handlungen auch.

Verbrechen gibt es, so lange die Menschheit besteht. Verbrechen wird es immer wieder geben. Es wäre unsinnig zu glauben, daß nur härtere Strafen, zum Beispiel ein repressives Strafrecht eine Verminderung oder überhaupt die Einstellung der Kriminalität zur Folge hätte. Es muß daher die Aufgabe eines Staates sein, mit präventiven Maßnahmen die Entstehung von Konflikten und strafbaren Handlungen möglichst einzuschränken, oder die Entstehung solcher Handlungen zu erschweren. Genauso verkehrt wäre es natürlich auch, und das ist die Einstellung vieler Politiker, welche in dem Wahn leben, daß sie glauben, durch ständige Strafrechtsreformen das Phänomen Kriminalität in den Griff zu bekommen. Besonders daneben gegangen ist die Strafrechtsreform ja in Österreich. Ich bin der Überzeugung, daß diese Strafrechtsreform die Täter begünstigt, die Opfer bestraft und die Exekutive in ihrer Ausführung behindert.

Wenn alle Maßnahmen, wie Prävention, soziale Sicherheit etc. nicht mehr greifen, dann setzt in zweiter Linie die Verfolgung des Straftäters durch die geschaffenen staatlichen Organisationen ein. Meine Damen und Herren! Es darf als Tatsache angesehen werden, daß durch die Ostöffnung, durch das Zusammenwachsen Europas ein Ansteigen der Kriminalität vorprogrammiert wurde und daß vor allem ganz neue Formen von Verbrechen und Kriminalität heute zum Tragen kommen. Wir wissen alle, daß im besonderen die Umweltkriminalität, die Drogenkriminalität, die Schutzgelderpressung, der Menschenhandel, Wirtschaftskriminalität in allen Formen, und vor allem die Bandenkriminalität in Österreich zunehmend Fuß gefaßt haben und sich weiter verbreiten. Selbstverständlich gab es kriminelle Delikte und Handlungen auch schon früher in unserem Land.

Wie schon vorher bemerkt, äußert sich eine besondere Art der Kriminalität, die Bandenkriminalität. Es ist eine Tatsache, daß die organisierte Kriminalität insbesondere im Bereich des Drogenhandels und der Geldwäscherei jener Bereich ist, welcher am schwersten zu bekämpfen ist. Insbesondere deshalb, weil die Entwicklung in diesen Bereichen von den Verantwortlichen schlicht und einfach verschlafen wurde. Es ist

eine weitere Tatsache, daß die sträfliche Vernachlässigung der Exekutive durch die verantwortlichen politischen Organisationen und Parteien im Bereich der Ausbildung, Ausstattung und auch der Gesetze schuld daran ist, daß das Verbrechen selbst nicht so bekämpft werden kann, wie es zum Schutz in der Menschenrechtskonvention vorgesehen ist. Die Gegenspieler der Strafverfolgungsbehörden, die Straftäter und ihre Organisationen sind der Exekutive im Bereich der Machtmittel Brutalität und Organisation um Lichtjahre voraus. Beim EG-Gipfel in Luxemburg am 28. und 29. Juni 1991 wurde auf Vorschlag von Bundeskanzler Kohl diskutiert und zum Teil auch in die Tat umgesetzt, eine internationale Polizei zu schaffen, um die aufkeimende Kriminalität in Europa massiv zu bekämpfen. Meine Damen und Herren! Sie haben sicher die Fernsehberichte gesehen, auch vom EU-Gipfel mittlerweile in Italien, in Florenz, wo man nebstbei auch wiederum gesprochen hat über die Europol und endlich zum Entschluß gekommen ist, daß es höchst notwendig ist, hier ein internationales Datensystem zu schaffen, daß endlich auch den Maastricht-Vorschlägen entgegengesteuert werden kann. Mit einem Wort: Die EWG-, EU-, EG-Staaten sind noch längst nicht europareif. Zweifellos wurde sehr viel erreicht, wenn man bedenkt, daß der Nutzen von Europol EDU im Vergleich mit Interpol und Schengen zu sehen ist. Das Schengener Informationssystem ist ein Fahndungssystem mit Ausschreibung zur Festnahme, Aufenthaltsfeststellung, Einreiseverweigerung etc., dem wiederum allerdings bis jetzt nur die Schengener Mitgliedstaaten angeschlossen sind. Es wäre wünschenswert, wenn diese Einrichtung, ähnlich - und ich habe es auch schon des öfteren gesagt - wie in Amerika das FBI, tatsächlich dieselben Befugnisse erhielte, um eine wirksame Verbrechensbekämpfung zu ermöglichen. Ich glaube, daß eine internationale Polizeiorganisation nicht nur dazu da sein sollte, um irgendwelche Tagungen abzuhalten und dann Beschlüsse zu fassen, sondern auch entsprechend gesetzlich vorzugehen.

Die diversen Kriminalitätsformen, angefangen von der steigenden Jugendkriminalität bis zur Schwer- und Schwerstkriminalität in allen Formen des Rechts- und Linksextremismus erfordern eindeutig ein härteres Durchgreifen der Exekutive und damit auch der damit befaßten Gerichte, wobei diese wiederum nur dann handeln können, wenn die politisch Verantwortlichen die nötigen Instrumentarien dafür schaffen. Die Verfechter der weichen Gangart, welche die Devise geschaffen haben, auch berechnete Gewalt produziere Gegengewalt, oder gar, die Freigabe und Legalisie-

Die Beschaffungskriminalität, befinden sich auf einem riesigen Holzweg. Nichts ist so trügerisch und so gefährlich als das Nachgeben und Bagatellisieren der Verantwortlichen auf Grund von begangenen Fehlern der Vergangenheit und der sich nun daraus resultierenden Ohnmacht, diverse Bereiche der Kriminalität nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die Schaffung einer einheitlichen gesamteuropäischen Polizeiorganisation wird unabdingbar nötig sein und auch von den Personen nicht verhindert werden können, die nach einer politischen polizeilichen Konzentration sofort wieder zu schreiben beginnen, Österreich wäre ein Polizeistaat.

Meine Damen und Herren! Ich komme zurück zur Prävention. Ich habe auch in verschiedenen Wortmeldungen hier im Hohen Haus zu dem Thema Sicherheit vorgeschlagen und gesagt, daß wir nicht umhin werden können, auch eine Art Verfassungsschutz, Verfassungsdienst, oder wie immer es heißen soll, hier in Österreich einzurichten. Wir haben mit Erfolg Jahrzehnte hindurch zwei Heeresnachrichtendienste gehabt, die in Zeiten des Eisernen Vorhanges für die beiden militärischen Blöcke und für uns als neutrales kleines Land eine starke Berechtigung gehabt haben. Die haben wirklich viel geleistet. Nur glaube ich, wäre es heute zweckmäßig, aus diesem bestehenden Heeresnachrichtendienst und dem Heeresabwehramt eine Formation zu schaffen, gemeinsam mit der Staatspolizei, mit verschiedenen Untergruppierungen und Spezialeinheiten der österreichischen Polizei hier eine einheitliche schlagkräftige Organisation zu schaffen. Wie gesagt, das FBI in Amerika, in Deutschland der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und auch in Frankreich und Italien ist das längst gang und gäbe.

Meine Damen und Herren! Das wäre einmal die vorbeugende Prävention. Warum das so wichtig ist, ist leicht erklärbar. Wir alle wissen, daß wir heute in diese groß aufgezogenen internationalen Verbrecherorganisationen, die uns haushoch an Technik, an Ausbildung, an Schulung überlegen sind, nicht reinkommen, wenn wir nicht auch Verfassungsdienste in den osteuropäischen Staaten nutzen und hier vorbeugend versuchen, die Großkriminalität aufzuspüren, zu begleiten und nach Möglichkeit schon im Ausland zu zerschlagen. Das ist wichtig und ich freue mich, daß dieser Vorschlag auch schon von der ÖVP, vom Sicherheitssprecher der ÖVP im Parlament aufgegriffen wurde, allerdings derzeit noch ein politisches Dasein fristet irgendwo in einer

Schublade. Weil es eben in Österreich nicht so schnell geht, Entscheidungen zu treffen.

Das wäre einmal das erste. Das zweite Wichtige scheint mir, die innere Sicherheit ist immer so sicher, so sicher unsere Grenzen sind. Dieser Ausspruch ist nicht von mir, sondern vom Bundesminister für Inneres in Deutschland, Kanter, der wiederholt darauf hingewiesen hat, wie wichtig der Bundesgrenzschutz ist. Eine Einheit, wie sie europaweit selten zu finden ist an technischer Ausbildung, an Organisation und auch an Schlagkraft. Wir sollten endlich beginnen, auch einen kleinen, auf österreichische Verhältnisse zugeschnittenen Grenzdienst aufzubauen. Wenn man aber hier mit dabei ist und versucht, einiges einzubringen und tagtäglich die Zeitung liest, dann sagt selbst der Herr Innenminister, die Eurosicherheit sei eine Hängepartie. Oder ich könnte Ihnen hier zitieren: Grenzgendarmarie, Start mit Pannen. Löchrig wie Schweizerkäse, und all diese Dinge, obwohl wir seit 1989 befürworten, einen Grenzdienst aufzubauen.

Ich darf nur erwähnen und ich habe auch schon gesagt, daß ich mit dem Vorgänger von Innenminister Einem, mit Löschnak und einigen sehr hohen Beamten des Innenministeriums vor Ort in Deutschland mir den Bundesgrenzschutz angesehen habe. Und daher die Erfahrung gemacht habe, daß es wirklich eine wunderbar ausgerüstete Truppe ist, die auch österreichweit anzulegen wäre. Und wenn man nur vergleicht - und ich sage jetzt nur zwei Zahlen - daß der Bundesgrenzschutz in Deutschland 29.000 Mann umfaßt, der zwar eine vielleicht doppelt so lange EU-Außengrenze insgesamt bis zum Bayerischen Wald über Tschechien zu kontrollieren hat wie Österreich, und wir in Österreich derzeit zirka, man weiß es nicht einmal genau, tausend Mann im sogenannten Grenzdienst, bei der Grenzgendarmarie draußen stehen haben, dann ist das eine Traurigkeit sondergleichen. Und wenn Sie in der Zeitung lesen, daß wir schon zum Gespött der Europäer werden, weil wir nicht in der Lage oder Willens sind, endlich einmal etwas Effektives aufzubauen. Meine Damen und Herren! Es kann nicht das Sparpaket alleine sein - das ist schon klar, daß in Zeiten wie diesen, auch wenn es immer wiederum heißt, bei der Sicherheit darf nicht gespart werden, auch hier gespart wird. Wir sind sogar sehr dafür. Wir sind insofern dafür, als ein System aufzubauen versucht wurde an der Grenze, bei dem es zu Doppelgleisigkeiten kommt. Wo die Leute vom Zoll, von der sogenannten Grenzgendarmarie, die mehr oder weniger, so traurig es ist, ich sage es hier wirklich offen, eine Hilfsgendarmarie ist, derzeit in einem

Schnellsiedekurs ausgebildet in Zwentendorf über die nötigsten Gesetze, und sonst keine, aber schon nicht die geringste Erfahrung hat, wie es an der Grenze draußen wirklich aussieht. Dazu noch eine Motivation, die katastrophal ist. Weil es ja nicht so sein kann, und ich habe immer wiederum gepredigt und ich nehme das jetzt vorweg, daß auch das politische Dahinterstehen in Österreich gegeben sein muß. Es nützt gar nichts, wenn wir tausende Soldaten, Grenzgendarmen an die Grenze stellen, wenn bei jeder geringsten Gelegenheit - ich verweise hier nur auf diesen tragischen Fall im Sicherheitsbüro in Wien, wo es zu Unzulänglichkeiten gekommen ist, keine Frage. Ich bin der Letzte, der nicht sagt, das muß geahndet werden. Wenn nachgewiesen wurde, daß es so war, dann gehören diese aus dem Polizeidienst entfernt. Aber eine Vorverurteilung, wie sie von seiten der Vorgesetzten, wie sie von Politikern durch die Reihen ergangen ist, das ist bitter. Es hat eine Woche hindurch nur die Schlagzeilen von sämtlichen Medien - ich habe die Titelseiten - die wüstesten Beschimpfungen gegeben und was wir für eine Polizei haben.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Dann darf es uns nicht wundern, wenn diese 30 Mann für die gesamte Ostregion, die im tagtäglichen härtesten Einsatz in der Rauschgiftbekämpfung stehen, nur weil es ein Vorkommnis gibt, das Kind mit dem Bade ausgegossen wird und einfach die Vorgesetzten sagen - der Herr Polizeipräsident - ihm wäre überhaupt lieber, wenn die gleich in Untersuchungshaft bleiben würden. Man muß sich einmal vorstellen, wenn wir uns erlauben würden, von einem Verbrecher, einem Beschuldigten, bevor das Urteil ergeht, im Vorhinein zu sagen, der ist schuldig, der gehört eingesperrt oder dies oder jenes. Und das macht man mit unseren Polizeiorganen. Ich habe ja die Gelegenheit, am Donnerstag bei der Aktuellen Stunde genauere Details einmal aufzuzeigen, was diese 30 Mann österreichweit leisten, nicht nur für Wien bitte, meine Herren. Sondern für die gesamte Ostregion. Die haben wirklich Spitzenleistungen erbracht. Überstunden bis zu 200 Stunden pro Monat. Und wenn sie lesen, daß die Kniescheibe zertrümmert wird, daß sie mit Nigerianern auf der Straße in Zivil durch die Gegend kämpfen müssen, noch dazu, daß sie die eigene Bevölkerung gegen sich haben, dann glaube ich schon, daß es höchst an der Zeit wäre, hier auch motivierend einmal dahinter zu stehen. Und einmal zu sagen, daß es verurteilungswürdig ist, aber daß man wirklich das

Kind nicht mit dem Bad ausgießen soll. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe von den Politikern eine Gegendarstellung vermißt - eine Aussage, nach der auch die Beamten das Gefühl hätten, daß die Politik hinter ihnen stehen würde. Selbst mein Pressedienst ist in keiner Zeitung erschienen und ich habe bei einer Zeitung nachgefragt, warum nicht. Da wurde mir gesagt, die Blattlinie ist anders. Meine Damen und Herren, das ist wirklich arg! Und dann darf es einen nicht verwundern, wenn es um die Sicherheit in Österreich so bestellt ist.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wissen Sie überhaupt - und waren Sie schon jemals an der grünen Grenze und haben Sie sich angesehen, wie es dort aussieht? Es ist keine einzige Streife draußen. Weder drüben auf der tschechischen Seite, noch auf der österreichischen Seite. Und ich habe bei jeder Gelegenheit, auch im burgenländischen Wahlkampf, in Niederösterreich, z.B. in Klein Haugsdorf, die stehen sich gegenseitig auf den Zehen, an Blödsinnigkeiten gibt es keine Grenzen, muß ich auch dazu sagen. Auf der einen Fahrspur werden vom Zoll die grenzpolizeilichen Agenden erfüllt, auf der zweiten Seite auf der gleichen Spur oder bei der Einreise macht es die Grenzgendarmarie. Ja, das kann ja nicht Sinn und Zweck sein. Denn wer etwas von Sicherheit versteht und selbst einmal eine Paßkontrolle vorgenommen hat, weiß sehr wohl, daß es wirklich arge Unzulänglichkeiten gibt. Meine Damen und Herren, da sind wir als Politiker gefordert. Die grüne Grenze ist unbewacht, da ist überhaupt niemand draußen. Und da wurde mir gesagt im März von einem Offizier, bei diesem Wetter - ich habe es schon gesagt und ich wiederhole mich hier - bei diesem Wetter ist sowieso niemand draußen. Ja was glauben Sie, von wo die hunderttausend Illegalen herkommen? Das sind ja nur Spitzen des Eisberges, die durch Zufall oder durch Information aufgegriffen wurden. Und ausländische Organisationen informieren uns schon. Die sind gerne bereit, die Bayerische Grenzpolizei, uns darauf hinzuweisen, daß wir vorsichtig sein sollen, daß Rumänenbanden im Anzug sind usw. Was machen wir? Überhaupt nichts. Wir schicken, ich möchte jetzt fast sagen, Pensionisten, Gendarmen im Pensionsalter sind das, die dann mit der Pistole in der Hand durch die Gegend huschen. Wenn man das so sieht, glaubt man, Räuber und Gendarm wird im wortwörtlichsten Sinne gespielt. Ich frage mich wirklich, wo sind die Verantwortlichen, die wirklich einmal diese Supereinheit der Gendarmarie, diese sogenannte Kobra, aus ihrer Behausung herausholen und einmal sagen, daß die schönen Tage

jetzt vorüber sind. Daß es nicht so sein kann, daß sie sich rund um die Uhr selbst bewachen, friedlich ein Dasein fristen und für den Herrn Bundeskanzler oder andere Persönlichkeiten einfach nur als Leibwächter fungieren und mit der AUA irgendwo in ein exotisches Land fliegen. Meine Damen und Herren! Das sind einige - ich weiß schon, das ist kraß geschildert, aber das sind Tatsachen. *(Abg. Klupper: Eine Eliteeinheit hat andere Aufgaben als die Grenzsicherung!)*

Was heißt, andere Aufgaben? Wenn ich draußen niemanden habe, Herr Kollege Klupper, dann muß ich umgruppieren. Ja was haben die Deutschen gemacht? Die hätten ja auch sagen können bei der Wiedervereinigung, dort haben wir die Volkspolizei gehabt, dort haben wir jetzt niemanden. Bis wir den Bundesgrenzschutz vom Westen nach dem Osten transferieren, müssen wir halt warten, was uns da ins Haus steht. Weißt Du, was die gemacht haben? Binnen drei Tagen waren die mit ihren Einheiten an der Ostgrenze, haben die einmal besetzt, haben sich dann die Leute herausgesucht von der ehemaligen Volkspolizei und haben binnen weniger Wochen einen effektiven Grenzschutz ausgebildet und aufgebaut. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Meine Damen und Herren! Das ist ja nicht über Nacht gekommen. Wir haben ja gewußt, was uns bevorsteht. Wir wollten in die EU, das haben wir angestrebt. Wir haben die Ostöffnung gesehen. Wir haben gewußt, wir sind gewarnt worden. Es hat Hinweise gegeben. Ja die Deutschen haben sich selbst bitte angeboten. Ich habe das jetzt erst unlängst dem Herrn Innenminister Einem gesagt. Davon weiß er nichts. Das ist wirklich bedauerlich, daß es einen Minister gibt, der für das Innenressort zuständig ist und nicht weiß oder nicht wissen will oder glaubt, er brütet ein Geheimnis in Mödling aus. Der nicht weiß, daß sich die Deutschen angeboten haben im Zuge des EU-Abkommens, unseren Grenzbehörden mit technischer Hilfe zur Seite zu stehen, auszubilden und uns zu helfen. Davon wurde nie Gebrauch gemacht. Das heißt, wir können uns gar nicht ausreden, sondern wir wollen einfach nicht. Wir sind unfähig, irgendetwas Effektives zu machen. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte mich nicht verbreiten. Wir haben ja noch Gelegenheit kommenden Donnerstag, über einige Dinge zu reden. Und jetzt werden Sie auch sehen - und ich nehme es vorweg - wie wichtig es ist, auch hier im Landtag über Sicherheit zu reden. Und es ist nicht so, daß man nur immer glaubt, das ist eine Bundeszuständigkeit. Meine Damen und Herren! Die Zeiten des Nichtstuns, des Zuwartens sind vorüber. Wir müssen handeln! Und wenn wir jetzt mitten drin in all diesen Dingen stehen, dann ist

das kein Skizzieren von - ich weiß nicht, lesen Sie einmal aufmerksam Polizeiberichte, das ist eine Horrorszene, die sich da gebildet hat. Und es ist eigentlich viel ärger als wir glauben. Das ist nicht ein den Teufel an die Wand malen, sondern da ist es höchste Zeit. Es ist eine Viertelstunde nach zwölf, hier endlich einmal tätig zu werden und nicht zu warten, bis sich andere für uns etwas überlegen wollen.

Zum Schluß einige Anmerkungen: Letztendlich gehört das auch zum Thema, zur niederösterreichischen Sicherheit, die vielen tausenden freiwilligen Männer der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, des Zivilschutzes. Ich weiß, daß ich hier für diese Organisationen nur einen ganz kleinen Platz und nur wenige Worte finde. Es ist deswegen, weil ich weiß, daß die Prioritätenlösung für Niederösterreich, für Österreich, für Europa heute die ist, daß gehandelt werden muß. Es ist eine Selbstverständlichkeit, so sehen wir es zumindest, daß tausende Feuerwehrkameraden Tag und Nacht im Einsatz stehen unter Einsatz ihres Le-

bens und auch mitunter mit schlechter Ausrüstung, nicht am letzten Stand der Technik. Aber dazu kommen wir auch noch in weiterer Folge der Budgetberatung. Ich danke hiermit im Namen der Freiheitlichen allen diesen Hilfsdiensten: Der Feuerwehr, dem Roten Kreuz, Bergrettung, Zivilschutz, daß sie für Niederösterreich unentgeltlich, oft nicht bedankt, ihre Freizeit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht auf die Zahlen eingehen, aus prinzipiellen Gründen, zum Thema Sicherheit. Ich hoffe, daß es in Niederösterreich ein Umdenken geben wird, daß wir in der Sicherheit in Niederösterreich ein bißchen, mehr oder weniger einen Einklang auf Bundesebene finden. Derzeit können wir diesem Kapitel nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde auf die Ausführungen des Abgeordneten Preisler nicht eingehen, weil wir ja am Donnerstag eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema abhalten und dort sicher Gelegenheit haben, im Detail dann darüber zu sprechen.

Das Budget 1997 wurde von der Landesregierung und den politischen Vertretern einstimmig beschlossen und dem Landtag vorgelegt. Es liegt nun uns, dem Landtag, zur Beratung und letztlich auch zur Beschlußfassung vor. Und ich könnte es mir sehr einfach machen und sagen, die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Budget zustimmen, was eigentlich im Sinne des Spargedankens wäre. Ökonomisch könnten wir Zeit ersparen, man bräuchte weniger Protokoll zu schreiben und die Druckkosten würden auch sinken. Denn zum vorgelegten Budget werden wir sicher Anregungen, Wünsche, Resolutionen einbringen, letztlich wird sich aber an der ziffernmäßigen Zusammenstellung nichts ändern, obwohl die Budgethoheit eigentlich beim Landtag gelegen ist. Ich werde zur Gruppe 1 dennoch einige Anmerkungen machen und ich hoffe, daß wir dann doch in Zukunft etwas verändern können.

Sicherheit, das hat auch Kollege Preisler schon gesagt, ist nicht nur im Bereich der Exekutive, der Zollwache, des Bundesheeres zu sehen, sondern Sicherheit umfaßt eigentlich einen viel größeren Bereich, der auch von verschiedenen Organisationen abgedeckt wird. Der Begriff Sicherheit beinhaltet aber viele andere Faktoren. Er hat wirtschaftliche, soziale, ökologische Dimen-

sionen. Neue Gefahren der Sicherheit haben an Aktualität gewonnen. Extenzielle Not, soziale Differenzen, religiöse und rassistische Radikalisierung, die Minderheitenkonflikte, Umweltkatastrophen, die internationale Kriminalität, Terrorismus sowie die großen Wanderbewegungen nicht nur in Europa, das sind jene Probleme, die heute die Sicherheit bewegen. Dazu kommt aber auch noch die Neuordnung der europäischen Sicherheit bei der Umsetzung der Sicherheit im gesamten, aber auch nationale Probleme unterschiedlichster Art. Die Schwerpunkte der internationalen und nationalen Sicherheitsaufgaben sind ja, wie schon lange bekannt, im Bereich der Drogenkriminalität, des organisierten Verbrechens, des Menschenhandels, der Geldwäscherei zu setzen. Weiters muß aber auch die polizeiliche Zusammenarbeit - und auch hier stimme ich überein - die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz, der Straf- und Zivilrechtssachen sowie auch im Bereich der Zollwache ausgebaut werden.

In einer Zusammenfassung eines internationalen Berichtes der Europol werden diese Schwerpunkte aufgelistet. Sie zeigen die Bandenbewegung von den Ursprungsländern der ehemaligen Sowjetunion ausgehend über den Balkan bis in das kriminelle Milieu in Warschau, Budapest, Prag, Berlin, Frankfurt. Aber auch Österreich ist in letzter Zeit von der Ostmafia als Durchzugsland benutzt worden.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union und dem Schengener Abkommen hat Österreich die Sicherung der Außengrenze vorzunehmen. Eine daraus resultierende Verpflichtung stellt der Aufbau einer wirksamen Grenzkontrolle, einer Überwachung zu allen Nachbarstaaten innerhalb einer Zweijahresfrist dar. Der Ausbau der Grenzgendarmarie ist in Niederösterreich sehr weit fortgeschritten und zeigt auch bereits einen beachtlichen Erfolg, Herr Kollege Preisler. Das ist nachzulesen. In der relativ kurzen Zeit seit Anfang Oktober 1995 kann der Grenzdienst sage und schreibe 5.621 Zurückweisungen aufweisen, 258 Festnahmen, 1.326 Anzeigen, und 235 Illegale wurden aufgegriffen. Dazu kommt selbstverständlich auch noch der Einsatz des österreichischen Bundesheeres an der Grenze von 1990 bis 1995 mit 23.700 illegalen Grenzgängern aus 86 Staaten. Dies zeigt, daß die Außengrenze derzeit schon einem Großteil des Schengener Abkommens entspricht. Die Sicherung der Außengrenze hat aber auch Auswirkungen auf innere Sicherheit. Die Statistik zeigt, daß in den Grenzbezirken Bruck/Leitha, Gänserndorf und hinauf nach Mistelbach die Kriminalitätsrate

gesunken ist und die strafbaren Handlungen zurückgegangen sind.

Was die angesprochene Personalsituation bei der Exekutive betrifft, so ist sie sicher als angespannt zu beschreiben. Die Maßnahmen auf Grund des Sparpaketes, die Einsparungen im Dienstpostenbereich werden im Zuge einer Belastbarkeitsstudie, die derzeit noch nicht vorliegt, gesondert zu behandeln sein.

Was nun die Kriminalstatistik im Vergleich zu 1994/1995 zeigt, so haben wir im Bereich des Verbrechens eine Abnahme von 11,1 Prozent und bei Vergehen von 12,7 Prozent. Erfreulich ist auch - und das muß auch bemerkt werden - daß in den vergangenen Jahren im Straßenverkehr die Unfallhäufigkeit zurückgegangen ist und Unfälle mit tödlichem Ausgang weniger geworden sind. Meine Damen und Herren! So gesehen zählt Niederösterreich und Österreich, auch wenn es da und dort nicht immer zufriedenstellende Statistiken gibt, zu einem sicheren Land in Europa.

Ein weiteres aktuelles Thema, das zu großer Verunsicherung im Bereich der Sicherheit geführt hat, ist das leidige Problem bei den Feuerwehr- und Zeltfestaktionen. Es ist ja bekannt, daß auf Grund einer Klage der Wirtschaftskammer beim Verwaltungsgerichtshof derzeit noch keine Entscheidung, die Zeltfeste betreffend vorliegt. Wie Zeitungsberichten der letzten Wochen zu entnehmen war, hat die Kammer nun wieder eine "Aktion scharf" betreffend der Zeltfeste eingeleitet. Und wie dem "Kurier"-Artikel zu entnehmen war, droht sie sogar jene, die eine Standortverlegung mit ihrer Konzession vornehmen, zu bestrafen. Meine Damen und Herren! Die Rettungsorganisationen, so auch die Feuerwehr, finanzieren ihren Betriebsbedarf und die Ausrüstung durch Förderungen seitens des Landes. Das Land wird heuer ungefähr 400 Millionen dazu beitragen. Beiträge aus den Gemeinden ungefähr in derselben Höhe kommen dazu und der Rest dieses finanziellen Bedarfes wird durch Veranstaltungen und Spenden aufgebracht. Der Bedarf liegt österreichweit bei ungefähr 1,5 Milliarden Schilling. Und davon allein werden von den Freiwilligen Feuerwehren zirka 25 bis 40 Prozent der Mittel aufgebracht. Wenn ich den Bezirk Gänserndorf nehme, der jetzt die vier Abschnitte abgeschlossen hat, so haben wir 94 Feuerwehren in diesem Bezirk und die haben ein Budget von 34 Millionen Schilling pro Jahr. Aus dem Rechnungsbericht geht hervor, daß allein 18 dieser 34 Millionen, die aufzubringen sind, aus diversen Veranstaltungen und Spenden aufgebracht werden. Letztlich dienen ja diese

Mittel, die aus diesen Veranstaltungen aufgebracht werden, wiederum für den Ankauf der technischen Ausrüstung für die Feuerwehr, Fahrzeuge etc., sowie die Einrichtung oder den Bau von Feuerwehrhäusern. Das heißt, diese Mittel, die aufgebracht werden, werden ja zweckgebunden und widmungsgemäß verwendet. Und ich darf folgendes dazu sagen: Daß diese Veranstaltungen sicher nicht nur dem Zweck der Geldmittelbeschaffung dienen. Sondern sie haben oft auch gesellschaftspolitischen Charakter in einer Katastralgemeinde oder Gemeinde. Weil sonst ja eigentlich niemand bereit ist, diese Veranstaltungen zu übernehmen. Rein aus organisatorischen Gründen, die auch in Personalkosten münden.

Das heißt, würden diese Veranstaltung in den Katastralgemeinden und Gemeinden nicht stattfinden, würde dieser gesellschaftspolitische Aspekt, der zweifelsohne in den Kleingemeinden notwendig ist, weil das oft die einzige Kommunikationsstätte ist, verloren gehen. Und letztlich müssen wir sagen, daß diese Veranstaltungen ja auch der Gastronomie etwas bringen. Großveranstaltungen werfen ja auch eine Umwegrentabilität ab, denn die Menschen, die hinkommen, werden ja auch in den einzelnen Gastronomiestätten dort konsumieren. Ich würde um folgendes bitten: Daß man dieses Problem, das derzeit im Bereich der Zeltfeste vorhanden ist, nun endlich einmal bereinigt. Die Möglichkeit besteht ja in einer Änderung der Gewerbeordnung. Wenn wir schon uns im großen Europa befinden, dann soll auch eine Liberalisierung der Gewerbeordnung in diesem Bereich möglich sein.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich auf das leidige Problem des schleppenden Ausbaues des Warn- und Alarmsystems eingehen. Unsere östlichen Nachbarstaaten bauen die Atomkraftwerke weiter aus. Im unmittelbaren Bereich werden immer mehr Atomgefahren schlagend. Gerade jetzt, 10 Jahre nach Tschernobyl, müssen wir daher verstärkt das sogenannte Frühwarnsystem ausbauen. Es ist unverständlich, daß gerade im Verwaltungsbezirk Gmünd bis heute die sogenannten Warn- und Alarmanlagen bei den freiwilligen Feuerwehren noch nicht installiert sind. Denn von den 89 Feuerwehren sind erst 29 an dieses Alarmsystem angeschlossen. Ich darf daher den Herrn Landesrat Blochberger ersuchen, gerade in den Grenzbezirken den raschen Ausbau des Warn- und Alarmsystems zu forcieren. Denn wenn wir heute einen Resolutionsantrag einbringen, der in diese Richtung zielt, daß wir vorgewarnt werden bei

Katastrophen, dann sollte gerade in den Grenzbezirken der Ausbau rasch vor sich gehen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich allen, die mit Sicherheitsaufgaben in Niederösterreich betraut sind, meinen herzlichen Dank aussprechen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß trotz der Sparmaßnahmen die Sicherheit in Niederösterreich in keiner Weise leiden soll und daß wir unseren Sicherheitsstandard - und wir haben einen sehr hohen in Niederösterreich und in Österreich - auch weiter beibehalten. Wir werden selbstverständlich der Budgetgruppe 1 die Zustimmung geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Sicherheitsbereich ist ein sehr umfassender. Wir haben, glaube ich, in diesem Hause in den letzten Jahren, aber auch heuer schon viele Debatten abgeführt darüber und viele Probleme aus dem Sicherheitsbereich diskutiert. Auch meine Vorredner haben heute einige Bereiche der Inneren Sicherheit behandelt. Und ich möchte vorweg, damit auch meine Ausführungen nicht falsch verstanden werden, feststellen, daß trotz der sicherlich vorhandenen Bedrohungen wie dem Verkehr, wie der Kriminalität, wie Veränderungen durch die Ostöffnung usw. Österreich eines der sichersten Länder der Welt ist. Das ist so, das können wir nicht wegdiskutieren und wollen wir nicht wegdiskutieren. Trotzdem glaube ich, ist es unser Ziel und soll es unser Ziel sein, alles zu unternehmen, um die Sicherheit in Niederösterreich noch zu verbessern, Sicherheitsdefizite zu orten und anzusprechen und auch durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen.

Und ich meine, Herr Kollege Preisler, daß es natürlich beim Aufbau der Grenzgendarmarie Probleme gegeben hat und das alles nicht über Nacht erledigt ist. Das liegt auch teilweise daran, daß natürlich Gendarmeriebeamte eine gediegene und entsprechend längere Ausbildungszeit brauchen und nicht bereits als Gendarmeriebeamte auf die Welt kommen. Und wenn es nun Übertritte von der Zollwache ergibt, so muß auch hier eine Nachschulung im Bereich des Gendarmeriewesens erfolgen. Das heißt also, daß wir sicherlich noch nicht den Standard erreicht haben, den wir erreichen müssen, vor allem an der EU-Außengrenze. Daß wir aber auf dem Weg sind, hier durch gute Ausbildung dieses

Ziel zu erreichen. Und ich möchte gleich sagen, ich verstehe nicht ganz, warum die Freiheitlichen dieser Gruppe nicht zustimmen. Denn all das, was Du angesprochen hast, ist eigentlich nicht Angelegenheit des Landes Niederösterreich. Du hast keine einzige Budgetziffer angesprochen. Eigentlich liegt das im Bundesbereich. Wir versuchen, auf Landesebene unser Möglichstes zu tun, soweit es in unserem Kompetenzbereich liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute aus dieser großen Facette eigentlich zwei Bereiche herausnehmen. Einmal den Bereich der organisierten Kriminalität, weil dieser Bereich eigentlich Realität geworden ist und bei organisierten Straftätergruppen in den letzten Jahren eine deutliche Qualitätssteigerung festgestellt werden mußte. Und der zweite Bereich, mit dem ich mich befassen möchte, ist der Bereich des Katastrophenschutzes. Ein Bereich, der meist erst dann wirklich Beachtung findet, wenn die Katastrophe da ist und der nach der Bewältigung einer Katastrophe sehr rasch wieder in Vergessenheit gerät.

Nun zu Fragen aus dem Bereich der Drogen- und der Suchtgiftkriminalität. Ich glaube, wir schenken diesem Bereich etwas zu wenig Aufmerksamkeit. Er wird auch leider häufig verharmlost, obwohl er immer stärker unsere Gesellschaft berührt und auch - so meine ich - sehr stark mit der zunehmenden Brutalität und Gewalt, die wir erleben, in Zusammenhang steht. Ich verweise da auf laufende Schlagzeilen in den Medien. Ich möchte sie gar nicht alle wiedergeben, sie sind wöchentlich zu finden: "Brutalität nimmt zu", "12 Morde in der Wiener Drogenszene", "Rauschgift wird immer billiger", "Alter der Süchtigen sinkt", "Milliarden für Rauschgift", "Tanz mit dem Tod" usw. Wenn man täglich die Zeitung liest, muß man darauf stoßen, daß hier ein großer Problembereich vorhanden ist. Auch der Sicherheitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1994 zeigt die Dramatik dieser Entwicklung auf. Wobei uns allen klar ist, daß die angeführten Zahlen und Fakten nur die Spitze eines Eisberges darstellen und die Dunkelziffer gerade in diesem Bereich sehr groß ist. Europaweit müssen wir einen starken Anstieg der Suchtgiftkriminalität und des Suchtgiftkonsums feststellen. Wenn 1994 in Europa 28 Tonnen Kokain, 790 Tonnen Cannabis-Produkte, 10 Tonnen Heroin von den Sicherheitsbehörden sichergestellt wurden, dann kann man erahnen, welches Ausmaß dieser organisierte Suchtgiftschmuggel international angenommen hat und vor allem, was für

gigantische Geldwäscherei mit diesem Bereich des Verbrechens verbunden ist.

Österreich ist von dieser Entwicklung nicht abgekoppelt, die Zahl der Anzeigen nach dem Suchtgiftgesetz sind gegenüber dem Vorjahr um 15,6 Prozent gestiegen. Ein Vergleich der Zahlen des Anstieges: 1992 plus 45 %, 1993 plus 39,8 %, 1994 plus 15,6 %. Wir stellen daher einen anhaltenden Trend in diesen Bereichen fest. Niederösterreich hat 1994 einen Zuwachs von 45,7 Prozent verzeichnet, also weit über den Bundeschnitt, weshalb ich auch heute mich mit dieser Problematik etwas näher befasse.

Die Szene, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht mehr auf die Städte begrenzt. Sie geht weit hinaus in unsere Gemeinden und Ortschaften. Besonders alarmierend ist die Altersstruktur. Konsumenten und Dealer werden immer jünger. Das Verteilernetz wird dichter, die professionellen Verteiler werden jünger und der Stoff wird auch immer jüngeren Menschen angeboten. Experten der Drogenszene meinen, daß jeder fünfte oder sechste Jugendliche Erfahrungen mit Drogen hat. Die Aufputzmittel sind im Vormarsch. Bei Parties, bei Clubbings, in Diskotheken werden sie landesweit angeboten und verkauft. Und im Mix mit Schlafmitteln, mit Alkohol, mit Kokain kommt es dann zu den verheerenden Folgen wie Brutalität, Terror, aber auch - und das bedarf einer eigenen Untersuchung - der Zusammenhang mit Verkehrsunfällen ist sehr stark gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen jenen helfen, die in Abhängigkeit geraten sind, aber mit aller Schärfe gegen jene vorgehen, die aus der gesundheitlichen und sozialen Schädigung anderer ihren Nutzen ziehen. Und wir müssen die Bevölkerung davor schützen durch Begleiterscheinungen des Drogenmißbrauchs unzumutbar belästigt oder sogar gefährdet zu werden. Es gilt einerseits, die Drogenkriminalität stärker zu bekämpfen. Durch vermehrte internationale Zusammenarbeit - da sind wir einer Meinung - nur durch internationale Zusammenarbeit wird man dieses Problem wirklich bekämpfen können. Auch durch vermehrte verdeckte Einsätze, aber auch durch effektivere Verfolgung der Geldwäsche, um an die Hintermänner und Drahtzieher heranzukommen. Andererseits ist die Prävention, die Behandlung und Aufklärung zu verstärken. Es geht letztenendes um die Verhinderung der Sucht. Das beginnt in den Familien, denn Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit sind die besten Schutzfaktoren vor Drogen. Das gilt für die Schulen, denn seelisch gesunde, selbstbewußte Kinder

sind einem geringeren Suchtrisiko ausgesetzt. Und es gilt für uns alle, nämlich nicht wegzusehen, sondern mitzuhelfen und mit diesem Problem fertig zu werden.

Ein anderer Bereich der organisierten Kriminalität ist das Schlepperwesen und ist die Schutzgelderpressung. Beide Bereiche treten in letzter Zeit in Österreich stärker in Erscheinung. Vor allem das Schlepperwesen ist im Vormarsch. Ich möchte nur zwei Zahlen nennen: 1993 wurden in Österreich 854 Schlepper aufgegriffen. Die Zahl der Geschleppten stieg um das Dreifache auf 6.332 Personen. Vor allem Rumänen, Türken und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien werden von den eigenen Landsleuten, aber auch von Österreichern geschleppt. Rund 50 Prozent davon über die grüne Grenze, der Rest aber in Reisebussen, in Pkws, in Reisezügen. 25 Prozent der geschleppten geben an, daß sie Österreich als Ziel haben. Und obwohl, meine sehr geehrten Damen und Herren, zahlreiche Schlepperorganisationen in den letzten Jahren zerschlagen worden sind, blüht das Geschäft mit dem Schlepperwesen nach wie vor. Eine ähnliche Entwicklung gibt es in den Bereichen der Rotlichtszene und der Schutzgelderpressung, sowie der Wirtschafts- und Eigentumskriminalität. Speziell die Eigentumskriminalität ist bestens organisiert. Es werden großteils nur Sachen beschafft, für die bereits ein Abnehmer vorhanden ist oder die besonders rasch verwertet werden können. Den ausführenden Tätern, die erwischt werden, sind die Drahtzieher kaum bekannt. Auch beim Geschäft des Kfz-Diebstahls ist das so, sodaß an die Hintermänner über die eigentlichen Täter kaum heranzukommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die laufenden Veränderungen des kriminellen Bedrohungsbildes erfordern auch entsprechende Änderungen der Bekämpfungsstrategien. Dazu gehört einiges, zum Beispiel ein offensives, von der Anzeigeerstattung unabhängiges Vorgehen. Die Ausstattung der Exekutive mit besseren technischen Hilfsmitteln - die besten technischen Hilfsmittel sind hier gerade gut genug - den Einsatz technischer und elektronischer Überwachungsmittel, internationale Zusammenarbeit und Nutzung aller internationalen Instrumentarien und Dokumentationen. Und natürlich modernste Forschung und Ausbildung für unsere Exekutivorgane. Wir müssen uns im klaren sein, die Staatsgrenzen stellen für Kriminelle kaum ein ernst zu nehmendes Hindernis dar. Sehr wohl aber leider nach wie vor für die Exekutive und Gerichte, denn diese müssen viele bürokratische Hürden überwinden. Ich glaube, daß nur mit internationaler

Zusammenarbeit, mit einem gut ausgebildeten Exekutivkorps, mit Spezialisten in diesem Bereich, die für diese speziellen Aufgaben und nur für diese speziellen Aufgaben herangezogen werden, daß wir letztenendes in der Verbrechensbekämpfung nur damit noch erfolgreich sein können.

Und nun noch ein paar Worte zum Zivil- und Katastrophenschutz. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktuelle Ereignisse weisen immer darauf hin, daß Katastrophen jederzeit und überraschend eintreten können und zur Bewältigung vorbereitende Maßnahmen unumgänglich sind. Gerade jetzt in den letzten Tagen, ich verweise auf die Unwetterkatastrophe in Kärnten. Sie zeigt, wie wichtig diese vorbereitenden Maßnahmen sind. Und ich stelle fest, daß ohne Einsatz der Feuerwehren und des Bundesheeres, der Rettungsorganisationen und vieler freiwilliger Hilfsorganisationen eine solche Katastrophe kaum bewältigt werden kann. Dazu gehören natürlich auch die Vorbereitungen der Behörden, die Aufklärung der Bevölkerung. Auch in Niederösterreich sind wir auf diese Bereiche und diese Dienste angewiesen. Und ich möchte mich bei allen bedanken, die in Niederösterreich ständig bereit sind, um in Notfällen zu helfen. Ob bei den Feuerwehren- und Rettungsorganisationen, dem Zivilschutzverband, den vielen weiteren Hilfsorganisationen, überall sind Frauen und Männer tätig, die viel Freizeit opfern, sich ausbilden lassen und oft persönliche Gefahren auf sich nehmen, um dem Nächsten zu helfen. Sie leisten einen großen Beitrag für die Sicherheit des Landes und es gilt, diese Organisationen zu unterstützen. Und ich bin mit meinem Vorredner einer Meinung, die immer wieder im Sommer anlaufenden und wiederkehrenden Mediendiskussionen über die Feuerwehreffeste sind letztlich entbehrlich.

Abschließend noch ein paar Sätze zum Bedrohungsbild der Kernkraftwerke. Das Bedrohungsbild einer großräumigen Verstrahlung nach einem Unfall ist wohl das gefährlichste Bedrohungsbild, das wir derzeit vorfinden und es erfordert viele vorbereitende Maßnahmen. Eine davon, und ich möchte mich auf diese eine heute beschränken, ist die ständige Information über Störungen im Kraftwerksbereich. Also eine vertrauensbildende Maßnahme, die zwischen jenen Ländern herrschen muß, die Kraftwerke betreiben und jenen - wie unser Land - die auf Atomkraft verzichten. Leider funktioniert das nicht. Es funktioniert nicht so, wie wir uns das vorstellen. Ein typisches Beispiel war Mitte Mai, als wir aufmerksam wurden durch Anrufe aus vielen Apotheken, was denn hier los sei, weil es plötzlich

einen Run auf Kalium-Jodid-Tabletten gibt, obwohl sich vorher monatelang niemand um die Kalium-Jodid-Tabletten gekümmert hat. Die Auskunft jener, die sie sehr rasch in den Apotheken beschafft haben war, es gibt einen Brand in Bohunice. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun haben wir bei Landeswarnzentrale und Bundeswarnzentrale die notwendigen Informationen eingeholt. Tatsache war, es hat in diesem Bereich eine große Katastrophenschutzübung der Slowaken gegeben, die im slowakischen Rundfunk dokumentiert und bekanntgegeben wurde. Und viele Österreicher, die diese Sprache beherrschen und das gehört haben, waren verunsichert, weil sie vermeint haben, es gibt einen Störfall in diesem Kraftwerk. Ich glaube, daß dieses Beispiel zeigt, daß es notwendig ist, daß stärkere vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Ländern erfolgen müssen. Und ich darf in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Klupper und Sivec zur Gruppe 1 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

In den Tagen rund um den 1. Mai 1996 wurde der 10. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl begangen. Die damalige Katastrophe war dadurch gekennzeichnet, daß wichtige Informationen nicht bzw. verspätet an andere Staaten und Behörden weitergeleitet wurden.

Mit der mittlerweile erfolgten Öffnung des ehemaligen Ostblocks wurde auch eine bessere zwischenstaatliche Beziehung mit den ehemaligen Ostblockstaaten eingeleitet. Desungeachtet ist es

jedoch so, daß österreichische Behörden über Störfälle bzw. Katastrophenschutzübungen nicht oder nur verspätet informiert werden. So wurden beispielsweise die österreichischen und niederösterreichischen Behörden von der Mitte Mai durchgeführten Katastrophenschutzübung im Raum Bohunice, bei der Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Störfall in einem Atomkraftwerk geprobt wurden, viel zu spät informiert. Die niederösterreichische Bevölkerung wurde erst durch Meldungen und Berichte im slowakischen Rundfunk auf diese Übung aufmerksam. Dies trug wesentlich zu einer Verunsicherung und Beunruhigung der Bevölkerung bei. Gleichzeitig schürt dies das Mißtrauen der österreichischen Bevölkerung in die Mentalität der slowakischen Kernkraftwerksbetreiber.

Es wäre unbedingt erforderlich und entspricht gutnachbarschaftlicher Beziehungen, daß Nachbarländer über die Durchführung solcher Katastrophenschutzübungen informiert werden. Eine entsprechende Information der Bevölkerung wäre aufgrund dessen notwendig. Es ist daher erforderlich, mit der Slowakei und anderen Nachbarländern einen Vertrag über gegenseitigen Austausch von Informationen als vertrauensbildende Maßnahmen vorzusehen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um zu erwirken, daß Verträge mit diesen Nachbarländern in der Art abgeschlossen werden, damit auch Großübungen im Bereich der Atomkraftwerke der Nachbarstaaten rechtzeitig an österreichische Behörden mitgeteilt werden, um eine Information für die Bevölkerung zu ermöglichen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich möchte abschließend nochmals allen, die im Bereich der Sicherheit in Niederösterreich tätig sind, für ihren Einsatz herzlich danken. Sie sind Idealisten, die für dieses Land ihre Freizeit opfern, die sehr viel beitragen um für die Sicherheit der Bevölkerung da zu sein. Es gilt ihnen allen unser herzlicher Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich werde diesem Antrag des Abgeordneten Klupper und Sivec beitreten und wir werden als Fraktion zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, und der nun eingebrachte Resolutionsantrag. Ich lasse zunächst über den Antrag, dann über den Resolutionsantrag abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 246,413.000 Schilling und Einnahmen von 52,099.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Klupper, Sivec und Preiszler. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Moser, zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich berichte zur Gruppe 2:

Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, umfaßt die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemeinbildenden Unterricht, den berufsbildenden Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische Jugend-erziehung, den Sport und die außerschulische Leibeserziehung, die Erwachsenenbildung sowie

für Forschung und Wissenschaft. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 11.414,081.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 9.276,837.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 24,62 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 153,893.000 Schilling und Einnahmen von 318.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für den Bericht. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident!
Hoher Landtag!

Es wird, so hat uns der Herr Landesrat am Vormittag in seiner Einbegleitungsrede mitgeteilt, im investiven Bereich keine Kürzung geben. Das mag, so hat er uns weiter gesagt, auf den ersten oberflächlichen Blick nicht klar ersichtlich sein. Ohne hier polemisch sein zu wollen, da muß ich ihm ganz recht geben. Aber mehr noch, auch wenn ich mir das Budget sehr genau durchgeschaut habe, so sehe ich doch, daß Kürzungen erfolgt sind, dort wo er sagt, daß es nicht so ist. Denn wenn man in den investiven Bereich auch die Ausbildungskosten hineinnimmt - und das, meine ich, sollte man doch - so steht jedenfalls fest, daß zum Beispiel bei dem Posten "allgemeinbildender Unterricht" 50 Millionen eingespart werden. Beim berufsbildenden Unterricht 20 Millionen, bei den Kindergärten 30 Millionen. Das sind allein schon 100 Millionen, ohne daß ich die kleineren Posten, zum Beispiel Sportförderung oder Sportstättenbau dazugenommen habe.

Die Gesetzesänderungen, die notwendig sein werden, daß wir diese Einsparungen tatsächlich auch in die Wirklichkeit überführen können, werden wir zum Teil erst beschließen müssen. So zum Beispiel das neue Kindergartengesetz am Donnerstag, wo diese 30 Millionen, die bis jetzt als Landesmittel gezahlt werden, zum Teil auf die Eltern aber auch auf die Gemeinden - wir werden das ja sicher noch ausführlich diskutieren - überwältigt werden müssen.

Heute vorweg einiges Grundsätzliche zur Kinderbetreuung: Das Erziehen und Betreuen von Kindern ist eine gesellschaftliche Aufgabe, eine notwendige Aufgabe, auf die auch jene angewiesen sind, die diese Aufgabe und diese Leistung nicht erbringen. Soweit, meine ich, sollte Einigkeit bestehen und so viel ich weiß, besteht sie auch. Darüber aber, in welcher Form den kindererzie-

henden Eltern Unterstützung geleistet werden soll, darüber besteht eben diese Einigkeit nicht immer. Denn es ist dies, welche Position man da einnimmt, ohne jede Frage auch eine Frage des gesellschaftlichen Standortes und der gesellschaftspolitischen Absichten. Denn mit der Frage, wie man die Kinderbetreuungen subventioniert, steuert man ganz bestimmt auch die Frage der Kindererziehung an sich. Ich denke, daß man hier die verschiedenen Standpunkte am ehesten versöhnen wird können, wenn man die Entscheidung denen überläßt, die davon auch wirklich betroffen sind, nämlich den betroffenen Eltern. Die Eltern sollen darüber entscheiden, welche Form der Betreuung sie für ihre Kinder als die richtige finden. Wobei diese Wahlfreiheit natürlich tatsächlich nur gegeben ist, wenn sie ohne wirtschaftlichen Druck getroffen werden kann. Und so meinen wir eben, daß es notwendig ist, daß diese Wahlfreiheit dadurch unterstützt wird, daß es eine vollkommen gleichmäßige Subventionierung der verschiedenen Formen von Kinderbetreuung geben soll und zwar sowohl aller Formen außerhäuslicher Betreuung als auch der Betreuung innerhalb der Familie selbst.

Zur Zeit ist diese Subventionierung für die einzelnen Formen von Kinderbetreuung in sehr unterschiedlichem Ausmaß gegeben. Und auch von den verschiedensten Stellen. Zum Beispiel vom Bund Karenzgeld, Karenzersatzgeld, die Betreuungsbeihilfen durch das Arbeitsmarktservice, zu guter Letzt eben auch die Sondernotstandshilfe. Vom Land Familienhilfe, Tagesmutterförderung, Zuschüsse zur Tagesmutterbetreuung, Familienhilfe. Und auch die Gemeinden tragen mit ihren Leistungen zu den Kindergärten und auch mit einem Drittelbeitrag zur Sondernotstandshilfe ihren Beitrag. Wir meinen, daß hier eine Vereinheitlichung im Sinne einer Vereinfachung für die Bürger im Sinne einer Übersichtlichkeit, aber auch im Hinblick auf eine Entbürokratisierung ganz sicher zu überlegen wäre. Das wichtigste aber scheint uns, daß mit einer Vereinheitlichung, mit einer gleichmäßigen Subventionierung der Wahlfreiheit ein guter Dienst erwiesen werden würde. Und ich darf in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz, Lembacher und Dorfmeister-Stix zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes NÖ für 1997, Ltg. 490/V-4 betreffend Kinderbetreuungsscheck.

Kinder brauchen Betreuung 24 Stunden am Tag und dies 365mal im Jahr. Das Erziehen von

Kindern ist eine für die Gesellschaft unverzichtbare Leistung, auf die auch jene angewiesen sind, die diese Leistung selbst nicht erbringen. Eltern haben daher ein Recht darauf, in ihrer Kinderbetreuungspflicht durch die Gesellschaft unterstützt zu werden. Es ist dies auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen hat das Kindeswohl zu stehen. Zudem ist auf die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern Rücksicht zu nehmen. Die Wahlfreiheit der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder wird am besten dadurch gesichert, daß alle Formen der Kinderbetreuung gleichermaßen durch die öffentliche Hand gefördert werden.

Derzeit bestehen verschiedene Förderungen für die Kinderbetreuung. Eine Einarbeitung der bestehenden Förderungen in einen einheitlichen Kinderbetreuungsscheck sollte geprüft werden. Auch ist die Kostenfrage zu hinterfragen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, welche organisatorischen, finanziellen und sonstigen Auswirkungen die Einführung eines Kinderbetreuungsschecks für alle Kinder bis zum 6. Lebensjahr in NÖ hätten."

Hoher Landtag! Die Idee einer gleichmäßigen und einheitlichen Subventionierung von Kinderbetreuung trifft vor allem bei denen auf Zustimmung, die in der Praxis mit Kinderbetreuung zu tun haben. Ich erlebe das immer wieder bei jungen Eltern, vor allem bei jungen Müttern. Aber Sie alle dürften auch so wie wir letzten Freitag eine Resolution des NÖ Hilfswerkes gefaxt bekommen haben, wo eigentlich genau das gefordert wird, was in diesem Resolutionsantrag steht. Die Resolution fordert einen rechtlich abgesicherten Zugang zu vielfältigen Formen der Kinderbetreuung und deren Förderungen durch die öffentliche Hand. Das ist ganz genau eigentlich die Definition des Kinderbetreuungsschecks. Und ich darf noch einmal daran erinnern, daß ein ähnlich lautender Antrag den Tiroler Landtag, soweit ich informiert bin, einstimmig passiert hat, daß ein ebensolcher Antrag im Kärntner Landtag eingebracht worden ist und im familienpolitischen Beirat zur Behandlung ansteht. Und ich meine eben auch, der Vorzug dieses Betreuungsschecks, nämlich daß Eltern ohne Bevormundung entscheiden können, ist tatsächlich ein bestechender. Ich darf kurz noch auf

das Gegenargument, das hier immer wieder gebracht wird, eingehen. Das Gegenargument - es ist auch das einzige, das mir eigentlich bekannt ist - lautet, daß dieser Scheck eben eine antiemanzipatorische Wirkung entfalten würde, Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten, so quasi heim an den Herd locken würde. Und daß damit eben vor allem junge Frauen in eine Armutsfalle gerieten. Ohne jeden Zweifel sind wir dafür, daß die Entscheidung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie forciert werden muß, keine Frage. Aber ich meine, daß es vollkommen falsch ist, einen Gegensatz zwischen weiblicher Selbstverwirklichung und dem Leben mit Kindern zu konstruieren. Ich denke, das ist ein feministischer Irrweg, der auch von den meisten Frauen nicht akzeptiert wird. Wenn wir uns nur an die überwiegende Inanspruchnahme des zweiten Karenzjahres erinnern wollen. Wahr allerdings ist, daß jene, die sich dafür entscheiden wollen, einen Teil ihrer Lebensarbeit, der Erziehung von Kindern zu widmen, eine schwierige Lage vorfinden und sie es sich eigentlich kaum mehr leisten können. Ich meine aber, daß die Lösung hier nicht sein kann, diese Entscheidung noch weiter zu erschweren, sondern daß es darum geht, die Diskriminierung jener Leistungen, die in der Erziehung von Kindern, aber auch in der Pflege von Alten - und das wollen wir nicht vergessen, da das auch volkswirtschaftlich sehr interessant ist - daß jene Leistungen, die als Familienleistungen bezeichnet werden, am Markt nicht bewertet werden und somit eben denen, die sie erbringen, eigentlich nur Nachteile schaffen.

Lassen Sie mich dazu einen kurzen Blick noch in die Schweiz werfen. Die Schweizer sind ja bei Gott nicht als sentimentale Sozialpolitiker bekannt und keiner würde ihnen absprechen können, daß sie es verstehen zu rechnen. Und gerade dort hat man vor einem Jahr eben einen gewaltigen politischen Schritt in Richtung Anerkennung dieser Familienleistungen gemacht, indem man eine sehr großzügige Erziehungs- und Betreuungsgutschrift, nämlich bis zu 16 Jahren pro Kind im Pensionsrecht als eigenständigen Anspruch für jene, vor allem sind es natürlich die Frauen, die dies erbringen, verankert hat. Und ich meine, daß dieser Kinderbetreuungsscheck auch ein erster Schritt in die richtige Richtung ist. Daß er dadurch, daß er eben die Wahlfreiheit postuliert und ermöglicht, auch niemanden zu einer Entscheidung zwingt, die er so vielleicht eigentlich nicht eingehen wollte. Ich bitte Sie daher, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix.

Abg. DORFMEISTER-STIX (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch im Bereich der Kinderbetreuung wird es finanzielle Einschnitte geben. Damit jene aber nicht so massiv ausfallen, hat es ein Bemühen gegeben - das ist sehr zu honorieren - jedoch fehlen uns neue und zukunftsweisende Schritte dabei. Es ist nicht zu verleugnen, daß wir in einer Zeit leben, in der immer mehr Mütter nach maximal der Annahme der Karenzzeit wieder zurück auf den Arbeitsmarkt wollen und auch müssen. Damit stellt sich automatisch das Problem und damit die Frage, wo und wie bringe ich mein Kind tagsüber unter und wie kann ich das finanzieren. Dabei ist es eine Errungenschaft des ehemaligen österreichischen Wirtschaftswunders, die heute immer mehr werdenden auch alleinerziehenden Eltern bei der Finanzierung der Kinderbetreuung staatlich zu unterstützen. Jedoch leben wir momentan in einer Zeit, in der wir uns unser Sozialsystem, so wie es bisher bestanden hat, nicht mehr leisten können. Kürzungen der Sozialleistungen sind die notwendige, leider notwendige und auch logische Konsequenz. Leider trifft es dabei den Kern unserer Gesellschaft, die Familie, am allerhärtesten. Denn zweifelsohne leistet, wie auch schon Frau Rosenkranz vorher erwähnt hat, die Familie wichtige Aufgaben für das Funktionieren unseres Staates wie eben die Kindererziehung. Aber auch, das darf man nicht vergessen, Altenbetreuung und viele andere sozialen Aufgaben werden sozusagen von der Familie mit erledigt. All diese Leistungen, die dem Staat sehr viel Geld ersparen, werden jedoch nicht honoriert. Das Budget zeigt einmal mehr, wie stark noch in alten Schemen und Kasteln gedacht wird und damit auch die Finanzierung von Kinderbetreuung starr und unflexibel ist.

Frau Abgeordnete Rosenkranz hat einen Resolutionsantrag eingebracht, der eben diese Flexibilisierung der finanziellen Unterstützung herbeiführen könnte. Einen sogenannten Betreuungsscheck, den die Eltern erhalten, unabhängig davon, welche Form von Betreuung sie für ihr Kind wählen. Das entspricht nicht nur dem Prinzip der Selbstbestimmung, das wir, glaube ich, alle anstreben, sondern auch dem Bedürfnis von Kind und Eltern. Dieses System funktioniert bereits seit Jahren in Frankreich und auch in anderen europäischen Ländern. Es hat sich dort gezeigt, daß viele Mütter, die nach der Geburt ihres Kindes wieder arbeiten wollen und oft müssen - ich ver-

weise auf das zuvor erwähnte Problem des Alleinerziehers, das immer stärker wird, das ist europaweit zu verzeichnen - keine Karenzzeit in Anspruch nehmen, sondern nach Ablauf des Mutterschutzes wieder zurück an ihren Arbeitsplatz kehren und damit auch für den Arbeitgeber kein so großes Risiko eines ein- oder zweijährigen Arbeitsausfalles darstellen. Die Folgen liegen auf der Hand. Ein Arbeitgeber wird sich leichter tun, eine junge Frau einzustellen, da die Kinderbetreuung eines zukünftigen Kindes finanziell und damit auch organisatorisch möglich ist. Für die Frau bedeutet dies, daß sie die größere Chance hat, ihren Arbeitsplatz auch wirklich zu behalten und nicht nach dem Karenzurlaub plus vier Wochen ein "sorry, aber jetzt brauchen wir sie nicht mehr", hört. Wenn Sie mir dabei entgegenhalten wollen, daß Frauen, die in Karenz gegangen sind, ja einem Kündigungsschutz unterliegen, so kann ich Ihnen aus vielen Gesprächen mit betroffenen Frauen sagen, daß die Praxis leider Gottes ganz anders aussieht und es einige gesetzliche Möglichkeiten gibt, eine Frau trotz Kündigungsschutz zu kündigen. Auf der anderen Seite würde ein solcher Betreuungsscheck es auch jenen erleichtern, bei ihrem Kind zu Hause zu bleiben, die es gerne möchten. Und vor allem wäre dadurch auch eine gesellschaftliche Anerkennung der Leistung einer Mutter bzw. eines Vaters gegeben. Aus all diesen Gründen bin ich dem Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz beigetreten und ich möchte Sie alle um Ihre Unterstützung bitten. Danke schön. (*Beifall bei LIF und Abgeordneten der FPÖ sowie der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (*ÖVP*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein paar Worte zur Frau Abgeordneten Rosenkranz und dem Resolutionsantrag. Wir unterstützen diesen und sind diesem auch beigetreten und zwar auch aus dem Grund, daß der Familienbund, ich bin auch Mitglied des Familienbundes, sich im Jahre 1994 schon mit diesem Kinderbetreuungsscheck auseinandergesetzt hat. Wir sehen das so, daß es notwendig ist, einmal zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das auch zu verwirklichen. Und ich gehe, glaube ich, auch konform mit meinen Kolleginnen.

Ich werde mich aber hauptsächlich mit dem Kindergarten beschäftigen. Der Kindergarten ist ja

eine wichtige vorschulische Erziehungsmaßnahme und er ist auch ein wichtiger Grundstein für das spätere Leben. Er soll auch eine familienunterstützende Maßnahme sein. Niederösterreich hat 1.000 Kindergärten und 1.900 Gruppen. Zirka 46.500 Kinder werden in diesen Kindergärten betreut. Das sind rund ein Viertel aller Kindergärten von Österreich und 22 Prozent aller österreichischen Kinder, die hier betreut werden. Im Durchschnitt sind 24 Kinder in einer Gruppe. Mehr als 90 Prozent der Kinder sind in Ganztagskindergärten angemeldet und 99 Prozent aller niederösterreichischen Kindergärten sind Ganztagskindergärten.

Der Kindergarten hat, wie schon angekündigt, die Aufgabe, die Familienerziehung der Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt zu ergänzen und zu unterstützen. Für das Jahr 1997 stehen für die Kindergärten ohne die Familienförderung noch immer über eine Milliarde Schilling zur Verfügung. Die Fondsmittel, also die Mittel für die investiven Maßnahmen sind gleich geblieben. Der Budgetansatz für die Helferinnen ist ebenfalls der gleiche geblieben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neue Anforderungen kommen durch die gesellschaftlichen Veränderungen auch an den Kindergarten und an die Kinderbetreuung heran. Die Änderung der Familienstruktur, Einzelkinder, die Großeltern, die Großmütter sind selbst berufstätig, Alleinerzieher, viele Ehen gehen auseinander. Auch die Berufstätigkeit der Frauen stellt immer wieder neue Anforderungen an die Gesellschaft.

Die Wünsche an den Kindergarten, die immer wieder herangetragen werden, sind: Längere Öffnungszeiten, flexiblere Öffnungszeiten, Mittagsbetreuung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen, zusätzliche Helferinnen, kleinere Kinderzahlen usw. Wir alle sind ja mit diesen Forderungen und mit diesen Wünschen immer wieder konfrontiert. Auch die Betreuung für Kinder unter drei Jahren, diese Wünsche sind immer wieder da. Die NÖ Volkspartei hat eine Fragebogenaktion gestartet und an 40.000 Frauen in den verschiedensten Bezirken Niederösterreichs Fragen gestellt. Diese Fragebogenaktion haben 25 Prozent der Frauen beantwortet und haben diese Fragebögen zurückgeschickt. Und da hat sich gezeigt, daß 73 Prozent der befragten Frauen dagegen waren, Kinder schon unter drei Jahren in den Kindergarten zu geben. 75 Prozent sind für den Ausbau der Tagesmütteraktion, 63 Prozent waren dafür, daß der Kindergarten am Vormittag kostenlos bleibt. Für eine Erhöhung der Familienhilfe haben sich 56 Prozent ausgesprochen. Ebenfalls ein wichtiges Anliegen war der Ausbau der Teilzeitarbeit.

Und das Land nimmt jetzt darauf Rücksicht. Und zwar soll die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze von 11 Prozent auf 15 Prozent aufgestockt werden. Es gibt auch Gespräche mit der Wirtschaft, wo man zusätzlich 1.000 Teilzeitarbeitsplätze schaffen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach monatelangen Verhandlungen ist nun ein neues Kindergartengesetz und ein Kinderbetreuungsgesetz erarbeitet worden. Diese beiden Gesetze sind in erster Linie zum Wohl der Kinder erstellt worden und natürlich hat man auch auf die Bedürfnisse der Eltern Rücksicht genommen. Das Kindergartengesetz trägt den beiden wichtigsten Forderungen der Volkspartei Rechnung. Nämlich "Unter-Dreijährige nicht in den Kindergarten" und daß der Kindergarten am Vormittag kostenlos bleiben soll. Das Kinderbetreuungsgesetz regelt alle anderen Betreuungsformen wie die Betreuung durch die Tagesmütter und anderer Kinderbetreuungseinrichtungen wie Kindergruppen für Kleinkinder bis zum dritten Lebensjahr, Horte für schulpflichtige Kinder.

Niederösterreich - und das kann man sicher sagen - ist das Familienland Nummer 1 und wird es auch in Zukunft bleiben. Und wir erreichen durch diese Angebote - und ich stimme da mit der Kollegin Rosenkranz schon überein, daß auch die Betreuung in der Familie eine sehr wichtige ist und das natürlich auch anerkannt werden muß. Die Familienhilfe, die es ja im Land Niederösterreich gibt, soll auch den Eltern die Wahlmöglichkeit und den Müttern die Wahlmöglichkeit erleichtern, um eben bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, wenn es gewünscht wird, beim Kind zu bleiben.

Wir erreichen durch diese Einrichtungen eine hundertprozentige Versorgung von Drei- bis Fünfjährigen und sicher auch eine Qualitätssteigerung. Es wird in Zukunft für jede Kindergartengruppe eine Helferin verpflichtend vorgeschrieben werden. Für den Nachmittag haben wir ein Betreuungsgeld vorgesehen, d.h. es wird von den Eltern ein Beitrag eingehoben. Sicher wäre es besser und wäre es uns lieber, wenn es nicht so wäre, aber ich glaube, in einer Zeit mit dieser Budgetlage können wir uns in Niederösterreich noch immer glücklich schätzen, denn ich habe mit Wiener Familien gesprochen und solchen aus anderen Bundesländern, die haben Beiträge schon wesentlich länger und wesentlich höher. Und die sagen, wenn wir nur 1.000,- Schilling pro Halbtag oder vielleicht 1.500,- Schilling, wenn wir das hätten, dann können wir nur froh sein und könnten zufrieden sein. Und wenn das Einkommen geringer ist, dann zahlt man eben weniger

oder gar nichts. Diese Maßnahmen durch die neuen Gesetze sollen es den Frauen, den Müttern ermöglichen, eben leichter zu entscheiden, ob sie die ersten drei Jahre beim Kind bleiben, ob sie Kinderbetreuungseinrichtungen durch Tagesmütter in Anspruch nehmen - auch der Ausbau der Tagesmutter wird in Zukunft unser Anliegen sein - oder Kindergruppen in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß das wichtige Schritte sind, um den Familien in Niederösterreich in der Zukunft zu helfen.

Ich beschäftige mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch mit einem anderen Thema aus dem Bereich Unterricht in der Gruppe 2, und zwar mit dem Schulwesen in der Landwirtschaft. Viele Debatten über die Landwirtschaftsschulen und ganz besonders über eine Schule haben wir ja in der letzten Zeit sehr oft gehört. Ich möchte mich grundsätzlich mit dem Bereich beschäftigen und mit dem Schulkonzept, das Landesrat Franz Blochberger jetzt neu überarbeitet hat. Es hat im Jahre 1993 bereits ein Schulkonzept gegeben und jetzt liegt ein neues vor.

Gemäß Schulgesetz sind die landwirtschaftlichen Fachschulen berufsbildende mittlere Schulen. Sie haben die Aufgabe, die Schüler durch Vermittlung von Fachkenntnissen und Fertigkeiten auf die selbständige Führung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes oder Haushaltes und auf die Ausübung einer sonstigen verantwortlichen Tätigkeit in der Landwirtschaft hin auszubilden. Gerade in der heutigen Zeit, in der so viele Veränderungen auf die Landwirte zukommen, ist eine gute Ausbildung, eine fundierte Ausbildung wichtiger denn je. Aber wie in allen Bereichen, wir haben ja vorhin schon einige gehört, ist es sicher auch im landwirtschaftlichen Schulwesen notwendig, eine Effizienzverbesserung zu erreichen und Einsparungen zu treffen. Und es ist ein Konzept erstellt worden, das eine Zusammenschau aller Maßnahmen zeigt. Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen haben dieses Konzept auch erhalten. Es ist so, daß in Zukunft verschiedene einzelne Schulen in Schulverbände zusammengefaßt werden. Es soll ein schulübergreifender Blockunterricht gestaltet werden und die Schwerpunkte an den Schulen so gestaltet werden, daß die Schülerinnen und Schüler je nach Bedarf, je nach Ausbildung auch an diesen Kursen und Vorträgen teilnehmen können. Es sollen auch eine Arbeitsaufteilung bei Verwaltungs-, Wirtschafts- und Hausarbeitsleistungen erfolgen. Andererseits geht es um die Erarbeitung von aufeinander abgestimmten Schwerpunkten und Prioritätenreihenungen bei notwendigen finanziellen Investitionen und Ausstattungen, sowie beim

Personal und dem Lehrereinsatz im jeweiligen Verband.

Es ist auch notwendig, verstärkt Anreize in Richtung privatwirtschaftlicher Überlegungen zu treffen. Und zwar das Erwirtschaften von Drittmitteln. Und, ich kann mich erinnern, es ist ja schon einige Male angeklungen, auch das Vermieten von Gebäuden, von Internaten in den Ferien. Auch das soll in Zukunft möglich sein. Auch der Verkauf von Produkten, zum Beispiel von Wein, durch Schulwirtschaften kann ins Auge gefaßt werden und die Mittel daraus sollen dann der Schule zur Verfügung stehen. Nach wie vor enorm wichtig sind die Schulversuche Laboreinrichtung, Pflanzenbau, Weinbau, biologische Landwirtschaft und Weinbau. Und alle die Ergebnisse aus diesen Versuchen müssen in Zukunft den Landwirten zur Verfügung stehen. Natürlich ist ganz klar, daß auch Geldmittel dazu notwendig sind. Aber ich glaube, man soll sich und man muß sich unbedingt dazu durchringen, um eben auch die Zukunft der Landwirtschaft durch die bestmögliche Information der Landwirte zu gewährleisten.

Ein heißes Thema ist natürlich immer wieder auch der Standort einer Schule. Welche Schulstandorte werden in der Zukunft gehalten, welche Schulstandorte werden zusammengelegt? Auch hier ist ein Konzept von Landesrat Blochberger ausgearbeitet worden. Wie gesagt, alle diese Maßnahmen, die Schaffung von Schulverbänden etc. sollen dazu verhelfen, das Wissen der Lehrkräfte, das Können der Lehrkräfte den Landwirten besser zugänglich zu machen. Es ist natürlich nicht einzusehen, daß diskutiert wird und gesagt wird, ja, die Finanzmittel und das Budget müssen geringer werden, wenn es aber dann um konkrete Maßnahmen geht, herrscht wenig Bereitschaft, etwas zu verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um der Landwirtschaft in der Zukunft die bestmöglichen Chancen und Startmöglichkeiten zu geben, wird es sicher notwendig sein, vom Land her, von uns allen, von den Abgeordneten, natürlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen um das zu gewährleisten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich wollte mich eigentlich mit dem Sport beschäftigen, muß aber auf die landwirtschaftlichen Schulen auch eingehen, weil die Frau Kollegin Lembacher das so gelobt hat, dieses neue Schulkonzept. Das ist, glaube ich, nicht zum Loben. Wenn ich mir alleine anschau, im Schulverband West wird die Schule Haag geschlossen, nach Gießhübl verlegt. Eine Mädchenschule, die steigende Schülerzahlen hat. Der Zubau in Gießhübl - zu dem komme ich noch - wird mehr kosten als eingespart wird. Also frage ich nach dem Sinn. Im Schulverband Mitte-Süd wird die Hauswirtschaftsschule in Tullnerbach zusammengeführt, die Mädchen- und Burschenschule, mit der Pferdewirtschaftsgrundschule. Die Pferdewirtschaftsschule war eine Forderung von uns. Trotzdem wissen wir, daß gerade für die ländliche Hauswirtschaft die Schule Tullnerbach wirklich ihre Leistungen auch erbracht hat. Also dieser Zweig wird ebenfalls aufgelöst. Und Gumpoldskirchen wird mit dem Schuljahr 1997/98 geschlossen, obwohl wir einen Landtagsbeschuß haben. Kollege Keusch, es steht da herinnen. Das Papier ist nicht von mir, das ist vom Herrn Landesrat Blochberger. *(Abg. Keusch: Das ist noch nicht beschlossen! Da steht noch vieles drinnen. Das muß erst einmal beschlossen werden!)*

Ja, darum muß ich es ja da vorbringen. Das bestätigt wieder genau das, daß wir ein Regierungsmitglied haben, das die Beschlüsse des Landtages überhaupt nicht umsetzt. Das sich, um das im Volksmund zu sagen, überhaupt nichts pfeift, was wir hier beschließen. Er macht sowieso was er will. Aber das haben wir ja in anderen Bereichen schon gesehen.

Schauen wir uns die Einsparungen an: Jährlich 10,9 bis 11,9 Millionen Schilling Investitionen braucht man jetzt durch die Standortverlegungen. Ich glaube, daß es noch mehr sind, laut diesen Berechnungen von über 20 Millionen.

Ich will nicht vorgreifen, ich komme in der Gruppe 7 dann noch dazu, aber wenn man sich anschaut, daß die Landwirtschaftskammern alleine 170 Millionen aus dem Landwirtschaftsbudget bekommen, wäre es, glaube ich, wirklich einmal angesagt, daß man hier spart. Nicht mehr Bezirksbauernkammerräte schafft, sondern wirklich da einspart, und nicht bei der Wurzel, bei der Ausbildung zu sparen beginnt. Wenn wir nämlich unsere jungen Landwirte nicht mehr ausbilden, dann können wir uns auch vorstellen, wie die Entwicklung dort weiter geht.

Womit ich bei der Ausbildung bin und somit auch beim Sport und der außerschulischen Leibeserziehung, aber auch bei der schulischen Lei-

besserziehung. Wenn man sich das Budgetkapitel Sport anschaut, ist das genau das, was wir heute schon gesagt haben: Eine Fortschreibung von Zahlen. Wie das gesamte Budget bietet es keine Innovationen. Da streichen wir ein bißchen was weg, dort geben wir ein bißchen was dazu. Auf die Problematik wird nicht eingegangen. Der Leopold Gansch hat das heute schon gesagt, er ist nicht nur Landtagsabgeordneter, sondern auch Bürgermeister. Er hat massive Probleme, sein Schwimmbad in seiner Gemeinde zu finanzieren. Dafür ist kein Geld da. Und so ist nirgends in den Gemeinden für den Breitensport Geld da.

Wie wichtig dieser Sport ist, nicht nur als Breitensport, sondern auch in den Schulen, bestätigt eine Aussendung der NLK vom 29. Mai anlässlich 20 Jahre Sporthauptschulen in Niederösterreich. Und ich glaube, das ist wirklich ein Grund zum Feiern, weil die Zahlen in diesen Sporthauptschulen wirklich für sich sprechen. Ausgehend von der Lehrmeinung der Sportpädagogen Gaulhofer und Streicher, daß jeder Schüler täglich eine Turnstunde braucht, begannen die Sporthauptschulen die Turnstunden aufzustocken. Und dann steht wieder: Wir haben an diesen Schulen maximal 10 Prozent Schüler mit Haltungsschäden, sonst bis zu 50 Prozent, freut sich Direktor Hans Sykora. Ich glaube, diese Zahl sagt viel aus. Auch wenn ein gewisser Herr Sykora das sagt muß man halt sagen, nicht alles, was von dieser Familie kommt ist schlecht. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn man im Sport in Niederösterreich wo hineinsticht, taucht der Name Sykora auf oder auch Prokop. Aber, wie gesagt, das Beispiel Sporthauptschulen ist lobenswert. Und es ist schon lange eine Forderung von uns, auch in den anderen Schulen die Zahl der Turnstunden hinaufzusetzen. Was passiert? Im Zuge eines Sparpakets werden Turnstunden gestrichen. Und wie wichtig der Breitensport für die Volksgesundheit ist, zeigt, glaube ich, dieses Beispiel. Aber worauf setzen wir in Niederösterreich? Wir haben kein Geld um Schwimmbäder zu sanieren, aber wir haben Geld, um uns die zwei Vereine zu halten, die immer unsere Kritikpunkte sind. Ich möchte das heute nicht so auf die Hypo-Damen auslegen, sondern weil die Umstände der letzten Zeit bezüglich Admira Wacker Bände sprechen. Und da wird mit den Steuermillionen umgegangen, daß einem, glaube ich, schlecht wird. Ich beginne zu zitieren: "Kronen Zeitung", Mittwoch, 5. Juni: "Ein Rekordzuckerl für den alles entscheidenden Biß. Sollte Admira Wacker in der Woche der Wahrheit Cup und Relegation für sich entscheiden, erhalten die Spieler die Einnahmen des heutigen Endspieles, rund zwei Millionen. Und diesen Biß forciert der

neue Obmann Hans Schuhböck mit einem Rekordzuckerl. Sollte seine Mannschaft Cup und Relegation gewinnen, erhält sie alle Einnahmen aus dem Pokalendspiel. 500.000,- Schilling vom Cup-Sponsor, 700.000,- TV-Geld und rund 800.000,- Zuschauer- und Werbeeinnahmen. Macht zwei Millionen. Für Admira-Verhältnisse eine Sensation, weiß Rodax." Das sind genau die zwei Millionen, die man aus Steuermitteln erzielt, wenn man in der ersten Division bleibt - eine Million. Für den Cupsieger eine Million. Das heißt, man bekommt vom Steuerzahler die zwei Millionen. Und das, was ein privatwirtschaftlich geführter Verein für sich vereinnahmen würde, gibt man den Spielern. Das ist wirklich ein Negativbeispiel, wo man sieht, wie mit den Steuermillionen umgegangen wird. (*Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Uhl: Beim Meischberger war das etwas anderes!*) Das war eine privatwirtschaftliche Geschichte, da waren keine Steuergelder drinnen. Das Verfahren ist noch nicht aus und da passiert da herinnen eine Vorverurteilung eines unbescholtenen Menschen, der bis heute nicht verurteilt ist! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich habe gesagt, da wird umgeschichtet, das Geld, das jeder privatwirtschaftliche Verein behalten würde, bekommen die Spieler, weil dafür vom Steuerzahler ohnehin zwei Millionen kommen. Aber es kommt noch viel dicker: Wir müssen uns ja bei Hannes Karnig und bei Sturm Graz bedanken, daß Admira nicht Cupsieger geworden ist. So haben wir uns wenigstens eine Million Schilling erspart. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich bin für die Steuerzahler da und nicht für elf privilegierte Fußballer und für ihren Präsidenten, für den Herrn Landeshauptmann. Weil der hört sich das nicht einmal an.

Es geht aber weiter. Wenn man den "Kurier" vom 7. Juni liest, unter "Admiras Konzert mit den Rolling Stones", steht da "Rolling Stones bei Admira Wacker". Das ist aber nicht die Rockgruppe, sondern es bleibt kein Stein auf dem anderen. Da zitiere ich weiter: Die Admira wirtschaftlich: "Als doppelten Sanierungsfall bezeichnete der neue Obmann Johann Schuhböck den Klub. In zwei Jahren soll Admira aber wieder Vorzeigegüte besitzen. Mit Hilfe eines Sparpakets, Leistungsprämien und attraktiven Sponsoren. Das Konzept eines spektakulären Deals liegt fix fertig in der Schublade." Die SCS plant die Errichtung eines Traumparks. Die benötigten Grundstücke gehören jedoch der Baugesellschaft Universale. Das Land Niederösterreich soll diese erwerben und der SCS kostengünstig zur Verfügung stellen. Im Gegenzug verpflichtet sich die Shopping City, Admira jährlich mit 10 bis 15 Millionen Schilling zu

sponsoren. Auch die Bundesländer-Versicherung und die EVN werden dem Verein mit 5 Millionen bzw. 3 Millionen Schilling finanziell unter die Arme greifen. Das ist, glaube ich, ein absoluter Skandal, wenn das Land jemandem Gründe kaufen muß, damit er die Admira mit 10 bis 15 Millionen sponsert. Wenn das ein Privatsponsoring ist, ist dagegen nichts einzuwenden. Das ist ein Deal! Im "Kurier" steht, das ist ein Deal. 10 bis 15 Millionen von der SCS, aber über Umlauf durch den Grundkauf durch das Land. Das heißt, 10 bis 15 Millionen Schilling, die irgendwo dem Steuerzahler abgehen werden. 5 Millionen von der Bundesländer-Versicherung - das Land Niederösterreich mit 11 Prozent beteiligt - ebenfalls Steuergelder. 3 Millionen von der EVN, der Stromkonsument wird mitbezahlen. Und das alles für einen Verein, der im Schnitt, glaube ich, nicht einmal tausend Zuschauer hat. Aber das ist ganz klar: Dort heißt der Präsident Erwin Pröll, da hält man sich die politische Spielwiese. Und weil der Franz Hiller gesagt hat, ich bin kein Patriot. Es wäre ja beinahe der Abstieg passiert - das ist halt ein bißchen komisch wenn man das Heimspiel verliert und dann auswärts 6:0 gewinnt. Ich möchte das nicht kommentieren.

Und jetzt kommt die neue Vision des Herrn Landeshauptmannes, das ist der SC Niederösterreich. Und das ist eigentlich eine sinnvolle Sache, der SC Niederösterreich. Nur, der SC Niederösterreich, heutige "Kronen Zeitung" ist eine tolle Sache. Und da schreibt ein gewisser Robert Zauner in der "Kronen Zeitung" in St. Pölten mit Rufzeichen, in der Südstadt ist der Fußball tot, nicht scheinot, sondern "graue Mausot". Und unten schreibt er noch: "Es wäre möglich, aus dem SC Niederösterreich ein erfolgreiches Projekt zu machen." Und das vertrete ich durchaus. Aber es steht, man müßte wie der FC Linz oder der LASK oder Sturm Graz oder Salzburg oder Innsbruck eine stolze Heimstätte haben in der Hauptstadt des Bundeslandes und nicht irgendwo - jetzt zitiere ich wieder: "schamhaft versteckt auf einem idyllischen Landesligaplätzchen". Da muß man sich vorstellen, was für ein Konzept der Herr Landeshauptmann mit seinem neuen Vorstandsvorsitzenden vorgelegt hat. Da werden Unmengen von Steuermillionen - wenn man die Beteiligung der "Bundesländer" dazu rechnet und von den Stromkonsumenten, die mit drei Millionen belastet werden, kommt man auf 20 Steuermillionen - verwendet, um einen Verein zu schaffen, der dann durch das Land tingelt. Der einmal in Stockerau spielt, in Krems, in St. Pölten, in der Südstadt. Aber es werden nirgends Zuschauer sein. Ich glaube, das ist ein Politikum, weil der VSE

St. Pölten ist ein "roter" Verein. St. Pölten ist eine "rote" Stadt, der Karl Gruber sagt, wird immer "rot" bleiben. Admira ist ein "schwarzer" Verein. Und dadurch kann ja der Herr Landeshauptmann gar nicht in diese Landeshauptstadt gehen. Aber ich bin halt so weit, daß er sagt ... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Nun, er soll einmal über seinen politischen Schatten springen. Ihr seid die, die sich immer so zur Landeshauptstadt bekennen. (*Abg. Kautz: Herr Kollege, eine Frage! Bist Du schon irgendwann einmal Obmann oder Präsident bei irgendeinem Verein gewesen? - Diese fehlende Erfahrung sieht man!*)

Nein, weil als Freiheitlicher wirst Du nicht Obmann oder Präsident, da kannst nur Mitglied sein. Da wirst Du nicht weiter kommen.

Daß St. Pölten bezüglich Sport nicht unbedingt bevorzugt ist, sieht man an Hand der letzten Entwicklung, in der es um die Schließung des Bundesnachwuchszentrums in St. Pölten geht. Es hat hier gute Mannschaften gegeben, die teilweise die Meisterschaft gewonnen haben. Ich glaube, die Unter-16 Spieler im vorigen Jahr. Von heute auf morgen wird ohne Vorwarnung dieses Bundesnachwuchszentrum zugesperrt. Es hat eine kleine Abschiedsfeier gegeben dort, die Stimmung war nicht sehr gut. Man nimmt jungen Menschen die Chance, weil man sagt, wir haben ein Bundesnachwuchszentrum und das ist in der Südstadt. Ich bin für die Erhaltung beider. Es ist halt schwierig für einen Fußballspieler, für einen jungen Menschen mit 15 Jahren, der aus Amstetten kommt, daß er ins Bundesnachwuchszentrum Südstadt trainieren fährt. Wir haben uns deshalb entschlossen, einen Resolutionsantrag zu stellen, der dieses Bundesnachwuchszentrum erhalten soll (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat, Ing. Dautzenberg und Kautz zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1997 (Ltg. 490/V-4) betreffend Erhaltung des BNZ in St. Pölten.

Aus den Medien ist bekannt, daß das Bundesnachwuchszentrum (BNZ) in St. Pölten geschlossen werden soll. Es ist unverständlich, daß in der neuen Landeshauptstadt St. Pölten die Förderung des Sportnachwuchses nicht mehr im bisherigen Ausmaß erfolgen kann, wenn gleichzeitig für Verwaltungsbauten und -einrichtungen hohe Summen bereitgestellt werden. Sport ist eine der sinnvollsten Freizeitbetätigungen für unsere Jugend, daher darf der Zugang zum Spitzensport keinesfalls erschwert werden. Es ist

nicht einzusehen, daß einige wenige Vereine wie zum Beispiel die Kampfmannschaften von Admira/Wacker oder Hypo Südstadt Millionen an Förderungen erhalten und andererseits dem Sportnachwuchs Einrichtungen genommen werden, welche für die Erlangung einer überdurchschnittlichen Leistung dringend notwendig sind. Die vorhandenen finanziellen Mittel sollten daher teilweise von der Förderung des Spitzensportes zur verstärkten Förderung des Nachwuchses verwendet werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Prokop, möge bei der Bundesregierung vorstellig werden um die Erhaltung des Bundesnachwuchszentrums (BNZ) St. Pölten zu erwirken; außerdem mögen die vorhandenen Mittel aus der Sportförderung im Sinne der Antragsbegründung umgeschichtet werden."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag wird ja hoffentlich eine Mehrheit finden, wenn er von drei Fraktionen eingebracht wird. Ich lade auch die ÖVP ein, diesem Antrag zuzustimmen. Weil das ist, glaube ich, einmal wirklich ein Bekenntnis zur Landeshauptstadt und zum Sport. Und jetzt werden wir sehen, ob das reine Lippenbekenntnisse von Euch sind oder ob Ihr wirklich bereit seid, auch mitzuarbeiten. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zukunft eines Landes ist die Jugend. Und die Zukunft der Jugend ist ihre Ausbildung. Jede Investition in die Ausbildung ist auch eine Investition in die Zukunft. Die vorhandenen Ressourcen sind knapp. Sie sind daher möglichst gut zu nutzen und auch so, daß das vorhandene Bildungsangebot für alle und ohne finanzielle Eintrittsbarrieren offensteht. Das ist keine Selbstverständlichkeit, vielmehr eine gewaltige Leistung der Allgemeinheit. Die Knappheit der Mittel steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Reformen: Schaffen von Durchlässigkeiten, um Übertritte und Anerkennungen leichter zu machen, Vernetzung vorhandener Bildungsangebote, Schulautonomie usw. Diese Worte stammen nicht von mir, sondern diese von mir gewählte Einleitung ist ein

Teil der Erklärung der Bundesregierung vor dem Nationalrat vom 13. März dieses Jahres. Im wesentlichen sind die Präferenzen im Bildungsbereich klar erkennbar. Um unseren Wohlfahrtsstaat und unseren erworbenen Wohlstand auch in Hinkunft entsprechend absichern zu können, müssen wir verstärkt auf Qualität setzen, um besser als die anderen zu sein. Selbstbewußtsein und nicht in herbeigeredete Krisen taumeln sollte das Gebot der Zeit darstellen. Genauso wesentlich ist das Eröffnen aller Möglichkeiten für unsere Kinder und Jugendlichen, ohne Barrieren irgendwelcher Art aufzubauen. Bildung macht nicht nur frei, sondern hat auch für alle frei zugänglich zu bleiben. Was zu zählen hat sind Leistung und Leistungsbereitschaft und nicht eventuelle finanzielle oder räumliche Voraussetzungen.

Ich bin mir dessen schon bewußt, daß wir uns in einem Zeitraum des Sparens befinden, um unseren Lebensstandard, der zweifelsohne kein geringer ist, abzusichern. Aber dennoch kann bei mir keine überschäumende Freude aufkommen, wenn der Anteil des Bildungsbereiches für 1997 gegenüber dem Jahr 1996 von 24,74 Prozent auf 24,62 Prozent, bezogen auf das Gesamtausgabenvolumen, gesunken ist.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Denn Kapital für unsere Zukunft in Form unseres Nachwuchses verzinst sich zwar langfristig, aber mit Sicherheit und deutlich. Und wir reden ja nicht bloß von 0,12 Prozent, sondern im Konkreten von Einbußen von über 90 Millionen Schilling. Während zum Beispiel die Personalvertretung der Landeslehrer oder die nicht mehr in dieser Form zeitgemäßen Bildstellen nahezu unverändert im Ansatz bleiben, gibt es in wesentlicheren Bereichen deutliche Kürzungen, die bis zum totalen Entfall, zum Beispiel im Bereich der Lehrerfortbildung, führen. Der Bildungsbereich, im speziellen die Lehrerschaft, hat zur Budgetkonsolidierung einen Löwenanteil beigetragen. Ich glaube, es erübrigt sich angesichts der allgemeinen Bekanntheit der Maßnahmen, diese im einzelnen zu erläutern. Aber dennoch den Kolleginnen und Kollegen für deren Verständnis und für ihre erbrachte Solidarität, auch wenn es nicht immer leicht ist oder war, ein aufrichtiges Dankeschön von dieser Stelle aus.

Manche Dinge haben sich natürlich aus der Logik heraus ergeben. Ich erinnere dabei nur an meine Worte bei der vorjährigen Budgetrede, mit denen ich den enormen Stundenanstieg von der

Elementar- zur Sekundarstufe aufgezeigt habe. Die Wirkung der Anregung hat schnell eingesetzt und darüber hinaus den Autonomiebereich einbezogen. Damit ist die neue Stundentafel zu dem geworden, was bezweckt war, nämlich zu einer pädagogischen Herausforderung und damit zu einer neuen Chance für Schüler und Lehrer.

Autonomie sieht die Frau Bundesminister ebenso im Bereich der Schulverwaltung bei der Vermietung von Räumlichkeiten direkt durch die betreffende Schule. Daß hier Ressourcen vorhanden sind ist klar. Denn immer schon habe ich betont, daß mit öffentlichen Geldern errichtete Bauten und Bauwerke durch die Öffentlichkeit entsprechend und effizient genützt werden sollen. Dennoch sind hier meiner Auffassung nach klare Unterscheidungen zu treffen. Denn nur das Geld von einer Hosentasche in die andere zu transferieren, ist zu wenig. Bereiche, die der Bildung dienen, wie zum Beispiel die Erwachsenenbildung, können nicht als reine Verdienstquelle angesehen werden. Hier kann man nur über die tatsächlich entstehenden Mehrkosten sprechen. Man muß trachten, die gesicherte Benützbarkeit auch für die Zukunft zu gewährleisten. Ansonsten wird jeder Bildungsstandort bestrebt sein, den finanziell potentiellsten Mieter zu bevorzugen. Das wäre ein Weg, die zweite Bildungsschiene sukzessive abzugraben.

Frau Bundesminister Gehrler sieht laut einer APA-Aussendung vom 17. Juni dieses Jahres die Zukunft der Bildungsdrehscheiben im Bereich der Landesschulräte. Hier gehe ich mit ihren Vorstellungen nur teilweise konform. Kompetenzen vom Ministerium in die Länder, teilweise ja. Aber die Schwerpunkte der Verwaltung und Betreuung gehören in die Regionen, womit ich die derzeitige Form unserer Verwaltungsbezirke meine. Als Instanz für den zentralen Zusammenfluß der Meldungen ist das Ministerium am besten geeignet. Genauso wie wir sicherlich in Zukunft über die bestehende Form der Schulsprengel diskutieren werden müssen. Die Mobilität der Menschen ist größer geworden und das Motto "freie Schulwahl" wird in naher Zeit zum Thema werden und ist sicher auch ein Zeichen für eine Form der Autonomie.

Damit bin ich eigentlich schon bei der Wurzel der Problematik. Bislang erschöpften wir uns in Teilreformen und Konsenshandlungen. Ich bin der festen Überzeugung, daß es an der Zeit ist, im Hinblick auf das gemeinsame Europa und die dadurch entstandenen Heraus- und Anforderungen eine umfassende Reform unseres immer

mehr ins Schußfeld geratenen Schulsystems in Angriff zu nehmen. Und gerade die letzten Tage brachten auf Grund eines Diskussionspapiertes von Schulfachleuten die Medienlandschaft auf der einen Seite und auch Vertreter von politischen Parteien in Aufruhr. Und hier beginnt für mich eigentlich eine Unsinnigkeit. Statt sich sachlich über Reformen und Reformansätze zu unterhalten, werden als erstes sofort Abwehrmechanismen in Gang gesetzt. Einige sicher umstrittene, aber auch diskussionswürdige Punkte werden von Mandatären wie Brinek über Schäffer bis Rudolf aus dem Zusammenhang genommen und ohne sich mit dem gesamten Diskussionskonzept auseinanderzusetzen kommen stereotype Pauschalurteilungen. Ideologie hin oder her, entscheidend muß doch der Bedarf der Zeit sein. Unser Bildungssystem ist einfach zu schade für parteipolitisches Hick-Hack! Wir müssen über unseren Schatten springen, um die Durchlässigkeit unseres Systems zu erhöhen, mehr Flexibilität zu erreichen, den vorhandenen Streß abzubauen und durch Rücknahme der Quantität und eine deutliche Präferenz für Qualität. Das soll wiederum nicht heißen, daß sinnlose oder überholte Kriterien für immer aufrecht erhalten werden müssen. Wenn es gilt, das System zu überdenken, dann aber auch in ganz neuen und umfassenden Ansätzen. Leistung kann in verschiedenen Weisen bemessen werden. Zum Beispiel heute ein Artikel in den "Salzburger Nachrichten", in dem die Frau Bundesminister Gehrler ankündigt die Rücknahme der Leistungsgruppen im Hauptschulbereich. Das derzeitige Beurteilungssystem ist weder objektiv - ein einfaches Beispiel, verschiedene Lehrer kommen zu verschiedenen Beurteilungen - noch ist es zuverlässig oder gerecht bzw. valid. In der Klasse nach innen mag ja noch die Gültigkeit oder Meßbarkeit vorhanden sein. Nach außen schauen Berichts- und Berechtigungsfunktion schon ganz anders aus. Aus diesem Grund trete ich auch für eine andere Form der Leistungsbeurteilung ein. Da könnte zum Beispiel ein kommentierter Leistungsnachweis für den außerschulischen Bereich wesentlich mehr Bewertungsfreiheit offen lassen und würde das Problem der Klassenwiederholungen beinahe schlagartig lösen. Denken wir an die schweren psychischen Belastungen für Schüler und Eltern, das Nachhilfewesen oder -unwesen, das zwar einen großen wirtschaftlichen Faktor darstellt, aber Vorteile nur für Einzelne bringt, während der Staat in den meisten Fällen durch die Finger schaut. Damit komme ich bereits zur volkswirtschaftlichen Komponente: Eine Klassenwiederholung kostet laut jüngsten Berechnungen rund 100.000,- Schilling. Das macht in Summe um die 8 Milliarden Schilling jährlich aus, die wir alle

zu tragen haben. Und Frau Bundesminister Gehrler geht da eigentlich mit ihrem Entwurf zur 18. Schulorganisationsnovelle ähnliche Wege, ich erinnere an das Aufsteigen mit einem "Nicht genügend", wobei die Entscheidung durch die Eltern getroffen werden soll.

Wenn ich aber, wie zum Beispiel vorher dargestellt, neue Wege gehe, kann jeder die Begabungen, Talente und Fertigkeiten erkennen, die mit der Form eines Leistungsnachweises hervorgehoben werden. Nicht das Negative steht im Vordergrund, sondern die positive Besetzung kommt zutage. Ob Lehrherr oder weiterführende Schule, sie alle müssen doch in der Lage sein - und sie sind es auch - ihren Bedarf oder ihre Voraussetzungen einzuschätzen und dementsprechend auf Grund der Leistungsvorlage zu disponieren.

Nach dem allgemeinbildenden Pflichtschulbereich wäre für mich auch eine Modulbauweise mit Fachklassensystem vorstellbar, die Zeitverluste durch Anrechenbarkeit kompensieren könnte und den Weg zu Flächenberufen ebnen würde. Das wäre im Hinblick auf Umstiege, Stichwort "job-sharing" und Vermittlungstätigkeit im Bereich des AMS für die Gesamtwirtschaft von Vorteil.

Schule bereitet auf das Leben vor und muß den Anforderungen der Wirtschaft und der Zeit gerecht werden. Und Lernen ist nun einmal ein permanenter Prozeß, der uns ein Leben lang begleitet. Dies dokumentiert unbestritten den Stellenwert der Erwachsenenbildung. Deshalb freut es mich auch, daß es im Budgetansatz für diesen wichtigen Sektor endlich wieder etwas nach oben geht. 1,5 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr lassen uns die Talfahrt der vorgesehenen Mittel in den vergangenen Jahren etwas vergessen. Denn die Träger der Erwachsenenbildung, wie zum Beispiel der NÖ Volkshochschulverband, das Bildungs- und Heimatwerk und andere Organisationen, benötigen dringend eine einmalige, kräftige Erhöhung der Förderungsmittel und eine jährliche Valorisierung, um ihrem Bildungsauftrag gerecht werden und nachkommen zu können. Genauso wesentlich ist die definitive Subventionszusage für ein Jahr im voraus, da eine mittelfristige Finanzplanung notwendig ist, um ernsthafte Arbeit und Kontinuität sicherzustellen.

Allein im Wirkungsbereich des NÖ Volkshochschulverbandes mit seinen 67 Volkshochschulen wurden im abgelaufenen Zeitraum 4.770 Kurse mit 64.000 Teilnehmern abgehalten und knapp 1.900 Veranstaltungen mit 258.234 Teilnehmern sprechen eine deutliche Sprache für einen Bedarf und die Wertigkeit. Und gerade im

Jahr 1996, dem Jahr des lebensbegleitenden Lernens, wird diese Notwendigkeit immer deutlicher. So möchte die Frau Bundesminister eine Imagekampagne in diese Richtung starten, da Untersuchungen in den USA ergeben haben, daß Kreativität als eine Schlüsselqualifikation der Zukunft anzusehen ist. Erst vor wenigen Tagen hat die Frau Bundesminister bei der Überreichung der Fernsehpreise die eminente Bedeutung der Erwachsenenbildung herausgestrichen. Ich hoffe, daß mit diesem Bekenntnis auch die Kontinuität der Förderungen durch den Bund gewährleistet wird. Denn die Volkshochschulen stellen Bildungsangebote bereit, die die Menschen unterstützen, ihre Handlungsfähigkeit und Spielräume bei der Lebensgestaltung und Problembewältigung in Gesellschaft, Beruf, Familie, Partnerschaft usw. zu erkennen und auszuweiten. Die für den Umgang mit gesellschaftlichen und individuellen Widersprüchen, Verunsicherungen und Entscheidungsempfindungen mit vielfältiger Rollenübernahme einander überschneidenden Identitäten und von Verlust bedrohter innerer Stabilität Stütze Orientierungshilfe anbieten. Die Anregung zur Reflexion sich selbst, anderen Menschen und gesellschaftlichen Vorgängen gegenüber geben. Die als Forum öffentlicher Diskussion zum Innehalten und Nachdenken anregen und zu aktuellen gesellschaftlichen Anlässen eine Plattform für Information, Meinungsaustausch und den Entwurf von Handlungsalternativen zur Verfügung stellen. Die zur Aneignung demokratischer Kultur, zur argumentativer Auseinandersetzung und konstruktiver Konfliktaustragung animieren, die Persönlichkeitsentwicklung im Sinne einer selbstbewußten, kritisch-reflexiven, kommunikativen- und handlungsfähigen Persönlichkeit fördern. Die der Integration jener Personengruppen dienen, die Gefahr laufen, mehr und mehr in Distanz zur Dynamik gesellschaftlicher Vorgänge zu geraten und damit an den Rand der Gesellschaften gedrängt werden. Die eine Infrastruktur intellektueller und kultureller Art darstellen. Deshalb gibt es auch ein regionales Kernangebot, das folgende Bereiche abzudecken hat: Sprachen, Gesundheit, Kreativität, politische Bildung, Kultur und naturwissenschaftliche Bereiche sowie Berufsorientierung bis zum zweiten Bildungsweg. Auf diesem Weg möchte ich allen Mitarbeitern, die sich in den Dienst der Erwachsenenbildung stellen und allen zuständigen Stellen des Landes für die Arbeit, für die Kooperation ein aufrichtiges Dankeschön sagen.

Zum Resolutionsantrag, den die Abgeordnete Rosenkranz eingebracht hat, möchte ich ein paar Sätze sagen. Ich glaube, daß dieses Problem für Niederösterreich allein nicht lösbar sein wird. Es

sind Themen, die viele Bereiche, Bund, Länder, AMS usw., betreffen. Eine Vereinheitlichung ist für uns selbstverständlich vorstellbar, aber nicht eine reine Minimierung auf eine Bargeldleistung. Denn wir vertreten die Auffassung, daß sich die öffentliche Hand nicht aus der Verantwortung zurückziehen darf. Weiters wird es einen riesigen Arbeitsaufwand, der damit verbunden ist für die zuständigen Abteilungen bedeuten. Wir werden uns aber trotzdem dieser Prüfung nicht verschließen. Wir werden zwar dem Antrag nicht beitreten, aber unsere Zustimmung nicht verweigern.

Zum Schluß aber nicht zu minder ein Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt: Die Arbeitsmarkt- bzw. Arbeitsplatzsituation für die fertigwerdenden, fertigen oder sich in Ausbildung befindlichen Junglehrer zeigt keine sehr rosigen Zukunftsperspektiven. Allein im heurigen Jahr liegen im Bereich des Landesschulrates für Niederösterreich ungefähr 830 Bewerbungen vor. Von diesen werden zirka 100 bis 130 aufgenommen werden können und damit zu einer Anstellung kommen. Aber rund 700 junge Menschen mit fertiger Ausbildung bleiben vor der Tür. Ich bin der Auffassung, das kann nicht so sein. Und ich glaube, daß wir auch die moralische Verpflichtung haben, alles zu unternehmen, um diese jungen, bestausgebildeten Menschen an den Arbeits- und den Erwerbsprozeß heranzuführen bzw. einzugliedern. Und Möglichkeiten dazu sehe ich genug, sei es parallel zum Schulbetrieb im Förderbereich, sei es in Form der Kinderbetreuungseinrichtungen, in Horten oder wie auch immer. Sei es im Bereich der Erwachsenenbildungseinrichtungen oder sei es vielleicht auch im Bereich der Altenbetreuung, wobei ich aber weniger den Bereich der Pflege meine, sondern den aktiven Bereich der Animation. Das kann von Turnen, also Bewegungsgymnastik bis zur Ernährung und anderen Dingen gehen. Sei es durch spezielle Schulungen im sozialen Bereich. Und ich glaube, daß hier sowohl das Land als auch das Arbeitsmarktservice und vielleicht auch andere Träger vonnöten sein werden, um zu Lösungen in diesem Bereich zu kommen. Denn auf der einen Seite sind die Ressourcen vorhanden. Die Problematik des Überangebotes trifft uns ja nicht nur heuer, das wird uns ja noch einige Jahre durch die bestehende Alterspyramide im Lehrberuf erhalten bleiben. Auf der anderen Seite ist es eine humane und volkswirtschaftliche Verpflichtung, daß hier eine Lösung eingefordert und angestrebt wird. Und ich kann versichern, wir werden unseren Teil dazu beitragen, hier tätig zu werden, um den jungen Menschen Chancen zu eröffnen und sie nicht in der Hoffnungslosigkeit allein zu lassen. Politik heißt auch, Verantwortung übernehmen und tra-

gen. Aus dieser Verantwortung heraus werden wir auch der Gruppe 2 unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Die Ausführungen des Kollegen Cerwenka haben die Vielschichtigkeit des Bildungswesens und auch die Unterschiedlichkeit der Perspektiven, die es hier gibt, und der Meinungen aufgezeigt. Es würde zu weit führen, obwohl es mich reizen würde, auf einige Dinge einzugehen. Aber ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn wir grundsätzliche Diskussionen im Bereich des Kollegiums führten. Weil dort gehört es auch hin, daß wir dort neben dem täglichen Geschäft, das wir zu verrichten haben, uns über Grundsätze auseinandersetzen und hier vielleicht den einen oder anderen gemeinsamen Weg finden.

Wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer dieses Budget 1997 unter ein Motto gestellt hat "Konsolidierung sichert Zukunftschancen", so glaube ich, kann man in Anlehnung an dieses Motto auch unter Bezugnahme auf den Prozentsatz, den die Bildung in diesem Bereich einnimmt, nämlich über 24 Prozent, sagen, Bildung sichert Zukunftschancen. Und die Politik in Niederösterreich hält sich an diesen Grundsatz, bei allem Sparwillen und bei allen Härten, die notwendig sind. Die Luft wird immer dünner, das spürt man in vielen Bereichen, das geht auch an diesem Bereich nicht spurlos vorbei.

Wenn ich den Pflichtschulbereich mir vor Augen führe, dann ist es richtig, daß hier Härten auf Grund des Sparpaketes vorhanden sind, daß eine massive Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsplatz gegeben ist. Wir haben zwar ein marginales Ansteigen der Klassenzahlen zu verzeichnen von 6.650 auf 6.659, auch die Schülerzahl steigert sich marginal auf 131.000, aber das Sparpaket schlägt hier durch. Allein durch den neuen Lehrplan, durch die Reduzierung in der 5., 6. und 7. Schulstufe, die gerechtfertigt ist, und durch andere Umstände kommt es zu einer Reduzierung von über 190 Planstellen. Was heißt das? Das heißt, daß der Druck, nämlich was die Lehrerstellenbesetzung anlangt, ein noch viel härterer wird als er ohnedies gewesen wäre.

Das heißt - und da bin ich beim Kollegen Cerwenka - daß uns da sehr viel einfallen muß. Es gibt nicht die Arbeitsplatzgarantie, daß man sagt okay, ich besuche die PädAk oder genieße eine universitäre Ausbildung und die Gesellschaft hat mir einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Das gibt es nicht. Auf der anderen Seite haben wir die moralische Pflicht, gerade wir, die in der Politik Befindlichen, hier Rahmenbedingungen zu errichten, die eben ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu erlangen, bringen. Und das können wir im heurigen Herbst sicher nicht bringen, wenn ich davon ausgehe, daß allein aus dem Vorjahr noch über 150 Abgänger der PädAk im Bereich der Pflichtschulen auf einen Job warten und heuer noch 750 dazukommen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich habe folgende Zahlen: Volksschulbereich 78 und Hauptschulbereich 97 aus dem Vorjahr. Und heuer rechnen wir mit 376 Abgängern im Volksschulbereich und 348 im Hauptschulbereich. Der Anstellungsbedarf beträgt 60 im Sonderschulbereich und im Volksschulbereich maximal 50. Das heißt, das Loch ist ein enormes und wird auch bei noch so viel Kreativität nicht zu stopfen sein. Obwohl wir herausgefordert sind, hier entsprechend aktiv zu werden. Einen Anstieg an Schülerzahlen gibt es auch im AHS- und BHS-Bereich durchaus in einem entsprechenden Ausmaß. Doch auch hier haben wir auf der anderen Seite nur marginale Erhöhungen der Planstellen. Das heißt, daß auch hier über 600 Absolventen als Bewerber für Unterrichtspositionen einen enormen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Und hier werden wir ebenfalls einen entsprechenden Lösungsansatz nicht anbieten können. Das heißt, den Optimismus, den wir im Wirtschaftsbereich haben, den haben wir in diesem Bereich sicherlich nicht, wenn wir seriös argumentieren wollen. Und hier sind wir noch dazu noch stärker gefordert, weil wir bei den Maturanten einen Anstieg verzeichnen müssen und hier auch 5.200 Maturanten - nur zum Teil, aber doch - auf dem Arbeitsmarkt treffen werden.

Keinen Anstieg - und das ist bedenklich und das hat der Herr Klubobmann Dr. Bauer heute sehr ausführlich geschildert - finden wir im Bereich der Lehrlinge. Hier ist eine dramatische Verringerung zu verzeichnen, wenn ich die Statistik der letzten Jahre mir vor Augen führe. Das bedeutet natürlich auch für den Berufsschulbereich eine Verschärfung der Situation. Wir haben zwar im Budget in den letzten Jahren mit diesen 500 Millionen-Investitionen gezeigt, daß das Land Niederösterreich hier einen Schwerpunkt setzt im

Bereich der Adaptierung, des Ausbaues, der Modernisierung der Berufsschulen. Zuletzt wurde darauf hingewiesen, daß in Neunkirchen erst vorige Woche ein entsprechender Akzent eröffnet wurde. Trotzdem glaube ich, ist es in diesem Bereich mit finanziellen, mit monetären Dingen allein nicht möglich, Abhilfe zu schaffen. Primär liegt es am Image des Lehrlings. Zu lange haben wir in diesem Bereich wenig positive Akzente gesetzt. Es ist sicher eine Verlagerung gerade bei den "Verlierern" im Bereich der Lehrlinge, nämlich im kaufmännischen Bereich in die mittleren berufsbildenden Schulen vor sich gegangen, wenn ich nur die Handelsschule heranziehe. Es gibt natürlich Gottseidank "Gewinner" im Bereich der Lehrlinge und damit der Berufsschulen im Installateur-, Maler- und Anstreicherbereich. Aber trotzdem muß es uns gelingen, auf der einen Seite das Image zu heben, auf der anderen Seite wieder eine Ausbildungsbereitschaft zu forcieren, was die Klein- und Mittelunternehmen anlangt. Sicherlich ist eine Möglichkeit, die Lehrwerkstätten zu etablieren, das ist auch in Niederösterreich mit Erfolg geschehen, wobei das auch nicht das Gelbe vom Ei ist. Man soll das durchaus als Mix sehen. Das gehört mit dazu. Ich denke hier an die Anstrengungen, die ECO-PLUS unternommen hat. Wenn ich nur die Firma Wustinger in Piesting, MKW in Heidenreichstein, die Bohler-Werke und Felten und Guillaume hernehme, wo mit Erfolg Lehrwerkstätten eingerichtet wurden. Nur eben mit Mitteln der ECO-PLUS, ohne Bundesunterstützung. Das heißt, hier werden Initiativen gesetzt. Selbstverständlich sind wir dem Resolutionsantrag, der in der Folge vom Kollegen Sacher eingebracht wird, beigetreten, um hier zu zeigen, daß Akzente notwendig sind, gesetzt zu werden. Weil dieser Bereich für die Zukunft unserer Wirtschaft ein ganz wesentlicher ist und hier Lösungsansätze verschiedenster Art und Weise probiert werden müssen, um entsprechend erfolgreich zu sein.

Es wurde auch über die Durchlässigkeit heute schon oft gesprochen. Einen Ansatz der Durchlässigkeit, was die Ausbildung anlangt, bietet Niederösterreich seit zwei Jahren, das ist die Ausbildung im Bereich der Fachhochschulen. Hier sind wir federführend, das sollen wir durchaus mit Stolz feststellen. Nicht zuletzt aus dieser Federführung kommt die Nominierung, daß in der Interessensgemeinschaft der Fachhochschulen der Geschäftsführer der Wiener Neustädter Fachhochschule, Mag. Jungwirth, den Obmann stellt. Das ist eine Anerkennung der Lehrgänge, die wir in Niederösterreich haben und ab Herbst haben werden. Wenn ich davon ausgehe, daß wir bereits 360 Studenten zählen,

320 in Wr. Neustadt noch dazu kommen - dort führen wir zwei Lehrgänge, nämlich den der wirtschaftsberatenden Berufe bzw. "Präzisions-, System- und Informationstechnik". Allein der jetzige Ausbau des zweiten Bereiches der Fachhochschule kostet der Stadt 55 Millionen Schilling, die hier notwendig sind, investiert zu werden. Wobei man nicht erwarten kann, weil ich von der Durchlässigkeit gesprochen habe, daß von heute auf morgen dort nunmehr all jene, die keine Reifeprüfung an den Tag legen können, hier als Studenten aufscheinen, aber einige wenige sind schon hier Studenten und zeigen, daß sehr wohl dieses System die Durchlässigkeit gewährleistet. Mit der Nachjustierung, wenn Sie so wollen, der Nachqualifikation der HTL-Ingenieure zu Wirtschaftsingenieuren kommen 30 zusätzliche Studienplätze in Wr. Neustadt dazu. Und vorgesehen ist auch noch ein berufs begleitender Studiengang für wirtschaftsberatende Berufe, um auch hier die Möglichkeit zu gewährleisten, neben dem Beruf die entsprechende Ausbildung zu erfahren.

Die 60 Plätze in "Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft" in Krems zeigen, daß wir uns auch in diesem Bereich positioniert haben. Und der geplante Lehrgang "Gesundheitsmanagement", der ebenfalls eine Vollzeit von acht Semestern umfassen sollte, soll das Bild abrunden. Wenn nicht logischerweise die Landeshauptstadt dazu käme mit einem, wie ich meine - auch heute schon angezogen - sehr zukunftsorientierten Zweig, nämlich "Telekommunikation und Medien", wo 60 Studienplätze für kommenden Herbst schon vorgesehen sind. Damit sind wir Niederösterreich federführend im Fachhochschulbereich. Was uns nicht abhalten darf davon, jetzt schon rechtzeitig entsprechende Positionierungen zu treffen, wo künftig neue Lehrgänge zu plazieren sind. Gottseidank gibt es hier schon einen Beirat, der der Landesregierung Vorschläge gemacht hat, welche Kriterien aufgestellt werden sollen, um eben hier keine inflationäre Situation zu bekommen.

Einen Punkt darf man hier nicht außer acht lassen, wenn wir über Bildung sprechen. Weil er ein Bereich ist, der zeigt, daß der Bürger unseres Landes sehr bildungswillig ist, nicht nur der junge Bürger, sondern auch der reifere. Das sind nämlich alle Aktivitäten, die im Bereich der Erwachsenenbildung hier gesetzt werden. Da muß man einfach den Hut ziehen, weil das sind Aktivitäten, die in den meisten Fällen neben der beruflichen Tätigkeit erfolgen. Hier ist Niederösterreich Vorzugsschüler, wenn man die Statistik hernimmt. Da gebührt ein Danke sämtlichen Funktionären, die

im Volkshochschulbereich tätig sind, aber auch ein Kompliment dem NÖ Bürger. Denn es gibt 4.770 Kurse mit über 64.000 Teilnehmern und einen Zulauf von 16 Prozent allein im Vorjahr. Bei denjenigen, die den zweiten Bildungsweg in Anspruch genommen haben, ist Niederösterreich, was die prozentuelle Zuwachsrate anlangt, ein-samer Spitzenreiter. Wobei ich sagen muß, die Basis, von der man ausgegangen ist, war auch eine sehr geringe. 225 Prozent hört sich gut an, ist auch hervorragend, nur relativiert die absolute Zahl diesen Bereich. Quintessenz, meine Damen und Herren ist - und damit komme ich auf die Eingangsworte zurück - daß der niederösterreichische Bürger bereit ist, seine Zukunftschancen zu wahren, in dem er auf Bildung setzt. Und daß das Land Niederösterreich nicht zuletzt mit diesem Budget feststellt, daß eben mit Bildung die Zukunftschancen unseres Landes gesichert werden. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Feurer.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich meine, die Höhe der Personalausgaben für die Landeslehrer an den allgemeinbildenden Pflichtschulen, aber auch die Personalausgaben für den berufsbildenden Unterricht, der Pensionsaufwand für die Landeslehrer, was insgesamt 9,4 Milliarden Schilling ausmacht, das sind 82 Prozent des Budgetkapitels Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, rechtfertigen es, sich mit der Bildungspolitik auseinanderzusetzen, obwohl diese nach dem Prinzip "wer zahlt, schafft an" nicht bei uns in der Herrengasse, sondern im Parlament am Ring gemacht wird.

Der Herr Abgeordnete Cerwenka hat in diesem Zusammenhang bereits die schönen Worte des Herrn Bundeskanzlers anlässlich seiner Regierungserklärung 1996 wiedergegeben. Ich möchte, was diese Slogans des Herrn Bundeskanzlers betrifft dann in meinen Ausführungen noch etwas weiter zurückgehen. Die Ausführungen von Herrn Abgeordneten Cerwenka haben aber auch gezeigt, daß es im Bildungswesen sehr verschiedene, sehr vielschichtige Auffassungen gibt. Aber auch der Herr Abgeordnete Mag. Schneeberger hat mit seinen Worten zum Wegsparen von sechs Unterrichtsstunden klar erkennen lassen, daß es dazu sicherlich auch kontroversielle Meinungen gibt. Und so kann ich mich eigentlich noch erinnern und ich glaube, das kann doch wohl nieman-

dem entgangen sein, daß wir anlässlich der Wahlwerbung 1994 folgenden Spruch in ganz Österreich lesen konnten: "Die Jugend ist unser größtes Kapital, sie verdient die beste Ausbildung." Ich sage, hervorragend, ich kann dem Bundeskanzler nur beipflichten. In seiner Regierungserklärung 1994 meinte der Herr Bundeskanzler, für den Bildungsbereich gelte für die Regierung die Devise, daß Ausbildung die beste Investition in die Zukunft sei. Gleichzeitig hat er eine Bildungsoffensive angekündigt. Zwei Jahre später in der Regierungserklärung, ich kann mir das Zitat sparen, der Herr Abgeordnete Cerwenka hat es bereits gesagt: Schlußsatz: "Jede Investition in die Ausbildung ist auch eine Investition in die Zukunft." Oder aber die Frau Bundesministerin für Unterricht, Gehrler, ließ uns 1995 wissen: "Die beste Investition, die ein Staat in den Wohlstand und in die Lebensqualität seiner Gesellschaft leisten kann, ist die Förderung und Investition seines Bildungssystems." Auch diese Aussage ist bestens.

Hohes Haus! Man kann jetzt sagen, eine Menge schöner Worte, schöne Aussagen. An sich müßten diese Worte diese Aussagen grundsätzlich eine Selbstverständlichkeit sein. Nur leider sehe ich die Realität ein bißchen anders. Wir haben nicht unbedingt eine Bildungsoffensive - ich werde es dann noch erläutern - sondern ich meine, wir gehen ein bißchen in Richtung einer Bildungsdefensive. Denn es wird nun einmal bei der Bildung gespart und das stimmt mit den Aussagen der Sozialdemokratischen Partei, aber auch den Aussagen der Österreichischen Volkspartei nicht überein. Das läßt aber auch den Schluß zu, daß der Bundesregierung die Investition in die Jugend, die bekanntlich ja unsere Zukunft ist, doch nicht so viel wert ist. Ich sage deswegen, der Bundesregierung, weil ich setze ja voraus, daß es allgemein bekannt ist, daß bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen die Lehrerkosten durch den Bund zu 100 Prozent ersetzt werden und bei den Berufsschulen zu 50 Prozent. Ich glaube, es kann nicht weggeleugnet werden, daß im Bereich der AHS, im Bereich der Hauptschule nun einmal Unterrichtsstunden, Unterrichtseinheiten von sechs Wochenstunden weggespart werden. Es wurde das ganz geschickt gemacht, einfach so, ohne daß es zur gleichzeitig eigentlich notwendigen Lehrplanreform gekommen ist. Das heißt, ohne Entrümpelung der Lehrpläne, ohne diese Entrümpelung mit einer Verkürzung der Unterrichtseinheiten in Verbindung zu bringen. Jetzt muß man sich einmal anschauen, welche Unterrichtsgegenstände gekürzt werden. Es werden gekürzt Deutsch, Mathematik, Geschichte, Biologie und

auch nicht zu vergessen Englisch. Obwohl heute von den verschiedenen Wirtschaftspolitikern auf Bundesebene, von den verschiedenen Bildungspolitikern auf Bundesebene immer wieder eine Fremdsprachenoffensive vor allem im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt angekündigt wird.

Hohes Haus! Für mich steht es außer Zweifel, daß die Schulen im Rahmen der Schulautonomie, das wird Ihnen auch von der Frau Ministerin ausgerichtet, selbst entscheiden können, wo eingespart werden soll, das heißt, welche Fächer gekürzt werden sollen. Sollten die Schulen aber auf keinen grünen Zweig kommen, dann hat die Frau Bundesministerin Gehringer nun auch schon ein Patentrezept zur Hand. Sie weiß nämlich auch schon, wo eingespart werden kann, nämlich - ich habe es schon gesagt - bei der Allgemeinbildung, bei Deutsch, Mathematik, Geschichte, Englisch. Das ist doch ein Vorgang, der überdacht werden soll. Denn es ist ganz einfach zu befürchten, daß dieses ersatzlose Streichen von Unterrichtsstunden bei unveränderten Lehrplänen, Lehr- und Lernzielen zwangsläufig auf Kosten der Übungszeit jedes einzelnen Schülers oder jeder Schülerin geht. Dieser Weg weitergedacht heißt, daß die Übungszeit in dem privaten Bereich, also in dem häuslichen Bereich zur Hausübung verlagert wird, wo dann natürlich kein Lehrer bzw. keine Lehrerin zur Seite steht und hilft, wenn es Probleme gibt. Herr Abgeordneter Cerwenka hat das auch schon erwähnt. Und das aber in einer Zeit, wo für Nachhilfeunterricht bereits pro Jahr rund eine Milliarde Schilling umgesetzt wird. Das ist für mich ein unerfreulicher Zustand, das liegt wohl für jeden Verantwortungsträger, und wenn immer gesprochen wird, daß wir in der Politik Verantwortung zu übernehmen haben, wohl klar auf der Hand. Diese Verantwortung, was den Schulbereich betrifft, wird aber von der Bundesregierung nicht wahrgenommen.

Weiters ist auch immer wieder die Rede von der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, vom Projektunterricht und daß moderne Unterrichtsmethoden gefragt sind. Kennern der Szene muß aber wohl auch klar sein, daß all diese Unterrichtsmethoden sehr zeitintensiv und zeitaufwendig sind, daher angesichts der Kürzungen wohl kaum mehr durchgeführt werden können. Zur Kürzung des Deutsch-Unterrichtes ist es sicherlich wert, daß man sich dieser Dinge noch einmal näher annimmt. Denn angesichts der zunehmenden Sprachlosigkeit unserer Gesellschaft, die ja niemandem mehr verborgen bleiben kann, hat die Schule heute im immer stärkeren Ausmaß sämtliche Fehlentwicklungen und Mangelerscheinungen

auszugleichen und zu reparieren. Ich meine, daß zum Deutschunterricht nicht nur die Vermittlung von Literaturgeschichte und das Pauken von Grammatik gehört, sondern auch die Förderung kommunikativer Fähigkeiten. Und da frage ich mich schon, was hier schiefgelaufen ist. Wer nämlich die Sendung "Report" Mitte April gesehen hat, der wird sich daran erinnern können, daß in dieser Sendung davon gesprochen wurde, daß es in Österreich 200.000 Analphabeten gibt. Das ist ein Zustand, der unglaublich erscheint, wenn man bedenkt, daß wir den Schulbesuch, daß wir die gesetzlich verankerte Schulpflicht haben. Ich frage mich, wie so etwas möglich sein kann, da unser Schulsystem doch angeblich allen Begabungsstufen und Neigungen Rechnung trägt. Ich meine daher, es sollte außer Streit stehen, daß diesbezüglich Handlungsbedarf besteht. Denn ich meine, daß dieser Zustand im österreichischen Bildungssystem nicht nur eine Frage des Geldes ist und nicht nur eine Frage des Sparpaketes oder Belastungspaketes der Bundesregierung ist, sondern daß ganz einfach hier deutlich wird, daß die Mängel schon weiter zurückgehen und daß hier umfassende Reformen unabdingbar sind.

Ich meine aber auch, daß die Bildungspolitik nicht losgelöst von der allgemeinen wirtschaftlichen Situation betrachtet werden kann, wie dies nach unserer Auffassung jahrelang geschehen ist. Ein funktionierendes Bildungswesen, meine ich, hat auch die Aufgabe, auf wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren, die erforderlichen Ausbildungswege anzubieten und sich am Arbeitsmarkt und dessen Erfordernissen zu orientieren. Ich glaube nämlich, wir brauchen einfach nicht ein Mehr an Universitätsabgängern, die dann zum größten Teil in den Staatsdienst wechseln, sondern wir brauchen mehr Lehrabsolventen für die heimische Wirtschaft. Daher meinen wir Freiheitlichen, daß der erste Schritt in Richtung einer Reform des Bildungswesens heißen muß, Aufwertung der Hauptschule mit attraktiven, modernen, auf die Wirtschaft ausgerichteten Lehrplänen, Verlagerung der prinzipiellen Berufsentscheidung auf das zehnte Lebensjahr mit der Möglichkeit, durch offene Systeme jederzeit wechseln zu können, wenn einfach Begabungen falsch eingeschätzt wurden. Und schließlich auch eine Verknappung der Zahl der Maturanten, damit der Zulauf zu den Universitäten etwas gebremst, der freie Zugang zu den Universitäten aber auch weiterhin möglich wird.

Wenn ich vom Herrn Abgeordneten Cerwenka gehört habe und dies auch in den letzten Tagen den Medien entnehmen konnte, was

die neuen sozialdemokratischen Schulvisionen sind, dann frage ich mich schon, wie diese Schulvisionen der Regierungserklärung 1996 von Dr. Vranitzky untergeordnet werden können. Ich zitiere sie jetzt noch einmal, was der Herr Abgeordnete Cerwenka gemacht hat: Die Zukunft eines Landes ist die Jugend, die Zukunft ist ihre Ausbildung. Jede Investition in die Ausbildung ist auch eine Investition in die Zukunft. Ich glaube, wenn man hier gehört hat und den Medien entnehmen kann das Abschaffen der Klassenwiederholungen, die Verkürzung der dualen Ausbildungszeit auf zwei Jahre, dann muß man wohl klar und deutlich feststellen, daß diese Visionen eigentlich mit einer Fehlinvestition gleichzusetzen sind. Und daß diese Visionen derzeit Gottseidank noch keine Gültigkeit haben.

Wie ich aber auch aus den Medien entnehmen konnte, steht im Zusammenhang mit diesen sozialdemokratischen Schulvisionen auch bereits fest, daß das nächste Belastungspaket bereits vor der Tür steht. Das beweist uns das SPÖ-Schulland. Denn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ wollen, wenn es richtig ist, was die Medien berichtet haben, daß die höheren Aufwendungen des Staates für die besondere Erstausbildung der Lehrer bzw. der Lehrerinnen in Form eines Hochschulstudiums, daß diese höheren Aufwendungen durch befristete Steuerzuschläge bei höheren Einkommensbeziehern finanziert werden sollen. Ich darf hier für die Freiheitlichen sagen, daß wir eine derartige Umverteilungsaktion sicherlich ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich möchte zu dem Kapitel 2 auf Bildungsfragen eingehen. Allerdings mehr mit dem Schwerpunkt, was ist nach der Pflichtschule? Dennoch möchte ich zu Beginn auf zwei Aussagen kurz replizieren. Zum ersten auf den Herrn Kollegen Mag. Schneeberger, dem ich durchaus zustimme, wenn er sagt, daß die Diskussion über die Bildungspolitik gemeinsam und intensiver geführt werden müßte. Allerdings hat er es für mich zu sehr eingeschränkt auf das stille Kämmerlein, nämlich auf das Gremium Landesschulrat. Ich meine, daß dort auch diskutiert werden soll. Daß vor allem aber in der Öffentlichkeit über Schulen und Bildungspolitik diskutiert werden soll. Es ist eine "res publica". Und es ist immer noch eine Frage der Öffentlichkeit, der Eltern, der in der

Bildungspolitik Tätigen, der Lehrerschaft, vor allem aber auch der Kinder.

Und zum zweiten darf ich auf Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek nur ganz kurz eingehen. Er hat sicherlich in vielen Punkten auch sachlich hier recht. Aber ein sehr negativer Trend schwingt in seiner gesamten Rede mit. Natürlich steht das einem Oppositionsredner zu, auch in Sachen Bildungspolitik. Aber eine zu negative Sicht kann unter Umständen ins Gegenteil umschlagen. Das Sparen hat nämlich auch positive Seiten und auch im Bildungswesen geht Qualität immer noch vor Quantität. Und manchmal hat halt das Sparen auch den Sinn, daß mehr auf die Qualität geachtet wird.

Nun zum eigentlichen Thema: Ich möchte vor allem mit den Fragen der Berufsausbildung beginnen. Will Österreich nämlich, und das haben heute schon sehr viele Redner vor mir gesagt, wirtschaftlich weiter erfolgreich sein, so brauchen wir als Grundlage dazu bestens gebildete und bestens ausgebildete Menschen. Bestens ausgebildete junge Menschen. Und deshalb ist dem Bildungsbereich immer höchste Priorität einzuräumen, auch in Zeiten der Sparmaßnahmen.

Der allgemeinen Kürzung der Budgetansätze in unserem Landesbudget für 1997 muß sich natürlich auch dieser Bereich unterordnen. Ich meine aber, daß das nur vorübergehende Maßnahmen sein können, will man nicht für die nächsten Jahre einen Rückschritt riskieren. Wir müssen daher unser vollstes Augenmerk auf die Berufsausbildung legen. Thema Lehrlingsausbildung: Die Lehrlingsausbildung erscheint mir als einer jener Bereiche, wo in nächster Zeit bei manchen in diesem Land ein grundsätzliches Umdenken erfolgen müßte. Die schönsten Slogans und Plakataktionen wie "Ehre mit Lehre" oder so ähnlich nützen wenig, wenn alte, überholte, ineffiziente Ausbildungsstrukturen und vor allem die Einstellung nicht verbessert werden. Das laufende Sonderprogramm zur Qualitätsverbesserung der Berufsschulbildung muß fortgesetzt werden. Hierüber sind wir uns alle einig. Parallel dazu sollte jedoch die Reform der Bildungsinhalte, der Lehrpläne und der Struktur des Berufsschulwesens fortgesetzt werden. Ich meine damit die in diesem Haus schon öfter angesprochene Reform des Unterrichtes in seinen theoretischen und praktischen Bereichen, fallweise auch ein Überdenken der Standortpolitik, was für die Berufsschüler große Vorteile brächte. Ich glaube alles in allem, daß eine Reform des Berufsschulwesens sicherlich Motivation sein

könnte, mehr in die Facharbeiterberufe einzusteigen.

Besonderer Schwerpunkt müßte meiner Meinung nach in Zukunft auf die Verbesserung der Fremdsprachenausbildung gelegt werden, darin sind wir uns durchaus einig. Vor allem auch bei der berufstätigen Jugend. Es ist leider ernüchternd, wenn man die Sprachprobleme der Österreicher im Vergleich zu anderen Nationalitäten betrachtet. Leider, und das hat man ja in letzter Zeit vernommen, geistert hier von mancher Seite immer noch allzusehr die Meinung herum, ein Facharbeiterlehrling bräuchte in erster Linie nur manuell ausgebildet zu werden. Im Hinblick auf das von allen stets so zitierte lebenslange Lernen wird die dauernde Weiterbildung, die erwünschte höhere Flexibilität, bei einem beruflichen Umstieg etwa, durch diese bestehende konservative Haltung nur erschwert.

In der Frage der Ausstattung unserer Berufsschulen und der Unterbringung der Heimschüler müssen ebenfalls noch weitere Verbesserungen Platz greifen. Ich habe mir sagen lassen, daß zum Beispiel ganz dringend die weitere Sanierung der Landesberufsschule in Theresienfeld stattfinden muß, wo noch immer unzumutbare Heimbedingungen, Großschlafsäle mit Stockbetten usw., herrschen. Ich glaube, daß das kein Anreiz ist, einen Lehrlingsberuf zu ergreifen. Die heutige Debatte hat aber schon seit der Generaldebatte gezeigt, daß hier ohnehin eine große Einigkeit herrscht und daher bin ich sehr optimistisch. Sorge macht uns leider allen gemeinsam, das haben wir heute verspürt, eine Haltung der Wirtschaft im Hinblick auf die Lehrlingsausbildung, die in den letzten Jahren ein sehr reduziertes Lehrstellenangebot gebracht hat. Man kann nicht einerseits bestens ausgebildete Facharbeiter verlangen und andererseits die Ausbildungsplätze reduzieren oder ganz abbauen. Die guten traditionellen Lehrwerkstätten der Industrie werden immer öfter unter dem Argument der Kostenrationalisierung zunehmend in Frage gestellt. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden, indem ein Weg gefunden wird, von öffentlicher Hand, zum Beispiel seitens des Arbeitsmarktservices, gezielt bedarfsbezogen und qualitätsorientiert zu fördern. Ich darf an dieser Stelle daher einen Resolutionsantrag einbringen, dem die Parteien insgesamt beigetreten sind (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sacher, Mag. Schneeberger, Haberler und Ing. Dautzenberg zur Grup-

pe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

Will Österreich in der Zukunft wirtschaftlich erfolgreich sein, so braucht es als Grundlage dazu bestens gebildete und ausgebildete junge Menschen. So wie im Bereich der schulischen Bildung ist besonders auch der Berufsausbildung höchste Priorität einzuräumen. Die Lehrlingsausbildung ist zu forcieren, um auf Dauer die Facharbeit zu sichern. Die NÖ Wirtschaft sollte daher verstärkt Lehrlinge ausbilden. Ohne eine ausreichende Anzahl bestqualifizierter Facharbeiter kann nicht jene hohe Qualität der Produktion aufrechterhalten werden, die zum Bestehen des internationalen Wettbewerbes unabdingbar ist. Die oftmals anzutreffende Strategie der Gewinnmaximierung artikuliert sich vermehrt im Schließen von Lehrwerkstätten. Dies ist abzulehnen, denn Wirtschaften ist ein gemeinsames Handeln von Unternehmern und Arbeitnehmern, das nur dann funktionieren kann, wenn die Belegschaft entsprechend gut ausgebildet ist. Mit dem Angebot der neuen Fachhochschulen, der laufenden Modernisierung und immer besseren Ausstattung unserer Berufsschulen, der Eröffnung neuer Ausbildungsschienen und anderen Maßnahmen leistet die öffentliche Hand einen wesentlichen Beitrag. Aber auch die Wirtschaft ist aufgerufen, durch qualitätsvolle Lehrlingsausbildung das ihre dazu beizutragen.

Es soll daher ein Weg gefunden werden, weiterhin von der öffentlichen Hand her Maßnahmen zu unterstützen, welche die Lehrlingsausbildung gezielt, bedarfsbezogen und qualitätsorientiert fördern. Sowie seitens der Bundesregierung Förderungsmaßnahmen gesetzt werden, sollte auch das Land Niederösterreich Förderungsmittel gezielt einsetzen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, weiterhin gezielte und geeignete Maßnahmen zu setzen, um die Lehrlingsausbildung in NÖ Gewerbe- und Industriebetrieben, insbesondere in Lehrwerkstätten und regionalen Ausbildungszentren bedarfsbezogen und qualitätsorientiert zu verstärken und zu fördern.

Gleichzeitig möge die Landesregierung beim Bund vorstellig werden und dahingehend wirken, daß auch Finanzierungsmaßnahmen, etwa ein Umlagesystem, geprüft und allenfalls geschaffen werden, um dadurch eine bundesweite bedarfs- und qualitätsorientierte Ausbildung von Lehrlingen sicherzustellen."

Herr Präsident! Hoher Landtag! In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Bedeutung des Polytechnischen Lehrganges kurz eingehen. Lange wurde seine Existenz überhaupt in Frage gestellt. Nunmehr glaube ich, ist diese Zeit vorbei. Durch vorbildliche neue Wege wurde der Polytechnische Lehrgang in den letzten Jahren qualitativ aufgewertet. So zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit der Industrie in Form der Nutzung von Lehrwerkstätten für den praktischen Unterricht, wie dies verschiedene Polytechnische Lehrgänge in Niederösterreich mit verschiedenen Industriebetrieben bereits praktizieren. Ich könnte hier das Kremser Beispiel nennen. Dem voran muß es auch eine verstärkte Berufsorientierung in der Hauptschule geben. Auch hier gibt es ein funktionierendes Modell einer guten Zusammenarbeit von Pflichtschule, Arbeitsmarktservice, Gewerbe und Industrie und zwar in Form der berufs- und interessenorientierten Hauptschule, die Partnerschaften mit den Berufsinformationszentren des AMS und der Wirtschaft eingeht. Die daraus resultierende frühzeitige Berufsorientierung läßt für den dringend gesuchten künftigen Facharbeiter eine gut überlegte Berufswahl zu. Dieses Modell sollte landesweit verstärkt nachvollzogen werden.

Hoher Landtag! Nun zu einem anderen Bereich unserer Ausbildung. Von dieser Stelle aus haben wir schon sehr oft über den Stellenwert der landwirtschaftlichen Berufsausbildung und des damit verbundenen Schulwesens diskutiert. Es gibt hier eine schwebende Debatte über verschiedene Schulstandorte. Auf einen, der ja hier besonders oft diskutiert wird, möchte ich jetzt gar nicht so im besonderen eingehen, weil diese Debatten schon oft geführt wurden. Grundsätzlich müssen hier Reformschritte gesetzt werden und das ist eben auch die Meinung unserer Fraktion im Landtag seit vielen Jahren. Das landwirtschaftliche Schulkonzept ist ja in seiner Umsetzung noch weitgehendst offen, aber hier kommen offensichtlich im Herbst einige Dinge auf uns zu. Der Herbst wird sicher Entscheidungen bringen müssen. Maxime muß sein, daß Effizienzsteigerung und Rationalisierung dieses teuren Bereiches anzustreben sind, aber unter der Bedingung natürlich, daß nur Wegrationalisieren ohne Rücksicht auf die regionalen Notwendigkeiten - noch einmal Stichwort Gumpoldskirchen - von uns nicht mitgetragen werden kann.

Damit zu einem weiteren Bereich unseres Bildungssystems - den Fachhochschulen. Auch hier hat sehr ausführlich schon ein Vorredner, Kollege Mag. Schneeberger, Stellung bezogen. Dem ist

nicht sehr viel hinzuzufügen. Ich unterstreiche auch, daß es erfreulich ist, daß seitens des Landes Niederösterreich in diesem Punkt besondere Erfolge schon erzielt wurden. Erfreulich ist auch, daß als Auswirkung dieser Fachhochschulpolitik der Budgetansatz nicht gekürzt wurde oder nicht gekürzt werden konnte, Gottseidank, sondern gesteigert wurde. Konkret stehen im Jahr 1997 für die Fachhochschulen statt 10 Millionen 13 Millionen zur Verfügung. Das ist, wie gesagt, darauf zurückzuführen, daß in Niederösterreich bereits laufende Fachhochschulstudiengänge weitergeführt, erweitert, ausgeweitet werden. Und daß neue hinzukommen in Wr. Neustadt, St. Pölten, Krems. Hierüber wurde schon gesprochen.

Im "Standard" erschien in der Vorwoche ein Bericht über die österreichweite Situation bei den Fachhochschulen. Aus dem geht ebenfalls hervor, daß Niederösterreich hier bereits Funktionierendes aufzuweisen hat. Relativ gut und relativ rasch eingestiegen ist Wr. Neustadt mit Präzisionstechnik, wirtschaftsberatenden Berufen, Krems mit Tourismusmanagement und Gesundheitsmanagement, St. Pölten mit Telekommunikation. Ich darf allerdings eine Anmerkung hier anbringen zum Thema Fachhochschulen. Ich glaube, daß es schlecht wäre, wenn hier ein Konkurrenzkampf entstünde. Ein Konkurrenzkampf unter den Bundesländern einerseits um Studiengänge ähnlichen Typs. Genauso wenig wäre es zielführend, wenn die Fachhochschulen mit bestehenden Hochschulausbildungen in Konkurrenz träten. Das wäre nicht im Sinne der Neueinführung der Fachhochschulen in Österreich. Der "Standard" berichtet über ein aktuelles Beispiel, nämlich in Graz. Dort liefern sich sozusagen ein geplanter Studiengang für Fahrzeugtechnik und ein an der Technischen Universität bereits bestehender gleicher oder ähnlicher Lehrgang sozusagen Gefechte. Es ist also nicht sinnvoll, wenn hier öffentliche Gelder für Konkurrenz auf dem Bildungssektor eingesetzt werden müßten. Ebenso erscheint es mir als wenig sinnvoll, leider ist es aber offensichtlich aus Prestige Gründen schon so passiert, unwiderruflich passiert, daß zum Beispiel die Fachhochschule für Tourismusmanagement sowohl in Niederösterreich mit dem Standort Krems etabliert wurde als auch in Wien, offensichtlich aus Prestigedenken heraus. In Wien noch dazu von der Wirtschaftskammer, soweit ich informiert bin. Ich halte also für die Zukunft solche benachbarte Konkurrenzlehrgänge als für nicht sehr zielführend und effizient.

Eine zweite kritische Anmerkung zu den Fachhochschulen: In der ersten Euphorie über die Einführung wurde vielleicht nicht klar genug erkannt, daß es in Österreich Gottseidank mit seinen Höheren Technischen Lehranstalten bereits ein international sehr hohes Ausbildungsniveau gegeben hat. Jedenfalls im Niveau über dem vergleichbarer Ausbildungsmöglichkeiten im Ausland. Wir haben nämlich ein hervorragendes berufsbildendes höheres Schulwesen bereits gehabt, wir haben ausgezeichnete HTLs, mit denen sich zum Beispiel die berufsbildenden höheren Schulen im benachbarten Ausland nicht vergleichen können. Der Bedarf also, ein internationales Ausbildungsniveau zu erreichen, war in Deutschland oder, ein noch besseres Beispiel, in Frankreich ungleich höher als bei uns als man dort die Fachhochschulen schuf. Aus diesem Umstand heraus resultiert in Zukunft möglicherweise eine unnötige, teure Doppelgeleisigkeit von berufsbildenden höheren Schulen, HTLs und Fachhochschulen. Ich meine also, daß in Zukunft alle Bewerber um neue Standorte, um neue Studiengänge auf der Ebene der Fachhochschulen sehr gut beraten sein werden, den Markt und den Bedarf genauestens zu analysieren, bevor sie oft aus regionalen oder kommunalpolitischen Gründen die Neueinrichtung von Lehrgängen anstreben. Bevor man sich da hineinsteigert, bevor man da etwas fordert, von dem man dann aus Prestigegründen nicht mehr zurück kann.

Eine dritte Anmerkung zu den Fachhochschulen: Die ursprüngliche Intention war ja auch, daß die Fachhochschulen einen verstärkten Zugang für Menschen, die aus dem Berufsleben kommen, bieten sollen. Sofern sie die notwendigen Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, sollte hier die Durchlässigkeit gesichert werden. Meiner Meinung nach scheint gerade diese Anforderung an die Fachhochschulen zu wenig gegeben zu sein oder zu wenig verwirklicht zu sein. Eine Umfrage unter den Studierenden bei uns hat ergeben, daß unter ihnen kaum solche sind, die aus dem Beruf - etwa Tourismus - in die Fachhochschule gekommen sind bislang. Vielleicht ist das ein weiteres Argument, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Berufsausbildung an den gewerblichen Berufsschulen stark reformbedürftig ist, damit hier ein besserer Zugang zu höherer Bildung auch für die Berufstätigen in Zukunft möglich sein wird.

Ich möchte nun noch einige Worte zur Landesakademie sagen. Einige kurze Sätze, weil ja hier über die Landesakademie anlässlich der Neustrukturierung ohnehin ausführlich debattiert wurde. Durch die Neuorganisation ist dieses Kapi-

tel niederösterreichischer Bildungs- und Wissenschaftspolitik neu aufgeschlagen worden. Die budgetäre Dotierung bleibt im nächsten Jahr - Kopschütteln bei den Verantwortlichen, aber Ihr müßt damit auskommen - unverändert. Damit können also keine besonderen Innovationen für das nächste Jahr erwartet werden. Wir hoffen alle, daß dies nicht als ein Signal der Stagnation, sondern eher als eine Phase der Konsolidierung auf dem neuen Weg verstanden werden kann. Ich zweifle nicht daran, daß die Landesakademie ihrem Auftrag sicher gerecht wird, was ja die verschiedensten Veranstaltungen beweisen. Ich glaube, daß in diesen Minuten an der LAK in Krems wieder eine Veranstaltung beginnt oder stattfindet, die besonders in Richtung Beratung der Einrichtungen des Landes, der Kommunen, der Mandatare usw. geht.

Als letzten Teil dieses Bereiches der Bildungspolitik, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich noch einmal einige Worte zur Donau-Universität sagen. Sie wissen, daß ich natürlich auch aus lokalem Bezug dazu immer sehr gerne Stellung nehme und auch sehr viel dazu bereits in diesem Hohen Haus gesagt habe. Heute möchte ich zu diesem Thema eine - ich muß jetzt vorsichtig sein - gewisse Skepsis anbringen. Es scheint so zu sein, als hätte die Donau-Universität, man möge mir jetzt nicht böse sein, seitens der Verantwortlichen noch nicht so richtig Tritt gefaßt. Es gab eine Reihe von Personalrochaden, ein Zu- und Absagen, ein Kommen und Gehen, ein beunruhigendes Hin und Her von Fachkräften, von Persönlichkeiten. Das alles läßt auf gewisse Probleme schließen. Man könnte es kräftiger sagen. Aber ich komme eben aus Krems und ich muß mit den dortigen Persönlichkeiten halt auch auskommen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Einige Abteilungen haben sich mehr, andere eben weniger gut etabliert. Ich gehe nicht auf die zweite Kategorie ein, sondern auf die erste. Jene, die sich meiner Meinung nach sehr gut etabliert haben, zum Beispiel die Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien oder das Zentrum für medizinische Techniken. Es möge jetzt um Himmels willen niemand böse sein, wenn er nicht erwähnt wurde. Im Interesse einer möglichst optimal funktionierenden Donau-Universität müßte es in nächster Zeit gelingen, das sage ich noch einmal sehr deutlich, das Führungsteam der Donau-Uni endgültig zu etablieren und damit die herrschende Unsicherheit über die Führungsebene zu beenden. Unklare bzw. unpraktikable Entscheidungsstrukturen im Präsidium gehören raschest durch neue Vorgaben gelöst. Mit der Einsetzung eines sogenannten "special advisers", der aus der Privatwirtschaft kommt - Sie wissen, von wem ich

spreche, von dem Austro-Kanadier Frank Stronach - hat man einen für österreichische Verhältnisse sehr ungewöhnlichen Weg beschritten. Es scheint in Amerika sehr wichtig und ein gewisses Motiv zu sein, daß man auf seiner Visitenkarte irgendeine Universitätsfunktion anführen kann. Ich hoffe, ich irre mich, daß das die Motivation war, sich hier zu engagieren. Ich würde mich freuen, wenn dieses Engagement eines aus der Privatwirtschaft kommenden Österreicher, der im Ausland erfolgreich geworden ist, als eine personalisierte Achse Wirtschaft - Wissenschaft im Interesse der Donau-Universität - Wissenschaft bringen würde. Natürlich ist hier bei all diesen Entscheidungen nicht das Land Niederösterreich am Zug, sondern - das sage ich auch ganz offen - das Wissenschaftsministerium. Was allerdings auch seitens des Landes verstärkt werden müßte, ist das Engagement und der Nachdruck, mit dem unsere Vertreter im Kuratorium, also in der Donau-Universität tätig sind. Der finanzielle Beitrag des Landes Niederösterreich ist jedenfalls gesichert. Hier gibt es keine Einsparung, sondern sogar eine leichte Steigerung von 16 auf 16,5 Millionen Schilling.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Zusammenfassend halte ich fest, daß das ungewein wichtige Kapitel der Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Niederösterreich wohl einen prozentmäßig großen Anteil am Gesamtbudget innehat, wie wir aber alle wissen, sind die größten Brocken natürlich die Personalkosten. Entscheidend ist aber nicht nur die Summe, sondern auch der ideelle Faktor. Und wenn wir in Zukunft verstärkt zu den Aufgaben der Bildungspolitik stehen, dann ist das, wie heute manche schon so schön gesagt haben, die beste Investition in die Zukunft. Und ich wiederhole, was Kollege Cerwenka schon gesagt hat, daß dieses Kapitel 2 unseres Budgets unsere Zustimmung finden wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich will auf den gemeinsamen Antrag bezüglich der Lehrlinge eingehen. Es ist wahrlich notwendig, daß wir in diesem Bereich, das heißt, in bezug auf die Anzahl wie auch im weiteren Sinne dann auf die Qualität der Lehrstellen vom Land her etwas unternehmen, wenn man sich die Zahlen etwas vor Augen führt. Die Zahlen, die 1990 in Niederösterreich mit etwa 23.379 an Lehrlingen noch vorhanden waren, die 1991 dann auf 22.700

gerundet, 1992 auf 21.900, 1993 auf 21.200, 1994 auf etwas über 20.000 und schließlich 1995 auf 19.832 gesunken sind. Also insgesamt innerhalb von sechs Jahren eine Absenkung von fast 20 Prozent bei den Lehrstellen.

Es ist deshalb, es wurde schon von meinen Vorrednern angeführt, sicherlich eine richtige Maßnahme und auch unbedingt erforderlich, daß man gemeinsam vorgeht. Aber es darf dieser Antrag eines bestimmt nicht sein: Eine "Goodwill-Aktion" des Landtages. Es darf ganz einfach keine Einmalaktion sein, mit der man quasi sein Wissen erfüllt oder beruhigt. Es war für mich schon auch interessant, wenn ich an die Rede des Klubobmannes Dr. Bauer denke, daß hier sehr wohl Denkprozesse in den letzten ein, zwei Jahren in den letzten Monaten sogar verstärkt, auch bei anderen Parteien gegriffen haben. Es war für mich sehr bemerkenswert, daß sich hier einiges tut in der politischen Landschaft. Und es wird auch sehr notwendig sein, daß wir hier konkrete Maßnahmen ergreifen, denn in sechs Jahren knapp 20 Prozent Verlust, das ist ja etwas Schlimmes. Hannes, wenn ich es jetzt ganz treffend ausdrücken würde, würde ich sagen, die ersten blauen Streifen hätte man ja schon fast durchsehen können. Was vor zwei oder drei Jahren noch undenkbar gewesen ist, hast Du heute im Prinzip so leicht in unsere Richtung gesagt. Es wird auch notwendig sein, steuerliche Maßnahmen von der Bundesseite her zu ergreifen und den notwendigen Druck von der Landesseite her zu erzeugen.

Das Umlageverfahren, das da ganz konkret angeführt ist, ist meiner Meinung nach eine ganz wichtige Sache. Hannes, das ist ja auch heute von Dir gekommen, daß man das analog zur Behindertengeschichte in etwa machen könnte. Und ich möchte das schon sagen, daß man in Zukunft eines nicht machen wird können: Die Gewinne - und das haben wir ja in weiten Bereichen - die Gewinne werden privatisiert und die gesamten Kosten etwa, oder die Verluste, die sozialen Folgen, die werden dann sozialisiert. Das heißt, das dürfen alle miteinander tragen. In die Richtung rennt das ja in Wirklichkeit. Auch in bezug auf die Lehrlingsausbildung. In Wahrheit müssen wir durch das Umlageverfahren auch dorthin kommen, wenn man das vereinfacht wieder mit zwei Beispielen sagt, daß man die Leistungen an der Gesellschaft und Lehrlingsausbildung, das ist richtig gesagt worden, beginnend von Kollegen Cerwenka über Dkfm. Rambossek bis hin zu Sacher, Mag. Schneeberger nicht zu vergessen, daß Ausbildung extrem wichtig ist, ein Kapital der

Zukunft ist. Auch hier müssen wir Leistung privilegieren. Und auf der anderen Seite müssen wir die Fehlleistung, das heißt, jemand, der sich ganz einfach die Ausbildung, die Investition in die Zukunft ersparen will, pönalisieren. So lang, so weit, so breit, kurz und bündig zu diesem Antrag.

Aber ich bin auch überzeugt, daß das nicht der einzige Akt sein darf, sondern daß das nur ein Beginn in diese Richtung sein kann. Ein Beginn in die Richtung, daß wir gemeinsam als Landtag in Zusammenarbeit mit dem Bund, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in positiver Form, dort, wo es passiert, daß dort wo wirklich etwas gemacht wird für die Ausbildung. Daß wir hier einen Startschuß gesetzt haben. Denn die Zahlen sprechen wirklich schlimm dafür, daß wir etwas unternehmen in diese Richtung. Und deshalb halte ich das für einen ersten positiven Schritt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf einleitend noch in wenigen Sätzen replizieren zu den angesprochenen Reformen bei den landwirtschaftlichen Fachschulen. Es wurde sowohl vom Kollegen Marchat als auch vom Kollegen Sacher mehr oder weniger kritisiert, daß hier einerseits die Strukturreform zu langsam vorankäme und zum anderen aber gleichzeitig ein Kontrapunkt gesetzt, indem man sagt, es müssen regionale Standorte erhalten werden. Hier ist sicherlich ein gewisser Widerspruch gegeben, den man an und für sich, wenn man nicht Kompetenz oder Verantwortung in der Sache trägt und etwas vonstatten bringen möchte, sicherlich so sehen kann, so reden kann, aber zweifellos nicht so realisieren.

Wir wissen, daß Strukturreformen im landwirtschaftlichen Schulwesen seit Jahrzehnten im Gange sind. Es hat hier permanent Veränderungen dadurch gegeben, daß eben der Rückgang an landwirtschaftlichen Betrieben und somit der Rückgang an landwirtschaftlicher Jugend es nicht ermöglicht hatte und hat, hier verschiedene Standorte, verschiedene Klassen mit den notwendigen, vom Gesetz her vorgegebenen Schülerzahlen zu beschicken. Daher sind eben von Zeit zu Zeit Reglements in diesem Schulstättenplan notwendig, damit der gesetzliche Auftrag auch tatsächlich erfüllt werden kann. Es fällt einem nicht leicht, Standorte zu schließen, zusammenzulegen. Wir müssen nicht nur von

einer Momentaufnahme ausgehen, sondern einfach auch die Entwicklung, die in den kommenden Jahren auf uns zukommt, die man schon erkennen kann, entsprechend berücksichtigen.

Hohes Haus! Ich darf mich nunmehr dem Sport zuwenden. Ich glaube, daß der Zeitpunkt der Debatte um das Budget 1997 zur Sommerzeit zweifellos noch keine Tradition hat. Aber ich glaube, daß es ein bißchen eine politische Innovation darstellt, deren Wirkung vielleicht noch allzu wenig gesehen oder geschätzt wird. Denn waren wir in den vergangenen Jahren immer damit beschäftigt, möglichst vor Weihnachten und vor dem Jahreswechsel noch schnell das Budget unter Dach und Fach zu bringen, so können wir heute nicht nur für die Politik selbst, sondern vor allem auch für die Administration doch eine wesentlich bessere Grundlage für die Durchführung der Beschlüsse, die sich vom Budget ableiten, hier vorgeben. Somit möchte ich auch sehr herzlich danken, daß unser mutiger Finanzreferent Mag. Freibauer, der das immer sehr kantig und sehr bestimmt auch bringt, sich mit dieser Idee durchgesetzt hat. Und wir werden sicherlich, so nehme ich an und darf hoffen, mit dieser Vorgangsweise eine gute und auch für weitere Jahre schöne Voraussetzung hier im NÖ Landtag haben.

Nun, der Voranschlag für Sport und außerschulische Leibeserziehung weist in etwa Ausgaben von 94 Millionen Schilling auf. Es ist dies um ein Prozent weniger als im Voranschlagswert 1996 vorgegeben. Es ist also eine minimale Kürzung im Sinne eines Konsolidierungsbudgets, die aber vielleicht doch sehr gering ausgefallen ist und damit nicht wesentliche Schlechterstellungen erbringen wird als das Budget im Jahre 1996 insgesamt an positiver Wirkung für den Sport in Niederösterreich gesetzt hat.

Ich möchte auch eine immer wieder vorgebrachte Kritik des Kollegen Marchat einmal mehr zurückweisen, der immer wieder mit derselben Behauptung auftritt, daß dem Breitensport in Niederösterreich auch von finanzieller Seite her nicht die Mittel in entsprechendem Maße zugeordnet werden. Wir haben ein ungeschriebenes Gesetz in der NÖ Sportpolitik, daß in etwa zwei Drittel der Budgetausgaben für den Breitensport eingesetzt werden. Und das kann man auch in diesem Budgetvoranschlag einmal mehr nachlesen, nachvollziehen, daß das auch so kommen wird. Ich glaube, die Freiheitlichen halten es in dieser Aussage ähnlich wie bei der Finanzierung der Landeshauptstadt: Durch das Verweigern der Realität versuchen sie für sich, in irgendeinem populären

Bereich der Politik einfach Stimmung zu machen und leiten und lenken von den tatsächlich vorgegebenen, beschlossenen und umgesetzten Fakten bewußt ab. Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Land des Breitensportes, daher sollte man hier auch die Dinge richtig diskutieren. Das würde mehr zur Ehre der Politiker gereichen, als mit einer verlängerten Biertischpolemik auch bei uns im Landtag immer wieder solche Behauptungen hier einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben durch die NÖ Sportpolitik, aber nicht alleine durch diese, sondern auch durch Privatinitiativen zweifellos in diesem Land in den letzten Jahren etwas zustande gebracht. Es hat erfolgreiche, wesentliche, markante Ereignisse und Ergebnisse gegeben. Ich möchte hier nur beispielhaft aufzählen die Etablierung des ATP-Turnieres in St. Pölten, wo es gelungen ist, gemeinsam mit einem Veranstalterteam unter dem momentanen und spontanen Ausbau einer Sportstätte einfach dieses Großereignis für Niederösterreich zu erreichen. Man könnte noch verschiedene andere Veranstaltungen, auf die ich noch eingehen werde, auch so sehen. Es ist aber nicht nur im Veranstaltungssektor etwas gelungen, sondern Niederösterreichs Sportler sind dabei, in den einzelnen Sparten auch zum Weltklasseniveau aufzuschließen. Wenn ich nur verweisen darf, daß es gelungen ist im vergangenen Winter durch den Göstlinger Thomas Sykora, im Mekka des Schisportes, in Kitzbühel dem Megastar Alberto Tomba um die Ohren zu fahren, so ist das sicherlich nicht nur als Einzelleistung zu sehen. Wir können vielmehr mit Michaela Dorfmeister und vielen anderen wirklich auf ausgezeichnete Erfolge verweisen. Sie alle, und da geht wieder, lieber Kollege Marchat, die Kritik an Dich: Ich weiß ganz genau, daß die Michaela Dorfmeister in die Sporthauptschule in Lilienfeld gegangen ist, dann in weiterführende Schulen. Es ist diese Funktionalität sicherlich da, es wird nicht aus jedem Schüler dort ein erfolgreicher, international anerkannter Sportler, aber sicherlich ist das eine Fundstätte für die Trainer, für alle jene, die das können, die die Initiative setzen, vor Ort konzentriert dann junge Leute beobachten, sie animieren und überzeugen, daß sie es vielleicht doch versuchen sollten in ihrem eigenen Interesse, darum geht es ja im wesentlichen, aber natürlich dann auch zu sagen, Sport ist eben auch eine Ehrensache, für das Land etwas zu leisten.

Es hat eine Fülle von erfolgreichen Wettkämpfen in Niederösterreich gegeben. Ein markantes Beispiel war zweifellos die Abhaltung der

U-16 Europameisterschaft im Fußball, der Handballweltmeisterschaften, die in verschiedenen Spielorten jeweils hier abgewickelt wurden. Und - ich möchte noch einmal auf den Schisport zurückkommen - daß nicht nur im vergangenen Winter der Semmering wieder an Attraktivität durch das Abhalten eines Schiweltcuprennens gewonnen hat: Eine ganze Region wurde dort nicht nur sportlich, sondern auch touristisch beflügelt. Und es ist bereits die Zusage da, daß es in diesem Winter zu selbiger Zeit wieder stattfinden soll.

Nicht nur in diesen markanten und von den Medien hauptsächlich und ständig präsentierten Sportarten können wir auf solche Erfolge verweisen. Ich kann verweisen zum Beispiel auch auf das Austrian Open (*Golf*), das im August in Haugschlag stattfinden wird. Wenn wir jetzt Haugschlag und den Semmering hernehmen, so sieht man, daß nicht nur in den Zentren, in den urbanen Gebieten Spitzenereignisse stattfinden, sondern daß auch an der Peripherie des Landes einiges gelingt, wenn Initiativen gesetzt werden. Wenn man sie dann auch ausrichtet, daß man mit ganz bedeutenden Meetings rechnen kann, die sich sicherlich auch in den nächsten Jahren dort behaupten können. Die Vielfalt des Sportgeschehens ist in Niederösterreich seit jeher gegeben. Wir sind ja von der Fläche her das größte Bundesland, von der Einwohnerzahl das zweitgrößte Bundesland. Jetzt möchte ich noch anführen zur Abrundung, daß es im August ein internationales Reit- und Springturnier in Grafenegg geben wird. Es hat auch zum Beispiel der Start der Österreich-Radrundfahrt in unserem Ostarrichi-Ort Neuhofen a.d. Ybbs stattgefunden, das soll nur zur Vollständigkeit hier noch angeführt sein.

Die Sportpolitik im Land Niederösterreich ist zweifellos keine Parteipolitik. Wir verstehen uns über die Parteigrenzen hinweg, über den Landesportrat mit den Vertretern der Dach- und Fachverbände in den einzelnen grundsätzlichen Fragen, in den Fragen der Orientierung bestens. Und so kann man sagen, daß hier ein großes Vertrauen für alle in all jenen Verantwortungen gegeben ist, wo die niederösterreichische Sportpolitik einmal vorgegeben ist, dann letztendlich beraten wird, festgelegt wird. Und so kann man aus dem Landessportrat auch berichten, daß die Beschlüsse, die dort gefaßt werden, immer auch 1:1 dann von der Landesregierung übernommen wurden und daher diese Tatsache dadurch unterstrichen wird. Obwohl das Land hier die Möglichkeit hätte, das abzuändern, nachdem der Landesportrat ein empfehlendes Organ ist.

Ich möchte nicht in Schönfärberei bezüglich des Sportes verfallen. Es gibt immer, in jeder Veränderung auch Sorgen und Probleme. Und gerade hier kann man auch eine Fülle von Problemstellungen anführen, die die Vereine einfach haben. Einerseits verändert sich ständig der Zuspruch zu den einzelnen Sportarten, neue Mode- oder Trendsportarten treten plötzlich hervor. Innerhalb eines halben oder eines Jahres kann eine vorher völlig unbekannte Sportart heute durch die Wirkung der Medien, durch das Engagement der Jugend Fuß fassen und kann sehr erfolgreich hier eintreten. Das steht zweifellos wieder in Konkurrenz zu tradierten Sportarten, die dann immer wieder versuchen müssen, durch Modernisierungsschübe, durch Anwendung modernerer Methoden dann auch bei ihrer Klientel, die sie dringend brauchen, wieder zu reüssieren. Nun, es gibt also nur ein geschlossenes Potential an dem, was die Jugend betrifft, daß man also in den Sport hineinkommen wird. Erfreulich ist hingegen, daß heute viel mehr als in vergangenen Jahrzehnten die erwachsene Gesellschaft, ja sogar die Seniorengesellschaft sehr aktiv und sehr bewußt Sport betreibt. Aus verschiedensten Motiven, angefangen von Geselligkeit, von Unterhaltung bis tatsächlich zur Körperertüchtigung wird heute eben diese Gymnastik, dieser Sport betrieben. Und das soll auch ganz wesentlich betont werden, daß wir das von der Politik her bejahen, befürworten und auch entsprechend unterstützen wollen.

Es gibt aber auch, sehr geehrte Damen und Herren, verschiedenste Probleme oder Interessenskonflikte mit verschiedensten Sportarten, die letztendlich dann irgendwelche private Bereiche

berühren. Ich möchte ansprechen die Probleme, die beim "mountainbiken" durch die Freigabe von bestimmten Wegen ständig diskutiert werden. Es gibt also hier die verschiedensten Sichtweisen und Ansätze. Ich glaube, jede gesetzliche Regelung wird das Problem nicht vollständig und für immer lösen. Sondern es geht einerseits um den guten Willen aller Betroffenen und um Kompromisse, dann wird man auch vor allem in den sensiblen touristischen Zentren, wo diese Sportart auch mit wirtschaftlichen Interessen unterlegt ist, zu Ergebnissen kommen, die die Interessen der heimischen Bevölkerung, der Grundstückseigentümer und letztendlich auch natürlich der Sporttreibenden, die Erlebnis haben wollen, die auch Nutzen für sich selbst haben wollen, vereinen können. Ich glaube, daß wir sicher in dieser Situation uns auch über die Fraktionen hinweg einig sind, daß man hier vernünftige Regelungen treffen sollte, die aber nicht alleine im Gesetzgebungsbereich des Landes liegen. Vielmehr hat vor allem der Bund hier auch wesentliche Entscheidungen zu setzen und zu treffen.

Die Gemeinden selbst sind heute stark herausgefordert, im Sportsektor ihre Angebote ständig zu überprüfen. Wir wissen, daß heute viel gemacht und erledigt wird. Nicht nur von den Gemeinden, sondern auch von den Tourismusverbänden, von den Regionalverbänden gibt es eine Fülle von Unterstützungsmaßnahmen, die dem Sporttreiben, der Freizeitgesellschaft heute dienen können. Wir haben in Niederösterreich fast flächendeckend ein Angebot an Radwandernetzen bereits realisiert. In Zukunft wird es auch Reiterwegenetze geben, die zudem noch zwischen den Bundesländern verknüpft werden sollen. Es gibt eine Fülle von neuen Kunsteisbahnen, von Rollerbahnen und anderes mehr. Das heißt, daß auch der nicht vereinsgebundene sportlich Aktive heute jederzeit irgendwo in unmittelbarer Nähe eine Möglichkeit finden kann, zur Körperertüchtigung und zu seiner Unterhaltung auch gute Sportplätze, Sportstätten vorzufinden. Wir sind letztendlich ja nicht nur ein Land des Kulturtourismus, sondern wir mutieren auch zusätzlich zu einem Land des Sporttourismus mit steigender Frequenz. Und da sollten wir nicht unbeachtet lassen, daß neben den persönlichen Vorteilen, die der Einzelne an Lebensglück und gesundheitlichen Positiva erreichen kann, natürlich auch das wirtschaftliche Interesse nicht übersehen werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast alle Sportarten leben zusätzlich von der Medienberichterstattung. Dort werden ständig Idole

präsentiert. Das ist ein Faktum, das in der Medienwirtschaft gegeben ist. Es ist nichts Unanständiges, möchte ich sagen, wenn solche Idole hier präsentiert werden, woher sie auch immer kommen mögen. Mir ist jedoch auch ein Anliegen, nicht an den niederösterreichischen Stars und sportlichen Vorbildern ständig herumzumeckern, nur weil sie vielleicht in einem Verwandtschaftsverhältnis zu einem Politiker stehen, oder weil sie von den Medien irgendwohin in diese oder jene parteiliche Richtung gedrängt werden. Ich glaube, wir sollten Patrioten genug sein, daß wir die Leistungen der betreffenden Aktiven sehen - das ist das Hauptargument - und daß hinter jedem Einzelnen und hinter jeder Vereinstätigkeit, jeder erfolgreichen Vereinstätigkeit, auch eine Organisation steckt, daß Verantwortliche dahinter stehen. Das, glaube ich, ist eine Selbstverständlichkeit und man sollte nicht das überbewerten, sondern jeder sollte trachten, einen sehr fairen, demokratischen Zugang zu dem Medium Sport sich anzueignen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder erfolgreiche Star hat auch gewissermaßen eine "Vorlebenslaufgeschichte". Vom erkannten Talent bis zum erfolgreichen Athleten oder zur erfolgreichen Athletin ist es oft ein langer und steiniger Weg, bis das Talent auch die richtige Laufbahn einschlägt und dann auch Ergebnisse verzeichnenbar sind. Ich glaube, daher ist auch das Rundherum um diesen Spitzensport einmal zu beleuchten. Es genügt hier nicht, entsprechend qualifizierte Sportstätten anzubieten, sondern wir brauchen heute eine fachgerechte sportmedizinische Betreuung, wir brauchen ein gebündeltes Angebot an modernsten Anlagen, Geräten und modernster Methodik. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Spitzensportförderung in Niederösterreich macht das möglich. Und so sind auch im kommenden Jahr über das Budget 1997 in den Ansätzen zu diesem Budget ausreichend Positionen beinhaltet, die den Spitzensport in Niederösterreich weiter nach vorne bringen werden, damit das nicht alles nur symbolischen Charakter hat, sondern daß tatsächlich auch nachweisbare Erfolge verspürbar sind.

Ich habe die Kürzungen angesprochen. Sie sind nicht wesentlich: Sie haben, möchte ich sagen, eher einen symbolischen Charakter. Es gibt nur ganz geringfügige Reduktionen dieser Ansatzposten und somit ist der Spitzensport auch für das nächste Sportjahr 1997 in Niederösterreich in seiner Entwicklung, in seinen Bedürfnissen abgesichert.

Es lohnt sich zweifellos, auch die einzelnen Sportler immer wieder zu erwähnen. Wir haben gerade gestern eine sehr überraschend positive Meldung aus der Leichtathletik vermeldet bekommen. Daß es nämlich überraschenderweise der österreichischen Viermal 100 Meter-Staffel gelungen ist, die Olympiaqualifikation zu schaffen. Und wenn man diese Viererstaffel analysiert nach der Herkunft der Leute, so können wir mit Stolz feststellen, daß zwei Niederösterreicher mit dabei sind, nämlich mit Christoph Pöstinger und mit Martin Schützenhofer. Ich glaube, diesen Herren ist zu gratulieren. Aber nicht nur diesen, sondern auch jenen anderen elf Qualifikanten, die sich vom NÖ Sport bereits für die Olympiade in Atlanta qualifiziert haben, ein zweifellos schöner Erfolg. Wir wünschen ihnen auch dann letztendlich über die entsprechenden Plazierungen eine gesteigerte internationale Anerkennung.

Probleme haben wir in meiner Lieblingssektion des Sportes, dem Fußball. Sowohl auf nationaler Ebene einerseits durch das Nichterreichen der Fußball-Europameisterschaft, zum anderen auch durch die Auswirkungen des Bosman-Urteiles durch den Europäischen Gerichtshof. Hier sind sehr große Umbrüche derzeit gegeben und ich hoffe nur, daß die Substanz nicht leidet und daß man durch besonnenes Zusammenwirken zumindest in den nationalen Verbänden diese Streißeinphase bestmöglich bewältigt, damit dieses Lieblingskind der Niederösterreicher auch entsprechend weiter gehegt und gepflegt werden kann. Wir haben, und das hat indirekt auch der Kollege Marchat angeschnitten, heuer auch mit dem NÖ Fußball so unsere Probleme. Die Krise bei Admira Wacker nicht zu sehen, hieße lügen. Aber Admira Wacker ist derzeit in der höchsten Spielklasse unser einziger Vertreter in diesem Genre und daher sollten wir die Bemühungen nicht einseitig oder gar parteiisch oder zu Ehren des Landeshauptmannes sehen, wenn dieser sich ehrlich bemüht, in dieser schwierigen Situation eben aus dieser Situation heraus einen FC Niederösterreich zu errichten. Und es könnte für Niederösterreich ja ein ganz guter neuer Eckstein, ein erfolgreicher Eckstein im Bereich des sportlichen Angebotes werden. Warum sollen wir den Wiener Vereinen immer anhängen? Ich bin auch zusätzlich ein Anhänger eines gewissen Wiener Vereines mit den Farben Grün-Weiß, aber ich bin auch Mitglied bei Admira Wacker, welche eben momentan noch immer und hoffentlich auch für die Zeiten, wenn es eventuell einen Nachfolgeklub geben sollte, hier als der Vertreter Niederösterreichs anzusehen ist.

Eine Aufwärtsentwicklung ist nicht nur in den neuen Trendsportarten zu sehen, sondern man kann sie auch feststellen vor allem im Tennissport, der vor wenigen Jahren noch immer als eine Freizeitbeschäftigung elitärer Gesellschaftsgruppen angesehen worden ist. Wir können heute feststellen, daß wir an und für sich fast schon dieselbe Anzahl an Tennisvereinen in Niederösterreich haben wie beim Fußballsport. Es hat sich also ständig in die Breite entwickelt. Tennis ist heute längst zu einem Volkssport geworden. Man sollte daher vielleicht auch bei der Gestaltung der Vertretungsgremien diesen Bereich, diese Sparte zukünftig vermehrt beobachten und auch mit einbinden. Das Sportgeschehen insgesamt hat eine Fülle von Beziehungen. Sport ist letztendlich auch Ausdruck oder Möglichkeit zur Kommunikation. Sport hat eine spielerische Komponente und ist somit auch für das Gesellschaftsleben als relevant zu sehen, nicht nur von der Vereinstätigkeit, ja nicht nur unter Bewertung von Rekorden oder von Mitgliederzahlen. Wir kennen alle die Wertigkeit des Sportes in der Gesellschaft allzu gut. Wir kennen den Bereich, da man aktiv und passiv sich diesem Bereich widmet und ich glaube, daß wir von der Politik hier alles dazu beitragen sollen, damit dem Sport auch über unsere Verantwortung in den nächsten Jahren jene Entwicklung gegeben werden kann, die in den letzten Jahren so erfolgreich beschritten werden konnte.

Ich darf nunmehr abschließend feststellen, daß das Sportbudget 1997 auch weiterhin für eine solide und effiziente Basis sorgt und daß diese Aufbauleistung auch über dieses Budget aus heutiger Sicht schon als guter Ansatz betrachtet werden kann. Ich möchte auch der Frau Landeshauptmannstellvertreter danken, daß sie diese Kontinuität und dieses Durchhalten, dieses Bestehen hier in ihre Sportpolitik eingebracht hat. Und sie kann im 15. Jahr ihrer Regierungstätigkeit bereits auf diese erfolgreiche Entwicklung zurückblicken, die sie und viele andere hier in diesem Land bewegt haben. In diesem Sinne werden wir diesem Ansatz und diesem Budget sehr gerne die Zustimmung geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Vom Kollegen Marchat wurde ein Resolutionsantrag eingebracht betreffend die Erhaltung des Bundesnachwuchszentrums für Fußball in St. Pölten. Wir haben nunmehr in Abklärung aller vier Fraktionen des Hohen Hauses einen abgeänderten Antrag zum selben Thema hier vorliegen und ich darf diesen Resolutionsantrag jetzt anstelle des vorher eingebrachten nunmehr zur

Verlesung bringen und zur Abstimmung vorschlagen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Marchat, Ing. Dautzenberg, Kautz und Hiller zur Gruppe 2 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4.

Aus den Medien ist bekannt, daß das Bundesnachwuchszentrum (BNZ) in St. Pölten geschlossen werden soll. Es ist unverständlich, daß in der neuen Landeshauptstadt St. Pölten die Förderung des Sportnachwuchses nicht mehr im bisherigen Ausmaß erfolgen kann, wenn gleichzeitig für Verwaltungsbauten und -einrichtungen hohe Summen bereitgestellt werden. Sport ist eine der sinnvollsten Freizeitbetätigungen für unsere Jugend, daher darf der Zugang zum Spitzensport keinesfalls erschwert werden. Die Bundesnachwuchszentren sind für die Erlangung einer überdurchschnittlichen Leistung dringend notwendig. Die vorhandenen finanziellen Mittel sollten daher teilweise von der Förderung des Spitzensportes zur verstärkten Förderung des Nachwuchses verwendet werden.

Die Landesregierung, insbesondere Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Prokop, möge beim ÖFB und ergänzend bei der zuständigen Stelle der Bundesregierung vorstellig werden, um die Erhaltung des Bundesnachwuchszentrums (BNZ) St. Pölten zu erwirken; außerdem mögen die vorhandenen Mittel aus der Sportförderung im Sinne der Antragsbegründung umgeschichtet werden."

Wir werden auch diesem Resolutionsantrag die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (*ÖVP*): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir nunmehr zur Abstimmung kommen, möge der Berichterstatter den Antrag zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (*ÖVP*): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 11.414,081.000 Schilling und Einnahmen von 9.276,837.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 153,893.000 Schilling und Einnahmen von 318.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für den Antrag. Wir kommen damit zur Abstimmung.

(*Nach Abstimmung über die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.*)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die eingebrachten Resolutionsanträge. Zuerst über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Rosenkranz, Lembacher, Dorfmeister-Stix betreffend Kinderbetreuungsscheck. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, einzelne Abg. der SPÖ, FPÖ, LIF.*)

Ich habe festgestellt, daß eine große Anzahl der Herren der SPÖ nicht mitgestimmt haben. Einige haben hier Zustimmung zum Ausdruck gebracht.

Wir kommen als nächstes zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Marchat, Ing. Dautzenberg, Kautz und Hiller in der jetzt abgeänderten und dem Hohen Haus dargestellten Form. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Als letzter Resolutionsantrag zu dieser Gruppe liegt der Antrag der Abgeordneten Sacher, Mag. Schneeberger, Haberler und Ing. Dautzenberg betreffend Lehrlingsausbildung vor. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Wir kommen damit zur nächsten Gruppe und ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (*ÖVP*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, beinhaltet die Aufwendungen für bildende Künste, Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film sowie sonstige Kulturpflege. Im ordentlichen

Teil werden Ausgaben von 695,280.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 15,175.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 1,50 Prozent. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir haben hier vor wenigen Wochen, im April, das neue Kulturförderungsgesetz Niederösterreichs beschlossen und ich habe bei dieser Gelegenheit die Kulturszene in Niederösterreich kurz aufgezeigt. Gestatten Sie, daß ich auch heute in Kurzform etwa die Szene österreichweit und auch eingehend nochmals auf Niederösterreich im Kulturbereich betrachte.

Das Gespenst eines Rechtsrucks geht in Europa um, ist zu lesen und zu hören in allen größeren Tageszeitungen, nicht nur in Österreich, sondern auch in internationalen Zeitungen. Die Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist, so glauben wir, anders. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus im Osten formiert sich eine Volksfront der enttäuschten Marxisten und Utopisten, die von den Sozialisten über die Tarnfarbe Grün bis in den dunkelroten Bereich der autonomen Anarchisten hineinreicht. Die eigentliche Gefahr ist der Linksextremismus, meine Damen und Herren! Das beweist auch die Strategie der linken Kulturpolitik in Österreich. Das radikale Klima, in dem sich ein Kunstminister Scholten nach seinen eigenen Worten so wohl fühlt, hat sich in letzter Zeit erschreckend verschärft. Staatskünstler denunzieren die Gegner der herrschenden Machthaber als Gewaltverbrecher und reizen selbst zur Gewalt gegen Rechts auf.

Der "SOS-Mitmensch"-Begründer Josef Haslinger brachte im Frühjahr 1995 den Roman "Opernball" auf den Markt, der im Einklang mit Briefbombenhysterie und Linken "ANTIFA" ein Horrorszenario an die Wand wirft. Böse Menschen vom rechten Rand, so der Inhalt, lassen Giftgas in die Staatsoper einfließen. Terror von "Rechts", der so nur in der Phantasie des Autors existiert, wird zum Schreckgespenst. Gewalt, die sich gegen "Rechts" richtet, gilt hingegen als politisch korrekt. Gerhard Roth veröffentlichte im Sommer 1995 den Roman "Der See", dessen Hauptperson ein Attentat unternehmen will. Sein schußbereiter Revolver zielt auf die Person eines Hoffnungsmannes, ei-

nes jungen, ehrgeizigen Politikers. Wen er damit meint, wissen Sie alle. Und ich erspare Ihnen weiteres. Ich habe mir diese Unterlagen aus einem Kulturbericht der "Frankfurter Allgemeinen" zusammengestellt sowie aus verschiedenen anderen Zeitungen und es geht ungefähr in diesem Tenor seitenweise weiter.

Meine Damen und Herren! Was ich damit sagen will ist, daß über Kultur heute Macht ausgeübt wird in allen Bereichen der Politik. Angefangen in der Gemeinde, im Land und selbstverständlich im Staat. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß es natürlich auch entsprechende Zeitungen wie "News" gibt, das wöchentlich in aufgemachten Lettern immer wiederum gegen eine bestimmte politische Partei, eine demokratische Partei, auch gegen Personen, gegen führende Personen dieser Partei, in unqualifiziertester Weise Berichte schreibt und diese auch zum Großteil immer wiederum dementieren muß. Aber immer mit dem Effekt, es wird schon etwas übrig bleiben. Und wenn man das lang genug macht und immer wiederum diese Publikationen fördert, entsprechend fördert auch vom Ausland, dann bleibt etwas picken. Das, meine Damen und Herren, sollte nicht so sein!

Ich weiß schon, daß Kunst sehr vielseitig sein kann und auch ist, und so soll es auch sein. Aber es kann nicht so sein, daß einige wenige Nestbeschmutzer, die Österreich nicht nur in Österreich, sondern europa- und weltweit immer wiederum in den Dreck ziehen, mit Millionen Subventionen gehalten werden. Daß sie weiterhin Verträge bekommen, obwohl die ganze Gemeinschaft eines großen berühmten deutschsprachigen Theaters in Wien sich dagegen vehement - sowohl die Vertretung als auch das Personal und selbst namhafte Künstler - sich wiederholt dagegen ausgesprochen haben. Aber immer wiederum mit dem Effekt, daß hier darüber hinweggegangen wird und daß bestimmte Personen, Minister - z.B. Kunstminister Scholten, Innenminister Einem - sich einfach über die Meinung hinwegsetzen und diese Personen halten.

Meine Damen und Herren! Einige Anmerkungen noch zu Niederösterreich: "1996 geht der Vorhang auf." So geschrieben 1993 in "NÖN", "Salzburger Nachrichten" und der "Presse". Gemeint war wohl der Kulturbezirk im Regierungsviertel. Meine Damen und Herren! Wir haben sehr oft und sehr lange über diese Problematik gesprochen. Nicht jener der Landeshauptstadt - zu der bekennen wir uns. Wozu wir uns nicht bekennen ist der Kulturbezirk, weil das eine Gigantomie sondergleichen ist. Und wenn wir - und das zeigt

sich ja jetzt wiederum in diesen Tagen bei den Beratungen des Budgets - wiederholt feststellen müssen, daß in Zeiten wie diesen beim Sparpaket, und es wird nicht das letzte sein, überall gespart wird und sich das jetzt rächen wird, daß wir Millionen und Abermillionen in ein Festspielhaus, in einen Kulturbezirk werfen, der gigantisch ist. Das wirklich und so meine ich, vielleicht um zwei Schuhnummern für Niederösterreich zu groß ist. Und ich könnte Ihnen auch hier einige Zitate aus einer deutschen Kulturzeitung zitieren, wo es in etwa heißt, daß St. Pölten, Niederösterreich, in ein Wahnsinnsprojekt an Größe, an Aufwendung investiert und somit glaubt, eine Kultur mit wahn-sinnig viel Geld zu machen. *(Abg. Dr. Bauer: Warum leisten sich das dann die Oberösterreicher, die Steirer leisten sich das, von Salzburg will ich gar nicht reden? - Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)*

Natürlich. Herr Kollege Dr. Bauer! Ich glaube, ohne etwa St. Pölten jetzt negativ zu besetzen, möchte ich sagen, Sie können nicht, zumindest jetzt noch nicht, das vergleichen. Das wird Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte vielleicht brauchen, daß vielleicht St. Pölten einmal den Ruf bezüglich seiner Kultur bekommt, den eben Salzburg hat. Das ist ja auch nicht von ungefähr gekommen. *(Abg. Dr. Bauer: Das weiß ich schon, daß das seit langem verankert ist, aber irgendwann war der Beginn! Und irgendwann muß man einen Beginn setzen, sonst wird man nie verankert sein!)*

Natürlich. Dagegen sprechen wir uns ja auch nicht aus. Ich habe hier schon wiederholt gesagt, daß Niederösterreich sehr viel, ich glaube, mehr Kultur hat als alle, gemessen mit den einzelnen Bundesländern, sicher mehr als jedes einzelne Bundesland. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege Dr. Bauer! Wenn ich in St. Pölten einen Kultursaal schaffe, der 1.200 Sitzplätze hat, und zusätzlich ein Veranstaltungszentrum, wenn ich zusätzlich in der nahegelegenen Stadt Krems ebenfalls Kultur habe - und wir wissen, daß wir in Wr. Neustadt, und ich weise besonders darauf hin, daß Baden eine sehr alte, gediegene Kulturstadt ist, die auch sehr viel und immer wiederum für Kultur macht, dann ist das alles, glaube ich, für die Größe Österreichs und vor allem für Niederösterreich jetzt urplötzlich zu groß. Das heißt, ich glaube, wir haben uns wirklich übernommen von der Größe her. Und es ist ja nicht so und wir werden noch einige Male darüber reden müssen, wenn letztendlich die Abrechnung kommt, wenn wir dann wissen, was das Festspielhaus, der Kulturbezirk, tatsächlich kosten wird. So ist es sicherlich nicht, daß wir mit 250 oder 300 Millionen auskommen werden. Und

es ist sicher auch nicht so, wie uns der Herr Landeshauptmann immer wiederum sagen will und auch sagt draußen, daß uns St. Pölten überhaupt nichts kostet. Also das wird doch niemand im Ernst glauben, daß St. Pölten und all das dem Steuerzahler in Niederösterreich nichts kostet. Und wir merken jetzt, gerade in den letzten Jahren, daß wir im Sozialbereich, im Spitalswesen, ja überhaupt ein Manko haben. Aber nicht nur in Niederösterreich, sondern österreichweit. Und in diesen Kulturbezirk investieren wir wahrscheinlich mehr als eine Milliarde Schilling.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden diesem Kapitel unsere Zustimmung insofern nicht geben, als wir wiederholt auf diese Gigantomie hingewiesen haben, als wir selbst eine Volksbefragung haben wollten. Und ich kann mich gut erinnern, ich glaube 1994 war es, daß auch hier einfach darüber hinweggefahren wurde und der Bürger in Niederösterreich nicht die Gelegenheit hatte, darüber selbst abzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Professor Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Über dem gesamten Kapitel Budget steht heuer wie gesagt der Titel "Konsolidierung sichert Zukunftschancen". Kulturelles Leben im Millenniumsjahr spielt sich derzeit vielfältig ab. Wir erleben historische Ausstellungen en masse, kann man fast sagen. Ostarrichi I, Ostarrichi II in St. Pölten und Neuhofen. Wir erleben eine Premiere, eine Feuerprobe des Kulturbezirkes mit der darin laufenden Ausstellung. Wir freuen uns über die Sonderausstellungen Schallaburg, Artstetten, was die Geschichte unseres Landes betrifft, im Stift Melk, in Heiligenkreuz, in Klosterneuburg, erinnern uns an die rund 300 Jahre dauernde Babenbergerzeit und an die 600 darauffolgenden Jahre der Habsburger. Und wir betreiben angewandte Wissenschaft mit unseren prähistorischen Ausstellungen im urgeschichtlichen Museum Asparn a.d. Zaya. Und wir betreiben angewandte Archäologie im soeben eröffneten Park Carnuntum. Wir leiten aber die Tradition ins Heute weiter. Und das ist wichtig für ein modernes Kulturland. Wir müssen mit den Mitteln unserer Zeit die Künstler unserer Zeit animieren, mit ihren Ausdrucksmitteln diese große tausendjährige Tradition ins Heute fortzuschreiben. Das tun wir mit modernen Gegen-

wartskunstaustellungen in Krems, Baden, Wr. Neustadt, und mit Kulturaktivitäten, die den Künstlern heute dienen und ihnen eine Plattform verschaffen. Die Sommertheaterszene blüht eigentlich so üppig wie selten zuvor. Die Konzert- und Musikszene auch. Das Donaufestival ist seit 14. Juni bis 7. Juli 1996 in vollem Gange und die niederösterreichische und österreichische Literatur besinnt sich im Millenniumsjahr auf ihre Vergangenheit, auf ihre Gegenwart, vor allem aber auf ihre Zukunft. Wenn ich zum Beispiel daran denke, daß vor ein paar Tagen der Literaturkreis "Podium" seinen 25. Geburtstag gefeiert hat und 60 Autoren sich versammelt haben, von der Gründung an, und der Stunde Null gedachten, und heute schon wieder den Stab weitergeben an ganz junge Literaten. Ich könnte also fast mit Grillparzer sagen, es ist wirklich ein gutes Land und es wird auch dann eines bleiben, wenn es die gesunde Balance hält. Und das meinen sicherlich auch die da und dort kritischen Stimmen. Und ich sage auch, wenn es die gesunde Balance hält zwischen dem neuen Zentrum, das erst wachsen muß und angenommen werden muß und den gewachsenen erfolgreichen Strukturen in den Regionen. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege, darf ich eine Frage stellen? Was glauben Sie, warum wollen die "NÖ Tonkünstler" nicht "mitwachsen", aber im Budget sind 90 Millionen für sie vorgesehen?)*

Das weiß ich nicht, da müssen wir die Tonkünstler fragen. Dazu kenne ich die Tonkünstler zu wenig, das kann ich nicht sagen. Meiner Ansicht nach müßten sie froh sein, daß sie ein Zentrum bekommen und sich nicht "hoppatschig" anstellen. Ja, das sage ich auch. Es soll zwar kein Examen werden, wenn ich hier rede, aber ich sage ganz offen, daß ich mit den Tonkünstlern schon Erfahrungen habe, aber nicht täglich beisammen bin. Daher möchte ich darauf nicht eingehen. Ich kann mir auch vorstellen, sie könnten für diesen Betrag ihre niederösterreichische Identität mehr betonen. Das ist jedoch meine private Ansicht. *(Abg. Dr. Bauer: Die Adresse "Musikverein" ist zwar einiges wert, aber ich freue mich, daß Sie das auch so sehen. Das ist nämlich noch gar nicht debattiert worden!)*

Ich könnte zu vielen Themen etwas sagen, weil ich mache die Geschichte seit 20 Jahren mit, lebendig nämlich, nicht nur angelesen, und ich habe schon einige Erlebnisse auch mit den Tonkünstlern gehabt. Ich finde auch, daß bei so einem relativ großen Betrag der Auftraggeber, das Land, etwas verlangen könnte. Ich höre aber, daß sie sowieso damit rechnen, daß sie dort proben und spielen werden.

Aber lassen Sie mich fortfahren: Die Vielfalt des Kulturbudgets, das wirklich, wie es die Kulturzeitschrift "Morgen" in der letzten Ausgabe ausspricht, "tausend Blumen blühen läßt", verlangt natürlich eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Diese kann sich sehen lassen, bildet 1,5 Prozent des Gesamtbudgets des ordentlichen Haushaltes und beträgt heuer 695 Millionen Schilling. Das heißt, es nimmt die achte Position unter den 10 Verwaltungsgruppen im Gesamtbudget des Voranschlags 1997 ein. Dieses Kulturbudget ist seit 1985 kontinuierlich und seit 1988 sprunghaft, immer deutlicher in die Höhe gestiegen. Beginnend bei ehemals rund 300 Millionen - 270 Millionen waren es genau, als ich in den Landtag kam - in den frühen achtziger Jahren auf bis über 700 Millionen im Vorjahr hält es heuer auf sehr akzeptablem, hohem Level, erstmals aber ohne weiteren Sprung. Wie alle Budgetpositionen hat es sich unter dem Motto "Konsolidierung" auf hoher Ebene dieses Mal einpendeln müssen. Damit wurde Augenmaß auch bei den Kultur Ausgaben bewahrt. Auch wenn keine neue Rekordhöhe erreicht werden konnte, werden alle bestehenden Kulturaktivitäten abgesichert. Mehr Vielfalt, meine Damen und Herren, muß ich ernsthaft sagen, ist im Kulturleben kaum mehr möglich. Wenn jemand das Angebot, das Niederösterreich stellt, annimmt, ist er kulturtouristisch das ganze Monat unterwegs und kommt zu nichts anderem. Also über Mangel an Vielfalt kann man sich in unseren Städten, in unseren Regionen, aber auch in unserem gesamten niederösterreichischen Kulturkalender nicht beschweren. *(Abg. Hrubesch: Das kostet so viel, das kann man sich gar nicht leisten!)*

Nein, es sind schon soziale Tarife. Der Betrag ist nicht das Entscheidende, eher die Zeitkoordination. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Das ist richtig. Das wäre auch nicht der Sinn des Lebens. Der Sinn des Lebens, ungeteilte Freude kann keinem Irdischen zuteil werden. Weil nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von schönen Tagen. Das eine war Schiller, das zweite war Goethe.

Wir finden die vielfältigen Kulturaktivitäten im Voranschlag 1997 unter der Gruppe 3 wieder, teils geographisch, teils thematisch zugeordnet. Zum Beispiel "Kunst im öffentlichen Raum" mit 10,5 Millionen, das ist nur eine Position im Sektor bildende Kunst. Unter musikalischer Ausbildung, und damit spreche ich jetzt die Musikschulen an, finden wir zunächst 140 Millionen für die Abdeckung des Gesamtbedarfes von insgesamt bereits 180 Millionen, die die Musikschulen zur Zeit, in diesem Augenblick kosten. Der Rest wird hauptsächlich aus dem Kulturschilling und aus

anderen Quellen gespeist. Die Kosten und Abgänge für die niederösterreichische Musikschulszene haben sich nicht zuletzt - und das sage ich jetzt als Bürgermeister aus eigener Erfahrung - durch die damals gewollte Überstellung von Werkverträgen auf Dienstverträge beträchtlich erhöht. Die Zahl der Musikschulen hat seit der letzten Novelle im Landtag mit Rechtsanspruch auf Förderung pro Unterrichtseinheit und Qualifikationsmerkmalen dynamisch zugenommen. Um die Förderungen nicht explodieren zu lassen und die Landeskosten zu deckeln, werden wir noch in dieser Woche aller Voraussicht nach eine Änderung des Musikschulgesetzes beschließen, die die Förderungshöhe von 1996 auch für 1997 festschreibt und zugleich sichert.

Die darstellende Kunst konsolidiert und manifestiert sich zunehmend durch die Spezialisierung der beiden Ganzjahres-Berufstheater Baden und St. Pölten. Die NÖ Kulturszene im Festspielhaus St. Pölten bereitet sich auf den Start vor. Und ich glaube, den Start sollte man jemandem gönnen - und das ist das einzige, was ich dazu sage - man sollte nicht präjudizieren. Vor allem bringt es nichts. Auch ich habe an sich einen konservativen Geschmack. Aber es bringt nichts, alle Argumentationen mit Beispielen vermeintlich "linker" Kunst zu erklären und einzuleiten. Das schaut jedesmal wie eine Entschuldigung für die eigene Position aus. Ich würde von der Taktik eher abraten. Ich glaube, man kann überhaupt nicht einen Trend mit dem anderen begründen und widerlegen. In der Kultur gibt es eben nur die Einstellung der Liberalität oder der Gängelung und Zensur. Und letzteres wollen wir nicht, weil wir in der NÖ Kulturpolitik vor allem jede Geschmackslenkung vermeiden wollen.

Auch die Sommerfestspielorte haben nun einen Förderungsvertrag erhalten, der sie für die nächsten Jahre programmatisch und inhaltlich absichert. Die Denkmalpflege sieht erfreulicherweise weit mehr vor als im Vorjahr mit 44,7 Millionen heuer. Ich merke an, daß die Kultur sich in Wahrheit, das sage ich zum Schluß, nicht innerhalb von Konten und Zahlen bewegt, sondern in einer Atmosphäre des Geistigen, Schöpferischen und der Freiheit. Diese Rahmenbedingungen gibt es seit dem neuen Kulturförderungsgesetz tatsächlich. Es belebt, reglementiert nicht, und findet die Grundlage für die Budgets der Zukunft, aber auch für dieses heute vorgezogene, dem wir von unserer Fraktion unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Knotzer u. Wöginger.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Abgeordneter Dkfm. Rambossek zu Wort.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Mit dieser Budgetgruppe wird unter anderem, der Herr Kollege Breininger hat es schon erwähnt, die musikalische Ausbildung durch die Musikschulen beschlossen. 140 Millionen sind dafür wie 1996 budgetiert, der Mehrbedarf von 40 Millionen Schilling soll aus den Einnahmen des Kulturschillings finanziert werden, was grundsätzlich positiv zu bewerten ist. Denn ich glaube, daß auf Grund der Einnahmen gemäß Kultur- und Sportschillinggesetz 1995 aus diesen Einnahmen eine Haushaltsrücklage mit 42,7 Millionen Schilling dotiert wurde, ist für die Bürger unseres Landes sicherlich nicht ganz einsehbar.

Im Rahmen dieser Sitzung des NÖ Landtages wird noch ein Budgetbegleitgesetz betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes zu beschließen sein mit dem Ziel, daß die musikalische Ausbildung durch die Musikschulen auch 1997 an jenen Schulen und in jenem Ausmaß durch das Land gefördert wird, als dies im Jahre 1996 geschehen ist. Hohes Haus! Ich schicke jetzt voraus, wir Freiheitlichen werden diesem Budgetbegleitgesetz die Zustimmung geben. Daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei dieses Budgetbegleitgesetz aber überhaupt initiiert haben - die Förderungsausgaben betragen 0,39 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes - hat uns Freiheitlichen aber auch die Notwendigkeit signalisiert, daß wir uns mit diesem reinen Fördergesetz kritisch auseinandersetzen sollten. Ich räume ein, daß grundsätzlich im Sinne der Budgetkonsolidierung ein Festschreiben des status quo bezüglich Anzahl, bezüglich Stunden- ausmaß der Musikschulen in Niederösterreich auf dem Stand 1996 im Moment ein durchaus vernünftiger Ansatz ist. Ich meine aber auch, daß die Höhe der jährlichen Landesförderung eigentlich noch nichts über den effektiven Einsatz der Mittel aussagt. Das Land Niederösterreich fördert nämlich, und darum habe ich auch gesagt, es ist ein reines Fördergesetz, jede Unterrichtseinheit, jede Unterrichtsstunde gleich hoch. Egal, ob sie von einem Lehrer der Entlohnungsgruppe L 2-A2 oder der Gehaltsklasse L 3 erteilt wird. Lediglich die Werkvertragslehrer oder Verträge unter 8,5 Wochenstunden werden niedriger gefördert. *(Abg.*

Breining: Herr Kollege! Da gibt es noch ein Qualifikationsplus für qualifiziertere Lehrer!

Ein geringfügiges Qualifikationsplus gibt es. Aber trotzdem, Herr Kollege Breining, beträgt die Differenz zwischen der höchsten bzw. der niedrigsten Lehrereinstufung derzeit, wenn ich eine mittlere Vorrückungsstufe annehme, bis zu rund 11.000,- Schilling monatlich. Daraus folgt eigentlich, daß die ursprüngliche Zielsetzung, so meine ich, des NÖ Musikschulgesetzes, das mit 1. Jänner 1990 in Kraft getreten ist, eindeutig geplant war, dahin zu gehen mit Hilfe der Landesförderung, die Einstellung höher qualifizierten Lehrpersonals und damit eine Anhebung des Unterrichtsniveaus an allen niederösterreichischen Musikschulen zu ermöglichen, wie wir dies auch unter anderem aus dem Vorwort der zu diesem Gesetz erschienenen Broschüre des Vereins für kommunale Administration herauslesen können. Ich darf hier zitieren aus dem Vorwort: "Verbesserung des Niveaus durch höher qualifiziertes Lehrpersonal." In dieser Broschüre ist weiters angeführt, und ich darf hier wieder zitieren, es ist unter Allgemeines festgeschrieben: "Der Musikschulunterricht ist auch die Basis für die spätere Umsteigmöglichkeit auf eine Ausbildung zum professionellen Musiker." Es heißt hier weiter: "Mit Hilfe des höher qualifizierten Lehrpersonals soll nicht nur an der jeweiligen Musikschule ein hohes Niveau erreicht werden, sondern auch der Übertritt an die Konservatorien und Musikhochschulen erleichtert werden." Ebenso, Hohes Haus, wird in § 3 Abs.1 und 2 dieses Gesetzes über die Zugänglichkeit der Musikschulen deutlich gemacht, daß im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes die freie Wahl der Musikschule durch den Schüler unter gleichen Bedingungen gewährleistet werden soll. Ich meine, daß all diese Ziele mit der derzeitigen Förderungspraxis eigentlich nicht erreicht werden können. *(Abg. Dr. Bauer: Auf die Qualität kommt es an!)*

Richtig! Ich komme darauf noch zurück, Kollege Dr. Bauer. Durch die gleich hohe Förderung einer Unterrichtsstunde, also ungeachtet der Einstufung, somit der Qualität des Lehrers, sind nämlich insbesondere kleinere und finanzschwächere Gemeinden - und ich glaube, da wirst Du mir zustimmen - nach wie vor bestrebt, möglichst billige, also auch nicht so gut qualifizierte Lehrer einzustellen. Weil sie ja auch die entsprechende Förderung bekommen und sich dadurch etwas leichter tun. Damit meine ich aber, daß Gemeinden, die ihren Bürgern einen niveaulleren Unterricht bieten und damit erheblich zur Behebung des Nachwuchsproblems im Musikland Österreich beitragen, benachteiligt sind. In Niederösterreich

sieht es nun einmal so aus, daß 2.600 Musikschullehrer an 177 Musikschulen unterrichten. Abgesehen von der Erwachsenenbildung besucht jeder zehnte Jugendliche eine Musikschule, wobei die Tendenz steigend ist. Ich glaube, daraus ersieht man, daß die Musikschulausbildung bei uns einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Diese Zahlen machen für mich aber auch deutlich, daß es ganz einfach höchste Zeit ist, dafür zu sorgen, daß das Land Niederösterreich als größtes Bundesland und Kernland Österreichs nicht länger hinter anderen Bundesländern zurückbleibt, die uns allesamt vormachen, wie man ein zufriedenstellendes Musikschulwesen landesweit verwirklichen und auch finanzieren kann.

In diesem Zusammenhang habe ich zu dem von Herrn Landtagsabgeordneten Sacher propagierten ABC-Modell eine kontroverielle Meinung. Ich glaube, es werden hier mit einem solchen Modell Zustände eben aus der vorgesezten Zeit des Musikschulgesetzes festgelegt. Ich glaube aber auch, wenn man ein derartiges Musikschulmodell propagiert, das drei Qualitätsstufen schafft, wobei eben in kleineren Gemeinden in ländlichen Gebieten nur die Kategorie C, also ein Laienunterricht vorgesehen ist, daß man hier ganz einfach Gefahr läuft, daß eine Zweiklassengesellschaft in der Musiknachwuchspflege geschaffen wird. Ich meine, daß gerade bei der Heranbildung des Künstlernachwuchses der erste Lehrer eines Talenten die Schlüsselrolle einnimmt, da ganz einfach durch laienhaften Unterricht in der Grundausbildung nicht wieder gutzumachende technische Fehler eingelernt werden. Ich meine aber auch, daß es ganz wichtig ist, sich dieser Problematik anzunehmen, denn die Ergebnisse internationaler Studien zeigen, daß Musikausbildung Gewaltbereitschaft senkt, Kreativität, soziale Kompetenz und Gemeinschaftssinn fördert sowie auch die Konzentrationsfähigkeit erhöht und den Lernerfolg in anderen schulischen Fächern steigert. Ich möchte daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Überlegungen unserer Seite dazu einbringen. Ich meine, erstens wäre meines Erachtens nach ein Konzept zur Staffelung der Förderung einer Unterrichtseinheit gemäß der Lehrerqualifikation zu erstellen. Weiters müßten, um langfristig und flächendeckend in Niederösterreich einen qualitativ gleichwertigen Musikschulunterricht zu ermöglichen, der auch finanziell überschaubar bleibt, der finanzierbar bleibt, folgende Kriterien neu erarbeitet werden:

1. Erstellung eines Raumordnungsplanes für die Standorte der NÖ Musikschulen zur flächendeckenden Versorgung.

2. Anwendung einer Sprengelverordnung auch auf Musikschulen, um die Zugängigkeit zu gleichen Bedingungen zu gewährleisten.
3. Lösung der Einstufungsproblematik durch einheitliche Definition des Berufsbildes des Musikschullehrers mit dem Ziel einer einheitlichen Einstufung und
4. mögliche Heranziehung des Bundes zur Mitfinanzierung dieser musikalischen Basisbildungsinstitution. (*Abg. Dr. Bauer: Und fünftens brauchst Du auch Zentren!*)

Ich bin erst bei viertens. Das kommt schon, Dr. Bauer! Ich weiß schon, daß, wenn man spricht über die Heranziehung des Bundes zur Mitfinanzierung, daß das in der derzeitigen Situation nicht sehr leicht ist. Aber ich glaube, es sollte bei zukünftigen Finanzausgleichsverhandlungen angestrebt werden.

Und ich bin fünftens ganz Deiner Meinung - und jetzt kommt das - daß man sehr wohl Schwerpunkt-Musikschulen auch schaffen sollte. Ich glaube, das alles sind Kriterien, die meines Erachtens für eine noch bessere und vor allem auch eine zeitgemäßere Förderung des Musikschulwesens in Niederösterreich von entscheidender Bedeutung sind und daher ist es einer Überlegung wert, diese eventuell so rasch wie möglich in das Gesetz einzuarbeiten. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wer in der letzten Zeit im Fernsehen die langen Menschenschlangen vor dem Schloß Belvedere gesehen hat oder selbst dort angestellt war, wo die Monet-Ausstellung stattgefunden hat, wird die Kulturbegeisterung vieler Österreicher nicht in Abrede stellen können. Zur Festwochenöffnung in Wien hat auch der Rathausplatz ein überaus imposantes Bild geboten. Zehntausende sind dort dicht gedrängt gestanden, um Edita Gruberova zu hören. Das Kulturinteresse der Niederösterreicher läßt sich in dieser eindrucksvollen Form nicht dokumentieren, zumal zu den vielen Besuchern der Landesausstellungen auch zahlreiche Wiener gehören. Ist aber einmal der Kulturbezirk in der Landeshauptstadt fertiggestellt, wird sicher auch das Kulturbedürfnis der Niederösterreicher bildhaft und deutlicher zum Ausdruck kommen.

Im Grunde aber können wir froh sein, daß wir es mit einer alle Regionen erfassenden Streuung kultureller Vielfalt zu tun haben, die von den Opernenaufführungen in Amstetten bis zu Karl Orffs Tanzspiel "Carmina Burana" in Ebreichsdorf reicht. Vor allem der Theatersommer beglückt alle Jahre wieder unzählige Menschen mit Aufführungen, die jetzt auch schon einer Kritik standhalten, die früher, gelinde gesagt, vielfach noch unfreundlich und anmaßend war.

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang einmal sogar ausdrücklich die Rolle der vielen Bühnen- und Konzertverantwortlichen würdigen, die sich dem Zeitgeist des Banalen entgegenstellen und für ihre Veranstaltungen nicht ausschließlich die Zillertaler Schürzenjäger engagieren, sosehr diese und ähnliche Gruppen auch ein volles Haus und Besucherrekordzahlen garantieren mögen.

Elias Canetti, der österreichische Literaturnobelpreisträger hat eines seiner Bücher "Die getretete Zunge" genannt. Man könnte diesen Titel auf die erfreuliche Tatsache beziehen, daß auf dem Programm vieler Bühnen in Niederösterreich das anspruchsvolle Sprechstück zu finden ist oder auch das Experiment, wie in Purkersdorf, wo das Leben der Alma Mahler-Werfel, einer faszinierenden Intellektuellen, nachvollzogen wird.

Zur Kultur hat immer auch schon der Mut gehört, Außerordentliches zu wagen und ich möchte davon nichts ausnehmen. Weder den ursprünglich so angefeindeten "Heldenplatz" im Burgtheater, noch die Handke-Lesung im Parlament. Bundeskanzler Dr. Vranitzky hat in einem Interview im Standard von den geistigen Öffnungen gesprochen, zu denen es in Österreich in den letzten 10 Jahren gekommen ist. Und er hat, was die Kultur betrifft, zu Recht angemerkt, daß sich das künstlerische Schaffen heute glücklicherweise nicht mehr in der Zwangsjacke der Empfindlichkeit befindet.

Daß das auch heuer wieder veranstaltete Donaufestival in der Regel keinen Widerspruch erregt, ist erklärlich, weil es sich, vielleicht von dieser oder jener Ausnahme abgesehen, am Publikumsgeschmack orientiert und gleichzeitig bestrebt ist, sich der zeitgenössischen Kunst zu öffnen. Da hier ein sehr ambitioniertes Team am Werk ist, dürfen wir für die Zukunft noch viel Anspruchsvolles erwarten.

Ein Wort nun zu den Millenniumsfeiern, die Siegrid Löffler vom Literarischen Quartett als "Millenniumsrausch" bezeichnet. Es geziemt sich,

die Tausendjahrfeiern vor einer derartigen Abwertung in Schutz zu nehmen, doch ist schon die Frage zu stellen, ob sie nicht zu einem Kult rund um die Herrschaftshäuser zu werden drohen. Deshalb war die Alternativveranstaltung der SPÖ in Neuhofen so wohltuend, bei der dafür plädiert wurde, Geschichte auch von unten zu betrachten. Nicht die Babenberger und die Habsburger allein haben die Geschichte dieses Landes geprägt, sondern wohl auch die kleinen Leute. Die Bauern auf den Latifundien des Adels, die Arbeiter in den Manufakturen und dann in der Industrie, die Produktivkräfte also, ohne die Österreich nicht geworden wäre, was es heute ist.

Die Kulturpolitik des Landes Niederösterreich kann man, ich habe das schon anlässlich der Debatte zum Kulturbudget im Vorjahr betont, dennoch unterschreiben. Zwar nicht völlig ohne Wenn und Aber, doch im Grundsätzlichen sicher. Selbst die heuer vorgenommene Kürzung der Ansätze ist beim allgemeinen Sparkurs, der andere Ausgaben noch viel stärker trifft, zu rechtfertigen. Als Kommunalpolitiker möchte ich in diesem Zusammenhang meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß das Land ungeachtet anderer Befürchtungen gewillt ist, den Erfordernissen der Musikschulen Rechnung zu tragen. Schließlich sind diese der Nährboden für die Talente, die uns später einmal an den Instrumenten in den Konzertsälen erfreuen. Für die Musikschulen - meine Vorredner haben das auch schon erwähnt - sind 1997 auf jeden Fall Fördermittel in der gleichen Höhe vorgesehen wie 1996. Auch an der Förderintensität für die einzelnen Musikschulen soll sich nichts ändern. Von einer überarbeiteten Fassung des Musikschulgesetzes, das die Landesregierung vorlegen soll, erwarten wir uns und natürlich die Gemeinden strukturelle Reformen, mit denen die Qualität des Unterrichtes weiter anzuheben wäre. Ich vertrete hiebei auch die Auffassung, daß Musikschulen in kleineren Landgemeinden, die dort oft ein nicht mehr wegzudenkender Kulturträger sind, ihre faire Überlebenschance haben müssen.

Ob das Kulturförderungsgesetz, das der Landtag kürzlich beschlossen hat, wirklich ein großer Wurf ist, wird sich erst im Laufe der Zeit herausstellen. Es konnte aber in Vorbereitung dieses Gesetzes nicht mehr getan werden als mit der Einbindung aller Interessierten geschehen ist. Kaum ein anderer Gesetzesentwurf ist vorher der Begutachtung eines so großen Kreises und der breiten Diskussion in der Öffentlichkeit unterzogen worden. Was aber fehlt, ist, meinen wir, ein Landes-Kulturkonzept. Denn die kulturelle Vielfalt in Niederösterreich sprengt alle Grenzen. Sie ist geradezu unüberschaubar geworden. So zum

Beispiel haben die Veranstaltungskalender der in Niederösterreich verbreiteten Tageszeitungen in der ersten Märzwoche 1984 je Blatt im Durchschnitt lediglich 39 Ausstellungen und 62 kulturelle Termine verzeichnet. In der ersten Märzwoche 1994, also 10 Jahre später, haben die gleichen Zeitungen wieder pro Blatt 160 Ausstellungen und 240 Termine vermerkt. Und daß heute keine einzige Zeitung ohne Veranstaltungskalender bzw. ohne Veranstaltungsmagazin mehr auskommt, ist ebenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Indiz für die sich ungemein expansiv entwickelnde kulturelle Szene. Mit Hilfe eines Rasters sollte die Kultur, die aus so vielen Teilofferten besteht, doch auch als Ganzes erkennbar sein. Ist sie nämlich in allen ihren Strömungen ersichtlich, läßt sich auch die kulturelle Wechselwirkung zwischen der Landeshauptstadt mit ihrem Kulturbezirk und den Regionen wirksamer fördern.

Ein Landeskulturkonzept müßte natürlich auch die Absichten der Kulturpolitik festschreiben und zwar unter Berücksichtigung der den Kunstschaffenden garantierten Freiheit der Kunst. Kultur, meine Damen und Herren, muß in Bewegung sein. Sie darf sich nicht der Gefahr aussetzen, mumifiziert zu werden. Deshalb muß sie auch aufnehmen, was sich außerhalb der Landesgrenzen kulturell ereignet. Sie muß sich in die europäische Kultur, sie sollte sich in die Weltkultur integrieren. In einem bemerkenswerten Buch, das sich "Provokationen zu Themen der Zeit" nennt und in dem sich einer Anregung des Bundeskanzlers folgend namhafte Autoren Gedanken über Österreichs Zukunft machen, wird darauf verwiesen, daß es mehr als 180 Staaten gibt, 4.000 verschiedene Sprachen und rund 20.000 Dialekte. Und die Verfasser stellen dem gegenüber, daß manche in Österreich nicht einmal mit der Tatsache fertig werden, daß einige ihrer Mitbürger auch kroatisch und slowenisch sprechen. Ohne die Bereitsichtigkeit, den multikulturellen Dialog zu führen, ist das Versagen unserer Gesellschaft vorprogrammiert! Aber auch ohne Toleranz gegenüber anderen Kulturkreisen begeben wir uns ins Abseits, grenzen wir uns letztlich selber aus.

Toleranz muß es auch weiters gegenüber allen Kunstrichtungen geben. Hüten wir uns davor zu glauben, daß es gerechtfertigt wäre, Anspruch auf ein Kulturmonopol zu erheben. Das Ende eines solchen Kulturmonopols war schon einmal die Feme gegen solche, die anders gedacht, anders geschrieben, komponiert oder gemalt haben. Und schließlich steht man dann weit in der Fremde an den Gräbern großer Geister, denen es nicht ver-

gönnt war, ihre letzte Ruhestätte in der Heimat zu finden. Denn Stefan Zweig, der große österreichische Schriftsteller, starb in Brasilien, der Musiker Arnold Schönberg liegt in Los Angeles begraben und Franz Werfel, dessen Werke man auf die Liste des verbotenen Schrifttums gesetzt hat, deckt die Erde ebenfalls in Amerika.

Wenn wir in unserem Bestreben, Kultur in all ihren Formen zu gewährleisten, agieren wollen, sollten wir die Erkenntnis, daß Kultur nicht in die Fesseln der Parteilichkeit geschlagen werden darf, für alle Zeiten beherzigen. Für die sozialdemokratische Fraktion des Landtages darf ich erklären, daß wir der Gruppe Kultur des Voranschlages unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade in einer Konsolidierungsphase wie wir sie jetzt und in diesen Tagen zu besprechen haben, zeigt sich, wo die Schwerpunkte des Landesbudgets liegen. Und ich glaube, daß es in den bisherigen Debattenbeiträgen und auch in den kommenden sehr klar zum Ausdruck kommen wird, daß es insbesondere drei sind: Einerseits, die Wirtschafts- und Arbeitsplatzpolitik des Landes, als zweites das Sozial- und Familienwesen und als dritter wichtiger Punkt das Kulturwesen, das dem Landesfinanzreferenten und den Mitgliedern der Landesregierung für die Planung für 1997 ganz besonders am Herzen liegt.

Wobei es - und das möchte ich hier direkt und sehr positiv vermerken - den Kulturreferenten Dr. Pröll und Prokop vor allem auch um die Förderung der modernen Kunst, um die Förderung der heute lebenden Künstler und Kulturschaffenden geht. Und das zeigt auch seine Wirkung. Wer in den letzten Tagen das Donaufestival besucht hat, konnte feststellen, daß trotz des schlechten Wetters am Wochenende eine fast hundertprozentige Auslastung gegeben war, daß die Kunsthalle Krems praktisch übergeht und inzwischen dem Ausstellungsbetrieb in Wien den Rang abzulaufen beginnt, daß der bereits erwähnte Theatersommer schon in den Vorberichten eine wirklich sehr, sehr gute Vorberichterstattung hat und ihm alles Gute zu wünschen ist. Ja, daß viele Einzelinitiativen im Land, in den Regionen, daß viele Kulturschaffende sich selber auf den Weg gemacht haben und da und dort durch etwas Hilfe und Förderung durch die Gemeinden und durch

das Land, durch andere Sponsoren, vielfältig kulturelle positive Ergebnisse liefern. Das Instrumentarium des Förderungsvertrages hat sich bewährt und gehört in diesem Zusammenhang auch heute erwähnt.

Einige Worte zum Musikschulgesetz: Es wurde von den Vorrednern zu Recht gesagt, daß es notwendig sein wird, die Qualität zu heben, junge, vor allem junge Musiker heranzubilden, weil es in mehrfacher Art und Weise - und der Vorsitzende des Beirates sitzt ja hier im Landtag unter uns - dazu beiträgt, daß eine positive kulturelle Bestimmung im Land passiert. Für den Kulturbetrieb insgesamt, aber vor allem für die vielen Blasmusiken, für die Hausmusiken und für die Streichquartette, die es im Land gibt.

Allgemeine Musikschulen und Schwerpunkt-Musikschulen werden notwendig sein, weil es einfach nicht gehen wird, daß wir überall und in jeder Gemeinde eine Musikschule für höchstes Niveau zur Verfügung stellen. Aber es wird und darf keine Zweiklassengesellschaft geben. Im Gegenteil! Es muß die Möglichkeit des Übertrittes in eine bessere Förderung möglich gemacht werden. Es muß die Möglichkeit des fließenden Übertrittes in die Konservatorien, in die Musikhochschulen gegeben sein. Und wir müssen auch ernsthaft und sehr genau diskutieren, ob jeder, der sich in einer Musikschule ausbilden lassen will und ein Instrument lernen will, wirklich auch der Förderung des Landes bedarf. Wenn ich insbesondere an die Senioren oder an vermögende Berufstätige denke, die sich mit dem Instrument ein zusätzliches Hobby leisten wollen.

Die Höhe des Einkommens und der Ausbildungsstand der Musiklehrer alleine kann nicht ausschlaggebend sein für die Effizienz, auch wenn man sehr klar sagen muß, daß wir von den derzeitigen Musikschulunterrichtenden - etwa zwei Drittel in Werkverträgen und ein Drittel Gutausgebildete - hier einen weiteren Schritt gehen müssen, um die Zahl der Fixangestellten weiter zu erhöhen. Aber ich möchte schon das etwas richtig stellen: Zu dem Schlagwort "laienhafter Unterricht", der da und dort passieren würde. Ich darf Ihnen das, Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek an meinem eigenen Beispiel erklären. Ich bin Klarinettist, habe meinen Klarinettenunterricht bekommen von einem Gendarmen. Der Gendarm hat neben mir einen zweiten Musikschüler ausgebildet, wir sind miteinander in die Volksschule, dann in die Mittelschule gegangen. Der Kollege Ottenshammer, der neben mir im Wachzimmer gesessen ist und Klarinettenunterricht genossen

hat, spielt heute bei den Wiener Philharmonikern. Und das war durchaus etwas, was Sie unter einem "laienhaften Unterricht" verstehen. Ich glaube, daß es sehr auf das Herz, sehr auf den Willen, sehr auf die Persönlichkeit und auch sehr auf das Talent ankommt. Und der Kollege Ottenshammer hatte halt wesentlich mehr Talent als ich, deshalb ist er auch heute bei den Philharmonikern und ich stehe hier.

In diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Strasser und Wöginger zur Gruppe 3 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1997, Ltg. 490/V-4 betreffend Änderung des NÖ Musikschulgesetzes.

Mit der Erlassung des NÖ Musikschulgesetzes im Jahr 1989 wurden für die Förderung der Musikschulen in Niederösterreich neue Wege beschritten. Die Strukturen eines Musikschulwesens mußten erst aufgebaut werden. In der Folge kam es zu zahlreichen Gründungen von Musikschulen. Zum Zeitpunkt 1.1.1995 wurden insgesamt 187 Musikschulen betrieben. Durch diese Musikschulen wird eine Gesamtschülerzahl von rund 43.000 Schülern betreut.

Die bisherige Entwicklung hat jedoch auch gezeigt, daß durch die Vielzahl an Musikschulen keinerlei Strukturen in der NÖ Musikschullandschaft vorhanden sind und auch keine Leitbild/Anforderungsprofile entwickelt wurden. Dies hat mitunter auch zu Qualitätsverlust in der Ausbildung geführt.

Es ist daher angebracht, eine Strukturreform des Musikschulwesens in Niederösterreich in die Wege zu leiten. Diese Strukturreform soll aufgrund einer Änderung des Musikschulgesetzes vorgenommen werden und u.a. folgende Ziele verfolgen:

1. Festlegung der Fächer, die jeweils an Zentral-, Schwerpunkt- und Musikschulen der Grundversorgung zu unterrichten sind.
2. Festlegung der zu fördernden Zentralmusikschulen und Schwerpunktmusikschulen.
3. Festlegung der Fördersätze für die Unterrichtseinheiten unter Berücksichtigung der zu fördernden Zahl und Einstufung der Musikschullehrer.

4. Festlegung der Gesamtsumme der Förderung der Musikschulen nach Maßgabe des Landesvoranschlages und
5. Festlegung eines Musikschulstatutes, das die Organisation der Musikschulen, die Formen und Dauer des Unterrichts, die Studienordnung, die Aufgaben von Leiter/Lehrer, Bestimmungen über Mindeststandards der Ausstattung etc. enthält.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, unter Maßgabe der angeführten Punkte eine Änderung des NÖ Musikschulgesetzes zu erarbeiten, und diese nach Durchführung eines Begutachtungsverfahrens dem Landtag so rechtzeitig vorzulegen, daß ein Inkrafttreten der geänderten Bestimmungen mit Beginn des Schuljahres 1997/98 möglich ist."

Ein Wort noch zu den NÖ Tonkünstlern und zu der vor kurzem bei Kollegen Breininger aufgetauchten Debatte. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vor mir das Bild des ORF-Orchesters und der Tonkünstler. Ich sehe beide Budgets der beiden Orchester, beide sind in der Qualität ungefähr gleich bemessen, sie gehören zu den drei, vier besten Orchestern, die wir in Österreich anzubieten haben. Sie pflegen in etwa auch dieselbe Literatur, sie haben in etwa dieselbe Politik, sie haben auch ungefähr denselben Stellenplan. Das ORF-Orchester kostet dem ORF jährlich 170 Millionen Schilling, das Tonkünstler-Orchester kostet dem Land Niederösterreich, wenn Sie es so bezeichnen, knapp 100 Millionen Schilling. Das glaube ich, zeigt, daß es durchaus respektabel und gut geführt wird, daß die Verantwortlichen durchaus und sehr ihre Pflicht tun. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß ich es mir da und dort auch wünsche, daß das "NÖ", also das "Niederösterreich" vor dem Namen "Tonkünstler" auch von den Musikern in entsprechender Art und Weise gewürdigt und gehandhabt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein zweites Wort zu den großartigen Ausstellungen, die heuer über die Bühne gehen und wo sozusagen aus Niederösterreich, aus dem Kernland Österreichs in einer eindrucksvollen Art und Weise von der NÖ Landesregierung und von den Verantwortlichen der Kulturabteilung sozusagen für ganz Österreich die Millenniumsfeiern in einer großartigen Art und Weise durchgeführt und abgewickelt werden. Die Vorredner haben zu Recht darauf verwiesen. Der Dank gebührt in diesem Fall den Landeskulturreferenten und den Beamten

der Kulturabteilung. Und ich möchte aus gegebenem Anlaß auch hier sehr deutlich feststellen, wir sind davon überzeugt, daß Österreich mehr ist als "nur" - und das ist schon sehr viel - das Österreich der Zweiten Republik. Wir glauben daran und wir sind davon überzeugt - und wir stehen zu Österreich, zu unserem Land, wir stehen auch zu unserer Identität und zu unseren Vorfahren - daß die großartigen Bauwerke, die großartigen kulturellen, literarischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolge in den letzten Jahrhunderten gemeinschaftlich erbracht worden sind. Und es waren alle Bevölkerungsteile daran beteiligt, seien es die Beamten, weil sie heute hier sind, seien es die Bauern, seien es die Arbeiter, seien es die Gewerbetreibenden oder seien es auch die, die damals und heute in der Politik Verantwortung getragen haben. Wir stehen zu tausend Jahre großartiger österreichischer Geschichte. Und ich glaube, wir sollten das auch miteinander ordentlich bekunden. *(Beifall bei Abg. Hofmayer und Abg. Hiller. - Abg. Dr. Bauer: Es gibt schon auch Schattenseiten, die den Begriff "großartig" nicht verdienen!)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kultur und Kulturförderung ist mehr als rein finanzielle Kulturförderung. Und wenn wir heute von unserem Finanzreferenten gehört haben, was "Konsolidierung sichert Zukunftschancen" bedeutet, dann glaube ich, sollten wir uns auch mitnehmen, was die Kultur und was die Kulturförderung für die Sicherung der Zukunftschancen in den nächsten Jahren zu tun hat. Und mein Vorredner hat es aus meiner Sicht zu Recht ausgesprochen: Wir haben ein Kulturförderungsgesetz in diesem Haus verabschiedet, das großartige - und ich glaube, auch für andere Bundesländer und auch für den Bund - Vorbildwirkung in der Vorbereitung und auch im Ergebnis hat. Es ist in den ersten Paragraphen auch sehr klar das Ziel der NÖ Kulturpolitik zu Recht festgelegt, weil es Handlungsanleitungen geben muß, wonach die Politik und die Verwaltung zu handeln hat. Es wurde in zehn Enqueten in einer noch nie dagewesenen Art und Weise mit den Betroffenen dieses Kulturförderungsgesetz und damit die Grundsätze der NÖ Kulturpolitik über Jahre hinaus im Vorhinein diskutiert, gemeinsam erstritten, festgelegt. Und jetzt wird es durchgeführt werden. Aber ich möchte in einem Punkt insofern - ja, insofern, lassen Sie mich das einschränkend sagen, glaube ich, daß wir sehr hervorragende Vorarbeiten und auch ein detailliertes Konzept über die Vorgangsweise haben. Dennoch erscheint es mir sinnvoll und notwendig, daß wir über gewisse Leitlinien, über Leitgedanken gemeinsam nachdenken, auch die besten Köpfe des Landes darüber hinaus zusammenholen, uns das anhören und miteinander die

Dinge weiter entwickeln. Und in diesem Sinn, verehrter Herr Kollege, nehme ich an, hast Du das auch gemeint. In diesem Sinn bin ich auch sehr dankbar für die Initiative des Herrn Landeshauptmannes, daß er die Landesakademie beauftragt hat, unter dem Titel "Vordenken und Nachdenken über Niederösterreich" genau diese Diskussion zu starten. Und ich gehe davon aus, daß uns die Landesakademie gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Kulturabteilung und mit anderen wertvolle Hinweise für die politischen und inhaltlichen Leitlinien geben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es gerade in der Kulturpolitik und in der Kulturförderung eines Zusammenwirkens von Pragmatikern und Visionären bedarf. Daß es, um unser Land als eine eigene Region, ja eine eigene Marke, eine eigene Identität weiter zu entwickeln, wenn wir jetzt in der Landeshauptstadt als Zentrum umgeben von starken eigenständigen Regionen uns befinden, einer aktiven Kulturpolitik bedarf. In diesem Sinn haben wir in Niederösterreich ein großes Erbe mitzunehmen, aber wir sind gut gerüstet mit den Instrumentarien und auch mit den Geldmitteln für die Zukunft und werden unsere Zukunftschancen einhalten und einfordern. Zum Schluß gilt mein Dank den Kulturreferenten, dem Landesfinanzreferenten für die Bereitstellung der Budgets und vor allem den Mitarbeitern in der Kulturabteilung, den Beamten des Landes, die in einer vorbildlichen Art und Weise vor- und nachdenken für Niederösterreich, für die niederösterreichische Kulturpolitik. Die Volkspartei wird diesem Kapitel selbstverständlich ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über den zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsantrag abstimmen. Nun bitte ich den Herrn Berichterstatter, den Antrag zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 695,280.000 Schilling und Einnahmen

von 15,175.000 Schilling zu genehmigen. Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke. Wir gelangen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LiF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Strasser und Wöginger. Er betrifft die Änderung des NÖ Musikschulgesetzes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche nun den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Moser, zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, sind Ausgaben und Einnahmen für allgemeine öffentliche Wohlfahrt, freie Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Behebung von Notständen, sozial- und familienpolitische Maßnahmen sowie Wohnbauförderung vorgesehen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 13.218,638.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 10.371,157.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 28,52 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 299,327.000 Schilling und Einnahmen von 227,142.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke, Herr Berichterstatter. Als erste zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. VLADYKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Unser Reichtum ist, daß zirka 500.000 Menschen mehr als vor 30 Jahren durchschnittlich um 10 Jahre älter werden. Dies ist sicher ein Verdienst der guten Sozialpolitik in Österreich. Wir haben aber als heutige Generation die Verpflichtung, unserer älteren Generation jene Sicherheit

zu geben, die sie braucht, um in Würde alt werden zu können. Es muß daher Sorge getragen werden, daß jemand da ist, der den Menschen hilft, wenn sie Hilfe brauchen. Die Grundvoraussetzungen muß natürlich die Politik schaffen. Daher beschäftige ich mich heute hauptsächlich mit der Hilfe und Betreuung hilfsbedürftiger und alter Menschen.

Auf Grund der höheren Lebenserwartung ist zwangsläufig auch ein höheres Maß an Gebrechlichkeit und Hilfsbedürftigkeit und somit an Betreuungsbedarf vorhanden. Es ist daher unbedingt erforderlich, auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Menschen einzugehen. Nun, wie ist es in der Praxis? Ein Mensch wird krank, wird vom Arzt behandelt, muß ins Spital, irgendwann wird er entlassen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Umstrukturierung im Spitalswesen infolge Einführung der Verrechnung nach der Leistungskostenfinanzierung hinweisen. Allein von der Verweildauer her kommt es sicher zu einer Verschärfung im Betreuungsbereich. Wenn also der Patient aus dem Spital entlassen wird, braucht er in vielen Fällen eine Nachbetreuung. In der Regel kann dies bei leichteren Fällen durch Angehörige allein durchgeführt bzw. abgedeckt werden. Wenn dies nicht oder nicht mehr möglich ist, beispielsweise bei schwereren Fällen oder wenn keine Angehörigen pflegen und betreuen können, können mobile Dienste hierfür in Anspruch genommen werden. Bei notwendiger Intensivpflege stehen Pflegeheime und Sozialzentren zur Verfügung. Besonders wichtig ist aber, darauf hinzuweisen, daß auch die Möglichkeit der Kurzzeitpflege angeboten werden kann. Ich habe eingangs bereits darauf hingewiesen, daß die Politik die Grundvoraussetzungen hierfür zu schaffen hat. Österreich hat ein in der Welt beispielgebendes Sozialnetz, das ist unbestritten. Mit der Einführung des Pflegegeldgesetzes, eines Jahrhundertgesetzes, wurde die Voraussetzung geschaffen, daß jeder pflegebedürftige Mensch sich nach seinem Bedarf auch optimale Pflege leisten und auch nach seinen Bedürfnissen entsprechend aussuchen kann. Das Pflegegeld dient ausschließlich der Pflege und darf nicht als Aufbesserung des Einkommens gesehen werden. Das hat sich der Gesetzgeber zum Ziel gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Beispiel zeigt, wie wichtig der Einsatz der sozialmedizinischen Betreuungsdienste wäre, wenn dieser genützt würde. Eine Frau, Pflegegeldbezieherin, ist bettlägerig, inkontinent und somit auf fremde Hilfe angewiesen. Sie kann nicht aufstehen, sie muß rund um die Uhr betreut werden.

Ihre Nichte, die nicht im selben Haus wohnt, kommt und betreut sie aufopferungsvoll. Nur, ihre Nichte ist selbst berufstätig, geht um drei Uhr früh aus dem Haus und kommt um ein Uhr nachmittags nach Hause. Während dieser Zeit ist diese Frau alleine. Sie kann nicht aufstehen, sie muß umgewickelt werden, sie muß mit Essen versorgt werden. Das geschieht erst am Nachmittag, wenn ihre Nichte nach der Arbeit von ihrer eigenen Wohnung zur Tante kommt. Dann gilt es aber, außer der Pflege sich noch ums Einkufen, Waschen, Putzen etc. zu kümmern. Und wo bleibt die Zeit für ein persönliches Gespräch mit der Pflegebedürftigen? Alleine aus diesem Beispiel kann man ersehen, wie wichtig der Einsatz der sozialen Dienste wäre. Nicht nur die Patientin hätte in der Zeit, in der die Nichte berufstätig ist, die Pflege, die sie braucht, auch der Nichte würde der Einsatz der mobilen Dienste das Leben wesentlich erleichtern.

Es gibt aber auch noch andere Beispiele, wenn zum Beispiel Nachbarn feststellen, daß Pflegebedürftige nicht die optimale Pflege erhalten, die sie eigentlich brauchen würden. Wo nicht oder nur selten Angehörige hingehen und pflegen. Aber den meisten Menschen fehlt oft der persönliche Mut, ihre Wahrnehmungen auch weiterzuleiten. Sie haben Angst, in Konflikte zu geraten. Hier müßte ein Mechanismus geschaffen werden, um diese Probleme zu lösen. Aber auch bei Bekanntwerden von Problemfällen ist eine Lösung oft schwierig. Wenn ich bedenke, daß zum Beispiel in unserer Sozialabteilung auf Grund von Pensionierung, Krankheit und Karenz nur mehr eineinhalb Sozialarbeiter zur Verfügung stehen und dadurch die Außenstelle Hainburg zum Beispiel nicht einmal mehr einmal wöchentlich besetzt ist - wobei man hier noch dazu sagen muß, daß die Sozialarbeiter ein breites Aufgabengebiet darüber hinaus zu erfüllen haben - ist ersichtlich, wie schwierig es ist, Probleme in vielen Bereichen zu lösen. Ein verstärktes Zusammenwirken mit dem Arzt, den sozialen Diensten und einer ausreichend besetzten Sozialabteilung ist gefordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesen Beispielen wollte ich nur aufzeigen, wie wichtig Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe sind. Mit dem Pflegegeldgesetz sind die Voraussetzungen gegeben. Es ist selbstverständlich, daß dieses Pflegegeld auch für pflegende Angehörige verwendet werden kann. Voraussetzung ist, daß der Patient eine optimale Pflege erhält. Klar ist uns auch, daß die Pflege zu Hause in der gewohnten Umgebung für den Patienten am besten ist. In Zukunft werden Pflege und Mitpflege

durch Angehörige immer mehr an Bedeutung gewinnen. Hier ist aber besonders wichtig, auch den pflegenden Angehörigen die notwendige Hilfe zu geben. Eine Minimalausbildung, etwa 10 Stunden, sowie eine Art beratende Supervision mindestens vierteljährlich könnten hier nicht nur den pflegenden Angehörigen, sondern auch dem Patienten von großem Nutzen sein.

Als einen Großbetrieb der Menschlichkeit kann man die sozialen Dienste bezeichnen. Wenn man bedenkt, daß allein in Niederösterreich innerhalb von acht Jahren die durchschnittliche Zahl der monatlichen Hilfeempfänger sich vervierfacht hat und derzeit bei rund achteinhalbtausend liegt, zeigt das die Bedeutung der mobilen Dienste. Allein aus dieser Zahl kann man ersehen, wie hoch der Stellenwert der sozialen Dienste, wie Volkshilfe, Hilfswerk und Caritas ist. Daher ist dem Ausbau dieser mobilen Dienste besonderes Augenmerk zuzuwenden. Dies muß sich auch im Landesbudget niederschlagen.

Wenn man bedenkt, daß im Jahr 1995 in 177 Sozialstationen mit monatlich durchschnittlich 2.661 Beschäftigten rund achteinhalbtausend Hilfeempfänger monatlich betreut wurden und in diesem Jahr rund 1,781.000 Einsatzstunden geleistet wurden, so ist das gewaltig. Unsere Zielsetzung muß sein, ein flächendeckendes Angebot an sozialen und sozialmedizinischen Betreuungsdiensten zu schaffen. Hierzu gehören auch Kurzzeitpflegeeinrichtungen, denn auch durch diese kann der neue Verrechnungsmodus bei der Spitalspflege auch für den Patienten sozial zumutbar umgesetzt werden. Einen wichtigen Bereich in der Intensivpflege und Hilfe decken die 43 landeseigenen NÖ Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime ab. Darüber hinaus bestehen in Niederösterreich auch noch 11 private Pflegeheime. Schon im Februar 1994 hat Frau Landesrat Traude Votruba gefordert, daß es zu einer gerechten Grundgestaltung der Gebühren kommen sollte, da die Höhe der Grundgebühr nicht vom Zufall des Wohnortes des Patienten und des Standortes des Heimes abhängen soll. Die Heime sind in drei Qualitätskriterien eingeteilt, wobei der bauliche Zustand und die Ausstattung der Heime herangezogen wurden. Die Pflegebewertung wurde eingeführt, um eine einheitliche Vorgangsweise zu schaffen. Die Heimbewohner und auch die Angehörigen wissen, warum und wofür sie zahlen. Größtmögliche Transparenz und überschaubare Pflegeleistungen sind dadurch gegeben. Aber trotz Ausbau der sozialen Dienste, trotz Ausbau der Heime werden die Wartelisten immer länger. Das zeigt auch deutlich die Situation im Bezirk Bruck a.d. Leitha.

Derzeit stehen im Bezirk Bruck a.d. Leitha 129 Pflegebetten und 94 Wohnbetten zur Verfügung. Sämtliche Plätze sind natürlich besetzt. Allein im Marienheim in der Stadt Bruck ist die Zahl der Vormerkungen bei 200 Personen angelangt. Insgesamt liegt die Zahl der Vormerkungen im Bezirk bei rund 260 Personen. Es ist sicher richtig, daß das Land Niederösterreich entsprechend dem Bauprogramm und unter dem Druck der großen Wartelisten beträchtliche Anstrengungen unternimmt, um die Situation in den Griff zu bekommen. In nächster Zeit wird der Hohe Landtag vier Projekte für Heimneubauten, nämlich Berndorf, Neunkirchen, Vösendorf und Wilhelmsburg beschließen. Die Fertigstellung dieser Heime ist für 1998 vorgesehen, damit entstehen 430 neue Pflegebetten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zum Schluß noch einige Anmerkungen zum Problembereich der Kosten. Ein Bericht des Institutes für Sozialanalyse bestätigt im Grobvergleich der Tagessätze zu Vollkosten, daß der Einsatz der mobilen Dienste die kostengünstigste und auch menschlichste Variante der Pflege darstellt. Das sagt uns aber auch, daß wir, so wie wir es in Niederösterreich auch tun, die Gesamtheit der Pflege für bedürftige Menschen nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Wir wissen, daß die Pflege daheim von den Angehörigen unter Bedachtnahme auf eine Mindestausbildung der Pflegenden für den Patienten, besonders für den alten Menschen, die humanste Möglichkeit ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gute Absicht ist da - die Realität ist oft anders. Sie zeigt uns, daß es immer mehr Problemfälle geben wird. Mit der Einführung der LKF, ich habe es schon vorhin gesagt, wird sich die Situation wesentlich verschärfen. Der Einsatz der mobilen Dienste wird immer wichtiger und trotzdem ist im Budget nicht mehr für diesen Bereich vorgesehen. Meine Damen und Herren! Es ist fünf vor Zwölf, daher müssen wir die Initiative ergreifen und uns gemeinsam mit allen damit befaßten Stellen raschest zusammensetzen, um eine Lösung im Bereich der Finanzierung zu finden.

Abschließend meine ich, daß wir in Niederösterreich ein ausgewogenes System für hilfs- und pflegebedürftige Menschen anbieten können. Wir dürfen uns aber nicht zurücklehnen und uns auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen uns permanent um die Weiterentwicklung dieses für die Menschen so wichtigen Problembereiches bemühen. Ich danke allen, die in diesen Bereichen tätig sind und tagtäglich

beweisen, daß Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft nicht nur Schlagworte sind. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich berichte zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt, Familienpolitik. Die Struktur der Familien hat sich im Laufe der Generationen stark verändert, teils durch andere Lebensumstände, aber auch sehr stark geänderte Wertvorstellungen, unterschiedliche Anschauungen innerhalb der einzelnen Familienmitglieder werden heute wesentlich mehr toleriert. Themen wie Politik, Religion, Kirche und Kultur werden mehr denn je diskutiert. Kinder und Jugendliche treffen ihre eigenen Entscheidungen und Zukunftsvorstellungen, vertreten ihre Meinungen auch immer mehr sehr intensiv und lautstark. Und jeder, der selber Kinder hat weiß, wie konträr solche Meinungen sein können.

Es wird aber auch Demokratie stärker gelebt als früher. Frauen sehen sich als Partner ihrer Männer. Jedes Familienmitglied will seinen persönlichen Freiraum, denn die Familie kann auch einengen. Und so wie sich die Struktur der Familien geändert hat, von der Großfamilie auf der einen Seite, wo mehr Generationen zusammenlebten, bis hin zur Kleinstfamilie, von der Mehrkindfamilie bis hin zur Einkindfamilie, bis zwei Kinder, steht der Begriff Familie heute für die verschiedensten Formen. Jedoch, ob Groß- oder Kleinfamilie, Probleme und Krisen hat es und wird es immer geben. Und nur jene, die in einem Familienverband oder in einer familienähnlichen Form aufgewachsen sind, werden Lebenskrisen auch bewältigen können. Jugendliche, die ein geordnetes Zuhause erlebt haben, werden auch fähig sein, für die Gesellschaft das Ihre beizutragen, sei es jetzt im öffentlichen Leben, bei Vereinen, Sportvereinen, Jugendgruppen, Musikkapellen, ja bis hin zu den freiwilligen Diensten wie Rettungen und Feuerwehren. Und Jugendliche, die hier mittun, die wir hier motivieren können und begeistern können, werden auch einen positiven Einfluß auf das Gemeinschaftsleben ausüben. Denn wer schon früh gelernt hat, Verantwortung zu tragen und Aufgaben zu übernehmen, wird dies auch in der Gemeinschaft einbringen können.

Trotz des Spargedankens werden die Ausgaben im Sozialwesen um fast vier Prozent erhöht. Daß das Geld allein nicht immer alle Probleme

löst, beweist uns auch ein Zeitungsartikel, in dem steht, in Österreich werden von 100 Ehen 38 geschieden. So viele Scheidungen gab es noch nie zuvor. Die Bezirkshauptstadt Mödling allerdings schlägt alle Rekorde. Eine Stadt mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen südlich von Wien ist Österreichs Trennungshochburg: Knapp über 50 Prozent der geschlossenen Ehen landen vor dem Scheidungsrichter.

Eine gute Familienpolitik machen heißt, den Standpunkt der Familie in unserer Gesellschaft bewußt zu machen und für die Zukunft auch abzusichern. Die Sozialleistungen für unsere Familien, welche die öffentliche Hand bereitstellt, sind eigentlich alles nur Abgeltungen. Laut Statistik wünschen sich 92 Prozent der Bevölkerung ein harmonisches Familienleben und zwar quer durch alle Altersschichten. Mir ist aber auch bewußt, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer mehr zur Herausforderung wird. Zur Herausforderung von berufstätigen Frauen auf der einen Seite und den Unternehmen auf der anderen Seite. Mädchen und Frauen haben heute oft sehr hochqualifizierte Ausbildungen absolviert, und sind auch immer mehr karrierebewußt. Und Frauen bewähren sich heute in allen Berufssparten, auch in typischen Männerberufen. Frauen wollen aber auch gleichzeitig auf Familie und Privatleben nicht verzichten. Die Anzahl der Mütter, die erwerbstätig sind, ist auch in Niederösterreich stark gestiegen. Im Jahr 1994 bis 1995 waren es bereits 44,3 Prozent. Von 273.000 Familien mit Kindern sind 47.100 Mütter bzw. auch Väter Alleinerzieher. Und wir alle, die wir im öffentlichen Leben stehen, werden immer gefordert sein, die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir dürfen nie aufhören, unseren Familien die notwendige Unterstützung zu geben und die Benachteiligungen zu bekämpfen. Doch auch wir müssen mit der Zeit gehen. Das heißt, auf die Bedürfnisse und Wünsche und auch Anforderungen der Familie eingehen. Und dort helfen, wo es auch notwendig ist. Das heißt aber auch, daß die Budgetzahlen in Niederösterreich halten müssen. Armutgefährdeten Familien soll treffsicher geholfen werden. Uns bewegen derzeit besonders soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Veränderungen, die uns teilweise auch das Sparpaket gebracht hat, die wir aber auch brauchen zur Konsolidierung unseres Budgets. Damit wir nämlich auch in Zukunft noch unseren Familien helfen können. Leistungszahlungen, wie Wochengeld oder die Betriebshilfe bis hin zum Karenzurlaubsgeld wird es nach wie vor geben. Eine weitere Unterstützung stellt auch die Familienhilfe dar, die sich nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen

richtet. Auch der Familienpaß ist eine wichtige Einrichtung mit vielen Vorteilen. Bereits über 54.000 Familien haben diesen Familienpaß, der beispielsweise auch eine ganzjährige Unfallversicherung bei Unfällen im Haushalt oder die Spitalsgeldversicherung für Begleitpersonen bei Kleinkindern beinhaltet. Ich finde, das ist eine ganz wichtige und eine gute Einrichtung. Oder die verschiedenen Ermäßigungen bei Einrichtungen wie Ausstellungen oder Veranstaltungen, aber auch ständige Informationen bei Neuerungen, bei Änderungen, bei Förderungsmaßnahmen ist dadurch gegeben. Oder Zuschüsse bei einem Familienurlaub. Das Land hilft auch bei der Kinderbetreuung durch den Ausbau von Tagesmüttern. Aus der Praxis heraus weiß ich, daß immer mehr berufstätige Mütter diese Form der Kinderbetreuung wählen, wobei der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung durch Tagesmütter immer mehr voranschreitet. Ich kann es aus der Praxis heraus sagen, in unserem Bereich, im Ballungsraum werden die Tagesmütter, ich kann fast sagen, von Monat zu Monat, mehr.

Durch die Diskussionen um das neue Kindergarten gesetz sowie das Kinderbetreuungsgesetz - wir werden es am Donnerstag ja debattieren - haben aber auch unsere Tagesmütter mehr Anerkennung bekommen. Niederösterreich ist das Land, wo die meisten Kinder - österreichweit gesehen - durch Tagesmütter betreut werden. Zirka 1.200 Tagesmütter betreuen über 3.000 Kinder. Fast die Hälfte dieser Kinder bekommen einen Pflegebeitrag, der monatlich rund 1.260,- Schilling ausmacht. Und allein durch unsere Landeskinder gärten können wir 95 Prozent unserer Kinder im Vorschulalter auch einen Platz bieten. Unsere Landeskinder gärten sind aber auch sehr gut geführt und ausgestattet und haben ein hohes Erziehungsniveau. Ich habe mich erst vergangene Woche wieder erkundigt, in der Schule der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner gab es einen Wettbewerb vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, in dem diese angehenden Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ihre Kreativität zeigten und ein Spiel entwarfen, das bereits per Video in alle Kindergärten jetzt ausgeschickt wird. Die Erfinder haben eine Geldspende vom Kuratorium für Verkehrssicherheit bekommen.

In zahlreichen Gemeinden unseres Landes gibt es Jugendeinrichtungen oder Jugendtreffs, wobei sehr viele unserer Jugendlichen selbst auch bei der Ausgestaltung und Einrichtung mithelfen. Dies fördert natürlich auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die

Kommunikationsfähigkeit untereinander und nicht zuletzt auch damit die Verbundenheit mit ihrer Heimat. Dies ist beispielsweise auch ein nicht zu unterschätzender Aspekt in grenznahen Regionen mit Arbeitsplatzmangel, um der steigenden Abwanderung von jungen Menschen entgegenzuwirken. Das Land Niederösterreich unterstützt nach Möglichkeit jede engagierte Initiative in diesem Bereich.

Aber auch Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen nicht in einer eigenen Familie leben können, sollen Verbesserungen bekommen. Durch den Abbau von Heimplätzen bei gleichzeitigem Ausbau und der Verbesserung der Betreuung durch Pflegeeltern und private soziale Dienste sowie durch intensive pädagogische und psychologische Betreuung, durch vermehrte therapeutische und heilpädagogische Angebote und der Möglichkeit zur Berufsvorbereitung.

Der Kinder- und Jugendanwalt ist zu einer wichtigen Anlaufstelle für ratsuchende Kinder, Eltern, aber auch Erzieher geworden. In relativ kurzer Zeit hat sich gezeigt, wie wichtig und notwendig diese Einrichtung ist. Kindererziehung ist nicht nur eine sehr schöne, sondern auch eine verantwortungsvolle Aufgabe. Und die Fehler, die wir in der Erziehung unserer Kinder begehen, werden in Zukunft unsere Gesellschaft negativ beeinflussen!

Unseren Alten und Hilfsbedürftigen bieten wir das Pflegegeld an, meine Vorrednerin hat es ja schon ausführlich berichtet. Pflegegeld, gestaffelt nach Pflegebedarf, ist heute nicht mehr wegzudenken. Es unterstützt vor allem behinderte und alte Menschen, wobei bis zu 80 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen in Österreich nach wie vor von Angehörigen oder Familienangehörigen gepflegt werden. Und daher sind auch viele Familien auf diese finanziellen Mittel angewiesen, um ihre Angehörigen zu Hause entsprechend pflegen zu können. Dies ist natürlich auch im Interesse unseres Landes, da nicht zuletzt teure Heimplätze dadurch eingespart werden und für wirkliche Notfälle zur Verfügung gestellt werden können.

Die mobilen Dienste, die wir im ganzen Land angeboten haben, sind auch heute schon angesprochen worden. Ich gebe Ihnen recht, wir werden sie noch weiter ausbauen müssen. Sie sind aber eine äußerst segensreiche Einrichtung für alte und kranke Menschen in ihrer gewohnten Umgebung, wenn diese hier gepflegt werden können. Im Bereich der mobilen Dienste wird sich die Zahl der Betreuenden in Zukunft ja laut Statistik noch verdoppeln. Trotzdem werden wir aber auch

unsere Pflegeheime brauchen. Wir haben vier neue bereits beschlossen. Das Land Niederösterreich bemüht sich, trotz Sparkurs den erreichten Standard im Bereich der Sozial- und Familienpolitik zu halten.

Immer mehr Mütterstudios werden eingerichtet, wir haben derzeit bereits sieben. Das Frauenreferat, das es auch schon seit einigen Jahren gibt, das unter anderem Frauen auch beim Wiedereinstieg in den Beruf hilft. Schließlich gibt es in unseren Gemeinden Familienbeauftragte, die Auskunft darüber geben, wie man zu den einzelnen Förderungen kommt. Dies alles sind Einrichtungen und Serviceleistungen, die unseren Familien zugute kommen. Aber auch den sozial Schwachen hilft man in unserem Land. Ich habe erst vor 14 Tagen mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter einen Zusatzbau der Notschlafstelle der Emmaus-Gemeinschaft in St. Pölten eröffnen können. Wir wollen uns darüber hinaus bemühen, im Rahmen unserer budgetären Möglichkeiten weitere Verbesserungen und teilweise auch notwendige Umstrukturierungen durchzuführen.

Familie war und wird uns immer ein Anliegen sein. Kinder sind unser höchstes Gut. Das Land Niederösterreich wird auch ein Familienland bleiben. Zum Schluß möchte ich noch die ehemalige Familienministerin Sonja Moser zitieren, die im Zusammenhang mit unserer Familienpolitik folgendes feststellte: "Die Leistungen für die Familien dürfen nicht als bloße Sozialleistungen mißverstanden werden, die der Staat oder das Land für die Familie aufwendet. Sie sind eine teilweise Abgeltung der unverzichtbaren Leistungen, die die Familien für die gesamte Gesellschaft erbringen." (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Wie schon seit einigen Jahren ist das Ressort "Soziales" jenes Ressort mit den größten Steigerungen. Wir finden einen überproportionalen Anteil bereits am Budget und wie jedes Jahr hier auch dieselbe Diagnose: Es sind zu einem Hauptteil seniorengedundene Kosten, meine Vorrednerinnen haben das schon angeführt. Sie sind deswegen unvermeidbar und aus diesem Grund wird diese Gruppe auch unsere Zustimmung finden. Ebenso sicher aber läßt sich sagen, daß diese Steigerungen fortschreiten werden. Wir kennen die demographischen Prognosen und wissen, daß allein schon aus der Steigerung der Lebenserwartung ganz sicher weitere Kosten

resultieren werden. Diese Steigerung der Lebenserwartung ist an und für sich etwas rundum Erfreuliches. Es ist ganz sicher das erstemal, daß vier Generationen zugleich leben, was ja auch die ungeheure Chance für eine Wissensübermittlung zum Beispiel sein könnte. Schlimm dagegen ist, daß dieser immer größer werdenden Gruppe von alten und sehr alten Menschen eine immer kleiner werdende Gruppe von jungen Menschen gegenübersteht. Ganz einfach deswegen, weil durch diese Umkehrung der Alterspyramide - sie ist ja hier schon oft besprochen worden - sich das Verhältnis zwischen Einnahmen, die aus Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen der Erwerbstätigen resultieren und den Ausgaben, die eben daher kommen, daß viel mehr als früher Pflege- und Pensionsleistungen konsumieren müssen, daß sich dieses Verhältnis immer mehr verschlechtert. Und zwar nicht nur rein linear, sondern durch das Auseinanderfallen der Familienstrukturen, was ja auch teilweise zu vermerken ist, werden diese Kosten exponentiell steigen. Daß diese Bevölkerungsentwicklung, verursacht durch die Geburtenarmut, nicht irgendwie auf uns herabgekommen ist, daß das auch schon länger abzusehen war, das möchte ich Ihnen jetzt ganz kurz belegen. Und daß unsere Vorgänger, und, meine Damen und Herren von der ÖVP und von der SPÖ, vor allem auch Ihre Vorgänger, diese Sache sehr früh schon sehr gut erkannt haben, die Zusammenhänge auch ausgesprochen haben und versucht haben, Vorkehrungen zu treffen, das möchte ich Ihnen jetzt anhand eines kurzen Resumés über den Antrag zum Familienlastenausgleichsgesetz aus dem Jahr 1954 - ich habe mir das aus den stenographischen Protokollen des Nationalrates ausgehoben - beweisen.

Da ist am 10. März 1954 ein Antrag des Finanz- und Budgetausschusses eingebracht worden, der ausgearbeitet worden ist aus zwei Anträgen, jeweils einer von der ÖVP und einer von der SPÖ, in einem Antrag dann zusammengefaßt, der von einem Unterausschuß fertiggestellt worden ist. Und in diesem Unterausschuß waren vertreten - und ich denke, diese Namen haben in ihrer Tradition einen hohen Stellenwert: Dipl.Ing. Pius Fink, Dr. Hofeneder, Kranebitter, Rainer, Reich, Römer, Ferdinanda Flossmann, Rosa Jochmann, Kostroun, Wilhelmine Moik, Steiner, Uhlir und Dr. Pfeifer. Und ich darf Ihnen nun eine kurze Passage aus dem Antrag des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage zum Familienlastenausgleichsgesetz zitieren: "Der vorliegende Gesetzesentwurf beruht auf der unleugbaren Tatsache, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte die mit der Erhaltung und der Erziehung von Kindern verbundenen Bela-

stungen den Lebensstandard der Familie umso mehr herunterdrückt, je größer die Kinderanzahl der einzelnen Familien ist. Diese Umkehrung des Kindersegens in sein Gegenteil verletzt das Recht des Menschen auf Familie und hindert ihn daran, seinen natürlichen und rechtlichen Verpflichtungen (ABGB-Unterhaltspflicht) zur Erhaltung seiner Kinder nachzukommen. Die scharfe Zurücksetzung und teilweise sogar Ausschließung der Familie von der allgemeinen und kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards hat auch wirtschaftliche Gründe zum Hinschwinden der Familien- und Kinderfreudigkeit geschaffen. Seit die jeweils arbeitende Bevölkerung für den Lebensunterhalt der nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen Sorge trägt, stellt der Geburtenrückgang und der nach Berechnungen des Statistischen Zentralamts bereits zwischen 1960 und 1970 zu erwartende Bevölkerungsrückgang das gesamte System der sozialen Sicherheit in Frage." Das bitte war 1954! "Es ist heute offenkundig, daß alle, auch die Kinderlosen, auf einen zahlenmäßig ausreichenden körperlich und geistig gesunden Nachwuchs angewiesen sind. Die bisherige Vernachlässigung der Sorge um die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Familie hat zweifellos eine Reihe gesellschaftlicher Probleme aufgeworfen, die in diesem Gewicht und in diesem Ausmaß vermeidbar gewesen wären. Der Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung, die die Ernährung, Bekleidung, häusliche Unterbringung und Erziehung von Kindern verursacht, ist aus allen diesen Gründen nicht nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine gesellschaftliche Existenznotwendigkeit." Und jetzt kommt eben nun dieser Kernsatz des Familienlastenausgleichs: "Der Ausgleich der Familienlasten hat zwischen denjenigen zu erfolgen, die die Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen und jenen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch bewußt oder unbewußt daraus Nutzen ziehen, daß andere es für sie tun."

Meine Damen und Herren! Die Sprache ist eine etwas weniger blumige geworden, die Sachlage allerdings ist in unserem umlagefinanzierten Sozialstaat absolut dieselbe. Bemerkenswert, wie treffsicher und scharf diese Prognose ist gegenüber der demographischen Blindheit, die wir heute aufweisen. Denn wie anders könnte es sonst sein, daß ausgerechnet dann, wenn, wie prognostiziert, die Sozialquote immer weiter steigt, ausgerechnet dann, es ist heute öfter gesagt worden, der investive Bereich, nämlich der der familienpolitischen Förderungen, gekürzt wird? Wie ist es denn möglich, daß ausgerechnet dann zwei Sparpakete auf

die Familien losgelassen werden, die ganz enorme Einschränkungen bringen? Ich darf nur nennen die Kürzung der Karenzzeit, die kleineren Sachen sowie Beiträge bei den Schulbüchern, Freifahrten und dann ganz schlimm natürlich auch vom Gesundheitspolitischen her die Streichung, die Abkoppelung der Vorsorgeuntersuchungen von der Geburtenbeihilfe. *(Abg. Gruber: Aber 1954 hat es nichts gegeben, nur Not und Armut! Das muß man auch dazu sagen!)*

Doch, schon! Ernährungsbeihilfe. Und obwohl damals alles knapp war, haben unsere Vorgänger und auch Ihre Vorgänger sich zu einem vernünftigen familienpolitischen Anfang entschlossen. Ganz im Gegenteil zu dem, was wir jetzt tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und diesem Sparpaket setzen wir übrigens, das möchte ich auch jetzt noch vorweg nehmen, die tausend Schilling, die das Land den Familien zusätzlich aufbürdet, hinzu. Der Herr Kollege Ing. Gansch ist zur Zeit nicht da. Ich meine doch, wir sollten realistisch bleiben. *(Abg. Kautz: Was ist mit der besseren Qualität, eine Kindergartenhelferin für jede Gruppe?)*

Nein, eben das ist es nicht. Sie wollen das so verkaufen, aber so ist es nicht. Und wir werden darüber sicher auch noch diskutieren.

Ich darf also zu dem Stellenwert, den Niederösterreich innerhalb der Familienförderung der österreichischen Bundesländer hat, sagen, wir liegen nicht schlecht. Aber wir liegen nicht im Spitzenfeld, sondern wir liegen absolut im Mittelfeld. Ich habe hier die Zahlen. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Sie wissen gar nicht, welche Zahlen ich nennen werde. Es geht jetzt bereits um die Länder-Familienhilfe. Wir liegen absolut im Mittelfeld. Und ich darf zum Beispiel anmerken, daß auch hier die Vorarlberger, die allemannischen Sparmeister pro Kopf dreimal soviel Familienhilfe ausschütten wie wir in Niederösterreich. Es gibt Länder, die sind schlechter: Tirol, Steiermark usw. Aber es gibt Länder, die sind wesentlich besser. Wir waren nur so lange gut, so lange wir den kostenlosen Kindergartenplatz dazurechnen konnten. Und das ist mit Donnerstag vorbei. Aber ich meine, Sie werden das ganz sicher Ihren Wählern erklären können.

Ich darf dann noch kurz auf die fünf Millionen, die in diesem Budget bei der Familienbeihilfe sozusagen mehr aufscheinen Bezug nehmen. Herr Landesrat Mag. Freibauer! Sie haben das als Ausweitung der Familienhilfe in der Einbegleitungsrede angesprochen, aber Sie wissen natürlich, daß das nur eine vollkommen unzureichende

Kompensation der Bundeskürzungen darstellen kann. Denn es wird notwendig sein, dieses halbe ausgefallene Karenzjahr mit der Familienhilfe aufzufangen. Und es wird keineswegs zu einer Aufstockung der NÖ Familienhilfe kommen. *(LR Mag. Freibauer: Es ist aber auch nicht die Aufgabe des Landes Niederösterreich, die Einsparungen des Bundes zu kompensieren!)*

Natürlich! So ist es. Ich sage auch, daß dieser Familienlastenausgleich in erster Linie Bundessache ist. Doch darf ich schon einmal eines sagen: Sie stellen die Bundesregierung, Sie verkaufen sich immer als Familienpartei - ich darf jetzt wirklich die ÖVP ansprechen - Ihr Klubobmann Khol ist tagelang in den Medien mit der rührenden Forderung, daß endlich das steuerfreie Existenzminimum für Familien sichergestellt werden kann. Und Sie wissen so wie er es weiß und wir es wissen, daß es morgen schon beschlossen sein kann. Denn seit 10 Jahren gibt es im Nationalrat eine Mehrheit dafür, daß die Familien steuerlich entlastet werden. Sie tun es nicht! Im Gegenteil! Sie haben unsere Anträge, die wir zu diesem Thema eingebracht haben, immer wieder zurückgewiesen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jeder, der die aktuellen Untersuchungen über die Disparität zwischen den Familien und denen, die Kinder nicht zu unterhalten haben kennt, weiß, daß sich diese Schere vergrößert. Ich darf damit noch zu den sozialen Folgekosten der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen der Familien kommen, die natürlich dann auch nicht mehr in der Lage sind, ausreichend ihre soziokulturelle Funktion wahrzunehmen. Wir haben in der letzten Sitzung hier den Bericht der Kinder- und Jugendaufsicht diskutiert, ich meine bei weitem zu euphoristisch. Und es war wirklich ein böses Zusammentreffen, daß ausgerechnet in der Woche danach es gerade auch in Niederösterreich, in Mauer-Öhling und Straßhof zu echten Gewaltexzessen seitens der Jugendlichen gekommen ist. Wir haben vorher von der Drogengefährdung gehört und wir haben zum wiederholten Mal gehört, was absolut zutreffend ist, daß jeder Schilling, der in der Familienpolitik gespart wird, sich doppelt als Ausgabe im Sozialbudget niederschlagen muß. Der Grundsatz, daß Familienpolitik die beste Investition zur Vermeidung unfinanzierbarer Sozialquoten ist, der stimmt sicher. Er wird ja auch immer wieder genannt, ist heute auch schon oft gesagt worden, er ist schlicht und einfach unwiderlegbar. Nur müßte man ihn endlich auch in die Wirklichkeit überführen! Und davon, meine Damen und Herren, sind wir tatsächlich meilenweit entfernt. Wie auch übrigens die ständig steigenden Defizite im Sozialbereich belegen.

Es wird dringend notwendig sein, daß wir uns zu neuen Prioritäten bekennen oder viel eher zu dem zurückkehren, was unsere Vorgänger für sich als das Wichtigste angesetzt haben. Es stünde uns sehr wohl an, uns hier ein Vorbild zu nehmen und abgesehen davon wären wir auch gut beraten. Denn wenn wir es nicht tun, so wird es ganz sicher - mittelfristig, nicht irgendwann, wir werden dem beiwohnen - auch für uns, die wir dann alt sind, zu dem sehr unerfreulichen Kollaps des Sozialsystems kommen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOZUR: Als nächste Rednerin gelangt Frau Abgeordnete Auer zu Wort.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich meine Rede geschrieben habe, habe ich nicht gewußt, daß ich nach zwei Extremen reden muß. Auf der einen Seite die Kollegin Egerer, die uns die heile Welt gezeigt hat, wo alles bestens ist. Wir haben alles, wir brauchen eigentlich nichts mehr zu machen. Auf der anderen Seite Kollegin Rosenkranz, die genau das Gegenteil gesagt hat. Ich werde gleich noch einmal darauf eingehen.

Frau Kollegin Rosenkranz! Ein kleiner Unterschied besteht schon. Es wäre sehr schön gewesen und fair, wenn Sie nicht nur den Antrag vom 10. März 1954 zitiert hätten, sondern vielleicht auch zitiert hätten, welche familien- und sozialpolitischen Maßnahmen es damals bereits gegeben hat und welche noch nicht. Das war ja die Stärke der großen Koalition, die damals die Bedürfnisse erkannt hat und gesagt hat, genau das brauchen wir für die Familien, das brauchen wir für die Familien und das brauchen wir für die Familien. Heute schaut es ein bißchen anders aus, weil wir nicht wollen, daß wir wieder Zustände wie in den fünfziger Jahren haben, wo es gar nichts gegeben hat. Und ich kann mich erinnern, als ich in die Handelsschule gegangen bin - und ich lebte auch im Dorf, ich habe auch müssen in die Stadt fahren und wir waren vier Kinder zu Hause - haben meine Eltern sehr wohl nicht nur das Fahrtgeld bezahlt, nicht nur die Schulbücher und die Hefte, sondern monatlich Schulgeld bezahlt, damit ich überhaupt in die Schule gehen durfte.

Da ist es nicht darum gegangen, obwohl ich eine Aufnahmeprüfung machen mußte, weil ich gut gelernt habe und weil ich es begriffen habe, habe ich in die Schule gehen dürfen. Sondern sehr brav haben wir monatlich Schulgeld bezahlt. Und diese Zustände wollen wir nicht mehr. Und

was mit diesem Sparpaket erreicht werden soll und was der Sinn ist, daß wir vielleicht jetzt vorübergehend in den einzelnen Bereichen etwas weniger bekommen, ist, die Leistungen zu erhalten. Wir haben nichts gewonnen, wenn wir lustig drauflos uns in die Höhe lizitieren und dann irgendwann feststellen müssen, es geht halt gar nichts mehr, streichen wir ganz. Dann kommen wir nämlich wieder dorthin, daß vielleicht die nächste Generation wieder gemeinsam einen Antrag formulieren muß, weil man die eine oder andere Leistung hart und bitter wieder erkämpfen muß. Soviel nur dazu.

Damit jetzt zu meinen Ausführungen überhaupt: Familien-, Frauen- und Sozialpolitik ist für mich auf das engste miteinander verknüpft und überhaupt nicht mehr voneinander zu trennen. Ich möchte unseren Finanzlandesrat, Mag. Freibauer zitieren, der erst heute wieder gesagt hat, eine gute Familienpolitik ist auch eine gute Sozialpolitik. Und einen Satz sage ich noch, weil ich glaube, bis dorthin sind wir uns alle einig. Nämlich: Die Grundlage für diese Politik ist auf jeden Fall eine gute Wirtschafts- und Einkommenspolitik. Ohne diese beiden Faktoren können wir noch so tolle Ideen und Vorstellungen haben, wir können sie nicht realisieren und nicht umsetzen, weil es einfach nicht finanzierbar ist. Ich glaube, bis dahin sind wir uns einig. Dann wird es schon ein bißchen heikler. Ich habe ein bißchen nachgelesen und habe gelesen, daß die Frau Abgeordnete Rosenkranz beim Voranschlag 1996 - und das ist ja noch nicht so lange her - folgendes gesagt hat: Die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen sind der Grund für die relativ geringe Kinderzahl. Der Kinderwunsch bei den Frauen und Familien lag durchwegs bei zwei, mindestens zwei Kindern. Die Realität, so hat sie damals zitiert, liegt bei durchschnittlich 1,4 Kindern. Die Zahlen, Fakten und Wünsche stimmen sicher. Nur glaube ich, so einfach zu sagen, es sind nur die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, die die Familien vorfinden, so einfach kann man sich das sicher nicht machen.

Ich habe es schon einmal sehr ausführlich zu sagen versucht. Natürlich ist die wirtschaftliche Voraussetzung auch sehr notwendig, doch viel wichtiger ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen. Daß heute eine Frau, egal, ob sie alleinstehend ist, in einer Lebensgemeinschaft, in einer aufrechten Ehe lebt, wenn sie ein Kind bekommt, Voraussetzungen vorfindet, von denen sie begeistert ist. Daß sie sagt, klaß, das Kind kann ich mir leisten. Ich kann das Drumherum bestreiten. Ich kann meinen Beruf weiter ausüben, wenn ich möchte, will oder muß. Ich kann all die

Dinge miteinander unter einen Hut bringen, ich kann sie vereinbaren. Dann wird der Wunsch nach einem zweiten Kind viel eher da sein und auch der Mut dazu, sich darüberzutrauen, als wenn man beim ersten nur Probleme hat. Und ich kann nicht sagen, wart' bis du drei Kinder hast, dann helfen wir dir mehr. Ich muß beim ersten ansetzen und muß versuchen, hier Hilfestellungen zu geben. Eine der Hilfestellungen und ein Punkt, der heute schon zweimal angezogen wurde - ich werde darauf nicht eingehen - ist das neue Kinderbetreuungsgesetz und Kindergartengesetz. Wir haben am Donnerstag ausführlich Zeit, darüber zu reden. Obwohl es mich sehr "gejuckt" hätte, die Frau Abgeordnete Lembacher hat eigentlich in ihrer Wortmeldung heute die Grundlage für meine Rede am Donnerstag geliefert. Ich freue mich schon, darauf eingehen zu können, heute werde ich es nicht tun.

Ich habe mir vorgenommen, heute ein paar Punkte herauszugreifen und damit vielleicht zu zeigen, daß die Probleme, die es gibt in der Familien-, Frauen- und Sozialpolitik nicht nur finanzieller Art sind oder mit Direktgeldleistungen sozusagen vom Tisch und erledigt sind. Die Probleme liegen zumindest in weiten Bereichen ganz woanders. Wenn ich nur die Kinder hernehme: Und da habe ich gemeint, Frau Abgeordnete Egerer, Sie haben gesagt, in einer guten, heilen Familie, in Vereinen, wo man lernt, Verantwortung zu tragen, da haben wir sozusagen die Garantie, daß es in der Zukunft gut weiter geht. Ich sehe das ein bißchen anders. Kinder haben heute - und auch das habe ich schon gesagt - kaum Möglichkeiten, nirgends, auch in keinem Verein und kaum in einer Familie, Aggressionen abzubauen, Streßsituationen zu verdauen, abzubauen. Kinder werden immer stärker Einflüssen aus der Werbung ausgesetzt, Kinder werden immer stärker Einflüssen der Umgebung ausgesetzt, die nirgends verarbeitet werden. Im Gegenteil! Es geht sogar weiter: Durch Videospiele, durch Fernsehen, durch viel zu wenig Zeit im Familienverband. Jetzt sage ich das Wort, obwohl es nicht schön ist: Ruhigstellen und abschieben, auch wenn die Mutter nicht berufstätig ist. Auch dann, wenn beide vielleicht zu Hause sind am Wochenende und ähnliches mehr. Daß sie einfach vereinsamen und dort schon gar nicht mit ihren Problemen fertig werden. Ich würde sogar soweit gehen, daß im verstärkten Ausmaß Erwachsene, die selber Probleme haben, sei es privater Art, sei es beruflicher Art und damit nicht fertig werden, diese Probleme oder ihren Frust auf Kinder umlegen, sich dort auslassen und manchmal dort abreagieren und so weiter. Dies nur, um einmal zu sehen, wo das Problem liegt.

Die Auswirkungen dieser Einflüsse - und ich habe wirklich nur einen Teil gesagt - kennen wir alle. Von den Schulen, von den Gemeinden, in denen wir leben. Und nicht nur aus Zeitungen und Medien. Und das sind nämlich diese Probleme, die ich gemeint habe. Die sind nicht so einfach mit direkten Geldleistungen und wenn ich sage, um einen Betrag zu nennen, jede Familie bekommt pro Kind 8.000,- Schilling, 10.000,- Schilling und hat Wahlfreiheit. Jeder soll machen was er will. Damit habe ich die Probleme nicht aus der Welt geschafft.

Das wesentliche dabei ist, daß nicht jemand auf falsche Gedanken kommt: Diese Probleme, die es hier gibt, gibt es quer durch alle sozialen Schichten, quer durch alle Bildungsgrade. Und egal, ob Frauen oder Erziehungsberechtigte berufstätig sind oder nicht, die Probleme finden Sie überall, bei allen Kindern, quer durch. Nicht bei allen Kindern, aber quer durch alle Schichten, bei Kindern aller Schichten in dieser Art und Weise. Ich glaube, das muß man dazu sagen. Und ein einziges Beispiel soll das vielleicht verdeutlichen, weil es für mich erschreckend ist. Wenn wir nicht erkennen, was da dahintersteckt, dann, glaube ich, werden wir in einigen Jahren oder wird die nächste Generation nicht mehr dastehen und einen Antrag vorlesen. Sondern man wird sagen, waren die alle blind? Haben die nicht erkannt, worum es dabei gegangen ist?

Zumindest in der Bezirkszeitung ist es gestanden, ich weiß nicht, ob es darüber hinaus in überregionalen Zeitungen gestanden ist. In einer Hauptschule haben einige junge Leute Mitschüler terrorisiert, unterdrückt und erpreßt, möchte ich fast sagen. Das ist soweit gegangen, daß diese sogar körperliche Verletzungen davongetragen haben. Und zwar wurden Zigaretten ausgedämpft am Körper und ähnliches. Nur um den jungen Leuten ihr Taschengeld sozusagen abzupressen, haben sie diese Methoden angewandt. Und erst dann, als es zum Eklat gekommen ist, als sogar arge körperliche Verletzungen da waren und es in der Presse gestanden ist, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte, dann sind auf einmal Eltern und Lehrer munter geworden. Und jetzt frage ich mich, haben wirklich Eltern und Lehrer vorher die Situation weder bemerkt, noch erkannt? Oder sind wir alle schon so abgestumpft, daß uns das wurscht ist, daß wir das nicht zur Kenntnis nehmen, oberflächlich nur mehr schauen und denken? Oder, was noch ärger wäre, sehen und bewußt nicht erkennen? Das würde heißen, ich muß mich einmischen, wenn es nicht mein eigenes Kind ist. Das heißt, ich müßte etwas klar auf den Tisch legen, mich zu irgendetwas beken-

nen, Verantwortung zeigen. Und ich müßte um Gottes Willen vielleicht sogar etwas dagegen tun. Und das heißt wieder, meine Bequemlichkeit aufzugeben und das würde Arbeit bedeuten. Verstehen in der ganzen Situation kann ich noch am ehesten die Kinder, die eingeschüchtert waren und sich zu Hause nichts zu sagen getraut haben. Aber zu denken gibt mir auch, bitte, welches Verhältnis haben Erziehungsberechtigte, haben Pädagogen zu ihren Kindern. Und jetzt komme ich zu einer Schlußfolgerung, die ich auch schon einmal da gesagt habe, an diesem Rednerpult. Aber man kann manches zehnmal sagen, hundertmal sagen, vielleicht kommt man beim 101. Mal einen Schritt weiter. Wir alle haben nicht gelernt oder nicht ausreichend gelernt, mit Problemen, mit Konflikten umzugehen. Überhaupt einmal ein Problem zu erkennen. Dann, was fange ich mit so einem Problem an? Wie gehe ich auf den anderen zu und wie gehe ich mit Problemen um? Und darum habe ich x-mal hier verlangt und ich möchte es heute wieder tun, verlangen, daß wirklich bei der Ausbildung der Pädagogen und Erzieher - dort kann man anfangen, natürlich auch in Elternschulen und anderen Einrichtungen - ganz vehement und verstärkt ein Unterrichtsgegenstand, auch wenn es das schon gibt, aber noch stärker, Problemerkennung, Problemlösung, Umgehen mit Problemen und Lösungsmöglichkeiten, vielleicht Ansätze zu finden, eingeführt wird. Das sind keine Sachen, die extrem viel Geld kosten. Das sind keine Sachen, die sich in Millionenbeträgen im Budget niederschlagen.

Der nächste Schritt in meinem Beispiel ist, - auch das habe ich der Zeitung entnommen - die jugendlichen Täter wurden in die Jugendstrafanstalt eingewiesen. Der "Rädelsführer" sozusagen, die anderen ja nicht. Und jetzt muß ich schon sagen, das ist dann sozusagen die Endstation der jugendliche Täter oder der Anfang einer Endstation. Auch hier gibt es andere Möglichkeiten. Ich möchte hier wirklich als Beispiel eine Aktion, die "Rettet das Kind" durchführt seit über zwei Jahren, nämlich die "Sozialpädagogische Familienhilfe", zitieren. Das sind Sozialarbeiter, die in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung der Bezirkshauptmannschaften vorwiegend in den Bezirken Tulln, St. Pölten, Amstetten und Scheibbs, wenn ich es richtig im Kopf habe, Kontakte bieten. Die erkennen, wo es vielleicht Probleme gibt, wo es Verhaltensstörungen, Auffälligkeiten gibt und ähnliches mehr und in die Familien hineingehen. Die mit den Erziehungsberechtigten, mit den Kindern versuchen, diese Probleme aufzuarbeiten, damit es zu solchen Ausbrüchen und Eklats von Haus

aus gar nicht kommt und man vielleicht einen Weg findet, diese Probleme aufzuarbeiten. (Abg. Lembacher: Aber Frau Kollegin, Sie wissen doch auch, daß genau von jenen, die die Betreuung am meisten brauchen würden, diese Angebote gar nicht angenommen werden!)

Kommen Sie einmal zu uns, zu "Rettet das Kind", schauen Sie sich das in der Realität an.

Ich sage noch etwas dazu: Wir suchen uns die Fälle nicht selber aus. Hundert Prozent wird man nicht erreichen können, das gebe ich zu, überhaupt kein Problem. Das ist so, wie bei den Hilfsbedürftigen in der Pflege. Die meisten werden wir zu Hause pflegen können, weil es menschlicher ist, weil es vernünftiger ist. Wir werden trotzdem Pflegeheime brauchen, na klar. Weil es Fälle gibt, die zu Hause nicht mehr betreut werden können. Weil es Fälle gibt, die hinein wollen, aus welchen Gründen immer, und weil es Fälle gibt, wo es einfach keine Angehörigen mehr gibt und die einfach rund um die Uhr Betreuung brauchen. Genauso wird es bei jungen Menschen sein. Aber in sehr vielen Fällen kann man verhindern, daß diese vielleicht in Anstalten oder Heime, egal wie immer man sie nennt, hinein müssen. Nur, werte Kollegin, der Bedarf ist da. Natürlich kostet das Geld, wenn ich mehr Sozialarbeiter in diesem Bereich einstelle. Nur kann ich nicht sagen, jetzt kostet es um soviel mehr. Denn damit kann ich es vielleicht 'runterdrücken. Und nicht gleich, aber in Jahren wird sich vielleicht eine Verflachung ergeben. Und die Kosten rechnen sich dann wieder. Vor allem, wenn man Menschlichkeit, Wohlbefinden in Schilling umrechnet, dann auf jeden Fall.

Aber es gibt auch die sozialpädagogische Tagesbetreuung in einer Schule. Erst vor kurzem hat der Herr Abgeordnete Cerwenka einen Antrag eingebracht, der vom Hohen Haus angenommen wurde, nämlich auf Umschichtung der Geldmittel durch die Schließung der Bildstellen in den Bezirkshauptmannschaften, dahingehend, daß man Sozialarbeiter damit bezahlt, die in die Schulen gehen und dort versuchen, das eine oder andere zu bewirken. Und weil wir schon davon reden: Heute stand in der "Kronen Zeitung" ein ganz kleiner Artikel - ganz klein: Jedes fünfte Kind ist Opfer familiärer Gewalt. Allerdings aus Deutschland, aber die Situation bei uns ist nicht wesentlich besser. Jedes fünfte deutsche Kind hat in seiner Familie Gewalttaten beobachtet oder ist selbst Opfer von Mißhandlungen geworden. Das bestätigt, daß es nicht nur von außerhalb, sondern genauso auch innerhalb diese Gewalt gibt. Ich wehre mich dagegen, mich da herzustellen und zu sagen, es ist alles in Ordnung oder, wir haben zu wenig Geld im Budget. Ich glaube, man muß ein-

mal erkennen, daß sich die Probleme verändert haben und muß die Problemansätze dorthin verlegen und nicht stur in einer Schiene geradeaus laufen. Und etwa sich da herstellen und sagen, das machen wir ohnehin und haben wir ohnehin.

Das ist auch so ein Beispiel: Wir haben im Land Niederösterreich gemeinsam ein Frauenreferat beschlossen und eingerichtet. Das haben wir 1995 dotiert mit einer Million Schilling. Wir haben gesagt, was kann man mit einer Million Schilling machen? Es hat geheißen, das ist nur der Start, es muß erst aufgebaut werden, soll gemacht werden. Der nächste Schritt war, auf jeder Bezirkshauptmannschaft wurde eine Frauenbeauftragte nominiert. Heute, zwei Jahre später, haben wir im Budget 855.000,- Schilling, um 145.000,- Schilling weniger. Jetzt kann mir keiner sagen, daß ich mit 145.000,- Schilling auch nur ein bißchen das Budget sanieren kann. Keiner kann mir das einreden. Und wie die Situation bei den Beschäftigten auf den BHs ausschaut, darauf brauche ich gar nicht einzugehen, die Kollegin Vladyka hat das vorher dezidiert gesagt, wie das ausschaut. Und ich habe damals schon gefordert, das sind die Sachen, für die Bedarf besteht, die müssen wir machen. Wir bekennen uns alle dazu. Ich habe gesagt, das bleibt eine Alibi-Sache. Wir können nach außen sagen, wir, Niederösterreich, hat etwas getan. Das Frauenreferat und die Frauenbeauftragten: Inhalt Null. Nicht weil die Frauenreferentin zu schwach ist, sondern weil sie mit diesem Geld nichts bewegen kann. Sie kann Ideen produzieren, sie kann Kontakte schließen. Aber bei der Umsetzung hapert es schon. Was soll sie denn damit machen? Sie tut mir ja direkt leid. Genauer nachdenken darf man da nicht.

Oder bei den Hilfsbedürftigen. Wir kennen die Situation. Viele Möglichkeiten gibt es, haben wir gehört, alles ist abgedeckt. Und der Kollege Nowohradsky hat ebenfalls beim Voranschlag 1996 gesagt, Koordination und Kontrolle der Sozial- und Gesundheitsdienste hat oder soll, ich weiß es jetzt nicht genau, im Sozialsprengel vor Ort (zu) geschehen.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Das war unsere Meinung bereits, bevor es Sozialsprengel überhaupt gegeben hat. Allerdings haben wir uns unter Sozialsprengel ein bißchen was anderes vorgestellt. Die Realität zeigt heute und bestätigt, daß wir recht gehabt haben. Die haben zwar in jeder Bezirkshauptmannschaft einen Sozialsprengel - am Papier, meine Herren!

Wer mir das Gegenteil beweisen kann, der soll sich herstellen und soll es tun. Ich kenne den Sozialsprengel: Eine Größenordnung von 80 bis 100 Leute, ein bis zwei Zusammenkünfte pro Jahr, an denen Statistiken vorgelesen werden, Kurzinformation gegeben wird. Keine Kontrolle, keine Koordination, aber wir können wieder sagen, wir haben das!

Und zum Schluß möchte ich sagen, mit diesen Beispielen - und es waren wirklich nur wenige, ich könnte in jedem Bereich endlos fortsetzen - wollte ich wirklich nur auf diese Problembereiche aufmerksam machen. Und ich habe schon gesagt, im Laufe der Zeit haben sich die Probleme verändert. Aber nicht nur die Probleme haben sich verändert, sondern auch unsere Einstellung dazu hat sich verändert. Teilweise gibt es ja Lösungsansätze, und auch die habe ich hier genannt. Lösungsansätze aber, die oft aus Kurzsichtigkeit, manchmal aus Kleinkariertheit möchte ich sagen, aber auch sehr oft aus Egoismus nicht weiter ausgebaut werden. Vieles davon bedeutet nicht unbedingt mehr Geld oder nicht auf Dauer mehr Geld, wenn man es umsetzen würde. Es wäre aber auf jeden Fall humaner und verantwortungsbewußter. Und ich glaube, in einem Land, das für sich in Anspruch nimmt, familienfreundlich nicht nur sein zu wollen, sondern zu sein, müßte das möglich sein. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß doch vielleicht in dem einen oder anderen Bereich Vernunft, Logik, Notwendigkeiten, Realität und Bedarf die Oberhand gewinnen. Und unter diesen Aspekten darf ich auch hier sagen, daß wir natürlich der Gruppe 4 die Zustimmung geben werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu der Situation bei den Kindern, sehr geehrte Frau Kollegin Auer, muß ich Ihnen recht geben. Und zwar in der Form, daß die Kinder heute in einer denkbar schwierigeren Situation aufwachsen als es vielleicht bei uns noch der Fall war, die wir in einer doch noch zum Teil heilen Welt aufgewachsen sind, wo es eben dieses Drogenproblem, diese Medienvielfalt usw. nicht gegeben hat. Das muß man bitte erkennen. Und es ist auch heute für die Eltern wesentlich schwieriger, mit all dem fertig zu werden, mit den neuen Anforderungen.

Eine zweite Sache, zum Sozialsprengel: Ich glaube, wir sollten uns doch dazu bekennen, daß die Vielfalt der sozialen Dienste und Hilfsdienste hier gewahrt bleiben soll. Und daß nicht der Sozialsprengel jener sein soll, der dirigistisch eingreift. Sondern ich glaube, nur begleitend und nicht mit einem "Sozialmanager" dort usw. Die ersten Ansätze gingen seinerzeit in diese Richtung. (*Unruhe bei Abg. Auer und LR Votruba.*)

Ich kann nur sagen, bei uns funktioniert es insofern, als wir im Bezirk Gänserndorf einen Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet haben. Ich vertrete jetzt nicht den Standpunkt daß man jetzt unbedingt diese Kontrolle dort schon durchführt. Es sind ja Entwicklungsstadien in diesem Bereich. Aber eines glaube ich, funktioniert schon tadellos und zwar die sozialmedizinischen Dienste.

Zwei Sachen, zu denen ich heute Stellung nehmen möchte: Der Bereich der Arbeitnehmerpolitik und dann auch die Sozialpolitik in Niederösterreich, auf die ich auch ein bißchen eingehen will. Wenn wir uns die Arbeitnehmerpolitik anschauen, so müssen wir natürlich das auch immer wieder mit dem Hintergrund sehen der Statistik bei den Arbeitslosenzahlen. In der Vergangenheit lagen wir in Niederösterreich immer wieder recht gut und auch jetzt noch im Mai liegen wir bei einer Arbeitslosenquote von 5,8 Prozent. Die Österreichquote beträgt derzeit 6,4 Prozent. Es ist natürlich auch klar, daß man in einer geänderten Welt, vor allem mit dem Hintergrund, daß sämtliche Länder der EU verhältnismäßig hohe Arbeitslosenzahlen haben, daß hier auch natürlich das auf das Land Niederösterreich durchschlägt. Der Bund übt die Arbeitsmarktverwaltung seit 1994 durch das Arbeitsmarktservice aus. Ausschließlich der Bund erhält auch Strukturmittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Land Niederösterreich kann bei diesen Rahmenbedingungen in der Arbeitnehmerpolitik als Juniorpartner des Bundes tätig werden. Und in Niederösterreich haben wir hier, glaube ich, recht gute Instrumentarien. Zunächst einmal die Arbeitnehmerförderung und auf der anderen Seite den Verein "Jugend und Arbeit", den es seit 1986 gibt. Sein ursprüngliches Ziel war es, gefährdeten Jugendlichen in Niederösterreich zu einem Dienstverhältnis zu verhelfen. Seither hat der Verein "Jugend und Arbeit" eine Reihe von Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen und -projekten durchgeführt. Seit seiner Gründung hat der Verein insgesamt 800 Personen ein Dienstverhältnis ermöglicht.

Die Arbeitnehmerförderung wurde in Niederösterreich geschaffen, um, bezogen auf den Einzelfall, Arbeitnehmer bei der Ausbildung und in

Notsituationen zu unterstützen. Heute sind die bekannten Schlagworte die Lehrlingsförderung, die Pendlerhilfe, die Notstandsbeihilfe, die Ausbildungsoffensive für die Diplomkrankpflegeberufe und als Schwerpunkt die aktive Arbeitsmarktpolitik vor allem in den verschiedensten Beschäftigungsinitiativen. Insgesamt kommen heuer über 10.000 Personen in die Begünstigung unserer Arbeitnehmerförderung. Wir sehen es als unsere Hauptaufgaben an, in erster Linie Problemgruppen am Arbeitsmarkt zu fördern. Als solche Problemgruppen treten vor allem die älteren Arbeitnehmer, Frauen, Behinderte und Jugendliche auf. Auf diese Gruppen wird sich in der Zukunft die Arbeitnehmerförderung des Landes Niederösterreich zu konzentrieren haben. Für all diese Gruppen hat das Land Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte entweder bereits laufen oder es werden heuer solche gestartet. Waren es 1996 für die Pendlerhilfe und Arbeitnehmerförderung 43 Millionen Schilling, so sind im Jahr 1997 47,7 Millionen Schilling in diesem Bereich veranschlagt. Soweit ganz kurz zur Arbeitnehmerförderung und zur Arbeitnehmerpolitik.

Im Bereich der Sozialpolitik möchte ich vielleicht auf eine Sache hinweisen, die immer wieder auch mißverständlich bei der Bevölkerung ankommt. Immer wieder spricht man von sogenannten "Sozialschmarotzern" und glaubt dann, daß das gesamte Sozialbudget in diesem Bereich nur für diese Leute herhält. Dazu ist zu sagen, daß der sogenannte "klassische Sozialhilfeempfänger" 6 Prozent des gesamten Budgets beansprucht im Sozialbereich, während rund 41 Prozent für die Landes-Pensionisten- und -Pflegeheime verwendet werden, und 20 Prozent sind für die Behindertenhilfe vorgesehen. Zu diesen werde ich dann noch kommen. 18 Prozent stellt bereits das Landespflegegeld dar, 10 Prozent gehen in die Krankenhilfe und 4 Prozent werden für die Hauskrankenpflege verwendet.

Wir in den Gemeinden fragen uns immer wieder, wieso steigt eigentlich das Sozialbudget kontinuierlich an? Wir haben ja in den letzten Jahren ganz schöne Steigerungsraten verzeichnet in den Gemeinden und haben immer wieder auf das "böse Land" geschimpft. Wir kennen das und jeder Abgeordnete wird das sicher in den Gemeinden auch gehört haben. Aber es ist eine - das wurde heute schon gesagt - demographische Entwicklung, der wir uns eben stellen müssen. Wenn wir von der Alterspyramide sprechen, so ist diese eigentlich gar keine Pyramide mehr. Diese Pyramide wurde immer mehr zu einem Baum, weil die jungen Jahrgänge immer weniger werden und oben der ältere Bereich immer stärker steigt.

Und wenn wir hören, daß es im Jahr 1996 231.000 Menschen über 65 Jahre gibt und im Jahr 2011 werden es um 45.000 mehr sein usw., wenn es also in allen diesen Bereichen Steigerungsraten gibt und die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1960 von 71 auf 76 Jahre gestiegen ist, so kann man natürlich sagen, hier ist Handlungsbedarf gegeben. Es ist allerdings nicht sehr leicht, diese Steigerungsraten immer wiederum in den Griff zu bekommen. Niederösterreich hat vor 15 Jahren diese Sozialpolitik eingeleitet mit auf der einen Seite den Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen und auf der anderen Seite dem Ausbau der Hauskrankenpflege. Bis Ende 1996 sind in den 46 Landes-Pensionisten- und -Pflegeheimen 6.000 Betten vorhanden. Fast 70 Prozent davon sind nur für Pflegefälle bestimmt und es werden in dieser Richtung immer mehr werden. Das ist einerseits erfreulich, daß wir sehr viele Spatenstichfeiern durchführen können in verschiedenen Bezirken, Neunkirchen, Vösendorf, Berndorf und Wilhelmsburg, die also in nächster Zeit drankommen. Andere Heime gehen in Betrieb wie Orth a.d. Donau oder Laa a.d. Thaya. Aber es ist bei der Grundsatzdebatte zum Budget ja auch zum Ausdruck gekommen, daß natürlich das alles auch Folgekosten verursachen wird, die wir dann natürlich auch tragen müssen. Und ich höre heute schon wieder von den Freiheitlichen, es seien schon wieder zu viele Beamte mehr eingestellt worden. Doch das sind eben Leute, die im Pflegedienst mithelfen vor Ort.

Mit der Inbetriebnahme eines weiteren Heimes 1997 in Eggenburg wird also dieses Ausbau- und Investitionsprogramm der Landespensionisten- und -Pflegeheime weitergeführt. Bei der Erstellung dieses Ausbau- und Investitionsprogrammes wurde auf wissenschaftlicher Basis unter der Federführung des anerkannten Altenwissenschaftlers Professor Hamann dieses Szenario für Pflegebetten laufend aktualisiert. Ein wesentlicher Teil dieser gesamten Situation auf dem Pflegektor ist die Qualität der Ausbildung unseres Personals. 1983 waren nur 43 Prozent des Personals ausgebildete Fachkräfte, heute sind es bereits 65 Prozent. Und wenn wir erst in letzter Zeit in dem sogenannten Alten-, Familien- und Heimhelfergesetz eine Qualitätssteigerung bzw. eine Qualitätsnormierung beschlossen haben, so trägt das auch dazu bei, daß diese Pflege auch durch Qualität und nicht nur von der Menge bestimmt wird.

Obwohl die Diskussion um die Altenpflege in den Heimen primär von pflegerischen Argumenten geprägt sein muß, sind die Heime

Niederösterreichs auch zu betriebswirtschaftlicher Führung verpflichtet. Der Deckungsgrad der Heime liegt derzeit bei zirka 68 Prozent, das heißt also, ein Drittel der Ausgaben der Heime werden nicht von den Heimbewohnern selbst, sondern von der sogenannten Sozialhilfe beglichen. Es ist heute schon angeführt worden, daß eine große Aufgabe in Zukunft durch die zu erwartende Auslagerung im Krankenhausbereich hin zum Pflegebereich, zu Pflegebetten und auch natürlich zu den sozialen Diensten auf uns zukommen wird. In der Hauskrankenpflege haben wir derzeit 178 Sozialstationen, 8.500 Menschen werden ambulant betreut. 1992 waren noch eine Million Einsatzstunden erforderlich und 1995 schon 1,8 Millionen. Also man sieht, die Steigerungsrate ist exorbitant und diese Entwicklung wird uns auch in Zukunft immer wiederum weiter begleiten.

In der Versorgung mit mobilen sozialen und sozial-medizinischen Diensten liegt Niederösterreich gemeinsam mit Vorarlberg derzeit bereits an der Spitze im Bundesländervergleich. Diese Position wird auch im nächsten Jahr gehalten und ausgebaut werden. Dieser Bundesländervergleich ist natürlich auch in anderen Bereichen, wir haben es heute gehört von der Familienhilfe usw. immer sehr relativ zu sehen. Denn man kann nicht immer nur die besten Situationen herausnehmen oder auch die schlechtesten und sagen, in diesem Bereich ist Niederösterreich etwas schlechter usw. Man muß immer die Gesamtsituation in diesem Bereich sich vor Augen halten.

Ziel der niederösterreichischen Behindertenpolitik sind vor allem drei Dinge. Die Integration der Behinderten in die Gesellschaft, in die Schule - was ja derzeit geschieht - in die Arbeitswelt, Wohnung und Freizeit. Es geht uns um die Normalisierung des Lebensraumes der Behinderten in den verschiedensten Lebensbereichen. Die Eingliederung darf jedoch nicht in einer bevormundenden Weise erfolgen, sondern sie muß als Hilfe zur Selbsthilfe geschehen. Wesentlich ist in der gesamten Gesellschaft der Abbau von Vorurteilen.

Im Jahr 1997 werden rund 7.000 Personen mit körperlicher, geistiger oder psychischer Behinderung im sozialen Umfeld und im Erwerbsleben unterstützt. Das Pflegegeld des Landes werden 1997 10.200 Personen beziehen. Noch im Jahr 1994 waren es rund 8.100. Auch das ist natürlich ein Resultat dieser demographischen Entwicklung. Wenn das Pflegegeld immer wiederum kritisiert wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß es für die behinderten Mitmenschen unentbehrlich ist. Im Gegensatz

zum Bundespflegegeld, das aus der Sozialversicherung gedeckt wird, muß das Landespflegegeld aus der Sozialhilfe finanziert werden, sprich wiederum aus dem Land und den Gemeinden. Den Ländern stehen nämlich derartige Einnahmemöglichkeiten wie dem Bund bekanntlich nicht zu.

Zur Krankenhilfe: In der Krankenhilfe versorgt die Sozialhilfe jene Menschen, die den Aufbau für die Heilbehandlung und die Pflege im Krankenhaus nicht aus der Krankenversicherung tragen können. Der Großteil der Kosten entsteht dabei für Personen, die in den beiden Landesnervenkliniken untergebracht sind. Insgesamt ermöglicht die Krankenhilfe 1997 die medizinische Versorgung von über 4.000 Personen.

Die Gemeinden sind bei der Finanzierung - und das habe ich heute schon gesagt - der Sozialhilfe gleichwertige Partner mit dem Land. Dazu dient die sogenannte Sozialhilfeumlage. Gottseidank ist es in der letzten Zeit etwas ruhiger geworden um diesen Bereich. Wir haben ungefähr eine Steigerung um drei Prozent, auch das war schon im Jahr 1996 der Fall.

Eine Politik, die sich dem Prinzip der Menschlichkeit und der möglichsten Integration sozialer Randgruppen verschrieben hat, kann bei der gegebenen demographischen Entwicklung mit immer mehr älteren und pflegebedürftigen Menschen keinen Sozialstopp verantworten. Es muß aber, und das geschieht ja derzeit auch von der Frau Landeshauptmannstellvertreter und von der Frau Landesrat, dieses System immer wieder durchleuchtet werden, um Unverhältnismäßigkeiten im Sozialbereich zu orten und auch da und dort Einsparungspotentiale zu finden. Wenn von bestimmten Personen auf Bundesebene verlangt wird, man möge das Pflegegeld eventuell davon abhängig machen, daß es nur professionelle Dienste bekommen, so glaube ich, man verkennt die Situation. Und zum Abschluß darf ich sagen, daß wir im gesamten Pflegebereich ohne Nachbarschaftshilfe, ohne Hilfe von vielen freiwilligen Helfern überhaupt nicht auskommen würden. Aber auch nicht ohne die Hilfe in den Familien selbst. Und ich darf an dieser Stelle all jenen, die unermüdlich im Bereich der Sozialhilfe im Einsatz für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Gemeinden stehen, ein recht herzliches Dankeschön sagen. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mein Thema zu dieser Gruppe ist die Wohnbauförderung. Ich meine dazu einleitend, daß sich nach unserem Erachten die Wohnungswirtschaft derzeit in einer Phase der starken Veränderung befindet. Noch vor zwei oder drei Jahren konnten nicht genug Wohnungen errichtet werden, ihre Vermarktung erschien unproblematisch. Auch jetzt ist die Nachfrage nach Wohnungen nach wie vor gegeben. Ich glaube aber, daß sich in der Zwischenzeit die Situation trotzdem gewandelt hat. Trotz der nach wie vor sehr hohen und gegebenen Nachfrage wird nicht mehr jede Wohnung zu jedem Preis sofort gekauft oder angemietet. Hohe Grund- und Baukostenbeiträge, insbesondere in den Ballungszentren rund um Wien sowie monatliche Belastungen von oft über 6.000,- Schilling schrecken vielfach von Zukunftsängsten verunsicherte Wohnungssuchende ab. Bisher hat die Politik auf solche Schwierigkeiten mit einer Verbesserung der Förderung, ich meine damit mit einem Mehr an Förderungsgeldern, mit höheren Förderungsleistungen reagiert. Doch in den Kassen, in den Budgettöpfen ist Ebbe. Die EU hat uns die Rute der Konvergenzkriterien ins Fenster gestellt, die EU wird auch 1996 wieder rund 24,7 Milliarden Schilling in Österreich einkassieren. Die neue Antwort der Politik auf diese Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt kann daher nur heißen, Senken der Baukosten. Es muß daher gelingen, über den Wettbewerb das Wohnen wieder billiger zu machen. Denn, so meine ich, gegen die vor allem in den Ballungszentren hohen Grundkosten wird derzeit kein Rezept zu finden sein.

Der Wohnbau der Zukunft muß also verschiedene gesellschaftspolitische Wunschvorstellungen erfüllen und soll gleichzeitig ein höchstmögliches Maß an Individualismus zu niedrigstmöglichen Kosten garantieren. Das Ziel muß daher lauten, auch in Zukunft Wohnungen in ausreichender Zahl und zu Kosten zu bauen, die sich die Bürger, vor allem die sozial schwachen und die Familien auch leisten können.

Daraus folgt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß von der Wohnbauförderung ein flexibles Agieren mit auf die jeweilige Situation maßgeschneiderten Konzepten verlangt wird. Das Land Niederösterreich hat diesbezüglich bereits

1993 mit der Erstellung des neuen Wohnbauförderungsmodelles, des sogenannten Freibauer-Modelles, auf diese Entwicklung reagiert. Aber auch die seit November 1995 verwirklichte Deregulierung bei der Wohnbauförderung hat die Verwaltungsvorgänge für die Wohnungswerber einfacher und rascher gemacht.

Der Herr Landesrat Mag. Freibauer hat in der April-Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates von einer Studie "Wohnungsbedarf in Niederösterreich 1993 bis 2002" berichtet, aus der eine erforderliche Neubauleistung an geförderten Wohnungen von insgesamt 88.000 hervorgeht. Hohes Haus! Zur vorliegenden Studie - ich kenne sie nicht im Detail, sie steht mir nicht zur Verfügung - möchte ich jedoch als Anregung bemerken, daß diese Studie erweitert werden sollte. Denn der Wohnbaubedarf in den einzelnen Regionen Niederösterreichs ist sehr unterschiedlich. Es sollte daher dezidiert erhoben werden, in welchen Regionen ein erhöhter Wohnraumbedarf besteht, damit die Mittel der Wohnbauförderung noch effizienter eingesetzt werden können. Dieses Bauvolumen von 88.000 geförderten Wohnungen ist eine Herausforderung, auf die das NÖ Wohnbauförderungsmodell auch als konjunkturpolitisches Instrument zu reagieren hat. Denn gerade in Zeiten einer Rezessionsphase ist es notwendig, mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegenzusteuern, um das Konjunkturtal schnell zu überwinden. Mit einem Fördervolumen von rund 5,4 Milliarden Schilling wird ja bekanntlich ein Auftragsvolumen, ein dringend notwendiger Konjunkturimpuls für die heimische Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe von rund 17 Milliarden Schilling ausgelöst.

Ich möchte aber auch einige Anregungen zum Förderungsmodell selbst einbringen. Meines Erachtens nach sollte die Einstufung der Wohnungen in Kategorien nach Wohnungsgrößen noch flexibler gestaltet werden. Ich könnte mir als weitere Kategorie einen förderbaren Darlehensbetrag von 1,3 Millionen Schilling bei mindestens 85 m² Wohnnutzfläche vorstellen. Dies deshalb, weil bedarfsgerechte Wohnungen mit zweieinhalb Zimmer auf Förderbasis der 70 Quadratmeter-Wohnung oft nur sehr schwierig zu planen sind. Ich meine aber auch, daß man die Förderung des verdichteten Flachbaues neu überdenken sollte. Der Trend der Niederösterreicher geht nun einmal zum Eigenheim und diesbezüglich bietet das grundsparende Modell des verdichteten Flachbaues für Familien positive Eigenschaften, nämlich das Wohnen im Verband und trotzdem allein in einem Haus. Durch die Obergrenzen der Förde-

rung wird aber der Bau von Reihenhäusern benachteiligt, wobei ich ohne weiteres zugestehe, daß nicht unbedingt Reihenhäuser mit 120 m² bis 130 m² Wohnnutzfläche geplant bzw. errichtet und gefördert werden müssen. Es sollte daher überlegt werden, ob diesbezüglich nicht ein Mixmodell angeboten werden kann, das einerseits einen fixen Betrag als Direktdarlehen vorsieht und andererseits zusätzlich einen Annuitätenzuschuß für einen bestimmten Darlehensbetrag, wobei sicherlich eine Obergrenze der Wohnnutzfläche festzulegen wäre.

Hohes Haus! Zum Voranschlag selbst: Der Voranschlag 1997 sieht für den wichtigen Bereich der Wohnbauförderung Mittel für Ausgaben von rund 5,4 Milliarden Schilling vor gegenüber 5,9 Milliarden im Jahr 1996. Das ist eine Reduktion von 532 Millionen Schilling. Dazu sei aber angemerkt, daß unser Finanzlandesrat jene 764 Millionen Schilling Wohnbauförderungsmittel, die seitens des Bundes dem Land Niederösterreich ohne Zweckbindung gewährt werden, einer Haushaltsrücklage "Wohnbauförderung" zuführt. Eine durchaus legitime Sache, denn für diesen Teil der Wohnbauförderungsmittel hat der Bundesgesetzgeber die Zweckbindung aufgehoben, um den Ländern die Einhaltung der Konvergenzkriterien zu erleichtern. Man kann diese Zuführung zu einer Haushaltsrücklage nun zweifach sehen. Man kann sie sehen als einen kleinen Budgettrick, denn die tatsächlich zufließenden Mittel werden sicherlich als Innere Anleihe zum Haushaltsausgleich 1997 herangezogen werden, wodurch tatsächliche Schuldenaufnahmen zwar verzögert, aber nicht hintangehalten werden können. Das heißt im Klartext, es gibt kein Mehr bei der Wohnbauförderung, denn mit diesen Mitteln wird ein Teil des Abganges 1997 finanziert werden. Oder man kann die Zuführung zu dieser Haushaltsrücklage auch so sehen, daß damit tatsächlich für den tendenziell steigenden Aufwand an Annuitätenzuschüssen vorgesorgt werden soll.

Hohes Haus! Wir haben im Rahmen dieser Sitzung des NÖ Landtages auch noch das Budgetbegleitgesetz, die NÖ Wohnbauförderungsgesetznovelle 1996 zu beschließen. Ich schicke es voraus, die Freiheitlichen werden dieser Novelle zustimmen. Diese Novelle sieht unter anderem vor, daß als Beitrag zur Budgetkonsolidierung das Landesheftel im Bereich der Wohnbauförderung für die Jahre 1997 und 1998 auf die Jahre 2003 und 2004 aufgeschoben werden soll. Ich meine, daß dieser Beschluß doch einen bitteren Beigeschmack hat, wird doch die Budgethoheit des Landtages nicht nur in der nächsten Gesetzgebungsperiode, sondern auch in der übernäch-

sten Gesetzgebungsperiode dadurch nicht unwesentlich eingeengt. Aber auch zukünftigen Landesregierungen wird mit diesem Beschluß eine Bürde auferlegt. Letztendlich könnte aber auch der Bürger, der Steuerzahler, zum Verlierer werden, da gar nicht vorausgesehen werden kann, ob es im Rahmen des Finanzausgleiches nach dem 31. Dezember 2000 noch Wohnbauförderungszweckzuschüsse des Bundes an die Länder geben wird.

Ich möchte aber, bevor ich zum Schluß komme, auch auf die Äußerungen des Herrn Landesrates Mag. Freibauer anlässlich seiner Budgetrede eingehen, der gemeint hat, die Freiheitlichen werden, obwohl sie die Leasingfinanzierung immer kritisieren, am Donnerstag ihrem Ausschußverhalten nach der Leasingfinanzierung von zwei Pensionistenheimen zustimmen. Selbstverständlich werden wir zustimmen! Denn erstens meine ich, daß wir die Pensionisten sicherlich nicht in Zeltlagern unterbringen werden können. (*Abg. Böhm: Es geht nicht um den Bau! Es geht um die Finanzierung!*)

Ja, ich komme darauf zurück, Herr Klubobmann! Du weißt ja genauso gut wie ich, daß für Pensionistenheime verschiedene Leasingraten auch schon aus Regionalisierungsmitteln bezahlt wurden. Diesem Vorgang sind wir immer positiv gegenübergestanden. Du weißt aber auch sehr genau, daß im letzten Jahr über 40 Millionen Schilling der Haushaltsrücklage "Investitionen Pensionistenheime" zugeführt worden sind und daß diese Haushaltsrücklage momentan einen Stand von rund 245 Millionen Schilling aufweist. Und wenn die Tendenz, daß es Überschüsse bei der Verrechnung aus den Seniorenheimen gibt, wie es der Rechnungsabschluß gezeigt hat, weitergeht, so wird im Jahr 1996 der Rechnungsabschluß ebenfalls eine derartige Zuführung sicherlich aufweisen. Dies schon allein auf Grund der gesetzlichen Lage, nach der die jetzigen Pensionisten pro Verrechnungstag 30,- Schilling für diese Investitionsrücklage bezahlen. Es wäre wirklich ein Humbug, den Pensionisten, die diese Haushaltsrücklage praktisch finanzieren, diese Gelder vorzuenthalten. Und darum werden wir bei den Pensionistenheimen sicherlich auch der Leasingfinanzierung zustimmen, weil das ein ganz anderer Fall wie bei anderen Leasingfinanzierungen ist. Und ich darf schon bitten, das auseinanderzuhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei.

Ich darf aber auch noch einen Resolutionsantrag zu dieser Gruppe einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes NÖ für 1997, Ltg. 490/V-4, betreffend Einführung des 'Luxemburger Modells'.

Das Volumen der Schwarzarbeit hat sich in den vergangenen Jahren in Österreich und vor allem auch in Niederösterreich dramatisch erhöht und liegt derzeit österreichweit bei rund 7 % des Bruttoinlandproduktes, was wertmäßig ca. öS 160 Mrd. ausmacht. Dem Staat entgehen daher Steuern und Abgaben von rund öS 50 Mrd. Das Pflückerunwesen führt besonders in der Bauwirtschaft zu negativen volkswirtschaftlichen Entwicklungen, zumal gerade dort die illegale Beschäftigung sowie die Konkurrenzierung des Baugewerbes durch die Schattenwirtschaft einerseits Arbeitslosigkeit und andererseits verminderte Lohn-, Umsatz- und Gewinnsteuern mit sich bringen. Allein Niederösterreich verliert pro Jahr durch den s. g. 'Pflüsch' Abgaben in Milliardenhöhe. Daher wird nicht nur von freiheitlicher, sondern auch von Vertretern der Wirtschaftskammer das s. g. 'Luxemburger Modell' angeregt. Dieses ermöglicht auch privaten Bauherren eine Mehrwertsteuerrückvergütung, sofern diese den Abgabenbehörden Rechnungen im Sinne des § 11 Umsatzsteuergesetz der Lieferanten und Leistungsbringer vorliegen. Um Aufkommensrisiken des Fiskus aus dem Entfall der Mehrwertsteuer gegenüber privaten Bauherren in Grenzen halten zu können, könnte die Rückvergütung nicht den vollen Steuersatz, sondern beispielsweise auch nur 15 % der umsatzsteuerrechtlichen Bemessungsgrundlage betragen. Auf diese Weise würden dem Finanzminister zwar 75 % an Umsatzsteuer gegenüber privaten Bauherren entgehen, doch würden andererseits durch einen höheren Beschäftigungsstand in der Bauwirtschaft mehr Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge und durch die Zunahme von Aufträgen von Baufirmen mehr Gewinnsteuern lukriert werden, sodaß bei gleichzeitig verminderten Arbeitslosenzahlungen der Fiskus am Beispiel Luxemburgs letztlich Gewinner dieser Maßnahme wird. Aber auch der private Bauherr wird zum Gewinner aufgrund des 'Luxemburger Modells', da der nicht vollen Umsatzsteuerrückvergütung ein voller Gewährleistungsanspruch gegenübersteht, der ansonsten bei einer 'Pflüschertätigkeit' nicht bzw. nur schwer durchsetzbar ist. Da sich zur Zeit große österreichische Baufirmen in einer Krise befinden und damit unzählige Beschäftigte in dieser Branche ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. schon

verloren haben, stellt der Gefertigte folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der Herr Landesrat für Wirtschaftsangelegenheiten, wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden mit dem Ziel, ehestmöglich einen Gesetzesentwurf zum Umsatzsteuergesetz zu erreichen, welcher sich zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft in der Baubranche am 'Luxemburger Modell' orientiert und eine 15 %ige Umsatzsteuerrückvergütung für private Bauherren vorsieht."

Ich darf Sie alle einladen, diesem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich ebenfalls mit dem Kapitel Wohnbauförderung, dem Bereich Wohnbau beschäftigen. Es ist dies traditionell gerade im NÖ Landtag ein sehr wichtiger Bereich, der sowohl familienpolitische, aber auch wirtschaftspolitische Bedeutung hat und der in Niederösterreich schon jahrzehntelang einen Schwerpunkt im Vorschlag bildet.

Durch die Verländerung und das NÖ Wohnbauförderungsmodell ist es gelungen, wesentlich mehr Wohnungen als bisher zu fördern. Wenn ich auch noch vor zwei Jahren in der Budgetrede 1995 immer wieder auf gewisse Kanten in diesem Wohnbauförderungsmodell hingewiesen habe, ist es doch gelungen, die soziale Treffsicherheit zu verbessern. Natürlich gilt es nach wie vor, dort oder da das Modell noch weiter auszubauen, um weitere Kanten abzuschleifen. Am Donnerstag oder morgen wird sich ja der Landtag mit einer weiteren Novelle beschäftigen. Mit der geplanten Änderung für die Wohnbeihilfe und die Superförderung, durch die auch auf soziale Härtefälle wie Arbeitslosigkeit, Karenz etc. rasch reagiert werden kann, verbessern wir noch mehr die soziale Treffsicherheit unseres NÖ Wohnbauförderungsmodells 1993. Es ist in der NÖ Wohnbauförderung und im niederösterreichischen Wohnbau nicht nur gelungen, im kleinvolumigen Wohnbau und bei der Althausanierung im kleinvolumigen Bereich die Wartezeiten zu verkürzen, zu verbessern, den Bedarf, die Nachfrage abzudecken, sondern dar-

über hinaus ist es auch gelungen, vor allem für die Ballungszentren, den großvolumigen Wohnbau wesentlich zu verstärken. Es kommt hier kaum mehr zu Wartezeiten, wie das in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten oft der Fall war. Eingereichte Projekte für einen großvolumigen Wohnbau bekommen rascher und unbürokratischer die Förderung und es kommt nicht nur sehr rasch zu einem wirtschaftlichen Impuls. Wenn man bedenkt, daß sich jeder Wohnbauschilling verdrei- oder vervierfacht, erhält auch das Baugewerbe und das Baunebengewerbe wesentliche Impulse, die gerade in einer Zeit wie dieser sehr, sehr notwendig sind für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Niederösterreich.

Wir sind sehr froh, daß es trotz der verschiedenen Einschränkungen im Budget gerade im Wohnbau, wenn auch Mittel für Rücklagen zugeführt wurden, das gilt für das Budget 1997 insgesamt, das wir ja jetzt heute und morgen beschließen werden, daß es auch im Wohnbau im Ansatz Steigerungen gibt, die sicher auch für die Zukunft vorsorgen werden. Eine Steigerung von 5,9 Milliarden auf 6,1 Milliarden ist hier zu verzeichnen. Dazu muß man bedenken, daß es von 1995 auf 1996 bereits eine knapp siebenprozentige Steigerung gegeben hat. Sicher, ein Sechstel werden wir den Rücklagen zuführen für 1997/98, aber 1999 werden wir bereits wie bisher budgetmäßig vorgehen können, sodaß in Niederösterreich jene Menschen, die den mühsamen Weg eines Eigenheimbaues gehen und jene, die sich im verdichteten Flachbau niederlassen oder eben eine Eigentums-, Genossenschafts- oder Gemeindeförderung benötigen, daß wir diesen Wohnraumbedarf auch für unsere niederösterreichischen Bürgerinnen und Bürger decken können. Es gelingt auch immer wieder, den großvolumigen Wohnbau und den verdichteten Flachbau abzudecken, sodaß, wenn wir dieses Förderungsmodell noch einige Jahre fortsetzen, auch wenn es jetzt in den kommenden zwei Jahren keine wesentlichen Erhöhungen gibt bzw. den Rücklagen zugeführt wird, es 1999 - und damit steht das Jahr 2000 vor der Tür - kaum mehr, glauben wir, im großvolumigen Bereich Wohnungssuchende geben wird, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Wohnungssuchende wird es in den sozial schwächsten Bereichen geben. Bei jenen Menschen, die überhaupt keine Eigenmittel und ein sehr geringes oder kleines oder manche gar kein Einkommen haben, das ihnen den Kauf oder Erwerb einer Genossenschafts-, Gemeinde- oder Eigentumswohnung ermöglicht bzw. nicht ermög-

licht. Und hier müssen wir versuchen, mit Verbesserungen der Förderung, der Superförderung und anderer Maßnahmen, auch hier diesen sozial Schwächsten zu helfen. Sicher versuchen gerade die Gemeinden auch mit dem zur Verfügung Stellen von Sozialwohnungen, von kostenlosen Baurechtsgrundstücken an die Wohnbaugenossenschaften hier auch ihre Leistungen zu erbringen, jedoch wird es auch notwendig sein, mit zusätzlichen Maßnahmen den sozial Schwächsten eine Hilfestellung zu geben.

Sehr wesentlich zur Verbesserung der Situation im Bereich des großvolumigen Wohnbaues hat der von Landeshauptmannstellvertreter Höger vehement geforderte Bau von 2.000 zusätzlichen Wohnungen für Niederösterreich beigetragen. Es werden bereits 1996 und 1997 damit wesentliche Impulse für Bau- und Baunebengewerbe wirksam und 2.000 Familien haben früher eine Wohnung als es eigentlich sonst ermöglicht worden wäre. Und ein kleiner Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung, in Richtung Verbesserung und Entbürokratisierung ist uns ebenfalls gelungen. Natürlich warten nicht nur die Wohnbaugenossenschaften, Gemeinden und Bürger auf eine weitere Entbürokratisierung. Man muß aber hier auch aufpassen, daß Wohnbauförderungsgelder und damit Steuergelder nicht mißbraucht werden. Aber es sind noch weitere Schritte in der Entbürokratisierung möglich. Wir werden diese Verwaltungsvereinfachung und Serviceverbesserung natürlich weiter fortzusetzen versuchen. Ich bin auch zuversichtlich, daß mit diesem gemeinsamen niederösterreichischen Weg der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Ziele in der Wohnbauförderung für die nächsten Jahre die erfolgreiche Wohnbaupolitik im Interesse aller Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher fortgesetzt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der im Kapitel 4 enthaltene Bereich der Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich stellt einen wesentlichen Teil des gesamten Landesbudgets dar. Meine beiden Vorredner haben hier bereits sehr ausführlich darüber berichtet, wie sich die Wohnbauförderung auf die Wohnbautätigkeit im Land Niederösterreich auswirkt. Neben dem Bereich der Fonds für Wasserwirtschaft und Kindergärten und dem Bereich der Gesundheit ist

die Wohnbauförderung jener Bereich, der von Einsparungen ausgeklammert wurde und der heuer erhöht werden konnte. So stehen im Bereich der Wohnbauförderung in diesem Jahr 6,2 Milliarden Schilling zur Verfügung, was 13 Prozent des gesamten Ausgabenrahmens des NÖ Budgets ausmacht.

Der Wohnbauförderung kommt eine vielfältige Aufgabe zu. Auf der einen Seite ist es die Schaffung notwendigen Wohnraumes für unsere Mitmenschen, im zweiten Bereich muß den sozial Bedürftigen eine bessere Unterstützung gewährt werden als den Reichen und Wohlhabenden. Der Bereich des Wohnbaues schafft Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Und darüber hinaus kommt auch der geordneten Siedlungspolitik in unserem Land in Zusammenarbeit mit der Raumordnung eine besondere Bedeutung zu. Diese vielfältigen Aufgaben erfüllt das Bundesland Niederösterreich mit dem Wohnbaulandesrat Mag. Edmund Freibauer an der Spitze sehr gut. Im Bereich der Bautätigkeit konnte durch die Einführung des Freibauer-Modells in Niederösterreich eine deutliche Steigerung erreicht werden. So ist es gelungen, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen, die zum Beispiel im Jahre 1992 und 1993 noch 7.400 in Niederösterreich betrug, diese Zahl im Jahre 1994 auf 9.500 Wohneinheiten zu erhöhen und im Jahre 1995 auf bereits 10.400 fertiggestellte Wohneinheiten. Niederösterreich hat damit wiederum den Spitzenplatz in Österreich erobert. An Förderungsanträgen waren im Zeitraum 1993 bis 1997 insgesamt 20.000 Wohneinheiten vorgesehen, es ist aber bereits möglich gewesen, diese auf 22.000 geförderte Wohnungen aufzustocken. So konnte bei der Vergabesitzung am 22. April 1996 mit 1.000 zusätzlichen Anträgen, welche positiv behandelt wurden, insgesamt eine Zahl von 7.000 Wohneinheiten im Neubau gefördert werden, zusätzlich 5.000 Althausanierungen.

Die Wartezeiten sind, wie wir von den Vorrednern bereits gehört haben, sehr kurz geworden, sodaß heute ein Hausbauer, wenn er sich zum Hausbau entschlossen hat, auch bereits kurze Zeit später mit einer fixen Zusage der Förderungsmittel rechnen kann. Beim Freibauer-Modell ist gewährleistet, daß wir auch eine hohe soziale Treffsicherheit erreichen. Jeder von uns kennt junge Familien, welche sich auch mit niedrigem Einkommen Wohnungen leisten können, ohne daß die Familienangehörigen, Großeltern, Tanten und Onkeln hier kräftig mitfinanzieren müssen.

Eine wesentliche Auswirkung der Wohnbauförderung kommt aber auch der Arbeitsplatzsicherung in unserem Bundesland zu. Wir wissen alle, daß nach dem strengen Winter 1995/96, durch den in manchen Regionen die Bautätigkeit von November bis April ruhen mußte, jetzt mit dem Einsetzen der Bautätigkeit insbesondere durch den geförderten Wohnbau die Baufirmen wieder eine gute Auftragslage erreichen konnten. Die Wohnbauförderung in Niederösterreich bringt mit ihrem Einsatz von 6,2 Milliarden insgesamt ein bauwirksames Investitionsvolumen von 17 Milliarden zustande. Bei einem Gesamtbauvolumen in Niederösterreich von 25 Milliarden erreichen wir alleine mit dem Wohnbau hier einen beträchtlichen Anteil. Diese Aktivitäten tragen dazu bei, daß wir in Niederösterreich im Jahre 1996 wiederum fast den gleichen Beschäftigungsstand erreichen konnten wie im Jahre 1995, während österreichweit die Beschäftigtenanzahl mit knapp minus 0,84 Prozent gegeben ist.

Die Wohnbauförderung unterstützt die Bautätigkeit in allen Landesteilen. Wir können uns nicht nur auf Ballungsräume konzentrieren, sondern müssen auch den ländlichen Raum berücksichtigen. In enger Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, den Wohnbaugenossenschaften, den Planern, der Raumordnung und der Förderung ist es insbesondere beim Bau von Mehrfamilienhäusern gelungen, auch den ländlichen Raum deutlich mit abzudecken. Den Architekten gelingt es fast immer, sehr gefällige Bauten in die örtlichen Verhältnisse so einzupassen, daß sich ein gefälliges Landschaftsbild ergibt. Landesrat Mag. Freibauer ist es mit dem neuen Förderungsmodell nicht nur gelungen, die finanzielle Absicherung der Wohnbauförderung zu erreichen, besonders herauszuheben sind seine Bemühungen zur Vereinfachung im Bereich der Verwaltung und beim Bürokratieabbau. Verwaltungsvereinfachung kann nicht von oben herab verordnet werden, sie muß auch von den Beamten entsprechend mitgetragen werden. Das ist in diesem Fall vorbildlich gelungen. Die Dienstleistung Wohnungsförderung wird in Zukunft daher erstrangig in der Beratung liegen und nicht in der Überprüfung der Auflagen der Förderungsanträge.

Mit der neuen Bautechnikverordnung und mit der neuen Bauordnung, die wir am kommenden Donnerstag beschließen werden, bringen wir weitere Verbesserungen und einen entscheidenden Bürokratieabbau, insbesondere auch für den einfachen Häuslbauer. Die Außenstellen der Wohnbauförderung in den Bezirkshauptmann-

schaften sind ein Beweis für Bürgernähe in der Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wohnbauförderung nach dem Modell Freibauer ist es zu verdanken, daß sich die Wohnbautätigkeit in Niederösterreich seit 1990 mehr als verdoppelt hat. Bis zum Jahre 2002 werden in Niederösterreich noch etwa 53.000 Wohneinheiten, unterstützt mit Förderungen, gebaut oder saniert werden. Der Bedarf von 88.000 Wohneinheiten bis zum Jahre 2002 kann damit gedeckt werden. Niederösterreich ist das Wohnland Nummer 1 geworden und wird mit der Konsolidierung seine Zukunftschancen sichern und das Wohnland Nummer 1 bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Eine Wortmeldung erfolgt noch von Herrn Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich zum Resolutionsantrag vom Herrn Dkfm. Rambossek, der die Einführung des "Luxemburger Modells" beinhaltet. Ich habe, wie auch Sie, diese Unterlage vor einigen Minuten bekommen. Es ist tatsächlich eine interessante Diskussionsbasis. Ich glaube aber, in Anbetracht der vielschichtigen Zusammenhänge wäre es angebracht, daß dieser Resolutionsantrag nicht jetzt sozusagen verabschiedet wird, sondern daß er geschäftsordnungsmäßig eingebracht wird und dann im Ausschuß behandelt werden kann, eventuell auch in einem Unterausschuß. Weil doch hier Zusammenhänge angesprochen werden, die in dieser Schnelligkeit nicht voll berücksichtigt werden können. In diesem Sinne werden wir dem nicht beitreten. Ich würde aber anregen, daß dies als Geschäftsordnungsstück dann eingebracht wird.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke. Die Rednerliste ist erschöpft. Schlußwort des Berichterstatters?

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung und der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über den zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsantrag abstim-

men. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 13.218,638.000 Schilling und Einnahmen von 10.371,157.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 299,327.000 Schilling und Einnahmen von 227,142.000 Schilling zu genehmigen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
(Nach Abstimmung über die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und

Bedeckung): Mit Stimmenmehrheit angenommen! Nicht mitgestimmt hat das Liberale Forum. (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung LIF.*)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Einführung des "Luxemburger Modells". (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.*)

Ich unterbreche die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, am 25. Juni 1996 um 9.00 Uhr statt. Die Beratungen über den Voranschlag werden mit der Spezialdebatte zur Gruppe 5 fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. (*Schluß der Sitzung um 21.50 Uhr.*)